DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 11 November 1989 E 8080 E



CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

SPD:
Illusionen, Skandale und Klassenkampf

David Irving fordert deutsche Historiker auf zur Diskussion des Revisionismus

Robert Faurisson:
Aus dem Tagebuch eines französischen Historikers

Banken:
Spekulationen auf Kosten der Kunden

Parteien:
Grenzdiskussion als Stimmenfang

US-Dollar:
Der Ausverkauf Amerikas

Sowjetunion:
Von Lenin zur Marktwirtschaft



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun. Dadurch paßt dieses Nachrichtenmagazin auch nicht in das Schablonendenken der im Auftrage des Bonner Staates tätigen »Aufsichtsbeamten«.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land



Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



Bundeskanzler Kohl vermeidet konstruktive Äußerungen zur Diskussion der Nachkriegsgrenzen.



Eisenhower erklärte fast zwei Millionen deutsche Kriegsgefangene für vogelfrei. Sie hatten keine Rechte und waren dem Tod durch Verhungern preisgegeben.

Finanzen



Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow kann mit seiner Reformpolitik nur vorankommen, wenn er die allgegenwärtige Wirtschaftsbürokratie überwindet.

Internationales

Nr. 11 November 1989



Unser Mitarbeiter Ivor Benson analysiert die islamische Revolution, eine der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Bewegungen dieses Jahrhunderts.

Revisionismus

Technik

Ständige Rubriken

Nachkriegs-Grenzen

Diskussion ohne Deutschland

Alfred König

Die Diskussion um die seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges geltenden Grenzen – inklusive der Verwaltungslinien der polnischen und sowjetischen Besatzungszone – wird immer lauter. Ausgelöst werden sie durch die Absicht des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow, den Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 zu annullieren. Wer aber nun geglaubt hatte, daß die Bundesregierung dies nutzt, um die deutschen Ansprüche geltend zu machen, der sah sich leider getäuscht. Vielmehr herrscht hierzulande das berühmte Schweigen im Walde beziehungsweise wurden Politiker, die sich in diese Richtung äußerten, mundtot gemacht.

Besonders laut und im positiven Sinne progressiv wird diese Diskussion jedoch in der Sowjetunion geführt. Sehr bemerkenswert ist dabei der Beitrag des Historikers Jurij Jemeljanow in der Moskauer Tageszeitung »Sowjetskaja Rossija«. Bemerkenswert deswegen, weil diese Zeitung bislang kommunistisch-dogmatisch und vor allem auch als großrussisch-nationalistisch galt. So veröffentlichte beispielsweise die bekannte Gorbatschow-Kritikerin Nina Andrejewa aus Leningrad in diesem Blatt ihre erste scharfe Kritik an der Politik der Perestroika.

Die Konsequenzen der Annullierung

Carl Gustav Ströhm schrieb hierzu in der »Welt«: »Nun erklärt Jemeljanow, eine Überprüfung des Pakts stelle notwendigerweise auch den ›Charakter der existierenden Grenzen der UdSSR in Frage‹. Denn die Folgen des Paktes seien nicht von dem Vertrag selber zu trennen.«

Jemeljanow meine, daß eine Überprüfung des Paktes die Möglichkeit in sich berge, die »Rechtmäßigkeit aller Institutionen der Sowjetmacht im Baltikum, wie in allen anderen Gebieten – die nach dem 23. August 1939 durch die Sowjets annektiert wurden – in Zweifel ziehen«.

Dies gelte sowohl für das Baltikum – das mittlerweile eine weitgehende Souveränität erhalten hat –, für den östlichen Teil Polens sowie für die Nord-Bukowina und Bessarabien – das heutige Sowjet-Moldau –, die beide damals zu Rumänien gehörten. Der sowjetische Historiker stellte dann die Frage, ob nicht die heutige sowjetische Herrschaft über alle damals von der UdSSR geraubten Gebiete ungültig sei, sofern der Hitler-Stalin-Pakt annulliert werde?

Ströhm weiter: »Diese Möglichkeit wird von Jemeljanow ausdrücklich erwähnt. Zugleich versucht der Historiker aber eine Art Notbremse zu ziehen. Demnach bleibe, auch wenn sich der Pakt aus dem Jahre 1939 als ungültig erweisen sollte, der Anschluß der baltischen Staaten an die Sowjetunion trotzdem gültig, denn es bestehe kein Zweifel am rechtlichen Charakter der Anschlußdokumente‹.

Keine juristische Rechtfertigung für Annexion

Hier versucht sich Jemeljanow am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen. Daß die ›Freiwilligkeit‹ des Anschlußbegehrens in Anwesenheit einmarschierender Sowjettruppen zustande kam – im estnischen Parlament war 1940 bei der Abstimmung sogar eine Abordnung der Roten Armee in voller Uniform zugegen, offenbar um den Parlamentariern den Ernst der Lage vor Augen zu führen –: soll das nicht relevant sein?

Aber selbst wenn man im Falle der baltischen Republiken mit Mühe und Not ein völkerrechtliches Feigenblatt für deren Eingliederung in die Sowjetunion vorschieben wollte – völkerrechtlich, nicht moralisch –, so fehlt im Falle Polens, aber auch Rumäniens jede juristische Rechtfertigung der sowjetischen Annexion. Die damals amtierende polnische Regierung hat weder in der Heimat noch später im Londoner Exil ihre Zustimmung zur Abtretung polnischen Gebiets an die UdSSR erteilt.

Im Falle Rumäniens gründete sich die Abtretung Bessarabiens und der Nord-Bukowina auf ein sowjetisches Ultimatum an die damalige königliche Regierung in Bukarest. Die Folge war das Einschwenken Rumäniens auf die politische und militärische Linie Hitlers.«

Was bedeutet dies nun juristisch konkret – das Baltikum jetzt einmal außer acht lassend –: Nicht nur, daß die litauische Hauptstadt Wilna wieder an die Polen zurückgegeben werden müßte – diese wurde nach Beginn des Polenfeldzugs Hitlers von litauischen Truppen, also Kämpfern Stalins, besetzt –, nein, den Polen stünde der gesamte heute noch immer von den Sowjets besetzte Ostteil ihres Landes wieder zu. Sollte dies erfolgen – und die Chancen hierfür sind aus später folgenden Gründen durchaus als gut zu betrachten –, würde Rumänien wohl auch Ansprüche gegenüber Moskau bezüglich ihrer beiden Gebiete geltend machen.

Atomwaffenfreier Raum zwischen den Supermächten

Die deutschen Annektionen sind durch den Ausgang des Zweiten Weltkrieges bereits »bereinigt«. Da aber noch kein förmlicher Friedensvertrag der damaligen Gegnermächte unterzeichnet wurde, stehen also auch noch die damaligen Annektionen zur Frage und müßten eigentlich, so Auffassung mancher im Völkerrecht bewandter Politiker, im Falle einer Annullierung des Hitler-Stalin-Paktes ebenfalls zur Disposition stehen.

Und hier könnte dann die aktuelle Tagespolitik, und hier vor allem auch die Geschehnisse in Polen und Ungarn, besondere Wichtigkeit gewinnen. In Polen ist der Kommunismus, nachdem die Solidarnosc nun Regierungspartei ist, zwar nicht tot, aber doch weitgehend ausgehebelt.

Ungarn entwickelt sich immer mehr zu einem Staat freiheitlicher Prägung mit im Ostblock einzigartigen Freiheitsrechten für den einzelnen Bürger. Die Grenzen zum Westen sind praktisch gefallen.

Und selbst in der DDR wird sich trotz des sturen Festhaltens Honeckers an den Grundgedanken stalinistischer Politik ein Wandel zu mehr Öffnung nicht aufhalten lassen.

Was könnte Folge all dessen sein? Nunmehr bietet sich die in der Geschichte wahrscheinlich bislang einmalige Möglichkeit, einen riesigen neutralen und vor allem auch atomwaffenfreien Raum zwischen den beiden Supermächten zu schaffen. Dieser könnte von der rechtmäßigen polnischen Ostgrenze bis zur deutschen Westgrenze reichen und auch Rumänien und Ungarn umfassen – daran grenzen bekanntlich die ebenfalls atomwaffenfreien Staaten Österreich und Schweiz –. Als »Zeichen guten Willens« erhalten die Deutschen in der Sowjetunion und in der polnischen Besatzungszone ebenfalls weitgehende Souveränität mit all ihren vollen Rechten für Sprach-, Kultur- und Religionsfreiheit.

Hintergründe der Pläne Gorbatschows

Zur Absicherung beider Supermächte bleiben die Bundesrepublik einer- und die DDR und Polen andererseits mit »Bündnisverträgen« an die NATO beziehungsweise den Warschauer Pakt angeschlossen. Dies böte den beiden deutschen Staaten – um jetzt mal auf diesen Terminus zu verfallen – sowie Polen die Sicherheit, daß keiner der beiden Machtblöcke versuchen kann, seinen Einfluß militärisch

oder quasimilitärisch auf sie auszubauen, da ihnen in einem solchen Falle der Bündnispartner zu Hilfe käme.

Damit wäre dann ein wirklicher Puffer zwischen den beiden Supermächten geschaffen worden. Denn eine lediglich aus der Bundesrepublik und der DDR bestehende atomwaffenfreie Zone mit ihren wenigen hundert Kilometern Breite wäre nur eine Vortäuschung falscher, in Wirklichkeit nie vorhandener Sicherheit. Durch diesen nun aber weit über tausend Kilometer breiten Puffer würde die heute noch vorhandene Notwendigkeit von atomaren Mittel- und vor allem auch Kurzstreckenraketen entfallen, da sie ganz einfach nicht mehr gebraucht würden.

Und sollte sich in der UdSSR dann wirklich irgendwann mal wieder ein totalitäres Regime installieren, dann wäre die Aufmarschzeit für die konventionellen Gefechtswaffen – also vor allem Panzer und die gesamte Artillerie – aufgrund der riesigen Pufferzone so lang, daß die NATO sofort wieder der Bundesrepublik zu Hilfe kommen könnte – jetzt einmal Vertragstreue vorausgesetzt; doch auch heute sind viele NATO-Staaten bereit, die Bundesrepublik im Konfliktfall lieber zu opfern, ehe ihr Gebiet in einem atomaren Krieg verwüsten zu lassen, so daß sich im Endeffekt nichts ändert –.

Dies sollen, so vertrauliche Informationen, die ganzen Hintergründe der Pläne Gorbatschows sein. Denn für ihn würden sich sehr viele Vorteile aus einer derartigen oder zumindest ähnlichen Regelung ergeben. Die gigantischen Rüstungsausgaben könnten um 20 bis 30 Prozent gesenkt werden, ohne ihm den Vorwurf der »Vernachlässigung der Sicherheitsbedürfnisse der UdSSR« machen zu können. Diese freigewordenen Gelder und vor allem auch das sogenannte »human capital«, also die menschliche Arbeitskraft, könnten dann zur Verbesserung der Lebensbedingungen des sowjetischen Volkes eingesetzt werden. Eine umfassende Agrarreform könnte stattfinden.

Ein ganz anderes Problem gilt es aber vorher noch zu lösen, nämlich die Macht der westlichen Rüstungskonzerne, für die, allen anderslautenden Beteuerungen zum Trotz, eine solche Lösung aus Profitgründen nicht wünschenswert wäre. Aufgefangen werden könnte dies aber durch massive Investitionen der UdSSR zur Lieferung von Robotern, Computerchips, Maschinen und ähnlichem, auf dessen Produktion von der Rüstungsindustrie mit relativ geringem Aufwand umgestellt werden könnte.

Aus Bonn kommt nichts Konstruktives

Unter Berücksichtigung allen für und widers könnten also derartige Pläne der Welt eine ganz neue, bisher nicht gekannte Sicherheit und vielleicht sogar wirklichen Frieden bringen – zumindest für einen Großteil dieses Globus' –. Um so trauriger ist es aber, daß von »unserer« Bundesregierung nichts Konstruktives bezüglich der Grenzdiskussion zu hören ist. Ganz im Gegenteil, rund um den 1. September, bekanntlich der 50. Jahrestag des Beginns des Polenfeldzugs, überboten sich fast alle Politiker der etablierten Parteien mit Demutsphrasen vor den Siegern – oder vermeintlichen Siegern – des Zweiten Weltkriegs.

Von einer »Unverletzbarkeit der polnischen Westgrenze« war zu hören, von einem Wiedererwachen deutschen Nationalismusses, wenn es gewagt wurde, auf das Fehlen einer friedensvertraglichen Lösung der Grenzfragen hinzuweisen. Die bundesdeutschen Politiker zeigten damit, daß sie in Wirklichkeit eben nicht die von ihnen so oft zitierten wahren Interessen des deutschen Volkes vertreten, sondern eine Politik betreiben, die nur der Profitgier der Internationalisten dient.

Diese müssen aber an gewissen Spannungen der Supermächte interessiert sein, denn ansonsten verlieren sie ihre Existenzberechtigung. Denn ein Minimum an Spannungen beraubt sie ihres Einflusses. Wenn die Rüstungsindustrie – und damit eben auch die Atomlobby – nicht mehr in diesem Maße benötigt wird, schwindet parallel zu diesem Rückzug auch ihr Einfluß. Selbst dann, wenn andere Aufträge in ähnlicher Größenordnung hereinkommen. □

Parteien

Skandale der SPD

Franz-Josef Krämer

Als eine immer weniger am deutschen und immer stärker am internationalistischen Interesse ausgerichtete Partei entpuppt sich die SPD. Die Vorstellungen und Ideale eines Kurt Schumacher hätten heute keinerlei Basis mehr in dieser Partei. Vielmehr ist wieder Klassenkampf angesagt, der nur noch mühselig mit dem Mäntelchen der »Volkspartei« umhüllt wird.

Zum Glück für diese Partei wird ihre nationale Verratspolitik von dem erbärmlichen Erscheinungsbild der derzeitigen Regierungskoalition, von den Diskussionen über die Republikaner, vom 50. Jahrestag des sogenannten »Überfalls Hitler-Deutschland auf das arme Polen« sowie die Infiltration linker und linkester Journalisten in die Redaktionen von Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen kaschiert. Dabei sprechen alleine die in diesem Jahr bekannt gewordenen Vorfälle eine beredte Sprache.

Gespaltenes Verhältnis zur Justiz

Besonders auffällig ist dabei das gespaltene Verhältnis der SPD zur Justiz im weitesten Sinne. Das Aushängeschild einer sozialdemokratischen liberalen und angeblich »am Bürger ausgerichteten« Rechtspolitik ist bekanntlich der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor, der durch sein unrühmliches Verhalten während des Gladbecker Geiseldramas eine noch unrühmlichere Bekanntheit erhielt.

Besonders interessant ist dabei, daß der der SPD sehr nahestehende »Spiegel« in einer Enthüllungsserie über die damaligen Vorfälle viele bisher unbekannte Dinge aufdeckte. So entging der damals noch unter nordrhein-westfälischer Verantwortung handelnden Polizei in Bremen-Vegesack, daß der Geiselgangster Degowski einmal tief eingeschlafen war und ein anderes Mal für eine längere Pinkelpause den Wagen verließ, so daß ein ungefährlicher Zugriff hätte erfolgen können. Rösner und Löblich befanden sich mehrere Kilometer weit weg in der Bremer Innenstadt.

Schnoor gab dies natürlich nicht kund. Dazu der »Spiegel«: »An die Gespräche über die Geiselnahme, die Schnoor an diesem zweiten Tag des Dramas morgens mit seinen Beamten führte, kann sich der Minister nach eigenem Bekunden ›nicht mehr erinnern‹. Ein anderes Ereignis hingegen ist Schnoor ›in guter Erinnerung‹.

Während seine Beamten in Bremen-Vegesack die wohl besten Zugriffschancen verpaßten, ist Schnoor um 14 Uhr in der jüdischen Gemeinde Düsseldorf zu Gast. Nach einem Gespräch über Sicherheitsfragen wird er noch zu einer religiösen Beschneidungszeremonie eingeladen. Was er da erlebt, gesteht er vor dem Düsseldorfer Untersuchungsausschuß, hat ihn an diesem Mittwoch ›mehr belastet als alles andere, was mir dienstlich zu Augen und zu Ohren kam‹«.

Welcher Hohn spricht aus Worten und Handlungen

Nachdem die Geiselgangster mit dem in Holland zur Verfügung gestellten BMW wieder in die Bundesrepublik und dann nach langem Irrweg Richtung Köln fuhren, passiert folgendes – so der »Spiegel« –: »Ausgerechnet jetzt, da die Täter wieder in NRW agieren, fliegt Innenminister Schnoor doch noch nach Holland, um werbewirksam Shakehands zu machen. Schnoor will die Geiseln begrüßen, die

Parteien

Skandale der SPD

dort freigelassen wurden. ›Ich fühlte mich gegenüber den Menschen, die so Schreckliches durchgemacht hatten, hierzu verpflichtet‹, begründet der Minister seinen spontanen Hubschrauber-Trip. Als ob die Holländer dazu nicht in der Lage wären, kümmert sich der Politiker persönlich um die Rückfahrt der Geiseln.«

Während also viele Menschen von drei eiskalten brutalen Gangstern bedroht werden, hat der SPD-Politiker nichts besseres zu tun, als zu einer jüdischen Beschneidungszeremonie zu gehen und auf Steuerkosten durch die Gegend zu fliegen, anstatt sich im Einsatzzentrum ein klares Bild über die Lage zu machen.

Was muß in den Köpfen der damaligen Geiseln, der Angehörigen der Toten, aber auch den im Regen stehen gelassenen Polizisten vorgehen, wenn sie dann noch erfahren müssen, daß diesem Mann nur wenige Monate später, im Mai dieses Jahres, der Gustav-Heinemann-Bürgerpreis der SPD verliehen wurde.

In seiner Laudatio verkündete SPD-Parteivorsitzender Vogel, daß Schnoor es immer wieder verstehe, die Liberalität und die Schutzfähigkeit des Staates miteinander zu verbinden. Dem liege ein Staatsverständnis zugrunde, das nicht Stärke mit Militanz und Gesetzestreue mit Einschüchterung verwechsle. Auch seien die »ganz überwiegende Zahl der Geiselnahmen« in NRW unblutig gelöst worden. Welcher Hohn spricht aus diesen Worten!

Es ist der gleiche Schnoor gemeint, der jetzt kürzlich einen Aufruf der Deutschen Friedens-Union (DFU) »Der Intoleranz keine Chance – NRW braucht Offenheit und Vielfalt«, der sich gegen rechtsradikale und -extreme Parteien richtet, unterschrieben hat – übrigens ebenso wie NRW-Arbeitsminister Heinemann –. Die DFU wird aber im Verfassungsschutzbericht ausdrücklich als kommunistische Organisation erwähnt.

Nur wenige Tage später zogen beide Politiker dann ihre Unterschriften wieder zurück. In der »Rheinischen Post« war hierzu zu lesen: »Schnoors Sprecher Schmidt-Künzel erklärte gestern, man habe nicht gewußt, daß die DFU mit der Unterschriftenliste werbe, insofern fühle man sich ›geleimt‹. Auf die Frage, ob man nicht hinter dem Namen des Initiators (des Pfarrers Johannes Voigtländer) den Hinweis auf dessen DFU-Zugehörigkeit wahrgenommen habe, meinte Schmidt-Künzel, dies sei offenbar übersehen worden.« Welchen Sinn, Herr Schnoor, kann man da nur fragen, hat eine Unterschriftenliste, wenn diese nicht veröffentlicht werden soll?

Moralische Verantwortung für tödliche Fehler

Daß Herbert Schnoor sich vehement gegen den sogenannten gezielten Todesschuß ausspricht, mit dem nur als allerletzte Möglichkeit nichts anderes als das Leben Unschuldiger gerettet werden soll, versteht sich von selbst.

Zum Abschluß des Kapitels Schnoor soll ein Kommentar von Klaus Blume in der »Bild am Sonntag« auszugsweise zitiert werden. Dort hieß es: »Kann ein verantwortlicher Politiker die moralische Verantwortung für tödliche Fehler so kaltherzig abschütteln? Kann Schnoor noch ruhig schlafen, wenn im Gericht die folgenschweren Pannen seiner Polizei erneut aufgerollt werden? Offenbar ja.

Es gab einmal Minister, die politische Verantwortung ernster nahmen: Georg Leber zum Beispiel. Und Willy Brandt. Beide traten zurück, als Spione und Geheimdienstwanzen ihre Ämter erschütterten.

Damals war die Moral der Politiker noch intakt. Aber das ist lange her.«

Daß ein Mann wie Schnoor dann aber bereits in Bonner Gesprächsrunden als wahrscheinlicher Justiz-Minister im Falle eines rot-grünen Bundestagswahlerfolges gehandelt wird, zeigt, was jeder anständige Deutsche von dieser Partei zu halten hat. Ein Mann, der Straffreiheit für Sitzblockierer gefordert und sich geweigert hat, gegen die unrechtmäßige Brückensperrung der Rheinhausen-Stahlarbeiter mit ihrer Blockade von zighunderttausend Berufstätigen vorzugehen.

Das Verhältnis zur DKP neu überdenken

Dafür arbeitet die SPD aber ohne jede Gewissensbisse in Berlin, Frankfurt, aber auch anderswo mit radikalen Kommunisten zusammen, die sich heute mit dem Deckmäntelchen des ökologisch angehauchten Grünen umgeben. So waren beispielsweise von den 51 Abgeordneten, die die Alternative Liste in den vergangenen Jahren in den Berliner Senat entsandte, mindestens 17 zuvor Mitglieder oder sogar Aktivisten diverser K-Gruppen gewesen, und vier ließen sich sogar dem terroristischen Umfeld zurechnen.

Und Erhard Eppler sprach sich vor einem Jahr sogar dafür aus, das Verhältnis seiner Partei zur DKP neu zu überdenken. Die SPD dürfe die Kommunisten nicht länger aus dem »inneren Dialog« ausklammern. Dies ist genau der gleiche Mannn, der als Redner zum Tag der Deutschen Einheit in diesem Jahr auserkoren wurde und starken Beifall von allen fünf im Bundestag vertretenen Parteien bekam.

Auch bei seiner Passage, die Ostpolitik Willy Brandts als legitim anzuerkennen, eine Politik, die den Verzicht Deutschlands auf seine Ostgebiete festschreiben wollte. Dazu paßt es dann auch, daß der Parteivorsitzende der Sozis, Vogel, in einem Gespräch mit Radio Luxemburg vorschlug, anstelle des 17. Juni einen Gedenktag einzurichten, der in beiden deutschen Staaten gefeiert werden könne. Beispielsweise den 18. März, weil an diesem Tag 1848 die erste bürgerliche deutsche Revolution erfolgreich gewesen sei. Honekker wird sich freuen!

Wie schwach ausgeprägt das Demokratiedenken vieler SPD-Funktionäre ist, zeigen Beispiele des nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden Friedhelm Farthmann, der sich gerne selber als zum rechten SPD-Flügel zugehörig bezeichnet.

So legte sich Farthmann am Ende der Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit in der rheinischen Stadt Neuss mit einem NPD-Mitglied an, als dieser mit mehreren anderen Personen die erste Strophe der deutschen Nationalhymne anstimmte. Hierzu die »Rheinische Post«: »Farthmann entriß daraufhin einem jungen Mann die Fahne der Jungen Nationaldemokraten (JN), zerriß die Fahne und zerbrach die Stange über dem Knie; einer kurzen Rauferei folgte eine längere verbale Auseinandersetzung.« Die NPD hat mittlerweile Strafantrag gegen Farthmann gestellt.

Verfassungsschutz soll Wähler verunsichern

In einem Interview mit dem »Stern« forderte derselbe Farthmann die Verfassungsschutzbehörden auf, die Republikaner zu überwachen. Interessant ist dabei die Begründung des Sozis: »Ich möchte schon wissen, was bei den Republikanern wirklich los ist. Und wenn die Bürger erfahren, daß die überprüft werden, dann ist das für sie ein Warnzeichen, und sie werden sich überlegen, ob sie denen leichtfertig ihre Stimme geben, nur um anderen Parteien einen Denkzettel zu verpassen. Diesen Effekt halte ich für wünschenswert.«

Danach geht es Farthmann also weniger um die Überprüfung der angeblichen Verfassungswidrigkeit der Ziele der Republikaner, sondern vielmehr darum, daß durch die Überprüfung durch den Verfassungsschutz Wähler verunsichert werden sollen. Welche Verachtung des Demokratieverständnisses spricht aus diesen Worten, und das von einem führenden Mitglied einer Partei, die sich angeblich den Kampf um die Menschenrechte auf die Fahne geschrieben hat.

Dazu paßt, was die »Welt am Sonntag« Ende Februar schrieb: »Beim Versuch, in ihrem Alphabet der Gemeinsamkeiten Fortschritte zu erzielen, sind SPD und SED jetzt bei ›M‹ wie ›Menschenrechtsfähig‹ angekommen. Offenbar von der galoppierenden Dialog-Psychose erfaßt, verkündete kürzlich Wilhelm Bruns, Abteilungsleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD, allen Ernstes, er und seine

Gesprächspartner von der SED hätten sich nun gegenseitig auch ›menschenrechtsfähig‹ gesprochen.«

Honecker kann auf die SPD stolz sein

Damit wird ein System aufgewertet, das auch heute noch hartnäckig an dem menschenverachtenden stalinistischen System festhält, noch immer auf seine Landsleute schießen läßt, wenn diese das von der DDR bei der KSZE-Konferenz unterschriebene Recht auf freie Ausreise in Anspruch nehmen wollen.

Was geschah aber, als sich Mitte Februar in der slowenischen Landeshauptstadt Laibach (Ljubljana) das erste Mal seit vielen Jahren wieder eine Sozialdemokratische Partei konstituierte? Hierzu Carl Gustaf Ströhm von der »Welt«: »Doch die Hoffnung von der jungen slowenischen Sozialdemokratie, von der großen deutschen Schwesterpartei ein Zeichen der Ermutigung oder auch nur der Sympathie zu erhalten, erfüllte sich nicht. Die SPD entsandte zur Gründung der ersten Sozialdemokratischen Partei in einem kommunistisch regierten Land keine Delegierten, auch keinen Beobachter – nicht einmal ein Grußtelegramm. Dabei wäre zu vermerken, daß die SPD bei sämtlichen Kongressen der jugoslawischen Kommunisten mit großen Delegationen vertreten ist.

Die Vermutung oder der Verdacht, die SPD arbeite in den kommunistisch regierten Ländern lieber mit den Kommunisten als mit den sich formierenden oppositionellen Kräften zusammen, wird durch eine seltsame Erklärung des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Horst Ehmke erhärtet. Ehmke – ein häufiger Gast der jugoslawischen und anderer Kommunisten – gab zur Gründung der slowenischen Sozialdemokraten eine Erklärung ab, die für künftige Anlässe festzuhalten ist:

Die SPD habe nicht die Absicht, die Sozialdemokratie zu ›exportieren‹. Sie werde nicht ›kritiklos jede politische Gruppe unterstützen, welche in den sozialistischen Ländern entsteht und sich als sozialdemokratisch ausgibt‹.

Zur Frage einer möglichen Hilfe der SPD für die Sozialdemokraten Sloweniens, aber auch ganz Osteuropas, meinte Ehmke, die SPD erhalte viele solcher Hilferufe. Es sei aber falsch, allen diesen Gruppen zu helfen. Gleichzeitig forderte der SPD-Politiker die oppositionellen Gruppen in den kommunistischen Ländern auf, selber ›Verantwortung‹ für den Zustand der Gesellschaft zu übernehmen. Anscheinend wünscht Ehmke, daß sich die Demokraten und die Sozialdemokraten Ost- und Südosteuropas den Kommunisten unterordnen.«

Das Kapitel Hamburger SPD

Von besonderer Traurigkeit ist das Kapitel »Hafenstraße«. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht Polizisten gewaltsam bei der Ausübung ihrer Aufgaben behindert, zusammengeschlagen oder mit Steinen beworfen werden. Jüngst wurde sogar ein Stadtoffizieller bei der vorher angekündigten Besichtigung der Häuser schwer verletzt. Von den vielen verletzten und/oder ausgeraubten Passanten gar nicht erst zu reden. Dennoch weigert sich Hamburgs Oberbürgermeister Voscherau, die Häuser räumen zu lassen. Vielmehr wird der Rechtsweg begangen, der sich noch Jahre hinausziehen kann.

Damit duldet also ein SPD-Senat einen rechtsfreien Raum, duldet Straftaten, die von ihm aufgrund des dort vorhandenen Gewaltpotentials noch nicht einmal verfolgt werden können, statt im Interesse der Sicherheit Unschuldiger dieses Terrornest auszuräuchern und auch eine gerichtliche Niederlage hinzunehmen. Glaubt denn wirklich einer, der Hamburger Senat hätte sich auch nur eine Sekunde lang um geltendes Recht gekümmert, wenn 100 Neonazis die Häuser besetzt und Hakenkreuzfahnen gehißt hätten? Aber dieses wäre komischerweise etwas ganz anderes!

Daß Hamburg jetzt als erste Stadt der Welt beabsichtigt, an Süchtige kostenlos Heroin und Kokain zur Verfügung zu stellen, soll nur am Rande erwähnt werden. Wie damit die Sucht eingedämmt werden soll – so die Begründung für diese Maßnahme –, wenn jeder es nun bequem umsonst erhalten kann, bleibt wohl für immer ein Rätsel der Alster-Sozis. Aber dafür vergibt die ohnehin hoch verschuldete Stadt ein »Nelson-Mandela-Stipendium«, das folgerichtig dann auch der 34jährige Mabutto Msimag, ein Funktionär des prokommunistischen ANC, als erster erhalten hat.

Die Polizei durch Einsatzbefehle gelähmt

In Berlin faßt mit den Stimmen der SPD die rot-grüne Senatsmehrheit den Beschluß, auch kriminellen Asylbewerbern und Ausländern ein praktisch lebenslang währendes Aufenthaltsrecht einzuräumen. Folgerichtig wettern dann die SPD-Politiker in schärfsten Tönen gegen die Absicht des niedersächsischen Innenministers Stock (CDU), Asylbewerber, die des Drogenhandels überführt werden, auch ohne Beendigung des Asylverfahrens in ihre Heimatländer abzuschieben. Das Asyl wäre ein höher einzuschätzendes Recht, heißt es sinngemäß.

Dafür fordert aber der Vielleicht-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine, Übersiedler aus der DDR weiterhin in der Bundesrepublik aufzunehmen, deutsche Aussiedler aus Polen und der Sowjetunion aber nicht. Diese sind damit also nach Lafontaines Ansicht anscheinend Deutsche zweiter Klasse.

Der Berliner SPD-Innensenator Pätzold war maßgeblich verantwortlich für die bürgerkriegsähnlichen Krawalle am vergangenen 1. Mai, während denen hunderte Polizisten und unschuldige Bürger zum Teil schwer verletzt wurden und ihnen ihr Eigentum beschädigt oder sogar ganz geraubt wurde. Statt nun aber für seine Fehler einzustehen, beschuldigt er die Polizeiführung, die er aber vorher noch mit seinen Einsatzbefehlen gelähmt hat. Aber dafür soll nun in Berlin der offene Strafvollzug erweitert und »Hafturlaub auf Ehrenwort« weiter ausgebaut werden.

Mit einem Trick versuchen derzeit SPD-Politiker und DGB-Gewerkschaftler in Nordrhein-Westfalen, die dortigen Gymnasien eindeutig gegenüber den Gesamtschulen zu benachteiligen. Vereinfacht gesagt, wollen die Sozis, daß »möglichst gleichstarke Klassen gebildet« werden sollen, wobei Schulen mit vier Klassen pro Jahrgang maximal 28 Schüler pro Klasse haben dürfen, Schulen mit zwei und drei Parallel-Klassen 30 Schüler und Schulen mit nur einer Klasse 35 Schüler, wovon meist Gymnasien betroffen wären. Melden sich also beispielsweise 45 Schüler, müssen zehn wieder weggeschickt werden. Gesamtschulen wären dagegen aufgrund ihrer Struktur von dieser Regelung nicht betroffen.

Ein Bündnis für den Klassenkampf

Dies zeigt eine andere Problematik der SPD auf, nämlich die Verzahnung zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften. So ist von den Vorsitzenden der 16 DGB-Mitgliedsgewerkschaften nur einer (Hermann Lutz von der Polizeigewerkschaft) CDU-Mitglied, alle anderen gehören der SPD an, von denen zwei (Rappe von der IG Chemie und Meyer von der IG Bergbau) sogar für die SPD im Bundestag sitzen. Und von den neun Mitgliedern des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes gehören sieben den Sozis an, während kaum ein SPD-Bundestagsabgeordneter nicht zugleich auch DGB-Mitglied ist.

Illusionen statt Politik

Politik wie zu Zeiten von Helmut Schmidt heißt, daß man bei seinen Forderungen und politischen Zielen Tatsachen zur Kenntnis nimmt, daß man das Machbare tut, daß man pragmatisch ist und sich nicht an irgendwelchen Trends orientiert, die gerade in der Bevölkerung populär sind. Das aber macht zur Zeit die SPD.«

Zur Anmerkung, daß Sozialdemokraten den Verzicht auf die Wiedervereinigung fordern, erklärte Haack: »Ich halte das für falsch. Illusion ist auch, wenn Egon Bahr den Abschluß ›zweier Friedensverträge‹ vorschlägt. Er vertieft damit nur die Spaltung.« Haack schließt mit den Worten: »Ich glaube nicht, daß wir nach der Bundestagswahl 1990 wieder ans Ruder kommen.« □

Grenzdiskussion als Stimmenfang

Lothar Bansemer

Das erste Juli-Wochenende dieses Jahres schien ein interessantes Datum in der deutschen Nachkriegsgeschichte zu sein. Erstmals seit langem hatte ein hoher Unionspolitiker, der CSU-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Theo Waigel, auf dem Deutschland-Treffen der Schlesier darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich 1945 mit der Kapitulation der Wehrmacht nicht untergegangen sei und die Gebiete jenseits von Oder und Neiße nach wie vor zu Deutschland gehörten.

Im Laufe der Zeit, besonders bei den Diskussionen anläßlich des 50. Jahrestags des Polenfeldzugs, entpuppte sich dies jedoch als rein populistischer Versuch, den Republikanern Stimmen abzujagen. In Wirklichkeit betreibt die Union – wie im übrigen alle anderen etablierten Parteien auch – eine Verzichtspolitik betreffend der deutschen Ostgebiete.

Der alte Spruch vom Rad der Geschichte

Muß sich Waigel nun aber den Vorwurf gefallen lassen, zu durchsichtig gehandelt zu haben, so dankbar muß ihm aber jeder national eingestellte Deutsche im Grunde dafür sein. Denn durch die sich daran anschließende Diskussion wurde für jeden deutlich erkennbar, wie wenig die Politik der etablierten Parteien am deutschen Interesse ausgerichtet ist.

So wies Außenminister Genscher (FDP) unmittelbar nach der Rede Waigels auf die für alle verbindlichen Ost-Verträge von 1970 hin, und daß das »Rad der Geschichte« nicht mehr zurückgedreht werden könne. Die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller europäischen Staaten in ihren gegenwärtigen Grenzen seien die Grundlage für den Frieden in Europa.

Und der Vorsitzende des innerdeutschen Ausschusses, der immerhin als konservativ geltende FDP-Abgeordnete Hans-Günter Hoppe, sah sich zu folgendem genötigt: »In einem Europa des Aufbruchs wollen wir das Selbstbestimmungsrecht für beide Staaten in Deutschland. Das heißt: Unser Ziel ist selbstverständlich begrenzt auf diese beiden Staaten. Wer bei dem Wort Wiedervereinigung noch immer an die deutschen Ostgrenzen des Jahres 1937 denkt oder gar laut darüber redet, der beschädigt unsere realistischen Bemühungen für ein Deutschland in Freiheit auf dem Gebiet der beiden deutschen Staaten.«

So und so ähnlich hörten sich dann auch die Kommentare der SPD und der Grünen zu Waigels richtigem Standpunkt an. Zwar verteidigte die CSU anfangs noch zaghaft ihren Vorsitzenden, doch wurde dies im Laufe der Zeit immer weniger und ist nunmehr ganz verschwunden.

Adenauer legte den Grundstein

Wie wenig mehrheitsfähig der von Waigel geäußerte Standpunkt in der Union ist, läßt sich leicht aus folgendem erkennen: Es gebe keine »Notwendigkeit, eine Grenzdiskussion anzufangen«, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl nur vier Tage nach Waigels Rede gegenüber einer in Bonn weilenden Delgation der Gewerkschaft Solidarität. Dies schließt sich fast nahtlos an das Wirken Konrad Adenauers an, der bereits in den fünfziger Jahren einen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete zumindest indirekt ausgesprochen hatte.

Nicht zu vergessen der linkslastige Ulf Fink von den CDU-Sozialausschüssen: Dieser warnte die CSU sogar vor einer »überheblichen und aggressiven Deutschtümelei«. 50 Jahre nach dem Überfall auf Polen müsse die Bundesregierung »ein Zeichen des Bewußtseins ihrer geschichtlichen Verantwortung setzen«. Das Jahr 1989 dürfe nicht enden, »ohne daß ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen den Polen und den Deutschen aufgeschlagen wird«.

Die eigentlichen Skandale fanden dann aber am 29. August und am 1. September statt. Unter Berufung auf den sogenannten Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 – die SPD/FDP-Regierung war gerade ein Jahr im Amt, als sie diesen Verzichtsvertrag auf die deutschen Ostgebiete abschloß – erklärte Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Botschaft an den polnischen Staatspräsidenten Jaruzelski: »Mein Land hat verbindlich zugesagt, jetzt und in Zukunft keinerlei Gebietsansprüche gegen Polen zu erheben.«

Hier ist im übrigen einen Leser-Briefschreiber zuzustimmen, der schrieb, daß nicht Deutschland Gebietsansprüche gegen Polen erhebt. Schließlich ist Schlesien, Oberschlesien und Danzig urdeutsches Gebiet, sondern daß Polen seinerseits rechtswidrig Ansprüche auf deutsches Gebiet erhebt.

Fast noch schlimmer wurde es dann am 1. September. Ungeachtet der vielen alten und aller neuen historischen Erkenntnisse über die tatsächlichen Gründe am Kriegsausbruch 1939, daß genau wie im Ersten Weltkrieg Deutschland nämlich keine Alleinschuld daran hat, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag im Beisein von Weizsäcker und dem polnischen Botschafter: »Anders als nach dem Ersten Weltkrieg gab es nach 1945 keine Diskussion über die Kriegsschuld. Hitler hatte den Krieg gewollt, geplant und entfesselt. Daran gab es nichts zu deuteln. Wir müssen entschieden allen Versuchen entgegentreten, dieses Urteil abzuschwächen. Dies ist ein Gebot der Wahrhaftigkeit und des politisch-moralischen Anstands.«

Sollte es aber nicht Politik eines deutschen Bundeskanzlers sein, bei Indizien für eine Schuldverringerung Deutschlands, diese auch zu prüfen?

Bonn ist nicht befugt über deutsches Gebiet zu verfügen

»Mit dem Warschauer Vertrag von 1970 – unterzeichnet vom damaligen Bundeskanzler Brandt – gelang ein weiterer Schritt in diese Richtung (der deutsch-polnischen Aussöhnung; der Verfasser). An Buchstaben und Geist dieses Vertrags werden wir uns weiterhin halten.« Wer erinnert sich aber nicht noch daran, wie sehr die Ostverträge 1970 von der Union bekämpft wurden? Heute soll dies alles aber anscheinend nichts mehr gelten.

Und selbst Alfred Dregger, als Rechtsaußen der CDU geltend, sagte in dieser Gedenkveranstaltung, die Bundesrepublik könne »keine Grenzregelung mit Polen treffen, da sie keine gemeinsame Grenze mit Polen hat«, und sie sei auch nicht befugt, »über ostdeutsches Gebiet zu verfügen«.

Daß die SPD in einem Antrag beschließen wollte, daß der Deutsche Bundestag den »dauerhaften Bestand der Westgrenze Polens« bekräftigen soll, wundert genausowenig wie die Äußerungen Willy Brandts: »Und es gibt im übrigen nicht den geringsten Zweifel daran, daß unser erster Bundeskanzler auch hinsichtlich der früheren preußisch-deutschen Ostgebiete keinen Illusionen anhing . . . Wer im Gegensatz zum Geist des Warschauer Vertrages die Grenzen in Frage stellt, gefährdet den Zusammenhalt der Deutschen, wo sie heute leben.« Angesichts des Lebenslaufs Willy Brandts – ehedem Herbert Ernst Karl Frahm – war auch nichts anderes zu erwarten.

Auch der FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff gab in seiner Rede einige Dinge kund, die

man sich vor den kommenden Wahlen gut merken sollte: Nicht nur, daß er die angebliche Alleinschuld des Deutschen Reichs am Zustandekommen des Zweiten Weltkriegs betonte, nein, nicht nur die deutsche Generation, die damals erwachsen gewesen sei, sondern auch die Nachgeborenen müßten mit dieser »Schuld« leben. Daran ändere auch die Tatsache nichts, daß erst der Hitler-Stalin-Pakt den Weg zum Kriegsbeginn freigemacht habe. »Niemand von uns, der die Namen Auschwitz oder Majdanek hört, kann so weiterleben, als ob dies alles nicht geschehen wäre«, sagte der FDP-Politiker.

Immer wieder Polemik statt Argumente

Und eine durfte nicht fehlen: Rita Süßmuth. Die Bundestagspräsidentin hat »nachdrücklich« vor einer weiteren Diskussion um die Westgrenze Polens gewarnt. Die Polen müßten und sollten wissen, daß sie in gesicherten Grenzen leben.

So ist dann auch klar, daß die Republikaner, die von den rechten Gruppierungen am lautesten besonders gegen die Weizsäkker-Botschaft protestierten, dann statt Argumente nur billige Polemik zu hören bekamen. Republikaner-Sprecher Neubauer hatte »im Namen von über zwei Millionen Republikaner-Wählern gegen Geschichtsklitterung und Rechtsbruch« protestiert und erklärt, es sei eine »Schande«, wie »eiskalt« Weizsäcker über die Unterdrückung der Deutschen in seiner Botschaft hinweggehe.

Die FDP-Generalsekretärin Schmalz-Jacobsen warf Neubauer »rüden Stil« vor, während Bundesbildungsminister Möllemann (O-Ton Strauß: »Mümmelmann«) sagte, daß »die Rechtsradikalen im Stile unreifer Hitlerjungen den geachteten Repräsentanten unseres Staates anpöbelten«. Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Lintner, wertete die Äußerungen Neubauers als »völlig ungehörig und unangemessen«, während SPD-Vorsitzender Vogel sie eine »Schande« nannte.

Nicht die Sprache Neubauers ist der eigentliche Skandal, sondern die Art und Weise, wie die etablierten Politiker mit Andersdenkenden umgehen. Zumal diese nur das gesagt haben, was geltendes Recht ist. Diese Politiker rühmen sich Demokraten zu sein, greifen jedoch andere, die eine anderslautende Meinung haben, in polemischer Weise an, statt sich mit diesen Argumenten auseinanderzusetzen.

Wohin dies alles führt, läßt sich leicht erkennen: Zu der Forderung der neuen polnischen Regierung zu massiver Finanzhilfe aus dem Westen. So positiv die derzeitige Entwicklung in Polen zu werten ist, so sehr man diese auch unterstützen muß, so wenig darf man aber doch auch die Realitäten aus den Augen verlieren – wie dies viele »unserer« Politiker bereits tun.

Bonn soll auch Polens Zahlmeister sein

So sprach sich jetzt Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) dafür aus, alle Investitionen deutscher Unternehmen in Polen mit Hermes-Bürgschaften abzusichern. Ähnlich äußerten sich auch andere Politiker der etablierten Parteien. Damit sind diese Leute bereit, Risiken in Milliardenhöhe einzugehen, ungeachtet der Tatsache, daß in der Bundesrepublik vieles im argen liegt, sei es bei den Kindergärten, im Wohnungsbau oder der Arbeitsmarktsituation.

Sogar von einem Marshallplan für Polen ist die Rede. Schließlich habe dieser Marshallplan bereits den Deutschen nach Kriegsende geholfen zu Wohlstand zu kommen. »Vergessen« wird dabei aber, daß die Amerikaner den Marshallplan nicht schufen, um den von ihnen so heißgeliebten »Krauts« zu helfen, sondern daß diese Finanzhilfe dazu gedacht war, die Bundesrepublik als Bollwerk gegen den Kommunismus und damit als Puffer vor dem eigenen Land aufzubauen.

Wie unverschämt die polnischen Forderungen sind, läßt sich unter anderem aus dem Interview des Beraters von Solidarność-Chef Walesa, Bronislaw Geremek, erkennen, das dieser der »Bild am Sonntag« gegeben hat. Dort heißt es: »Aber die Zukunft Europas hängt von dem Ausgang der Erfahrungen in Ungarn und Polen ab. Zum anderen erwarte ich, daß Westdeutschland als reichstes Land Europas seine Rolle annimmt bei der Gestaltung Europas – und Polen finanziell unterstützt.« Nicht viel anders äußerte sich Lech Walesa bei seinem Besuch in der Bundesrepublik in der ersten September-Woche.

Nach den Zigeunern, Schwulen und anderen Gruppen, die von der Bundesrepublik Gelder für in der Nazizeit angeblich an ihnen begangene Verbrechen fordern, nach den vielen Milliarden, die auch heute noch an Israel fließen, soll die Bundesrepublik also auch noch den Dukatenesel für Polen spielen. Und dies, obwohl den Polen mit das fruchtbarste Gebiet Deutschlands nach dem Krieg in die Hände fiel. Doch was passiert: Die Polen ernten noch nicht einmal so viel, daß es für ihren eigenen Verbrauch reicht.

Schließlich wurde die frühere Kornkammer Deutschlands durch den Aufmarsch der Wehrmacht, dem anschließenden Rückzug mit gleichzeitigem Vormarsch der Roten Armee, die sich nach 1945 dann wieder nach der UdSSR zurückzog, insgesamt viermal verwüstet, heißt es dann immer von »kompetenter« Seite.

Nicht wahllos Geld nach Polen geben

Und wenn man sich Ortschaften in Schlesien und Oberschlesien ansieht, die noch heute mehrheitlich von Deutschen bewohnt sind, dann läßt sich deutlich erkennen, wie verwahrlost in der Regel die von Polen okkupierten Landwirtschaften sind. Denn die deutschen Bauern haben auch heute noch sehr große Ernteerträge – obwohl auch ihr Land unter den Kriegswirren litt und nicht nur das, das die Polen bekommen haben.

Von daher ist dem zuzustimmen, was der Vorsitzende des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Otto Wolff von Amerongen, dem »Express« in einem Interview sagte: »Auch wenn es dem Land sehr schlecht geht, dürfen wir jetzt nicht den Fehler begehen, wahllos Geld nach Polen zu pumpen.«

Vor allem müßte vor jedweder Hilfe an Polen – und sollte sie auch noch so klein sein – sichergestellt sein, daß die heute noch in der polnischen Besatzungszone lebenden Deutschen wenigstens ihre elementarsten Rechte erhalten; so wie es die Polen ja unter anderem auch bei der Unterzeichnung der Schlußakte der KSZE-Konferenz zusicherten. Einerseits wollen die Polen Geld, auf der anderen Seite versagte jetzt aber kürzlich ein Oppelner Gericht dem »Deutschen Freundeskreis« in Schlesien die Anerkennung als deutscher Kulturverband. Dies Urteil wurde am gleichen Tag verkündet, an dem die EG eine großzügige Hilfe in Form von Nahrungsmitteln in einem Gesamtwert von 220 Millionen DM zuzüglich Transportkosten beschlossen hatte.

Und wie wenig die Polen selbst 45 Jahre nach Kriegsende an einer wirklichen Normalisierung ihres Verhältnisses zu Deutschland interessiert sind und wie sehr alles Deutsche in diesem Land noch unterdrückt wird, kennzeichnet folgender Fall. Eine Dame aus Krefeld, die sich seit Jahrzehnten bemüht, etwas über das Kriegsgrab ihres im März 1945 gefallenen zwanzigjährigen Bruders in Erfahrung zu bringen, erhielt Anfang September einen Brief vom Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge. Darin stand folgendes geschrieben:

»Zur Situation der deutschen Kriegsgräber in Polen müssen wir Ihnen mitteilen, daß die polnische Regierung immer noch die Feststellung, Instandsetzung und Pflege deutscher Soldatengräber des Ersten und Zweiten Weltkriegs in ihrem Lande untersagt. Dies, obwohl sie hierzu durch die Unterzeichnung der Genfer Konvention vom 12. August 1949 völkerrechtlich verpflichtet ist. Entsprechende Klauseln des deutsch-polnischen Vertrages (Warschauer Vertrag) vom 7. Dezemer 1970, welche die völkerrechtliche Verbindlichkeit der Genfer Abkommen unterstreichen, haben bis heute keine Wirkung gezeigt. Die polnische Regierung begründet ihre Meinung damit, daß es ihrer Bevölkerung aufgrund von Geschehnissen im Zweiten Weltkrieg auch heute noch nicht zuzumuten sei, deutsche Soldatengräber in ihrem Lande herzurichten und zu versorgen.« □

Richard von Weizsäcker

Verzicht auf deutsche Ostgebiete

Alfred König

Der Eid, den der jeweilige deutsche Bundespräsident gemäß Aritkel 56 des Grundgesetzes leisten muß, lautet wie folgt: »Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.« Richard von Weizsäcker verstößt dagegen, wenn nicht unbedingt de jure, so aber doch de facto.

Die Rede ist von der Botschaft des Bundespräsidenten anläßlich des 50. Jahrestages des Beginns des Polenfeldzuges des Deutschen Reichs an den polnischen Staatspräsidenten Jaruzelski. Diesem Feldzug ging die Ermordung tausender Deutscher, die Okkupation deutschen Landes und Provokationen ungeheuren Ausmaßes durch Polen voraus. In von Weizsäckers Botschaft findet sich hiervon jedoch nichts. Es ist eine Anklage gegen das deutsche Volk, wie es sie bislang von keinem Bundespräsidenten gegeben hat. Sie übertrifft in ihrer Konsequenz sogar noch die »Befreiungsrede« vom 8. Mai 1985 oder ist ihr zumindest ebenbürtig.

Das ist schlicht und einfach eine Lüge

So schreibt von Weizsäcker: »Vor fünfzig Jahren, am 1. September 1939, wurde mit dem deutschen Angriff auf Polen der Zweite Weltkrieg entfesselt.« Dies ist schlicht und einfach eine Lüge! Bei dem Polenfeldzug handelte es sich um nichts anderes als einen ganz »normalen« Zwei-Staaten-Krieg, der sich erst durch die Kriegserklärung Großbritanniens und Frankreichs am 3. September zu einem westeuropäischen Krieg ausweitete und von dem dann – zwangsläufig – der ganze europäische Kontinent erfaßt wurde – nicht zuletzt durch den Größenwahn Mussolinis.

Ein Weltkrieg wurde erst dann daraus, als die Japaner Pearl Harbor angriffen und die USA daraufhin Japan den Krieg erklären konnten und das Deutsche Reich wiederum seinen Bündnispflichten nachkam und seinerseits den USA den Krieg erklärte.

Warum schreibt der Bundespräsident nicht, was viele amerikansiche Historiker ans Licht der Öffentlichkeit brachten, unter ihnen Hamilton Fish, der zwischen 1920 und 1945 zu den führenden republikanischen Abgeordneten im US-Kongreß zählte. Sie fanden nämlich heraus, daß der damalige amerikanische Präsident, Theodor Roosevelt, frühzeitig über den Angriff der Japaner auf Pearl Harbor Bescheid wußte, ja, daß Roosevelt selber weniger Tage zuvor, genauer gesagt, am 26. November 1941, den Japanern ein Kriegsultimatum zukommen ließ.

Wesentliches übergeht der Bundespräsident

Von Weizsäcker schreibt weiter: »Polen wurde zum ersten Opfer eines Krieges, den die nationalsozialistische deutsche Führung vom Zaune brach. In ihrer Verantwortlichkeit für den Kriegsbeginn wird sie weder durch die damals bestehenden deutsch-polnischen Spannungen noch durch den zynischen Hitler-Stalin-Pakt entlastet. Sie allein eröffnete den Angriffskrieg . . .«

Tatsache bleibt jedoch, daß Stalin lediglich taktisch klüger handelte, indem er die Rote Armee erst am 17. September in Ost-Polen einmarschieren ließ. An seinem gleichzeitigen De-facto-Kriegseintritt ändert dies jedoch nichts. Auch wurde, das muß noch einmal betont werden, der europaweite Angriffskrieg erst durch die Kriegserklärung Großbritanniens und Frankreichs ausgelöst.

Originalton Weizsäckers: »Welche Stadt wurde so schrecklich zugerichtet wie Warschau beim Aufstand 1944? Wer dürfte jemals das Schicksal vergessen, welches den Juden aus Polen und ganz Europa in Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Sobibor und anderwärts auf dem Boden ihres Landes durch Deutsche widerfahren ist? Beispiellos sind die Folgen von Krieg und Kriegsverbrechen, die die ganze polnische Nation zu tragen hat.«

Erst einen Absatz später spricht der Bundespräsident dann von der »Zerstörung von Dresden und vieler anderer Städte«. Nur, Herr Bundespräsident, wo bleibt denn da der kleine, aber feine Unterschied? Deutsche untersuchende Stellen haben ganz klar festgestellt, daß in das jüdische Ghetto in Warschau Unmengen von Waffen geschmuggelt wurden. Daraus erklärt sich auch, warum die deutsche Wehrmacht Wochen brauchte, um der Unruhen Herr zu werden.

Im Gegensatz hierzu wurde Dresden, in dem sich im Februar 1945 ausschließlich Millionen von Zivilisten befanden, unter der Führung von »Bomber-Harris« mit Phosphor-Bomben dem Erdboden gleichgemacht, wurde keine Rücksicht auf Rote-Kreuz-Stellen und durch die Straßen flüchtende deutsche Frauen und Kinder genommen. Ein Kriegsverbrechen, das den Atombombenabwürfen über die wehrlosen japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki gleichzusetzen ist.

Die Relationen stimmen nicht

Und warum geht Weizsäcker nicht beispielsweise auf den Bromberger Blutsonntag ein, an dem am 3. September tausende deutsche Zivilisten in bestialischste Weise von Polen im wahrsten Sinne des Wortes abgeschlachtet wurden?

Und warum geht der Herr Bundespräsident nicht auf die neuesten Erkenntnisse des Leuchter-Berichts ein und fordert zumindest die wissenschaftliche Überprüfung der dort veröffentlichten Ergebnisse? Erst dann kann eventuell von einer »Ausgeburt einer kranken Phantasie«, so »Kritiker« des Leuchter-Berichts, gesprochen werden. Solange die Ausarbeitung des einzigen amerikanischen Gaskammer-Experten aber nicht ebenso wissenschaftlich widerlegt wurde, muß sie zumindest zu ernsthaften Zweifeln an der Holocaust-Theorie Anlaß geben. Und dies trotz aller »gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse«.

»In einer tausendjährigen Geschichte deutsch-polnischer Nachbarschaft gab es neben tiefen Schatten auch viel Licht und gegenseitige Bereicherung. In ihren Unterschieden und ihrer Nähe sind wenige andere europäische Völker mit ihrem Geist und ihrer Kultur, ihrer Lage und Geschichte so sehr aufeinander angewiesen wie das polnische und des deutsche.« So jedenfalls Herr von Weizsäcker.

Ohne den Polen jetzt etwas Böses zu wollen: Sicherlich haben auch sie berühmte Köpfe hervorgebracht, Chopin soll hier nur als ein Beispiel gelten, doch wo, bitte schön, sind ihre kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen in den vergangenen Jahrhunderten auch nur annähernd mit dem gleichzusetzen, was Deutsche für die Kultur Europas geleistet haben.

Personen wie Goethe, Schiller, Kleist, Mozart, Beethoven, Bach, Wagner, Nietzsche und Schopenhauer – um nur einige wenige zu nennen – haben die europäische Kultur und Geisteswelt in einem so starken Maße beeinflußt, wie es kein Pole je in der Lage gewesen ist. Wo also ist Deutschland »mit seinem Geist und seiner Kultur« so sehr auf Polen angewiesen, Herr Bundespräsident?

Verstoß gegen den Verfassungseid

Und dann kommt der Passus, in dem von Weizsäcker nach An-

sicht mancher sogar gegen seinen Verfassungseid verstoßen hat: »Bei den politischen Aufgaben (der Nachkriegspolitik; der Verfasser) war zu berücksichtigen und wird von uns respektiert, daß es für Deutschland als Ganzes nach wie vor keine Nachkriegsregelung gibt. Die damaligen Siegermächte haben sie sich vorbehalten. Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen haben sich aber im Rahmen ihrer eigenen Kompetenz und Verantwortung gegenseitig ihr Wort gegeben. Dies ist mit dem Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 geschehen, und er weist uns den Weg. Dabei wird es bleiben. Mein Land hat verbindlich zugesagt, jetzt und in Zukunft keinerlei Gebietsansprüche gegen Polen zu erheben.«

Damit stellt sich der Bundespräsident ganz klar gegen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, die auch für ihn bindend sind. Das höchste bundesdeutsche Gericht hat in mehreren Entscheidungen eindeutig festgestellt, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbesteht.

Dieser Fortbestand wird aber vom Bundespräsidenten ganz klar verneint. Ja, Weizsäcker sagt sogar: »Mein Land hat verbindlich zugesagt ...« Dies stellt nach Ansicht mancher Beobachter einen ganz klaren Bruch der Verfassung durch das bundesdeutsche Staatsoberhaupt dar. Zur Klärung dieser Frage soll in einigen Kreisen sogar der Weg zum Bundesverfassungsgericht erwogen werden, damit die höchsten deutschen Verfassungsschützer den Bundespräsidenten in seine Schranken verweisen sollen.

Damit ist aber nun klar, was Weizsäcker in seiner Rede anläßlich des 40. Jahrestags der Verkündigung des Grundgesetzes gemeint hat. Damals hatte das Staatsoberhaupt erklärt: »Das Deutsche Reich hatte am 8. Mai 1945 kapituliert.« Auf einen Brief eines Kritikers, das nicht das Deutsche Reich, sondern die deutsche Wehrmacht kapituliert habe und diese Tatsachenverfälschung dem Verzicht auf Mittel- und Ostdeutschland gleichkomme, hatte Dr. Kühnhardt vom Bundespräsidialamt geantwortet: »Dem Bundespräsidenten ist die völkerrechtliche Auffassung bewußt, daß am 8. Mai 1945 die deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert hat.« Dies heißt aber nichts anderes, als daß Weizsäcker diese Auffassung nicht teilt, sie ihm vielmehr nur »bewußt« ist.

Gegen Ende seiner Botschaft schreibt Weizsäcker dann: »Auf der Grundlage dieser Vereinbarungen (der Warschauer Verträge; der Verfasser) und unserer beidseitigen Beiträge zur Schlußakte von Helsinki gilt es, den europäischen Erwartungen zu entsprechen, die sich in besonderer Weise an Polen und Deutsche richten.«

Die besondere Scheinheiligkeit dieser »Botschaft« geht aber aus folgendem Absatz hervor: »Jeder von uns hat seine eigene Lesart der Geschichte. Aber er sollte sie nicht dafür benutzen, um den anderen das Leben mit der Vergangenheit in die Zukunft hinein zu erschweren.«

Was aber macht der Herr Bundespräsident denn anders? Er übernimmt blindlings die Geschichtsdarstellung der ehemaligen deutschen Gegner. Er macht sich nicht einmal die Mühe, die immer mehr werdenden Entlastungsbeweise zu überprüfen, mit denen ernsthafte Historiker, wie beispielsweise David Irving, den Nachweis erbringen, daß die Alleinschuldthese bezüglich des Zweiten Weltkriegs ebensowenig aufrechtzuerhalten ist wie seiner Zeit betreffend des Ersten Weltkriegs.

Wenn schon David Irving als »rechtsradikal« abgelehnt wird, bleiben aber neben vielen anderen noch immer der bereits erwähnte Hamilton Fish – ein Kapitel seines Buches »Der zerbrochene Mythos« lautet bezeichnenderweise »Wie Roosevelt die britische Regierung zum Krieg anstachelte und aufreizte« – oder der Schwiegersohn des damaligen US-Präsidenten Roosevelt, Curtis Dall. Dieser, der nun wohl wirklich als absolut unverdächtig gelten muß, hat in einem Buch ebenfalls dargestellt, welch kriegstreiberische Politik Roosevelt seinerzeit führte. □



Zweiter Weltkrieg

Eisenhowers Todeslager

John Springfield

»Das letzte dreckige Geheimnis des Zweiten Weltkrieges« ist der Titel eines sensationellen Artikels, den das kanadische Journal »Saturdy Night« in großer Aufmachung als Geschichte des Monats herausbrachte. Der »Toronto Star«, die auflagenstärkste und meistgelesene Zeitung Kanadas mit rund 700 000 Abonnenten und mit 1,5 Millionen geschätzter Leser, brachte zum Jahrestag des Kriegsausbruches die herzzerreißende, eingehend dokumentierte Geschichte eines ungeheuerlichen amerikanischen Kriegsverbrechens. Eisenhower seit fast 50 Jahren ein Idol der westlichen Welt, wird darin des vorsätzlich geplanten Massenmordes an bis zu einer Million deutscher Kriegsgefangener nach Ende des Zweiten Weltkriegs bezichtigt. Der Autor, James Bacque, ein Kanadier französischer Abstammung, rechnet schonungslos mit Menschen ab, die dieses Massensterben vorsätzlich geplant hatten, obwohl Lebensmittel und Material für Unterkünfte im Überfluß vorhanden waren.



Im August 1959 kommt mit Dwight D. Eisenhower erstmals ein US-Präsident als Staatsgast in die Bundesrepublik.

James Bacque hat in der nordamerikanischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt durch die Ankündigung seines Buches »Other Losses« (»Diverse Verluste«), das er eigentlich gar nicht schreiben wollte. Es begann damit, daß er die Geschichte eines bekannten französischen Resistance-Helden, Raoul Laporterie, schreiben wollte. Als Vorbereitung dazu sammelte er Unterlagen in verschiedenen Archiven in Frankreich und USA. Ungewollt stieß er dabei auch auf Dokumente aus der Eisenhower-Zeit, die sich mit der Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen, die nach Kriegsende in amerikanische Gefangenschaft gerieten, befaßten.

Bacque haßte die Deutschen und alles was deutsch war. Sein Vater kämpfte schon im Ersten Weltkrieg gegen Deutschland und trug eine Giftgasvergiftung davon. Jedoch die Dokumente, die er in den französischen Archiven in Vincennes und in den USA in Washington und Suitland sowie später auch in Koblenz zu sehen bekam, waren für ihn so schockierend, daß er sich entschloß, den ganzen Komplex der amerikanischen Kriegsgefangenenlager in Deutschland zu untersuchen.

Das letzte dreckige Geheimnis

Hier eine geraffte Zusammenfassung der westlichen Aussagen aus dem Buch von James Bacque:

Zweiter Weltkrieg

Eisenhowers Todeslager

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges haben die Alliierten in Westdeutschland insgesamt neun Millionen deutsche Kriegsgefangene eingebracht, wovon 5 250 000 in amerikanischen Gewahrsam kamen, 500 000 wurden von den Briten und über zwei Millionen von den anglokanadischen Streitkräften sowie 300 000 von den Franzosen einkassiert.

Sie starben wie die Fliegen

Dabei leisteten sich die Amerikaner zwei Dinge, die sie aus den Reihen einer gesitteten Nation für immer verbannen wird: Erstens, 1 700 000 Kriegsgefangene wurden überhaupt nicht registriert. Sie wurden nirgends erfaßt, erscheinen in keiner Statistik.

Zweitens: Mit einem Fernschreiben vom 10. März 1945 verfügte Eisenhower, daß nur ein Teil der deutschen Kriegsgefangenen so behandelt werden soll, wie es der Genfer Konvention entsprach, während ein anderer Teil in eine neugeschaffene Kategorie der »entwaffneten Feindeskräfte« (DEF) eingereiht wurde. Diese Kategorie hatte keinerlei Rechte und war vogelfrei. Todesfälle aus dieser Kategorie wurden in den Statistiken der Amerikaner und Franzosen als »diverse Verluste« geführt.

Es ist ein Verbrechen gegen alle bisherigen Gesetze der Menschheit, es ist ein Bruch der internationalen Verträge und der Genfer Konvention, es ist ein nackter Ausrottungsbefehl gegen die tapfersten Soldaten der deutschen Wehrmacht.

Die Amerikaner unterhielten in Westdeutschland 32 Hauptlager, die Franzosen in Frankreich und Belgien 48 Hauptlager. 200 000 bis 400 000 deutsche Kriegsgefangene wurden auf nasse Wiesen getrieben und dort ohne Zelte, ohne Verpflegung, ohne Wasser oder Medikamente und ohne genügend Platz ihrem Schicksal überlassen. Sie starben wie die Fliegen, verhungert, verdurstet, verdreckt, in kurzer Zeit von Durchfall verkotet und von Typhus dahingerafft.

Beim Transport durch holländisches Gebiet warfen die Holländer von den Brücken Steine auf die Köpfe, der ihnen schutzlos ausgelieferten deutschen Soldaten. Mit riesigen Bulldozern zerwühlten die Amerikaner Teilabschnitte der Lager und zermalmten die deutschen Soldaten, die in den Erdlöchern lagen und sich vor Hunger kaum noch bewegen konnten.

Am Kapitulationstag, dem 8. Mai 1945, bestimmte die amerikanische Armee, daß zwei Millionen deutscher Kriegsgefangene den Status »entwaffnete Feindeskräfte« erhalten sollten, das heißt, sie waren vogelfrei, schutzlos, ohne jegliche Rechte, dem Tod durch Verhungern preisgegeben.

Aus einem Fernschreiben-Wechsel zwischen General Lee in Paris und Eisenhower im Hauptquartier in Frankfurt vom 31. Mai 1945 geht hervor, daß General Lee in seinen Büchern eine Million deutscher Gefangene mehr erfaßt hatte, als das Hauptquartier in Frankfurt. Das Hauptquartier lieferte aber nur die Verpflegung laut Buchbestand, das heißt, eine Million deutscher Kriegsgefangener bekam überhaupt keine Verpflegung.

Weit mehr als durch die Hiroshima-Bombe getötet

Ab 4. August 1945 bestimmte Eisenhower, daß alle deutschen Kriegsgefangenen nach DEF-Status behandelt werden müssen.

Schon Ende Mai 1945 waren in den amerikanischen Kriegsgefangenenlagern mehr deutsche Soldaten verhungert, als in all den Kämpfen an der Westfront seit Eintritt Amerikas in den Weltkrieg vom Jahre 1941 bis April 1945 gefallen waren. Es sind weit mehr, als die Hiroshima-Atombombe vernichtet hat.

Dabei waren die US-Depots mit Nahrungsmittel und Ausrüstung überladen und quollen über. Der amerikanische Quartiermeister und General Littlejohn berichtet zum Beispiel für die Monate Juli-August 1945, daß sich die überquellenden Nahrungsmittelbestände in diesen Monaten um weitere 39 Prozent erhöht hätten.

Unter den Verhungerten waren auch Frauen und Kinder zwischen sechs und sieben Jahren, die in Erdlöchern verfaulten. In einigen Fällen waren auch versprengte KZ-Häftlinge in ihrer gestreiften Kleidung unter die Kriegsgefangenen geraten, die die amerikanischen Offiziere bestürmten, sie aus diesen Elendslagern herauszulassen; sie wollten wieder in ihre KZ-Lager zurückkehren.

Die Gefangenen litten unter fürchterlichem Durst. Selbst dieses kostenlose lebensnotwendige Nahrungsmittel wurde ihnen von den amerikanischen Siegern vorenthalten. Die deutschen Soldaten tranken ihren eigenen Urin. Geschlafen wurde auf morastiger mit Kot vermischter Erde, Rücken an Rücken. Gegessen wurde Gras, wenn und soweit es welches gab.

Wenn es einmal Verpflegung gab, so bestand sie aus zehn Prozent der Ration, die jeder amerikanische Soldat erhielt. Bei der Ausgabe mußten die Deutschen vorher zur Gaudi der Amis einen Spießrutenlauf durch eine Gasse bestehen, die links und rechts mit knüppelbewehrten Amis besetzt war, die nach Leibeskräften ihre demokratischen Keulen auf die heranwankenden Skelette »wie in Dachau und Buchenwald« heruntersausen ließen.

Gesunde Soldaten, die ins Lager gingen, waren nach einigen Tagen tot. Es gab keine Latrinen. Es wurden mit den Händen Gruben gebuddelt und ein Balken darüber gelegt. Oft waren die Soldaten zu schwach, um sich auf dem Balken zu halten, sie fielen in die Fäkaliengrube und ertranken.

Auf Beschwerden antworteten die amerikanischen Bewacher: »Vergessen Sie die Genfer Konvention. Sie haben keinerlei Rechte.«

Es war amerikanische Grundsatzpolitik

Die Leichen wurden karrenweise aus dem Lager geschafft, dort weitab auf Haufen zu 20 Leichen geschichtet, mit Kalk überstreut, vorher nackt ausgezogen. Jeder Haufen war etwa ein Meter hoch. Die persönlichen Sachen der Krepierten wurden in Säcke gelegt, die von den Amis abgeholt wurden.

Die Tagesration eines amerikanischen Soldaten hatte den Wert von 4000 Kalorien. Wenn die deutschen Soldaten in der Kapitulationszeit anfänglich ab und zu eine Miniverpflegung erhielten, so betrug dies zehn Prozent von 4000 Kalorien – also 400 Kalorien.

Die DEF-Gefangenen erhielten überhaupt keine Verpflegung und ab 4. August 1945 wurde die Verpflegung für alle Gefangenen gesperrt. Die amerikanischen Militärärzte bezeichneten 2150 Kalorien als das unterste Lebensminimum.

Abschließend einige wörtliche Zitate aus dem Buch von James Bacque: »Eisenhower selbst unterzeichnete die Forderung nach Schaffung einer besonderen Kriegsgefangenen-Kategorie, die von der Genfer Konvention nicht geschützt sein soll.«

»Arbeitskommandos nahmen den Leichen die Erkennungsmarken ab, entkleideten sie und stapelten sie in Lagen auf, die mit Kalk bestreut wurden.«

»Es war amerikanische Grundsatzpolitik, den Gefangenen kein Schutzdach und keinerlei Komfort zu gewähren. Die Männer lebten in Erdlöchern, die sie selbst gegraben hatten.«

»Was sie wirklich zu unterdrükken hatten, war das Ausmaß des Grauens, die Gesamtzahl der Toten und deren hohe Zahl.«

»Man kann es Gefühlskälte, Vergeltung oder die Politik feindlicher Fahrlässigkeit nennen: eine Million Deutsche, die von Eisenhowers Armeen als Kriegsgefangene erbeutet wurden, starben in der Gefangenschaft nach der Kapitulation.«

Bacque haßt die Deutschen nicht mehr. Er hat es verlernt. □

James Bacques Buch »Other Losses« ist soeben im Verlag Stoddard Publishing Co. Ltd., Toronto, 34 Lesmill Road, Kanada, erschienen.

Das Ziel hieß Darmstadt

Andrew Russo

Historiker der revisionistischen Schule haben im Namen der geschichtlichen Wahrheit wertvolle Dienste geleistet, indem sie die Aufmerksamkeit der Welt auf alliierte Greueltaten während des Zweiten Weltkrieges lenkten.

Die schrecklichen Luftangriffe auf Dresden und Hamburg sind von zahlreichen revisionistischen Autoren genau und korrekt beschrieben worden. Und doch ist einer der schwersten und grausamsten Luftangriffe des Krieges bislang nicht ernsthaft untersucht worden. Es handelt sich um den Angriff 1944 auf die mittelalterliche Stadt Darmstadt am 11. September, der über 8000 Todesopfer forderte.

Kein militärisches Angriffsziel

Bis zu jener berüchtigten Nacht war Darmstadt eine blühende Provinzstadt, etwa 25 km südlich von Frankfurt gelegen. In erster Linie ein Wohn- und Geschäftszentrum, war das alte Viertel Herz und Seele der Stadt. Die Altstadt von Darmstadt war stolz auf das Gewirr von engen mit Kopfstein bepflasterten Straßen und Gassen, seinen Giebelhäusern aus dem Barock und der Renaissance, seinen Kunstgalerien, Museum und Palästen sowie dem Schloß aus dem 17. Jahrhundert.

Einst war Darmstadt der Herzogsitz des Hauses Hessen-Darmstadt. Die Stadt war eine zauberhafte Erinnerung an das große Zeitalter deutscher Kultur und Architektur.

Darmstadt war keine Industriestadt und sicherlich kein Zentrum für die Kriegsproduktion. Die Stadt machte weniger als 0,2 Prozent der Gesamtproduktion des Deutschen Reiches und nur einen winzig kleinen Teil der Kriegsproduktion aus. Sie war nicht einmal als Verkehrszentrum bedeutend, weil sie keinen Hafen hat und die Hauptverkehrsadern der Reichsbahn an ihr vorbeiliefen.

Darmstadts geringe Bedeutung als militärisches Ziel machte es vor der häßlichen Nacht vom 11. September 1944 im allgemeinen immun gegen alliierte Luftangriffe. Bis zu dem Zeitpunkt hatte die Stadt »nur« 181 Todesfälle bei Luftangriffen erlitten.

Die Tatsache, daß der Stadt die schlimmsten Auswirkungen von Luftangriffen bis dahin erspart geblieben waren, verleitete die Darmstädter zu dem Glauben, sie stünden nicht auf der Zielliste der Alliierten.

In 51 Minuten 399 Tonnen Bomben abgeworfen

So waren sie sowohl im Sinne der zivilen Luftverteidigung als auch im psychologischen Sinne fast völlig unvorbereitet auf den heimtückischen Angriff der Royal Fair Force, den sie bald erleben sollten.

Der Autor Max Hastings erzählt uns vom Anflug der Gruppe 5 der RAF an jenem traurigen Abend: »Als die zehn Geschwader des Hauptpulks der Gruppe 5 zum Bombenabwurf einflog, wollten sie, anstatt sich wie üblich auf einer einzigen gemeinsamen Flugroute zu nähern, heute Nacht auf nicht weniger als sieben verschiedenen Zielrouten aus unterschiedlichen Höhen ihre Bomben abwerfen und dabei von dem Markierungspunkt, in dem was die Darmstädter später »den Todesventilator« nannten, aus breitflächig vorgehen.

Jede Maschine variierte die Verzögerung des Ausklingens ihrer Bomben, nachdem sie den Markierungspunkt passiert hatte, um drei bis zwölf Sekunden. Anders als eine einzige Vernichtungsmasse bemühte sich die Gruppe 5 heute, ihren Angriff gleichmäßig und tödlich über die ganze Länge und Breite der Stadt Darmstadt zu verteilen.«

Der Angriff auf Darmstadt dauerte 51 Minuten und 399 Tonnen hochexplosiver Bomben verwandelte Darmstadt in einen brennenden Trümmerhaufen. Max Hastings berichtet: »In den ersten fünf Minuten des Angriffs verlor Darmstadt seine Identität als zusammenhängende Bürgerschaft, die in der Lage gewesen wäre, sich gegenseitig zu helfen. Es wurde ein zersplittertes, flammendes, rauchendes Schlachtfeld in dem Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern sich, so gut sie konnten, zu retten versuchten«.

Ein Feuersturm wie in Hamburg und Dresden

Ein Feuersturm, ähnlich denen die Hamburg und Dresden vernichteten, entwickelte sich. Hasting weiter: »Sogar unter denjenigen, die versuchten zu entkommen, wurden Hunderte durch die Kraft des Windes in das Feuer hineingesogen, wobei ein Schneegestöber von Asche um ihre Köpfe wirbelte. Gegen 2 Uhr morgens tobte ein Sturm mit Windstärke 10 durch Darmstadt, während im Kern der Feuerstürme die Temperaturen auf unglaubliche 1500 Grad – vielleicht 2000 Grad – anstiegen.

Niemand wußte genau, wohin er laufen sollte, um in Sicherheit zu kommen . . . Diejenigen, die versuchten ihre großen Bündel mit dem Rest ihrer Habe zu tragen oder Handkarren hinter sich herzuziehen versuchten, waren verloren. Viele fielen hin als sie rannten und konnten nicht mehr aufstehen. Ihre Körper sanken in den schmelzenden Asphalt und wurden schon lange vor Morgengrauen mumifiziert.« Das Schloß mit seiner kostbaren Bücherei stand in hellen Flammen. Sieben der acht evangelischen Kirchen der Stadt wurden dem Erdboden gleichgemacht.

Die Menschen bahnten sich mühsam ihren Weg durch die rauchenden Gebäude sobald der Feuersturm nachgelassen hatte und suchten nach Lebenden oder nach ihrer Habe. Keller vollgestopft mit erstickten Leichen und formlosen, zusammengeschmolzenen und verkohlten Menschen wurden entdeckt. Es gab ganze Familien deren Überbleibsel in einem Wäschekorb davongetragen werden konnte. Es gab blau und rötlich angelaufene Leichen, schwarze Haufen von Fleisch mit herausragenden Knochen, die unter dem Trümmerhaufen verschüttet waren.

Zur Erprobung von Abwurfstechniken

In dem Luftangriff vom 11. September 1944 wurden 4064 von 8401 Gebäuden völlig zerstört. Weitere 462 waren unbewohnbar geworden. 572 der 888 Geschäfte der Stadt hatten aufgehört zu existieren. Die Altstadt war von der Erdoberfläche verschwunden. Siebzigtausend Menschen wurden obdachlos; 49 000 verließen Darmstadt als Flüchtlinge.

Achttausendvierhundertdreiunddreißig Menschen starben, darunter über 2000 Kinder. Die Gesamtzahl der Toten und Verletzten belief sich auf über 13 000.

Warum hatte es die RAF nötig, eine kleine Wohnstadt deren »Beitrag zum Kriegseinsatz im Vergleich zu den von den Alliierten eingesetzten Hilfsmitteln, um sie zu zerstören, geringfügig war in Schutt und Asche zu legen?«

Max Hastings gibt uns die Antwort darauf. Im September 1944 suchte die Gruppe 5 bislang unbeschädigte Zielgebiete von einer zu bewältigenden Größenordnung, auf denen sie die Genauigkeit und Wirksamkeit verschiedener Visier- und Bombenabwurfstechniken zu vertretbaren Kosten ausprobieren konnten . . . Darmstadt paßte vollkommen zu all ihren Kriterien. »Vertretbare Kosten?« Über 8000 Tote, um Bombenabwurfstechniken zu testen? □

Lloyds Bank gibt einen düsteren Ausblick

Der Korrespondent der Londoner »Financial Times«, Stephen Fidler, berichtete, daß der Schritt der Lloyds Bank, die Bestimmung der Darlehensverluste in Zusammenhang mit den Schulden der dritten Welt zu verschärfen und das Abkommen mit Mexiko und seinen Gläubigern, ausgearbeitet unter dem Schutz des amerikanischen »Brady-Plans«, seien in der Tat »symptomatisch für das gleiche sich vertiefende Problem ... Ein Land nach dem anderen ist mit den Zinsen in Rückstand geraten«.

Der Vorsitzende von Lloyds, Sir Jeremy Morse, soll in Zusammenhang mit dem Brady-Plan gesagt haben: »Ungewißheit, teilweise durch die neue Schulden-Initiative erzeugt, wurde von Lloyds als Ursache für die Erhöhung in ihren allgemeinen Bestimmungen angegeben.«

Fidler setzt hinzu: »Sir Jeremy und andere sehen unbequeme Parallelen zu den dreißiger Jahren, als lateinamerikanische Länder mit ihren Verpflichtungen gegenüber Geldanlegern nicht mehr nachkamen.« □

American Express entschuldigt sich bei Safra

Die American Express Corporation hat Edmund Safra, einem ehemaligen Vorstandsmitglied der Firma, eine Ehrenerklärung zusammen mit einer Entschädigung von vier Millionen Dollar angeboten. In einer Vereinbarung wird festgestellt, daß die Beschuldigungen über Safras Verbindungen mit internationalen Drogen-Geldwäschgeschäften von einem Angestellten von American Express stammen und nicht der Wahrheit entsprechen.

American Express räumt ein, eine Untersuchung gegen Safra eingeleitet zu haben, als dieser aus der Firma ausschied, und man habe den Verdacht gehegt, er habe unter Bruch einer Vereinbarung Kunden und Angestellte für seine Zwecke benutzt. Der nicht namentlich genannte Angestellte, der die Untersuchung leitete, soll die abträglichen Informationen an die europäische und lateinamerikanische Presse gegeben haben.

Die »New York Times« berichtet, daß Safra, ein libanesischer Staatsbürger, dessen Familie schon vor fünf Generationen mit dem Bankgeschäft für das Ottomanische Reich begann, beschuldigt wurde, seine Republic Bank dazu benutzt zu haben, um das Flugzeug zu finanzieren, das den ehemaligen amerikanischen Berater für nationale Sicherheit, Robert McFarlane, nach Teheran gebracht habe, um mit Ayatollah Khomeini das Waffen-für-Geisel-Abkommen zu treffen.

Das Ehrenrettungsgeld von American Express wird an die von Safra bevorzugten caritativen Verbände überwiesen: die Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith-Loge und an das Rote Kreuz. □

Afrika soll Wirtschaftsgemeinschaft gründen

Eine Gipfelkonferenz der Organization of African Unity (OAU) endete mit einer Resolution zur Gründung einer afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft. »Um eine beschleunigte und gerechte sozial-wirtschaftliche Entwicklung in unserer Region zustande zu bringen, ist die Gründung einer solchen Gemeinschaft in der Tat von entscheidender Bedeutung«, sagte der äthiopische Präsident Mengistu Haile Mariam.

In einer Zusammenfassung der Arbeit des Steuerungsausschusses, vorgetragen durch den scheidenden Generalsekretär Ide Oumarow vor einer Sitzung des Gipfeltreffens hinter verschlossenen Türen, heißt es: »Das Konzept einer solchen Gemeinschaft setzt stillschweigend das Vorhandensein eines einheitlichen Währungssystems voraus und daß die Wirtschaft-, Sozial- und Kulturpolitik der Mitgliederstaaten vorher miteinander in Einklang gebracht werden.«

»Die Zeit ist nicht auf Seiten Afrikas«, sagte Adebayo Adedeji, der leitende Sekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika. »Die wirklichen Verlierer in den neunziger Jahren und darüber hinaus sind jene Gegenden, besonders Afrika, wo der Prozeß der wirtschaftlichen Integration noch nicht voll gefestigt ist.«

Afrikanische Staaten hoffen, daß die Integration und Kooperation im Transport- und Fernmeldewesen, in der Industrie, auf dem Energie- und Agrarsektor und bei anderen Projekten den Druck auf die Staatskassen mildern werden, da sie ihre natürlichen Hilfsmittel zusammenlegen. □

Vatikan-Bank wird neu organisiert

Die erste Sitzung des neuen Council of Superintendency (Rat für die Oberaufsicht) des Istituto per le Opere di Religione (IOR) fand kürzlich im Vatikan statt.

Das neue IOR wird von einer Kardinals-Kommission regiert, die sich aus fünf direkt vom Papst ernannten Kardinälen zusammensetzt, die fünf Jahre lang im Amt bleiben. Es sind dies der Staatssekretär Agostino Casaroli, der spanische Kardinal Eduardo Martinez Somalo, der amerikanische Kardinal John O'Connor, der brasilianische Kardinal Angelo Rossi und der afrikanische Kardinal Bernardin Gantin.

Die Kardinals-Kommission ist verantwortlich für die Ernennung des Council of Superintendency, der dem Verwaltungsgremium einer Aktiengesellschaft entspricht. Der Rat setzt sich aus fünf Laienmitgliedern, alles Bankleute, zusammen. Unter diesen wurde Angelo Caloia, Präsident von Mediocredito Lombardo und Universitätsprofessor, zum Vorsitzenden des Rats ernannt, und Philippe De Weck, ehemaliger Präsident der Union Bank of Switzerland, wurde zum Vizepräsident auserkoren. De Weck, derzeit Vorstandsvorsitzender von Nestle, ist der Vertraute des Kardinals Agostino Casaroli. 1982 war er Mitglied der Kommission der »weisen Männer«, die ernannt worden waren, um im Kielwasser des Zusammenbruchs von Robert Calvis Banco Ambrosiano die Tätigkeiten des IOR zu untersuchen.

Die IOR-Beamten Monsignor Paul Marcinkus, Dr. Luigi Menninin und Pellegrino De Strobel, die alle in den Skandal um den Zusammenbruch der Banco Ambrosiano verwickelt waren, verloren ihre Ämter. Die einzige Person von der alten Garde, die im Amt verblieb, ist Monsignor Donato De Bonis, der als Verbindungsmann zwischen der Kommission und dem Rat fungieren wird. Er war fast zwei Jahrzehnte lang Sekretär der Vatikan-Bank.

Wie sieht die Zukunft des IOR aus? Es ist zu früh um Voraussagen zu machen; aber es ist wichtig festzustellen, daß die große europäische Repräsentanz in bezug auf die amerikanische Komponente eine gewisse Distanz der Vatikan-Finanzen zu der drückenden freimaurerischen Umarmung durch die anglo-amerikanische Hochfinanz herstellt. □

Durch Druck der USA auf Japan droht eine Katastrophe

Die Vereinigten Staaten riskieren eine Finanzkatastrophe, wenn sie eine weitere politische Unstabilität Japans fördern, schreibt der Wirtschaftsfachmann David Hale in seinem wöchentlich erscheinenden Finanzbrief.

In einer Untersuchung der möglichen finanziellen Implikationen, wenn die regierende Liberal-Demokratische Partei (LPD) weiter geschwächt wird und die Sozialisten in die japanische Regierung eintreten sollten, weist Hale warnend darauf hin, daß solche »Reformen« in Japan »die Fähigkeit des japanischen Elitebeamtentums, die Kapital-

ströme in Krisenzeiten zu leiten und Finanzhilfe für das Brady-Schuldenerlaß-Programm zu gewähren, schwächen«.

»Japan hat in den achtziger Jahren eben wegen seiner hohen Ersparnisrate einen sehr stabilisierenden Einfluß auf die internationale Wirtschaft ausgeübt, und niedrige Zinsfüße stellten einen nützlichen weltweiten Ausgleich zu Amerikas hohem Haushaltsdefizit und der schwankenden Geldpolitik dar«, schreibt Hale. Eine schwache japanische Regierung stelle für die weitere »aufgeklärte« Politik des japanischen Finanzministeriums gegenüber den amerikanischen Finanzmärkten eine Gefahr dar, heißt es bei Hale. □

Bis zu 18 Millionen Obdachlose in den USA

Auf jede beliebige Nacht gerechnet gibt es zwischen 655 000 und vier Millionen Obdachlose entweder auf den Straßen oder in Behausungen und weitere zehn bis 14 Millionen »verborgene Obdachlose«, die mit der Familie oder Freunden zusammenhocken, heißt es in einer durch das American Affordable Housing Institute (Institut für erschwingliche Wohnungen) der Rutgers University freigegebenen Studie. Diese Zahlen der verborgenen Obdachlosen stehen im Vergleich zu früheren Schätzungen von bis zu drei Millionen Menschen.

Die Verfasser der Studie, David Schwartz und John Glascock, sagen, die Verhinderung der Obdachlosigkeit sei weniger kostspielig als die Beschaffung von Unterkünften und die Gewährung von Nothilfe.

»Obdachlosigkeit in Amerika kann nicht nur verhindert werden, sie ist auch behandlungs- und heilungsfähig«, schreibt Schwartz. »Nach Jahren der Beseitigung und der schwerwiegenden Beschneidung von Wohnungsprogrammen für die Armen, benötigen wir jetzt einen Knebel, um den Strom der Menschen, die durch das Netz der sozialen Sicherheit fallen und zu Obdachlosen werden, abzustoppen.« □

Britische Banken sehen Parallelen zu dem Crash von 1987

»Geliehenes Geld schmiert den Aufwärtstrend der Aktienmarktwerte wie 1987. Die Gefahren eines urplötzlichen Vertrauensschwunds sind jetzt ebenso groß wie vor zwei Jahren«, ist die Schlußfolgerung des Wirtschaftsexperten Peter Warburton der Londoner Handelsbankfirma Robert Fleming Ltd.

Sein Bericht, indem die Darlehensaufnahme bei Banken durch große institutionelle Anleger im Vereinigten Königreich in den letzten Monaten untersucht wird, kommt zu der Schlußfolgerung, daß der Betrag der jüngsten Investitionen in Londons blühenden Aktienmarkt fast genau mit den zehn Milliarden Dollar, die die gleichen Institutionen geliehen haben, übereinstimmt.

Warburton sagt, die Verwundbarkeit des amerikanischen Aktienmarktes sei auf durch Leihkapital finanzierte Aufkäufe von Gesellschaften und darauf, daß amerikanische Firmen den Geschäften mit »Trödel-Aktien« ausgeliefert sind, zurückzuführen. □

Subventioniert Peru den Drogenhandel

Die peruanische Tageszeitung »La Republica« wirft in einem Kommentar die Frage auf: »Finanziert der Staat den illegalen Drogenhandel?« Die Zeitung argumentiert dahingehend, daß der illegale Drogenhandel »abgewürgt werden könnte, wenn der peruanische Staat Wachsamkeit und Kontrolle über den illegalen Handel mit Schwefelsäure und Petroleum, zwei Chemikalien, die zur Herstellung von Kokain benötigt werden, walten ließe.

Die Zeitschrift »Caretas« berichtete, daß 50 bis 60 mit subventioniertem Petroleum beladenen Lastkraftwagen täglich von der Unterstation Pasco von Petroperu zur verhältnismäßig wenig bevölkerten Coca-Zone abfahren, aber keiner dieser Lkw sei jemals von Terroristen angegriffen worden.

»La Republica« befürwortet jedoch eher die Beseitigung der Subventionierung von Petroleum, des Hauptbrennstoffes für peruanische Familien, als lediglich die riesigen Mengen für den drogenbezogenen Gebrauch zu stoppen. Sie argumentiert allerdings dahingehend, daß strenge Kontrollen auf Petroleum jede Notwendigkeit für »aufwendige« Drogenbekämpfungsmaßnahmen wie »Operation Kondor« oder »umweltmäßig zerstörerische« Herbizide wie »Spike« überflüssig machen. □

Nordkorea entwickelt Kernkraft-Kapazität

Amerikanische und südkoreanische Beamte glauben, daß es immer mehr Beweise dafür gibt, daß Nordkorea die Kapazität zur Herstellung von Kernwaffen entwickelt, heißt es im »Wall Street Journal«.

Zu dem Beweismaterial gehören Fotos von zwei sich im Bau befindlichen Kernanlagen, 90 km nördlich der Hauptstadt Pyongyang gelegen, die wahrscheinlich in der Lage sind, Plutonium herzustellen.

Beamte der Bush-Regierung sagen, die USA hätten Beweise für das Vorhandensein von zwei, möglicherweise drei Atomanlagen, von denen mindestens eine schon im Betrieb sei.

Eine zweite Anlage, ein großes fabrikartiges Gebäude, sei jetzt in der Nähe des Reaktors von Yongbyon in Erscheinung getreten. Nach südkoreanischen Presseberichten erfuhren Beamte aus Seoul von einem amerikanischen Team, daß dies eine Anlage zur Weiterverarbeitung von Kernbrennstoffe sei, die in der Lage ist, aus den verbrauchten Kernbrennstäben Plutonium herauszuziehen.

Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums soll gesagt haben, die Vereinigten Staaten hätten mit der Sowjetunion, Japan, Südkorea und der Volksrepublik Chinas darüber konferiert, was wegen der fortdauernden Verschleppungstaktik Nordkoreas hinsichtlich der Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Öffnung aller seiner Atomanlagen zur internationalen Inspektion zu tun sei. □

Afrika ruft zu einer Schuldenkonferenz

Afrikanische Staatsoberhäupter riefen auf dem jährlich stattfindenden Gipfeltreffen der Organization of African Unity zu einer internationalen Konferenz zur Regelung des Problems der Auslandsschulen des Kontinents in Höhe von 200 Milliarden Dollar auf.

Die Gruppe führte in einer Resolution aus, daß die afrikanischen Volkswirtschaften mit »qualvollen« Schulden belastet seien, die das Wachstum verkümmern lassen und politische Unbeständigkeit verursacht habe. Die führenden Persönlichkeiten begrüßten Initiativen die Frankreich ergriffen habe, um an einige der ärmsten Länder Afrikas gewährte Kredite abzuschreiben. »Es müssen den von Schulden geplagten Ländern in Afrika noch mehr Schuldenerleichterungen gewährt werden«, heißt es in der Resolution.

Der scheidende Vorsitzende der Organization, der malaische Staatspräsident Moussa Traore, legte einen Bericht vor, in dem ausgeführt wird, daß der französische Staatspräsident François Mitterrand der erste europäische Politiker sei, der den Vorschlag angenommen hat, der auch die Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft habe.

In Traores Bericht heißt es: »Obwohl einige Geldgeber immer noch eine Problemlösung von Fall zu Fall bevorzugen, herrscht eine bestimmte Tendenz vor, die von Afrika vorgeschlagene Annäherung zu akzeptieren, die darin besteht, das Problem durch Einberufung einer internationalen Konferenz über Afrikas Auslandsschulden zu lösen.« □

US-Dollar

Der Ausverkauf Amerikas

C. Gordon Tether

Beunruhigt darüber, daß Japaner und andere Ausländer die Vereinigten Staaten aufkaufen? Das brauchen die Amerikaner nicht zu sein, behaupten die Herren des Federal Reserve Systems, der US-Bundesbank. Nach Meinung der Banker und des amerikanischen Establishments sind die USA sogar auf der Sonnenseite der Welt.

»Wird Amerika ausverkauft?« Diese Frage wird in einem Artikel eines Mitarbeiters der Federal Reserve Bank von St. Louis in einer der jüngsten Ausgaben ihres angesehenen Bulletins gestellt. Er bezieht sich dabei natürlich auf den spektakulären Aufschwung der Auslandinvestitionen in den Vereinigten Staaten, die sich im Kielwasser – und weitgehend als Reaktion – auf die dramatische Verschlechterung in der Zahlungsbilanz-Situation des Landes entwickelt haben.

Gähnende Kluft in der US-Wirtschaftsszene

Es war daher nicht überraschend, daß das sich daraus ergebende Hochschnellen des Netto-Dollar-Flusses nach anderen Ländern sofort einen großen Sprung beim Erwerb von amerikanischen Vermögenswerten, darunter größere Industrieunternehmen, ausgelöst hat.

Die Aussicht einen beträchtlichen Teil von Amerikas Aktienkapitel in ausländischen Händen enden zu sehen – und dabei die Bevölkerung der USA zu zwingen, einen dauernden Tribut in gewaltigem Ausmaß an Ausländer leisten zu müssen – hat verständlicherweise in der breiten Öffentlichkeit und unter den amerikanischen Wirtschaftsgrößen beträchtliche Unruhe ausgelöst. Appelle an Washington, das Problem durch Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits auf leicht zu handhabende Proportionen an der Wurzel anzupacken, haben jedoch nur ein begrenztes Echo gefunden.

Als Folge sieht es nun langsam so aus, als ob jene gähnende Kluft in der amerikanischen Wirtschaftsszene zu einer mehr oder weniger dauerhaften Erscheinung geworden wäre. Unter solchen Umständen wäre es offensichtlich vom Standpunkt des Establishments aus gesehen sehr passend, wenn sich herausstellen sollte, daß das, was als Fluch angesehen wurde, in Wirklichkeit ein Segen ist.

Die Lage wird total verkannt

Und hier setzt der Beitrag der US-Bundesbank zu dieser Diskussion ein. Das Ergebnis dieser scheinbar sorgfältigen Untersuchung des Phänomens der Übernahme des Landes durch das Ausland ist, daß weit davon entfernt beunruhigend zu sein, sich diese Erscheinung, um die Worte der Studie zu gebrauchen, in Wirklichkeit als »wohltätig« erweisen könnte.

Die Studie kommt zu der Schlußfolgerung, daß die hereinkommenden Kapitalströme Arbeitnehmer und Management, Unternehmer und Geldanleger gleichermaßen begünstigen. Die Arbeiter profitieren von der größeren Fülle an Werkzeugen, während das erhöhte Kapital die Arbeitsproduktivität verstärke und damit die Zahl der Arbeitsplätze und die Löhne erhöhe.

Was das Management betrifft, so bedeute das hereinströmende Kapital, daß mehr Geld zur Verfügung steht und die Zinssätze heruntergehen, wodurch langfristige Planungen erleichtert werden. Aus fast den gleichen Gründen seien die Unternehmer besser dran, während Geldanleger davon profitieren, daß eine Wirtschaft mit überschüssigem Kapital eine reichere Wirtschaft sei, ungeachtet dessen, wem das Kapital gehört.

Das läuft daraus hinaus, wird im Bericht der Federal Reserve Bank kühn versichert, daß starke Auslandsinvestitionen von der Art, wie sie die Vereinigten Staaten die ganzen achtziger Jahre hindurch erlebten, weit davon entfernt sind ein Signal für eine rückläufige Wirtschaft zu sein, sondern eher ein Gradmesser für die Stärke der Wirtschaft sind. Wirtschaftlich relativ rückläufige Länder schicken ihr Geld ins Ausland, weil es gewinnträchtiger ist, anderswo wie zum Beispiel in den USA zu investieren.

So bedeute die Geldanlage in den Vereinigten Staaten durch Ausländer keineswegs den Ausverkauf Amerikas.

Es ist treffend darauf hinzuweisen, daß ähnliche Argumente von der Thatcher-Regierung in Großbritannien vorgebracht wurden, um die erschreckende Lücke – bei weitem die größte in der Geschichte des Landes und verhältnismäßig größer als die amerikanische –, die sich in den letzten Jahren in der britischen Zahlungsbilanz aufgetan hat, zu sanieren.

Die Erscheinung, so wird erklärt, könne in bedeutsamem Ausmaß einem Hochschnellen der Einfuhr von Kapitalgütern zur Neuausrüstung der heruntergekommenen Industrien des Landes zugeschrieben werden und somit eher als etwas Willkommenes als das Gegenteil davon betrachtet werden. Es braucht nicht betont zu werden, daß an dieser Sache viel mehr dran ist als solche besondere Verteidigungsübungen erkennen lassen.

Es wäre töricht zu bestreiten, daß einfließende Kapitalien von der Art, wie sie von den amerikanischen und britischen Zahlungsbilanzdefiziten derzeit erzeugt werden, für die betreffenden Länder vorteilhafte Auswirkungen haben. Ebenso sonnenklar ist aber auch, daß in viele Richtungen ein hoher Preis dafür bezahlt werden muß.

Da sind zunächst die schweren hypothekarischen Belastungen auf den Devisengewinnen der kommenden Generationen, die dies unvermeidlich nachsichzieht, wenn es zugelassen wird, daß das Land Jahr für Jahr in hohe Zahlungsbilanzdefizite gerät – einige amerikanische Experten gingen soweit anzudeuten, daß die Ansammlung von amerikanischen Vermögenswerten durch Ausländer die Vereinigten Staaten schließlich dazu zwingen könnten, ihre Schulden nicht anzuerkennen.

Aber im unmittelbarerem Sinne zieht dies auch hohe Strafen nach sich. Sowohl im Falle Amerikas als auch im Falle Großbritanniens mußten die Zinssätze auf anormale Höhen angehoben werden, um ausländischen Kapitalisten Anreize in der Größenordnung zu bieten, die notwendig sind, um sie dazu veranlassen, Kapital in dem erforderlichen gewaltigen Umfang in die Wirtschaften der beiden Länder zu transferieren.

Da ist auch noch der Punkt, daß die Gastgeberrolle für riesige Mengen ausländischen Kapitals das Wohlergehen eines Landes für die Turbulenz der internationalen Konkurrenz und anderer Heimsuchungen außergewöhnlich verwundbar macht.

Schlecht für das Image Amerikas

Darüber hinaus schädigt die bloße Tatsache, daß die Vereinigten Staaten sich auf Einspritzungen von ausländischem Kapital verlassen müssen, um sich wirtschaftlich über Wasser zu halten, ihrem internationalen Image – also etwas was in der gegenwärtigen Zeit für sie von besonderer Bedeutung ist.

Es ist auch ernsthaft die Frage gestellt worden, ob es für Länder wie die Vereinigten Staaten und Großbritannien, die zu den reichsten Ländern der Welt zählen, angemessen ist, ihre Wirtschaft in einer Weise zu führen, die darin besteht weltweit Kapital abzusaugen – in riesigem Umfang und auf dauerhafter Basis – aus Ländern, die es dringend für ihre eigene Entwicklung benötigen. □

Aktien

Die Balance des Risikos

C. Gordon Tether

Die Aktienpreise der Welt haben den Boden, den sie in dem Trauma von Ende 1987 verloren hatten, wieder gewonnen. Aber die Frage, wo sie jetzt hingehen, ist besonders treffend im Lichte der Erklärung des Chefs des amerikanischen Federal Reserve Systems, der US-Bundesbank, Alan Greenspan, daß sich die »Balance des Risikos« in den USA von Inflation zu Rezession verlagert habe.

Der völlige Umsturz, der im Oktober 1987 plötzlich die Börsen in fast jedem Land in den Abgrund stürzte, löschte nicht weniger als ein Drittel der Anteilwerte aus. Die schlimmste der Befürchtungen, die er auslöste – daß er sich als Vorläufer einer Reihe von massiven Rückschlägen, von der Art wie sie durch den berüchtigten Zusammenbruch an der Wall Street von 1929 ausgelöst wurden, erweisen würde –, haben sich glücklicherweise nicht verwirklicht. Aber es dauerte fast zwei Jahre, um die Verwüstung zu beseitigen.

Schnelles Tempo bei der Sanierung

In Japan und in den neu industrialisierten Ländern des Fernen Ostens hatten es die Aktionäre bis Mitte 1988 geschafft über die Höhe von vor dem Crash hinauszuklettern. Aber anderswo ging die Erholung im allgemeinen mit sehr viel langsameren Tempo vor sich.

Im Fall Amerika – und dies gilt auch für die wichtigsten europäischen Länder – waren Ende 1987 die Preise immer noch auf einem Niveau festgefahren, das kaum über dem lag, auf das sie während des Crashes gesunken waren.

Und als der Aktiensturz ein Jahr zurücklag war nicht viel mehr als ein Drittel des Tributs, den er gefordert hatte, wieder hereingeholt worden.

Der Sanierungsprozeß hat jedoch in den letzten Monaten einen höheren Gang eingeschaltet. Gegen Ende der ersten Jahreshälfte war er in den USA und in fast allen schrittmachenden Ländern praktisch abgeschlossen.

Unvermeidlich wirft das Erreichen eines so wichtigen Meilensteins die Frage auf: Wohin gehen wir von hier aus?

Das Tempo des Wachstums verlangsamt sich

Bis zum Beginn der zweiten Hälfte dieses Jahres vertrat Washington die Ansicht, daß sich das Wirtschaftswachstum des Landes in einem unzulässig hohem Tempo vollziehe, und zwar in dem Sinne, daß dadurch die verfügbaren Hilfsmittel überbeansprucht und damit das Saatbeet für die Rückkehr einer zweistelligen Inflation gelegt werde. Aus diesem Grunde bestand die Federal Reserve Bank eine Zeitlang darauf, verstärkt von dem gängigen Gegenmittel für solch eine Krankheit – höhere Zinsfüße – Gebrauch zu machen.

Nun hat scheinbar das Denken so etwas wie eine Kehrtwendung vollzogen. In seinem halbjährlichen Rechenschaftsbericht vor dem US-Kongreß führte Alan Greenspan, der Vorsitzende des Federal Reserve Systems, aus, daß die Inflationsraten in den letzten Monaten gefallen seien. In Verbindung mit anderen relevanten Statistiken gelesen, deute dies darauf hin, daß sich das Tempo des Wirtschaftswachstums verlangsamt.

Greenspan führte weiter aus, daß, da sich die »Balance des Risikos« somit von der Inflation weg verlagert hat, die Federal Reserve Bank jetzt viel mehr darauf achte, »eine unnötige und schädliche Wirtschaftsflaute zu verhindern«.

Einen deutlichen Beweis dafür, daß die offiziellen Worte den Taten gleichgesetzt werden, kann man in dem Abwärtstrend in den amerikanischen Zinssätzen erkennen, den Washington in den letzten ein oder zwei Monaten in Gang gesetzt hat.

Vorsichtiger beim Erwerb von Aktien

Es muß gesagt werden, daß, in Zusammenhang mit dem Ausblick für die amerikanische Börse gesehen, die »New Look«-Darstellung der Federal Reserve Bank zweischneidig ist. Die Tatsache, daß eine Wirtschaftsflaute als deutliche – wenn nicht, wie Greenspan hervorhob, sehr ernsthafte – Möglichkeit erkannt wird, deutet stillschweigend darauf hin, daß die Aufwärtsbewegung in den Aktienmarktpreisen bald gestoppt und sogar in einem gewissen Ausmaß rückläufig werden könnte.

Andererseits dürfte ein Aufschwung in den Zinssätzen, durch Verringerung der Anziehungskraft von Investitionen in Schuldverschreibungen mit festen Zinssätzen und ähnlichen Anlagen, den verhältnismäßig guten Zuspruch zu Stammaktien noch verstärken und dadurch eine Aufwärtshebelwirkung auf ihre Preise erzeugen.

Was dabei herauszukommen scheint, ist, daß es wünschenswert sein wird vorsichtiger an den Erwerb von Stammaktien heranzugehen solange bis die Gefahr einer Wirtschaftsflaute, wie sie die Federal Reserve Bank am Horizont heraufziehen sieht, gewichen ist, und daß es nichts im amerikanischen Wirtschaftsbild gibt, was eine solide Grundlage für eine ernsthafte Besorgnis über den möglichen Preisverlauf in der vorhersehbaren Zukunft sein könnte.

Bei diesem Punkt in der Diskussion ist es angebracht einzuwerfen, daß es auch Anfang Oktober 1987 nichts im Bild der amerikanischen Wirtschaft – oder in der Tat in der Wirtschaft der Welt als Ganzes – gab, das den katastrophalen Abrutsch in den Aktienmarktpreisen, der bald darauf folgen sollte, hätte erklären können.

Ist es daher nicht denkbar, daß wir jederzeit eine weitere »Heimsuchung« dieser Art erleben könnten? Und ist es nicht vernünftig darauf hinzuweisen, daß, wenn eine solche Erscheinung überhaupt ausgelöst werden muß, Washingtons Neuentdeckung des Böses verkündenden Begriffs »Rezession« in der Lage wäre diese Funktion auszuüben?

Nicht alle Stränge werden reißen

Es muß zugegeben werden, daß es schwierig ist, diese Argumentation schlichtweg von der Hand zu weisen. Keine der vielen Untersuchungen des Umsturzes von 1987 hat irgendwelche Beweise dafür erbracht, daß so etwas nicht noch einmal passieren könnte. Sie haben im Gegensatz dazu gezeigt, daß die neuen Aktienmarktstrukturen, die sich in den letzten beiden Jahrzehnten entwickelt haben, und die damit einhergehende Internationalisierung unseres Kapitalverkehrs ein höchst verwundbares Investitionsumfeld geschaffen hat.

Es ist ein Umfeld, in dem ein Einbruch in den Preisen in einem Hauptfinanzzentrum wie Wall Street oder die City of London (Englands Finanzzentrum wird dort »the City« genannt) sich selbst in der Weise ernährt, daß die Aktienpreise Hals über Kopf in die Tiefe stürzen können, obwohl alle Beteiligten – vielleicht abgesehen von den professionellen Manipulierern – diese Befürchtung als völlig ungerechtfertigt erachten.

Es gibt jedoch eine Sache, die seit dem Crash von 1987 in Erscheinung getreten ist, die Gründe dafür bietet zu hoffen, daß, wenn eine neue Heimsuchung gleicher Art eintreten sollte, diese in einem viel früheren Stadium auf der Stelle gestoppt werden kann als damals. Die Geldanleger aller Art haben schließlich gelernt, daß man nicht unbedingt davon ausgehen muß, daß alle Stränge reißen, wenn ein derartiger Orkan losbricht. Sie haben erlebt, daß der ungeheure Schaden, der seinerzeit angerichtet wurde, am Ende eher gutgemacht als verschlimmert wurde. □

Banken

Spekulation auf Kosten der Kunden

Günther Jansen

Die kaum noch zu bewältigende Verschuldungslage der süd- und lateinamerikanischen Staaten hat Mitte der achtziger Jahre bei vielen US-Banken zu ernsthaften Schwierigkeiten geführt. Da einige Banken die notwendig gewordenen Abschreibungen nicht verkraften konnten, mußten sie ihre Schalter schließen. Andere Banken konnten nur durch Übernahmen gerettet werden. Während die amerikanischen Banken daraufhin ihr Engagement in diesen Staaten abbauten, war es bei den deutschen Banken genau umgekehrt.

Der Anfang August veröffentlichte jüngste Quartalbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) fand in der deutschen Medienlandschaft nur geringes Interesse. Dabei ist in ihm eine große Brisanz enthalten. Erstmals sind nämlich die deutschen Banken zum bedeutendsten Bereitsteller von Geldern für den internationalen Bankkreditmarkt avanciert. Mit einer Nettogläubigerposition von 101 Milliarden Dollar traten sie die Nachfolge der US-Banken an, deren Forderungen sich nur noch auf 39 Milliarden Dollar belaufen.

Das Joch tragen jetzt die Deutschen

Besonders interessant wird es, wenn man sich die vorherige letztverfügbare Zahl anschaut, nämlich die aus dem Jahr 1983. Während die US-Banken damals noch Forderungen an andere Banken in Höhe von 79 Milliarden Dollar hatten, waren die deutschen Banken damals sogar 15 Milliarden Dollar schuldig.

Bei Berücksichtigung dieser Zahlen darf nicht vergessen werden, daß auf den ersten Plätzen der größten Banken der Welt allesamt japanische und amerikanische Banken stehen. Dagegen schnellten die Nettoverbindlichkeiten der japanischen Banken von 17 Milliarden Dollar Ende 1983 auf nunmehr 135 Milliarden Dollar hoch.

Der Fairneß halber soll aber nicht verschwiegen werden, daß ein Teil dieser Veränderungen der Nicht-US-Banken wechselkursbedingt ist. So lag der Dollar-Durchschnittskurs gegenüber der DM 1983 bei 2,552 DM gegenüber 1,7584 DM im vergangenen Jahr. So schätzt die BIZ, daß »Wechselkursänderungen schätzungsweise 50 Milliarden Dollar zu der 209 Milliarden Dollar betragenden Zunahme der internationalen Forderungen deutscher Banken beigetragen haben dürften«.

Dies ändert jedoch nichts an folgender Tatsache: »Die US-Banken verhielten sich anders als die japanischen Banken. Von der Lage in Lateinamerika besonders betroffen, legten sie auch unter dem Einfluß regulativer Änderungen im Inland und finanzieller Neuerung weniger Gewicht auf ihr internationales Kreditgeschäft und machten keinen Gebrauch von dem erheblichen Neuzugang internationaler Einlagen von Nichtbanken, um ihre internationalen Ausleihungen auszuweiten.«

Gesamtforderungen an Ausländer sind stark gestiegen

Besonders aufschlußreich wird die ganze Geschichte, wenn man sich zusätzlich die monatlich von der Deutschen Bundesbank herausgegebene Zahlungsbilanzstatistik anschaut, in diesem Fall die August-Statistik und hier vor allem Punkt 7d »Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) gegenüber Ländergruppen und Ländern« (in diesem Punkt sind nicht die Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten der Auslandsfilialen inländischer Kreditinstitute enthalten).

Darin läßt sich nämlich erkennen, daß die Gesamtforderungen an Ausländer von Dezember 1983 bis Juni dieses Jahres um genau 113,8 Prozent von 208,936 Milliarden DM auf nunmehr 446,707 Milliarden DM gestiegen sind (diesmal gibt es keine Wechselkursbereinigungen).

Besonders stark gestiegen sind dabei die Ausleihungen an industrialisierte westliche Länder mit plus 156,4 Prozent auf 327,601 Milliarden DM, wobei bei den Forderungen an EG-Länder sogar ein Anstieg um 174,7 Prozent auf 221,868 Milliarden DM festzustellen ist.

Dieses sind auch nicht die Problemfälle; ebensowenig wie die stark zugenommenen Ausleihungen beziehungsweise Kapitaltransfers an Länder wie Hongkong, USA oder den Kaimaninseln. Auch die nur moderat gewachsenen Forderungen an die OPEC- und Staatshandelsländer geben kaum Anlaß zur Beunruhigung – Polen jetzt einmal ausgenommen –.

Um so schwerer wiegt dann aber die Zunahme der Ausleihungen an die Länder in Süd- und Lateinamerika um 70,8 Prozent auf 19,023 Milliarden DM, zumal in diese Länder auch keine Kapitaltransfers aus Anlagezwecken oder ähnlichem durchgeführt wurden. So sind beispielsweise die Forderungen an Argentinien in den vergangenen fünfeinhalb Jahren um 90,3 Prozent auf 3,882 Milliarden DM, die an Brasilien um 58,3 Prozent auf 8,188 Milliarden DM und die an Mexiko um 61,8 Prozent auf 2,386 Milliarden DM gestiegen.

Löcher stopfen durch höhere Gebühren

Na und, wird jetzt mancher sagen. Gemessen an den Gesamtforderungen von 446,707 Milliarden DM sind dies nur lächerliche knapp 4,3 Prozent. Doch macht man es sich da zu einfach. Das Gleiche gilt für die an sich richtige Argumentation, daß die meisten deutschen Banken ohnehin schon den Großteil ihrer Südamerika-Ausleihungen abgeschrieben haben, so daß im Falle eines Zahlungsausfalls zumindest in der Bundesrepublik kein Banken-Crash droht.

Dies bedeutet aber doch nichts anderes, als daß die Banken das doppelte an Geld verlieren. Denn das Loch muß durch gleich hohes Kapital gestopft werden. Es kann aber nicht Sache der Bankkunden sein, teure Gebühren und Zinsen zu zahlen – von den Vorstandstantiemen einmal gar nicht zu sprechen –, um damit Löcher zu stopfen, die durch Kredite entstanden sind, bei denen von vorneherein klar war, daß sie niemals ordnungsgemäß zurückgezahlt werden können. Dies bedeutet im Umkehrschluß nichts anderes, als daß die ohnehin nicht billigen Bankgebühren und -zinsen um einiges niedriger liegen könnten.

Daneben würde es trotz der bereits erfolgten hohen Abschreibungen dennoch zu einer großen Krise am Bankenmarkt kommen, mit all seinen negativen Auswirkungen wie eine noch restriktivere Kreditpolitik an »Normalbürger« und vor allem Kleinunternehmer und Mittelstand. Denn bereits heute ist es doch so, daß während die Banken die Gelder an diese Länder mit – wie die Statistik es beweist – vollen Händen herausschmeißen, viele klein- und mittelständischen Unternehmen oftmals wegen wenigen tausend Mark Konkurs anmelden müssen.

Ein weiterer Nachteil betrifft den Staat, und damit uns alle. Die Rückstellungen mindern nämlich die Steuerzahlung. Da aber die Banken allesamt mit dem höchsten Steuersatz behaftet sind, bedeutet es Mindereinnahmen von moderat geschätzt rund zehn Milliarden DM Einnahmen, die dem Staat für viele wichtige Dinge, wie beispielsweise verstärkten Wohnungsbau und bessere Rentenversorgung fehlen.

Letztendlich zahlt der Steuerzahler

Zwar müssen diese Rückstellungen aufgelöst werden, wenn

plötzlich doch die Gelder zurückgezahlt werden, doch ist dies angesichts der nicht aufgezählt zu werden brauchenden mannigfachen Probleme in diesen Ländern im wahrsten Sinne des Wortes nur eine theoretische Möglichkeit.

Und nicht vergessen werden dürfen auch die Eigentümer der Banken, zu denen auch viele tausend Kleinaktionäre gehören. Diese erhalten dadurch aber viel weniger Dividende, als ihnen eigentlich zustehen würde, außerdem liegt auch der Aktienkurs unter dem sonst erreichbaren Wert. Diese kurze Aufzählung soll an dieser Stelle reichen, obwohl noch vieles hinzugefügt werden könnte.

Angesichts dieser von niemandem zu leugnenden Konsequenzen stellt sich dann zwangsläufig die Frage, warum die Banken, und was uns jetzt am meisten interessiert, die deutschen Banken, dies dann doch tun? Als Grund wird oftmals aufgeführt – meist allerdings in den Ausführungen recht versteckt –, daß die Kredite sich langfristig auch dann lohnen, wenn man zwar das ausgeliehene Kapital nicht mehr zurückkriegt, dafür aber wenigstens Zinsen erhält, die meist auch nicht gerade niedrig sind.

Einer der besten Artikel zu diesem Themenkomplex, der vor allem die Hintergründe schonungslos aufdeckte, erschien vor mehreren Jahren im US-Penthouse mit der Überschrift »Banana Republic Bailout« (Autor Jim Davidson), was man frei etwa mit »Finanzkollaps der Bananenrepubliken« übersetzen könnte.

Das Geschäft mit der Umschuldung

Aus Platzgründen sollen hier nur drei Absätze wiedergegeben werden, wobei, um jeden Vorwurf der Verfälschung auszuschließen, eine möglichst wortgenaue Übersetzung erfolgt:

»Wie machen die Banken aber höhere Profite, wenn ihren größten Schuldnern der Konkurs droht? Dies geschieht auf zwei Arten. Zuerst erreichen sie, daß deine Regierung dir tiefer in deine Taschen greift, um den ausländischen Regierungen mehr Geld zu überweisen. Diese Regierungen benutzen dann ›den elektronischen Bumerang‹ und telexen das Geld in Lichtgeschwindigkeit an die Banken zurück. Als zweites leihen die Banken den gleichen Ländern, die ihre Schulden nicht zurückzahlen können, noch mehr Gelder, damit diese ihre Kredite zu höheren Zinssätzen umschulden können. Jede ›Umschuldung‹ ist eine Möglichkeit für die Banken ›Umschuldungs-Gebühren‹ zu verlangen, Vorausgebühren, die sie dafür einstreichen, daß sie die verschuldete Nation mit weiteren Anleihen überschwemmen.

In dem Fall von Mexiko (gemeint ist die Erklärung Mexikos vom 12. August 1982, zahlungsunfähig zu sein, die damaligen Geschehnisse gingen als das »mexikanische Wochenende« in die Bankgeschichte ein; der Verfasser) machten die Banken 600 Millionen Dollar zusätzlichen Profit, indem sie alte Kredite mit einer Umschuldungsgebühr von einem Prozent umschuldeten plus einem zusätzlichen Zinssatz von 2,375 Prozent über den üblichen Bankkosten. In der Addition erhielten die Banken zusätzliche 200 Millionen Dollar an Vorausprofit für neue Kredite in Höhe von 5 Milliarden Dollar an Mexiko.

›Unfaßbar‹, sagt Bank-Expertin Karin Lissakers. ›Die Banken rufen: Hilfe! Hilfe! Der Patient stirbt. Der Internationale Währungsfonds, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und die US-Regierung müssen uns zu Hilfe kommen.‹ Im gleichen Moment aber quetschen sie den letzten Tropfen Blut aus dem Körper heraus.«

Die Banken mauscheln schon lange nicht mehr alleine vor sich hin. Sie sind durch Kapitalverflechtungen, vor allem aber durch die Absprachegremien, hier sind vor allem die Trilaterale Kommission mit ihrem Council on Foreign Relations (CFR) und die Bilderberger zu nennen, miteinander verbunden. Dort werden die Taktiken ausgearbeitet, dort wird minutiös abgesprochen, wer was macht, wer von wem welche Aufgaben übernimmt. □

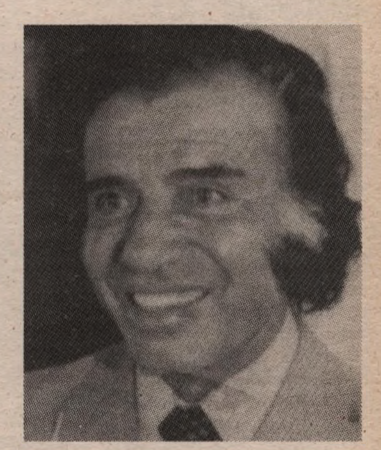
Argentinien

Die Verlierer der Wahlen sind die Banker

Dave Hudson

Die traurige Geschichte vom Niedergang Argentiniens ins soziale Chaos und wirtschaftliche Unordnung ist eine Fallstudie über die Unvermeidlichkeit der Zerstörung eines Landes durch Schulden und durch die Profitgier der Banker.

Wie von uns vorausgesagt, wurde der peronistische Präsidentschaftskandidat für Argentinien, Carlos Saul Menem, am 14. Mai dieses Jahres mit überwältigender Stimmenmehrheit gewählt. Auf einer breiten Palette mit vielen Kandidaten erhielt Menem über 48 Prozent der Stimmen, im Vergleich zu 36 Prozent für Eduardo Angeloz von der Radikalen Partei des ehemaligen Präsidenten Raul Alfonsin.



Carlos Menem, der neue argentinische Präsident, soll Schulden in Höhe von 60 Millionen Dollar zurückweisen.

Der Mann der Banker warf das Handtuch

Vierzehn weitere Kandidaten teilen sich die verbleibenden 16 Prozent der Stimmen. Nach der argentinischen Verfassung sollte Menem erst im Dezember sein Amt übernehmen, nach einem halbjährlichen Interregnum. Aber die Ereignisse – in Form von Nahrungsmittelstreiks Ende Mai – veranlaßten Präsident Alfonsin, über die anfänglichen Einwände des gewählten Präsidenten hinweg, am 8. Juli zum Rücktritt und zur Übergabe der Präsidentschaft.

Die Nahrungsmittelstreiks waren unmittelbare Folge des Versagens der Regierung der Radikalen Partei des Präsidenten Alfonsin – er war von 1983 bis 1989 im Amt – und dessen Vorgänger, der Militärregierung – sie amtierte von 1976 bis 1983 –, die die frei gewählte peronistische Regierung aus dem Sattel warf. Argentiniens erste peronistische Regierung, geführt von dem dynamischen Populisten Juan Domingo Peron, regierte von 1946 bis zu einem Militärputsch im Jahr 1955.

Das Versagen der vorherigen Regierung Argentiniens war total und komplett. Die »Los Angeles Times« schrieb: »Eine der größten Kornkammern und Rindfleischerzeuger der Welt muß jetzt mit der noch nie dagewesenen Realität des Hungers fertig werden.«

Die Folge davon waren Aufstände nach den Wahlen mit zwölf Toten, Hunderten von Verletzten und Tausenden Verhafteten.

Hunderte von Supermärkten wurden in den Arbeitervierteln und Hausbesetzer-Städten um Buenos Aires und Rosario, Ar-

Argentinien

Die Verlierer der Wahlen sind die Banker

gentiniens zweitgrößte Stadt, 265 km von der Hauptstadt entfernt, verwüstet. Argentiniens Hyperinflation – die 1989 um 800 Prozent betragen wird, falls sie nicht noch unter Kontrolle gebracht wird – hat die Löhne der Arbeiterklasse auf umgerechnet 20 Dollar pro Monat oder darunter verringert.

Eine Larve von einem Staatsmann

Vielleicht der letzte Strohhalm, der der Alfonsin-Regierung das Rückgrat brach und sie fünf Monate früher als vorgesehen dazu zwang ihre Koffer zu packen, war, deren Suche nach einem Sündenbock für die Aufstände. Sie warf die Schuld auf – und verhaftete – Jorge Altamira und andere Mitglieder von Argentiniens winzigkleiner, weit links angesiedelten Arbeiter-Partei. Altamira erhielt etwas weniger als 50 000 Stimmen – Dreizehntel von einem Prozent der Gesamtstimmen – als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen vom 14. Mai. Ihn zu beschuldigen war ein reiner Verzweiflungsakt.

»Newsweek« nannte Alfonsin »eine Larve von einem Staatsmann, der einst als Kandidat für den Friedensnobelpreis ausgespäht wurde«.

In den zwanziger Jahren zählte Argentinien zu den acht wohlhabensten Länder der Erde, und es war die einzige Nation außerhalb Europas und Nordamerikas unter diesen Acht. Nun ist seine Wirtschaft zusammengebrochen. Laut »Wall Street Journal« verlieren staatseigene Firmen Milliarden von Dollar und doch widerstehen ihre Arbeitergewerkschaften Entlassungen oder Privatisierung; Steuerhinterziehung greift derartig um sich, daß mehr als die Hälfte der Wirtschaftstätigkeit in den Untergrund gegangen sein düfte; sieben Prozent der Industrieprodukte werden ins Ausland verkauft; und landwirtschaftliche Exporte, die Quelle der Regierungseinkünfte, stagnieren«.

Wir gestehen zu, daß die drei Hauptkomponenten der argentinischen Wirtschaft – Geschäft, Arbeit und Regierung – alle endlich einmal zusammenarbeiten müssen, um Argentiniens derzeitige Krise zu mildern. Dann verbleibt aber immer noch eine Komponente der Krise, die alle anderen überschattet und mit der die neue Regierung durch ein Machtwort fertigwerden kann. Das ist Argentiniens massive Auslandsschuld.

Die Schulden des Landes explodieren

1988 beliefen sich die Schulden auf etwa 55 Milliarden Dollar. Seitdem sind sie auf 60 Milliarden Dollar angestiegen. Ist dies auf neue Kredite, die durch eifrige Geldverleiher gewährt wurden, zurückzuführen? Eigentlich nicht. Zum Hauptbestandteil dieser Schulden gehört der Verbrauch der 1987 durch Handelsbanken nur widerwillig gewährten 3,5 Milliarden Dollar und etwa drei Milliarden Dollar rückständige Zinszahlungen an internationale Banker seit Ende des vergangenen Jahres. Alles kommt in den Schuldentopf hinein und belastet die unglücklichen Menschen von Argentinien in immer stärkerem Ausmaß.

Die Argentinier bleiben weiterhin produktiv. »Wall Street Journal« beschreibt wie Argentiniens Untergrundwirtschaft arbeitet: »Der Wunsch, den beschwerlichen Steuern zu entkommen, hat die eigenartige Marke von Kapitalismus der argentinischen Industrie geformt. Ein weltbekannter Hersteller von Herrenanzügen in einem Vorort von Buenos Aires stellt die Hälfte seiner Anzüge in heimlichen Werkstätten her. Seine Ware windet sich ihren Weg vom Großhändler zum Einzelhändler und zum Kunden ohne die erforderlichen Verkaufszettel, wobei das Preisetikett für jeden Beteiligten reduziert wird, es für die Behörden aber gleichzeitig unmöglich wird, Mehrwertsteuer zu erheben.

Der Hersteller hat wenig Probleme mit der Anwerbung von Arbeitskräften. Einige von ihnen leben in Ruhestand mit Renten, die zu mager sind, um sie am Leben zu erhalten. Andere sind Unbedeutende in niedrigen Stellungen der aufgeblähten Regierungsbehörden, die zwar niedrige Gehälter zahlen, aber zumindest eine Krankenversicherung unterhalten.

Die Qualität der argentinischen Bekleidung in der Spitzenklasse ist unbestreitbar. Touristen kehren mit Anzügen, Pelzen, Lederjacken und Schuhen zurück, die sie mit Schwarzmarkt-Dollar bezahlt haben. Aber Steuern und der künstlich niedriggehaltene Wechselkurs fördern nicht gerade den Export.«

Die Exporteure müssen ihre Devisen natürlich abgeben, so daß die Regierung sie in Form von Zinszahlungen den Banken übergeben kann. Argentinier hungern jetzt, weil Bauern und Rancher an behördliche Marktgremien verkaufen müssen, die alles, was sie können, exportieren um Devisen zu gewinnen und damit ihre Zinsen zu bedienen. Das »Wall Street Journal«, dessen Schreiber den »Parallelmärkten« in Übersee traditionsgemäß wohlwollend gegenüberstand, will nun, daß Argentinien die »Wirksamkeit« seiner Steuereinziehung verbessert. Dies würde die Verbrauchernachfrage weiter verringern und noch mehr heimische Produktionsgüter für den Export »freistellen«.

38 Milliarden Dollar Kapitalflucht

Die Argentinier haben etwa sechs bis acht Milliarden Dollar an Hartgeld – hauptsächlich US-Dollar – in Banknoten zuhause und etwa 30 Milliarden Dollar auf Übersee-Bankkonten. Es sind diese 36 bis 38 Milliarden Dollar, die die Banker als »Fluchtkapital« bezeichnen und die sie »ins Land zurückführen« möchten.

Angenommen Sie wären ein Argentinier mit fünf Millionen Dollar in Vermögenswerten außerhalb des Landes. Und sagen wir einmal, Sie wollten Ihr Geld wieder nach Hause bringen und in Ihrem Land anlegen, um diesem zu helfen. Angenommen Sie werden nicht erstens verhaftet wegen Übertretung der Devisenbestimmungen, und zweitens mit einer deftigen Geldstrafe für rückständige Steuern belegt – was keineswegs eine sichere Annahme ist –, was geschieht dann mit Ihren fünf Millionen Dollar?

Sie werden im Wert sinkende Australs zum amtlichen Wechselkurs kaufen und hoffen, sie gewinnträchtig in eine Wirtschaft zu investieren, die auf Grund von Jahrzehnten des Mißmanagement aus der Kurve getragen wird. Dies ist kein attraktiver Vorschlag.

Argentiniens Schulden haben das Land zu beträchtlichen Handelsüberschüssen gezwungen und dabei Güter aus dem heimischen Markt auf die Exportmärkte verdrängt. In dem Zeitraum von sechs Jahren von 1982 bis 1987 hatte Argentinien einen sich ansammelnden Handelsbilanzüberschuß von 18,75 Milliarden Dollar, aber ein wachsendes Kontokorrentdefizit von 15,34 Milliarden Dollar. Der Schuldendienst ist natürlich der Hauptbestandteil dieses Kapitalabflusses von 3,4 Milliarden Dollar.

Bei einer Bevölkerungsziffer von etwas unter 33 Millionen und eine Schuld von 60 Milliarden Dollar »schuldet« jeder Mann, Frau und Kind in Argentinien den internationalen Bankern fast 2000 Dollar. Es ist eine Schuld die sie ganz offensichtlich nicht abtragen können.

Präsident Menem sollte diese Schulden nicht anerkennen. Schließlich stellen sie Kredite dar, die amerikanische und andere Privatbanken buchstäblich aus dem Nichts geschaffen haben; und doch müssen Zinsen und Kapital »zurückgezahlt« werden – in letztendlicher Analyse – aus der Arbeitskraft des Volkes heraus.

Dann sollte Menem eine strenge protektionistische Politik des Importersatzes betreiben und Argentiniens Nahrungsmittelexporte zur Ernährung seiner Bürger umlenken. Wenn der argentinischen Wirtschaft eine Hypothek von 60 Milliarden Dollar von den Schultern genommen wird und über fünf Milliarden Dollar pro Jahr an Zinszahlungen plötzlich für Investitionen zur Verfügung stehen, dann ist die Grundlage für eine wirtschaftliche Erholung bei der Hand. □

Eines der größten Übel unserer Zeit ist das ständig zunehmende Sauerstoffdefizit in den Körperzellen. Das körpereigene Immunsystem wird dadurch geschwächt und der vorzeitige Alterungsprozeß mit allen seinen Verschleißerscheinungen eingeleitet. Das Sauerstoffdefizit ist mit ein Auslöser für alle Erkrankungen einschließlich der Atemwege.



Biologisch aktiver Sauerstoff versorgt die Haut, sie sieht jünger, frischer und gesünder aus.

Sauerstoff vom Wasserhahn

Warum kann dieses Sauerstoffdefizit trotz des hohen Sauerstoffgehaltes der Luft entstehen? Weil der Sauerstoff der Luft, die wir einatmen, ein biologisch fast toter Sauerstoff ist. Ionisierter Sauerstoff entsteht auf natürliche Weise am Fuße von hohen Wasserfällen durch den sogenannten Wasserfall-Effekt.

Regeneration des gesamten Organismus

Biologisch lebendiger Sauerstoff, wie er nach einem Gewitterregen oder an einem Wasserfall entsteht, wird in idealer und einfacher Weise durch das Troma-Ion produziert. Das auf Grund von Forschungen von Dr. Dr. Konstantin von Brunowsky vor ungefähr 30 Jahren konstruierte Gerät entwickelt Hydro-Ionen. Troma-Ion – erhältlich beim Vital-Versand, Bentheimerstraße 11, D-4460 Nordhorn – schafft eine tiefgreifende Regeneration des gesamten Organismus mittels des Urelements Wasser. Bereits zweimal 15 Atemzüge täglich können die Bronchien aufatmen lassen und die Zellen »trainieren«, vermehrt Sauerstoff aufzunehmen und zu verwerten. Dadurch kann der Körper den Sauerstoff aus der Luft besser aufnehmen und verwerten.
Der biologisch aktive Sauerstoff kann somit diekörpereigenen Abwehrkräfte (Immunsystem) stärken, die Zellerneuerung fördern und die Lebenserwartung beachtlich verlängern. Sauerstoffversorgte Haut sieht jünger, frischer und gesünder aus.
Neben der sauerstoffversorgenden Komponente des Gerätes können aber mit Hilfe des Troma-Ion auch ein Gefäßtraining und die Reflexzonenmassage durchgeführt werden. Die siebenstrahlige Hochleistungsdüse des Gerätes zerlegt den Wasserstrahl in 10000 einzelne Wassertropfen, die mit hohem Druck auf die Hautoberfläche direkt prallen. Man gleitet mit dem Körpertrichter auf der Haut entlang und trifft gleichzeitig tausende von Rezeptoren-Punkten, ohne daß die Haut hin- und hergezerrt wird wie bei einer Bürstenmassage.

Die Blutgefäße werden aktiviert

Bereits nach kurzer Anwendung verspürt man die erhöhte Durchblutung des Gewebes. Die Blutgefäße werden aktiviert und optimal mit Sauerstoff und Nahrung versorgt. Das Bindegewebe wird gefestigt und mögliche Fettpolster können abgebaut werden. Die Haut härtet sich ab, man fühlt sich wie neugeboren. Zu vergleichen mit einem »Kneippschen Effekt«.

So kräftigt man die Durchblutung

Wenn diese Wassertropfen auf Reflexzonen prallen, so werden innere Organe besser durchblutet. Dadurch bleibt die Leistungsfähigkeit dieser Organe erhalten. Bei der Anwendung im Herzbereich werden die Herzkranzgefäße entkrampft, wird der vorzeitigen Verkalkung vorgebeugt und der Herzmuskel durch bessere Sauerstoffversorgung gestärkt.
Eine Behandlung im Gesicht, auf Stirn oder Nacken beugt einer Gehirnverkalkung vor und beseitig Kopfschmerzen.
Dr. Andreas Varga vom Hygiene-Institut der Universität Heidelberg schreibt über den Troma-Ion: »Wir sind der Meinung, daß das Gerät durch die Hydro- und Luftionenerzeugung, durch die Hydromassagewirkung aufgrund seiner elektrisch geladenen Partikel, sowie durch seine Atemluftbefeuchtung merklich zur Gesundheit des Menschen beitragen kann.«
Das Troma-Ion regt auch kräftig die Durchblutung der Extremitäten an. □

Nikolaus Bergmüller

Sowjetunion

Von Lenin zur Marktwirtschaft

Gerhard Fels

»Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung. Der Kapitalismus hat eine Arbeitsproduktivität geschaffen, wie sie unter dem Feudalismus unbekannt war. Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt, daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft.«

Dem Maßstab, den Lenin 1919 wählte, ist das von ihm geschaffene Wirschaftssystem nie gerecht geworden. Ineffizienz und somit eine extrem niedrige Arbeitsproduktivität ist das größte wirtschaftliche Problem des Sozialismus. Das sowjetische Wirtschaftssystem hat sich bis heute nicht richtig aus dem stalinistischen Dogmatismus lösen können.

Arbeit erscheint nicht lohnend

Lenins Utopie war überdies durch Romantik geprägt: »Gegenüber der kapitalistischen Arbeitsproduktivität bedeutet der Kommunismus eine höhere Arbeitsproduktivität freiwillig, bewußt, vereint schaffender Menschen, die sich der fortgeschrittenen Technik bedienen.«

Die Realität in der Sowjetunion ist dagegen eine niedrige Arbeitsmoral, weil Arbeit nicht lohnend erscheint. Siebzig Jahre nach der Oktoberrevolution hat die Moskauer Führung begonnen, wirtschaftliche Modelle einzuführen, die die Produktionsmalaise und den chronischen Warenmangel bekämpfen sollen.

Ein solch kühnes Unterfangen balkanisiert zunächst Wirtschaft und Gesellschaft. Altes und Neues reibt sich. Das Geldvermögen, das die Bürger angesammelt haben, weil es nicht genug zu kaufen gibt, ist eine latente



Für harte Währung können die Moskauer in einem der Berezkas alle Waren kaufen, die sonst im Angebot fehlen.

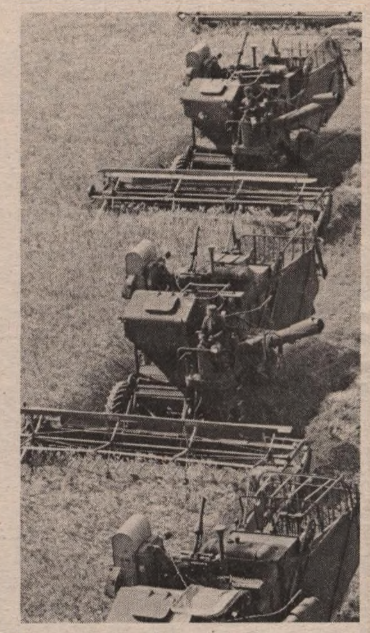
Inflationsgefahr. Die Wirtschaft stagniert nach wie vor. Von einer Aufbruchstimmung ist nichts zu spüren. Die nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen arbeitenden Kooperativen spielen erst eine Nebenrolle und treffen auf den Neid der Bürger und den Widerstand der Bürokratie.

Die Diskrepanz zwischen Geld- und Warenangebot verschärft sich zudem. Die Sowjetbürger verfügen über Spareinlagen und Geldwerte von über 400 Milliarden Rubel. Das ist mehr als die Hälfte des Sozialprodukts, das für die Versorgung der Bevölkerung bereitsteht. Der Geldumlauf ist in den letzten Jahren um ein Mehrfaches stärker gestiegen als das reale Sozialprodukt. Das Haushaltsdefizit beläuft sich auf rund 100 Milliarden Rubel, mehr als ein Zehntel des gesamten Sozialproduktes. Das Defizit wird durch monetäre Expansion finanziert, die durch ein zusätzliches Warenangebot nicht gedeckt ist.

Der Umgestaltung droht eine Inflationswelle

Bei Lohnerhöhungen um zehn Prozent steigen Nationaleinkommen und Produktivität nur mit Raten zwischen zwei und drei Prozent. Ein zunehmender Teil des Konsumgüterangebots findet nicht den normalen Weg zum Verbraucher, weil das Distributionssystem mangelhaft ist und das Gefälle zwischen staatlich fixierten und freien Preisen die Waren in wenig überschaubare Vertriebskanäle fließen läßt. Die offizielle Inflationsrate wird mit vier bis fünf Prozent angegeben. Das ist aber vermutlich viel zu niedrig, weil viele gefragte Waren aus den Staatsläden zunehmend verschwunden sind und zu einem Mehrfachen des festgesetzten Preises vom freien Handel vertrieben werden.

Die Umgestaltung der Wirtschaft droht somit von einer Inflationswelle überflutet zu werden. Die Arbeitsmoral leidet, weil Arbeit mit immer schlechter werdendem Geld entlohnt wird und begehrte Waren und Dienste nur zu Preisen erworben werden können, die durch künstliche Verknappung hochgetrieben werden. Inflationsgewinne fallen beim ineffizienten Staatssektor und bei den Kooperativen an, die die neue Freiheit nutzen.



Die Versorgung mit Weizen ist trotz Maschinen immer noch ein Stiefkind in der Sowjetunion.



Lenin verlangte von den Kapitalisten des Westens das Seil, mit dem die Sowjets sie eines Tages aufhängen.

Das allgemeine Inflationsklima fördert eine spekulative Angebotszurückhaltung. Das Nebeneinander von einem sehr großen staatlich regulierten Sektor und kleinen liberalisierten Märkten

schafft ein duales Preissystem, das zu Korruption, Schiebertum und ökonomisch unfundierten Spekulationen einlädt und dadurch eine Atmosphäre von Neid, Mißgunst und Reformwiderstand schafft. In China hat dies zu einer gesellschaftlichen Explosion geführt.

Um die Bauern zu motivieren, bietet die sowjetische Regierung ihnen für Mehrproduktion jetzt sogar Entlohnung in Dollar an – ein ebenso atemberaubender wie ökonomisch konsequenter Vorgang.

Eine halbe Liberalisierung ist möglicherweise schlechter als gar keine. Schweden hat vor einigen Jahren den Straßenverkehr von »links« auf »rechts« umgestellt. Das mußte nach gründlicher Vorbereitung selbstverständlich auf einen Schlag geschehen. Hätte man den Rechtsverkehr zunächst nur für Zweiräder und kleine Autos eingeführt, für größere Fahrzeuge aber nicht, so wären in der Übergangszeit ausschließlich Geisterfahrer unterwegs gewesen.

Der Rückzug des Staates geht zu langsam

Systemtransformation ohne Big Bang ist die große Ausnahme – aber es gibt sie. So hat die Marktwirtschaft auf leisen Sohlen die fernöstlichen Schwellenländer erobert. Die Reformen vollziehen sich dort jedoch unter ganz anderen Ausgangsbedingungen. Südkorea oder Singapur haben nie am Institut des Privateigentums gerüttelt. An Motivation und Vielfalt hat es deshalb dort nie gemangelt. Der Rückzug des Staates erfolgt in kaum merklichen Etappen.

Die Sowjetunion kann diese Strategie nicht einschlagen. Ihre festgefahrenen Lenkungsstrukturen sind mit der dogmenhaften flexiblen Staatswirtschaft der »Kleinen Tiger« kaum zu vergleichen.

Es gilt in der Sowjetunion jetzt, den Kaufkraftüberhang abzubauen und so rasch wie möglich Bedingungen zu schaffen, die eine zügige Angebotsausweitung erlauben. Das ist nur durch eine Freigabe der Preise möglich. Die Lösung des einen Problems erleichtert die Lösung des anderen.

Es drängt sich die Frage auf, ob dies nicht eine ähnliche Situation ist, wie sie sich 1948 in Deutschland stellte, als in den westlichen Zonen eine Währungs- und Wirtschaftsreform den Grundstein zum wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik legte. Ludwig Erhard hat die Wirtschaftsreform, also die Liberalisierung der Binnenmärkte, schlagartig auf die Währungsreform folgen lassen.

Was den Kaufkraftüberhang in der Sowjetunion betrifft, so mag das Wort Währungsreform freilich eine Nummer zu groß erscheinen. Der existierende Überhang ist zwar durchaus ein Inflationspotential, doch bei weitem nicht von einer Größenordnung wie derjenige, der 1948 in Deutschland eine Währungsreform nötig machte. Der Kaufkraftüberhang belief sich auf das Zwei- bis Dreifache des Sozialprodukts. Es galt mit einem drastischen Währungsschnitt zu verhindern, daß eine zurückgestaute Inflation, die durch die kriegsführungsbedingte Aufblähung des Notenumlaufs bei Preisstop entstanden war, in eine offene Inflation überging. Ein so schwerwiegender Schritt war nach einem verlorenen Krieg von den Bürgern allgemein hingenommen worden.

In der heutigen Sowjetunion würde es wohl auf erheblichen Widerstand stoßen, wenn im Zuge der Preisbildungsreform die Ersparnisse der Bürger ohne Gegenleistung abgewertet würden. Es hat den Anschein, als ob die monetären Inflationsursachen ohne Währungsreform der Kaufkraftabschöpfung beseitigt werden können.

Die Wirtschaftsbürokratie ist noch allgegenwärtig

Der Staat müßte durch die Begebung von Anleihen, durch den Verkauf von Anteilsscheinen an Staatsbetrieben oder durch den Verkauf von Acker- und Bauland an Privatpersonen oder durch den Verkauf von importierten Konsumgütern – soweit Devisen vorhanden sind oder erworben werden können – einen Teil der überschüssigen Geldmengen wieder an sich ziehen. Notfalls könnte man im Zusammenhang mit der Preisfreigabe einen Teil der Spareinlagen für eine gewisse Zeit blockieren.

In Polen hat man offenbar den Fehler begangen, daß man die Liberalisierung der Konsumentenpreise nicht mit kaufkraftabschöpfenden Maßnahmen kombiniert hat. Im übrigen wäre darauf zu achten, daß die Geldmenge nur noch kontrolliert ausgedehnt wird, etwa dadurch, daß die Staatsschuld zum überwiegenden Teil durch Anleihen solide finanziert wird.

Das eigentliche Problem liegt auf der Angebotsseite. Hier hat es bisher nur eine Liberalisierung für die Kooperativen, die Einrichtung eines Pachtsystems für Kleinbauern sowie mehr Autonomie für größere Betriebe gegeben. Die großen Reformvorhaben stehen noch auf der Tagesordnung. Sie betreffen neben dem Prozeß der Preisbildung die Festlegung von privaten Eigentumsrechten sowie die Entmachtung der Bürokratie.

Es fehlt an einem Klima, in dem sich Angebotskräfte spontan entfalten. Betriebe, in denen es sich nicht lohnt, die Effizienz der Produktion zu erhöhen, zeigen kein unternehmerisches Verhalten. Wettbewerbsmärkte, die ein neues Angebot hervorbringen, existieren erst in Ansätzen. Privateigentum an Produktionsmitteln gibt es nur in genossenschaftlicher Form. Ob viele Kolchosbauern den Sprung zu selbständigen Pachtbauern wagen, ist zweifelhaft, solange die Unumkehrbarkeit der Reformen nicht feststeht. Der Großhandelsbereich ist unterentwickelt, so daß es an dem nötigen Informationsfluß zwischen Konsumenten und Produzenten fehlt.

Die Wirtschaftsbürokratie ist immer noch allgegenwärtig. Wie sollen mehrere Millionen Wirtschaftsbürokraten anderweitig beschäftigt werden können? Wie können Staatsmonopole in Wettbewerbsmärkte verwandelt werden? Solange auf einem Markt nicht eine größere Anzahl von Anbietern tätig ist, wird eine Freigabe der Preisbildung zu privaten Monopolrenten führen.

Die Erfolgsaussichten der Wirtschaftsreform sind deshalb unsicher, weil man in bezug auf Eigentumsrechte und Planungsautonomie des Staates nicht einfach ein westliches marktwirtschaftliches Modell übernehmen möchte, sondern nach einer sozialistischen Mischform sucht, für die es kein Vorbild in der Welt gibt. Der Grund liegt darin, daß die sozialistischen Machtstrukturen nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden sollen.

Auf diesem Weg kann man nur vorankommen, wenn die politische Führung den Mut zu sozialen Experimenten mit sich bringt. Eine naheliegende Möglichkeit besteht darin, den einzelnen Republiken der Sowjetunion eine größere Autonomie zu gewähren, die es ihnen erlaubt, eigene Wirtschaftsmodelle zu erproben.

Eine Reformaufgabe mit Schocktherapie

Die sowjetische Wirtschaftsreform stellt sich somit in erster Linie als eine gewaltige angebotsseitige Reformaufgabe dar, die vermutlich ohne Schocktherapie und ohne langanhaltende Unsicherheit nicht zu bewältigen ist. Der nachfrageseitige Kaufkraftüberhang scheint dagegen beim Einsatz geeigneter Mittel kurzfristig beherrschbar.

Die Hauptlast der deutschen Wirtschafts- und Währungsreform von 1948 lag dagegen bei der Beseitigung eines gewaltigen Kaufkraftüberhangs durch die Währungsreform. Die Wirtschaftsreform durch die schlagartige Liberalisierung der Märkte fand dagegen unter wesentlich günstigeren Bedingungen statt, als sie heute in der Sowjetunion anzutreffen sind. Denn es existierte eine marktwirtschaftliche Grundlage, auf der sich ein rasanter Wirtschaftsaufschwung entfalten konnte.

Es ist gleichwohl eher die Wirtschaftsreform als die Währungsreform von 1948, aus der Lehren für die Umgestaltung der sowjetischen Wirtschaft gezogen werden können. □



Europa-Journal

Armut wächst in der Europäischen Gemeinschaft

Die Zwölfergemeinschaft zählt derzeit sechs bis zehn Millionen Arme. Diese EG-Bürger verfügen weder über eine angemessene Wohnung noch über ein regelmäßiges Einkommen und erhalten keine nennenswerte soziale Unterstützung. In einem jetzt veröffentlichten Bericht legt der Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA), dem Vertreter der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Selbständigen und Verbraucher aus den zwölf Mitgliedsstaaten angehören, alarmierende Zahlen vor.

So ist der Anteil der Armen zwischen 1970 und 1985 EG-weit um über 15 Prozent gestiegen. Angesichts der bedrückenden Mißstände müssen Gemeinschaft und Mitgliedsstaaten unverzüglich Maßnahmen ergreifen. In seinem jüngsten Bericht fordert der WSA ein garantiertes Mindesteinkommen sowie eine Reihe von Informations- und Bildungsmaßnahmen. □

Satanismus: Kinder aßen Menschenfleisch

Für Opfer des Satanismus wollen kirchliche Organisationen in England »sichere Häuser« einrichten. Dort sollen Menschen Zuflucht finden, die aus Hexengemeinschaften oder anderen Gruppen von Satans-Anbetern aussteigen wollen. Außerdem ist der Aufbau eines landesweiten Seelsorge-Netzes geplant. Initiator der Hilfsaktion ist die englische Evangelische Allianz, ein Dachverband von etwa einer Million theologisch konservativen Protestanten.

Generalsekretär Clice Calver, London, sagte, die Ausbreitung des Satanismus und die Grausamkeit der Rituale bis hin zu Menschenopfern hätten erschreckende Ausmaße erreicht. Hexerei und schwarze Messen erschienen Menschen als harmloser Spaß: »Doch wenn man bedenkt, daß Kinder auf Altären heidnischer Gottheiten sexuell mißbraucht werden, dann müssen Kirche und Gesellschaft eingreifen.«

Immer mehr Fälle von Vergewaltigungen, Tier- und Menschenopfer würden bekannt. Dem Reachout-Trust – einer christlichen Selbsthilfegruppe in Nord-Wales – sind allein im letzten Jahr 25 Fälle rituellen Mißbrauchs bekannt geworden: von sexuellen Perversionen mit einem sechs Monate alten Säugling bis hin zur zwanghaften Bindung an Hexengemeinschaften. Ein 13jähriger Junge sei gezwungen worden, Menschenfleisch zu essen und sich rituelle Tieropfer anzusehen. Aussteiger würden sogar mit Morddrohungen zum Bleiben gezwungen – deshalb der Bedarf an »sicheren« Zufluchtsstätten. □

Moskau bereitet Schritte gegen die Türkei vor

Es gibt immer mehr Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion plant, den politischen Druck auf die Türkei, das einzige NATO-Mitglied, das an die Sowjetunion grenzt, zu verstärken.

Das sowjetische Fernsehen brachte in seiner Sendung »Vremya« Interviews mit Georgiern aus dem unruhigen Bezirk Abkhazien, die aussagten, daß die Moslems von Abkhazien »große Mengen an Waffen aus der Türkei« für ihre Rebellen erhalten hätten. Diese Meldung wurde ohne jeden Kommentar ausgestrahlt.

Die sowjetische antitürkische Kampagne begann ernsthaft im Mai, zeitlich abgestimmt mit Bulgariens Massenausweisung seiner türkischen Minderheit. In einer Rede des armenischen ersten Sekretärs, Sueren Arutunyan, die in der armenischen Parteizeitung »Kommunist« abgedruckt wurde, rief dieser zur »Rückgabe der Provinz Kars« durch die Türkei an Armenien auf. Die Provinz Kars und Ardahan in der nordöstlichen Türkei waren 1878 vom zaristischen Rußland durch den von den Russen diktierten San-Stefano-Vertrag annektiert worden und fielen 1917 an die Türkei zurück. 1947 verlangte Stalin ihre »Rückkehr« nach Rußland.

Der Aufruf zur Rückgabe der Provinz Kars wurde vor dem sowjetischen Kongreß der Volksabgeordneten durch den armenischen Abgeordneten Ambartsunyan, dem Leiter der armenischen Akademie der Wissenschaften, wiederholt und in der »Isvestia« nachgedruckt.

Beobachter sind über derartige Ereignisse sehr beunruhigt und erstaunt über den Vorhang des Schweigens darüber in den westlichen Medien. Dies ist das erste Mal, daß die sowjetische Presse ohne Kommentar Feststellungen von führenden Persönlichkeiten, die territoriale Ansprüche an ein NATO-Mitglied erheben, veröffentlicht hat, und das erste Mal, daß die Sowjets territoriale Ansprüche gegen ein anderes Land erheben seit 1947, als Stalin der Türkei sein Ultimatum unterbreitete. □

Kommunistische Reformen sind nicht unabänderlich

»Die Krise des totalitären Kommunismus ist eklatant« und die laufenden Reformen in den kommunistischen Ländern können nicht als »unabänderlich betrachtet werden«, erklärte der französische Erziehungsminister Lionel Jospin in einem Vortrag, der im Namen der von Staatspräsident Mitterrand geführten Mehrheitsfraktion auf dem Kongreß der Sozialistischen Partei gehalten wurde.

»Große Umwälzungen ereignen sich vor allem in Osteuropa und Asien, die für uns eine völlige Veränderung in den Perspektiven darstellen«, erklärte Jospin. »Die Krise des totalitären Kommunismus ist eklatant, und wird zum ersten Mal in der UdSSR, in Polen und sogar in China offen eingestanden.

Die Reformen haben ungleiche Folgen: Die Brutalität der Unterdrückung in China, die Widersprüche in Gorbatschows Strategie, die unbekannten Faktoren der polnischen Situation mit ihrem Wirtschaftsdrama – alles dies veranschaulicht bestens die Zerbrechlichkeit jener Entwicklungen, die keineswegs als unabänderlich angesehen werden können.«

Der Text dieser Ausführungen wurde von mehr als 120 Partei-Offiziellen unterschrieben. □

Gewalt gegen Robert Faurisson

Robert Faurisson, Autor von CODE, wohnt in Vichy. Jeder kann sich an dem berühmten Kurort erfreuen, ohne im Verdacht zu stehen, diesen Ort in den Garten irgendeiner Nostalgie zu verwandeln. Am Samstag, dem 16. September 1989, ging Faurisson mit seinem Hund im Park spazieren, nicht weit von seinem Haus entfernt. Plötzlich tauchten drei junge Männer auf, die so taten, als ob sie Ball spielten. Sie fielen über Faurisson her und zertrümmerten ihm beinahe den Schädel. Eine Prügelei in ihrer ganzen Vulgarität und Dummheit, Methoden von Rowdys.

Robert Faurisson kam in kritischem Zustand ins Krankenhaus. Zwei Stunden später telefonierten die Täter und informierten die französische Nachrichtenagentur AFP in Paris, um für ihre »kleine Aktion« anonym eine bisher unbekannte Organisation »Les fils de la mémoire juive« als zuständig zu erklären.

Robert Faurisson ist ein Professor von 60 Jahren, der wegen seiner revisionistischen Erklärungen, Schriften und Studien sowie seiner Thesen, die die historische Wahrheit des jüdischen Genozids bestreiten und die Existenz von Gaskammern in Abrede stellen, international bekannt und anerkannt ist. »Wir wollten ihn für seine Lüge bestrafen. Dieser Mann ist schuld an der Affäre der Karmeliterinnen von Auschwitz.«

Die »Söhne des jüdischen Gedenkens« wollten mit »dieser symbolischen Geste zeigen, daß sich die jüdische Gemeinschaft nichts gefallen läßt«. Und sie warnen: »Professor Faurisson ist der erste, aber nicht der letzte. Die Verleugner der Shoah sollen vorsichtig sein. Lügen bleibt nicht mehr unbestraft.«

Die »Fils de mémoire juive« haben natürlich nichts mit der jüdi-

schen Gemeinschaft zu tun. Wie Théo Klein von der französischen jüdischen Gemeinde erklärt, handelt es sich »entweder um Provokateure oder Schwachsinnige«. Es steht zu hoffen, daß sie schnell entdeckt und dem Gericht übergeben werden. Denn diese Art von Gewaltakt ist nicht nur verurteilenswert und dumm, sondern auch gefährlich, schrecklich und sinnlos.

Man dient dem »jüdischen Gedanken« nicht mit Provokation, indem man der Versuchung der Gewalt nachgibt, indem man anonym mit feigem Abreagieren den Rächer spielt.

In einem Kommentar in der französischen Presse hieß es zu diesem schrecklichen Ereignis: »Der Kampf gegen Antisemitismus, zerstörerischen Dualismus und chauvinistischen Fanatismus setzt Kaltblütigkeit und Intelligenz voraus. Man kämpft nicht mit der Faust, mit Eisenstangen oder anderen Todesinstrumenten gegen vergiftete Ideologien und absichtlich gefälschte Visionen der Geschichte. Die Achtung des ›Gedenkens‹ – jüdisch oder nicht – beinhaltet eine Botschaft der Hoffnung und Menschlichkeit. Sie wird nicht durch Methoden von Strolchen oder Terror-Lehrlingen aufgezwungen. Hinzu kommt, daß die verrückten Leidenschaften des Extremismus den lodernden extremistischen Wahnsinn der anderen noch schüren. Man kann es nicht vergessen, die Geschichte hat es uns gelehrt.« □

Schewardnadze lobt Iran und verdammt Pakistan

Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadze, der Afghanistan zum ersten Mal seit dem Rückzug der sowjetischen Truppen im Februar dieses Jahres besuchte, lobte den Iran dafür, daß das Land »in seiner Haltung zum afghanischen Konflikt einen neuen Realismus an den Tag legt«.

»Der Iran«, sagte der sowjetische Außenminister, »ruft zu einem breiten internen afghanischen Dialog auf, dessen Ziel es sein sollte, eine repräsentative Regierung zu bilden, die das ganze politische Spektrum Afghanistans widerspiegelt.«

Aber Schewardnadze beschuldigte gleichzeitig Pakistan, weiterhin »ein direkter Übertreter der Genfer Friedensvereinbarung vom April 1988 zu sein«. Er setzte hinzu, die Sowjetunion hoffe, daß Pakistan den Verhandlungen bald beitreten werde.

Die Diplomatie um die afghanische Krise läuft auf Hochtouren. Vor seiner Reise nach Kabul war Schewardnadze in Paris mit US-Außenminister James Baker und dem chinesischen Außenminister Qian Qichen zusammengetroffen. Er machte in Teheran Station, um die Lage in Afghanistan und andere Fragen mit Irans neuem Präsidenten Haschemi Rafsanjani zu besprechen.

Der pakistanische Außenminister Yaqub Kan war in Washington, um die Krise mit Beamten des amerikanischen Außenministeriums zu diskutieren. Vor seiner Abreise nach Washington traf Yaqub Khan mit dem Präsidenten der afghanischen Interimsregierung, Sebghatullah Mojaheddedi, einem gemäßigten islamischen Führer zusammen, der die Beziehungen zwischen Ost und West, Iran und Saudi-Arabien geschickt auszugleichen versteht. Mojaheddedi traf sich kürzlich auch mit dem saudischen König Fahd und besuchte ebenfalls Teheran. □

Kissingers gute Geschäfte mit China

Der chinesische Studentenführer, Wu'er Kaixi, verurteilte Henry Kissinger kürzlich in mehreren Zeitungen. In einem Artikel, der zuvor in der »Washington Post« erschien, bezeichnete Kissinger den chinesischen Führer Deng Xiaoping als »meinen Freund« und einen »Reformer« und wies warnend darauf hin, daß jede Kritik an dem mörderischen Regime in Peking ein Fehler sein könnte.

Vor einer chinesischen Zuhörerschaft an der University of Maryland berichtete Wu'er über seine neue Auffassung von Kissinger. »Kissingers jüngster Artikel in der ›Washington Post‹, in dem er Den Xiaoping unterstützt, ist beschämend. Er ist Hundedreck. Als ich in China lebte, glaubte ich noch, Kissinger sei ein Freund Chinas, und zwar wegen der Rolle, die er bei der Öffnung Chinas gespielt hatte. Mir ist jetzt klar geworden, daß Kissinger nur ein Freund der chinesischen Diktatur ist. Er ist kein Freund des chinesischen Volkes. Ich fordere Kissinger jederzeit zu einer Diskussion über seine beschämende Verteidigung von Deng Xiaoping heraus.«

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Mei Shan, Schwiegersohn des zurückgetretenen Politkommissars der rotchinesischen Armee, bei Kissinger Associates in New York angestellt ist. »Kissinger Associates macht in China sehr gute Geschäfte«, verlautete aus einer Informationsquelle. »Die chinesische Regierung weiß, daß Henry Kissinger in den Vereinigten Staaten einen großen Einfluß ausübt.« □

Berlins Aspen-Institut warnt die USA

Die Überwachung der amerikanischen Wirtschaft durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) wird »unter der Bush-Mannschaft wieder auf den Weg gebracht«. Das ist die Aussage eines Beraters, der an einem Projekt des Aspen Institute über die Weltwirtschaft arbeitet. Das Aspen-Institut wird von Richard Gardner geleitet, dem ehemaligen amerikanischen Botschafter für Italien während der Carter-Regierung.

Die überstaatliche Bürokratie des IWF übt eine fast diktatorische Herrschaft über die Wirtschaften vieler Länder der dritten Welt aus, die sogar soweit geht, daß sie dazu gezwungen werden, narkotische Drogen anzubauen, um ihre Auslandsschulden bezahlen zu können.

Bislang war der IWF noch nicht in der Lage, das gleiche Vorrecht auch in den USA auszuüben – zumindest nicht offen. Der Aspen-Berater meinte jetzt, daß der Prozeß, den IWF dazu zu bringen die amerikanische Wirtschaft zu beaufsichtigen, »unter der Reagan-Regierung große Fortschritte gemacht habe«.

»Erwarten Sie natürlich nicht, darüber etwas auf der ersten Seite der ›New York Times‹ zu lesen. So etwas wie dies muß hinter verschlossenen Türen abgewickelt werden, aus offensichtlich politischen Gründen. Aber nur weil es im Eingeweihte des IWF vor sich geht, ist es nicht weniger nützlich.«

Ein anderer Pro-IWF-Planer, Robert Orr vom Bretton-Woods-Ausschuß – einer inoffiziellen Lobby für den IWF – behauptet, die Vereinigten Staaten stünden bereits unter der Oberaufsicht des IWF, obwohl »Sie niemanden finden werden, der dies offen zugibt. Bestimmt niemand vom Finanzministerium«.

IWF-Beamte beraten sich zweimal im Jahr mit Vertretern der US-Regierung. »Diese Beratungen werden streng geheimgehalten, aus der starken Befürchtung heraus, daß sie an die Öffentlichkeit gelangen könnten. Ich kann Ihnen unmöglich sagen, was bei diesen Beratungen vor sich geht, obwohl ich sicher bin, daß es so etwas ist wie: Kürzungen im Verteidigungshaushalt und die Bemühung das US-Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen.« □

Europäische Banker sehen Parallele zu 1987

»Es gibt eine erschreckende Parallele zwischen jetzt und dem Sommer von 1987. Ich befürchte noch vor Ablauf des Jahres einen Bankenkrach«, verbreitete ein westeuropäischer Insider, der den Kreisen um Helmut Schmidt und dem Ausschuß für eine europäische Währungsunion nahesteht. »Niemand kann etwas tun, um ihn zu verhindern, nichts. Die Leute hier und um die Bundesbank werden nichts darüber sagen, höchstens streng vertraulich, aber alle Voraussetzungen liegen vor. Eine wirkliche Verlangsamung in der amerikanischen Wirtschaft bedeutet noch höhere amerikanische Defizite.

Washington verfolgt einen einseitigen Kurs, wie die Bank for International Settlements schon Anfang des Jahres gewarnt hatte.«

Ein Experte aus der City of London nahm zur Verwundbarkeit des amerikanischen Finanzmarktes wie folgt Stellung: »Zum ersten Mal seit August 1987 haben wir auf dem Weltfinanzmarkt eine fast parallele Situation.« □

Frankreich

Protest gegen die Revolutions-Feiern

Jacques Galland

Der staatliche Festzug am 14. Juli in Frankreich zur Erinnerung an die Französische Revolution wurde weitgehend vom französischen Volk boykottiert. Aber eine gewaltige Demonstration als Protest gegen den Völkermord und das Blutvergießen jener Jahre lockte Hunderttausende von Menschen aus ganz Frankreich an.

Trotz aller Bemühungen seitens der Regierung, die peinliche Kundgebung des Wissens der Franzosen über die wahre Natur der »Französischen« Revolution zu unterdrücken, erstaunte die Öffentlichkeit, daß die Veranstaltungen gegen die offiziellen Feiern über 200 000 Menschen auf die Beine brachten. Sie versammelten sich an dem ehemaligen Place de la Revolution – umgetauft in Place de la Concorde –, wo vor 200 Jahren Zehntausende von unschuldigen Männern und Frauen getötet wurden.

Die Erben der Revolution

Von dort marschierten die Menschen nach einer feierlichen Messe für die Opfer des Holocaust von 1789 durch Paris bis zu den Stufen der Kathedrale von Notre Dame, um gegen das Schweigen der marxistischen Bischöfe über den französischen Völkermord zu protestieren.

Die Erben der »Französischen« Revolution von 1789 – Staatspräsident Mitterrand, der Oberbürgermeister von Paris Jacques Chirac, das gaullistisch-kommunistische Establishment, das von Simone Weil, Laurent Fabius, Jacques Attali und Baron Rothschild repräsentiert wird – sind gerade aus den revolutionären Festlichkeiten – die die französischen Steuerzahler 1,5 Milliarden Dollar kosten – wiederaufgetaucht mit Dotter von faulen Eiern auf ihren Gesichtern.

Jean-Jacques Rousseau übte einen entscheidenden Einfluß auf die Drahtzieher der Französischen Revolution aus.

In den letzten 45 Jahren haben die Erben der völkermordartigen Französischen Revolution in Frankreich geherrscht und das Geld des Volkes nur zu ihrem eigenen Vorteil verschwendet. Nach der echten Art von 1984 berufen sie sich ständig auf »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« und tun in Wirklichkeit genau das Gegenteil.

Die Menschen sind versklavt

Die Mehrheit des Volkes ist wirtschaftlich versklavt mit massiver Besteuerung, politisch entmündigt durch mainpulierte und betrügerische Wahlen und bildungsmäßig und kulturmäßig durch 200 Jahre Geschichtslügen verarmt.

Als ob die Zerstörung von innen noch nicht genug wäre, beschleunigt das Mitterrand-Regime das Hereinholen von weiteren 4,5 Millionen Fremden aus der dritten Welt, zusätzlich zu den 8,5 Millionen, die bereits in Frankreich leben. Diese Fremden genießen die Vergünstigungen und den Schutz der Regierung die Einheimischen verwehrt werden.

Vor diesem Hintergrund entschloß sich Mitterrand dazu das zweihundertjährige Jubiläum der Revolution von 1789 zu feiern. Mehr als 1,5 Millionen Dollar wurden unter den Anhängern und Speichelleckern des Regimes verteilt, um die große Schau aufzuziehen. Der Kulturminister Jack Lang hatte über das »große Geldausgeben«, wie die französischen Steuerzahler es nannten, den Vorsitz. André Dorly, ein Berichterstatter, der das große Geldausgeben moderierte, meinte: »In den letzten zwölf Monaten befand sich jeder Homosexuelle und sein Hund auf einer Nonstop-Bierreise des Luxuslebens und der Orgie des Geldausgebens.«

Die Verschwendung ist zu groß

Wenn auch die Franzosen dem »gloire« und Pomp nicht abgeneigt sind, ist diese üppige Verschwendung doch zu viel für sie, besonders in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit und schrumpfenden Einkommen und Erwartungen.

Die Ungeheuerlichkeit der Ausgaben löste landesweit die Frage aus: Warum und was feiern die mit unserem Geld?

Als das Establishment in Vorbereitung auf den großen Tag, den 14. Juli, ohne Unterlaß dem Festessen und Weintrinken frönte, wachte das »France profonde« – das »tiefe Frankreich«, ein Ausdruck, der benutzt wird, um das französische Volk von seinen marxistischen Herrschern, die mit dem Begriff »anti-France« bezeichnet werden, zu unterscheiden – auf. Plötzlich erschienen in ganz Frankreich Bücher und Schriften, die sich mit dem Thema befaßten.

Der Völkermord in Einzelheiten

Darunter befand sich »The French Revolution« von Nesta Webster. Kleine Druckereien

arbeiteten rund um die Uhr, um immer wieder das zu drucken »was wirklich geschah«.

Tageszeitungen wie »Présent« berichteten über jeden Aspekt des Völkermords von 1789, und Wochenblätter wie »National Hebdo«, »Minute« und »Rivarol« waren mit von der Partie.

Das Establishment konnte wenig tun, um dieses nationale Erwachen zu verhindern, wenn es nicht Millionen hinter Gitter bringen wollte. Vor diesem Ausfluß einer verbotenen Literatur über die Geschichte war die Erinnerung an den Völkermord von einer Generation zur anderen wachgehalten worden.

Über die wirkliche Geschichte wurde aus Angst vor allgegenwärtigen Denunzianten und Informanten der Regierung nur im Flüsterton gesprochen. Eine der gebräuchlichsten Anklagen, die zur Guillotine führte war, ein »Konterrevolutionär« oder »Zweifler« zu sein. Später führten die gleichen Beschuldigungen zu dem Verlust von Arbeitsplätzen, zur sozialen und politischen Verfolgung derjenigen, die es wagten, die amtliche Auslegung der Geschichte anzuzweifeln.

Historiker der revisionistischen Schule wurden gewohnheitsgemäß verfolgt, ins Gefängnis geschickt und oft zusammengeschlagen, weil sie Ansichten vertraten, die mit der »amtlichen Geschichte« nicht übereinstimmten.

Ein Historiker des »France profonde« äußerte sich über die Neuerscheinung des Werkes »The French Revolution«: »Dieses Buch hat uns elektrisiert. Wenn die Amerikaner die Freiheit besitzen, über die französische Geschichte die Wahrheit zu lesen und zu erfahren, dann ist es sicherlich nach 200 Jahren höchste Zeit, daß Franzosen darüber laut reden können. Wir haben unsere Ängste abgestreift.«

Das französische Volk fehlte bei der Party

Als der 14. Juli näherkam, gab es beim Establishment Stirnrunzeln. Das französische Volk war zu dieser Party nicht erschienen. Alle Plakattafeln mit den Porträts von Robespierre und Danton zur Verherrlichung der Revolution von 1789 waren mit Graffiti-Parolen beschmiert wie: »Massenmörder« und »Die Revolution war Völkermord an Frankreich«.

Die Regierung hatte mehr als 600 000 solcher Plakate anbringen lassen, gab aber schließlich auf. Seltsamerweise nahm die Polizei, die sonst schnell bei der Hand ist, solche Schmierer festzunehmen, diesmal praktisch keine Verhaftungen vor. Dies war ein Zeichen, das Mitterrand tief beunruhigt hat, so sehr, daß er seine eigene polizeiliche Leibwache verstärkte.

Am 14. Juli fand morgens die traditionelle Militärparade statt, der später eine absurde marxistische Straßenoper folgte, die von einem amerikanischen Werbemenschen zum Kostenpunkt von 112 Millionen Dollar ausgeheckt worden war und an der man zwei Jahre lang gearbeitet hatte.

Die Franzosen hatten die Hauptstadt en masse verlassen. Nur Touristen aus anderen Ländern blieben zurück. Trotz des massiven Medienspektakels stimmten die Franzosen mit den Füßen ab, um damit dem skandalösen Fest des Geldausgebens zur Verherrlichung eines abscheulichen Völkermordes ihre Verachtung entgegenzuschleudern.

Während verwirrte Touristen der Schau zusahen, hatten sie auch Gelegenheit, das »Journal des Guillotines«, eine neugegründete Zeitung, zu kaufen, die jeden Monat in genauer alphabetischer Reihenfolge die Namen von annähernd 4500 Opfer auflistet, die von »Madame Guillotine« geköpft wurden.

Es ist nicht zu verwundern, daß der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow die Französische Revolution als Inspiration für die Bolschewistische Revolution von 1917 pries, denn in beiden wurde ein Völkermord an den jeweiligen Völkern begangen. Gorbatschow sagte bei einem vom französischen Staatspräsidenten im Elysee-Palast gegebenen Staatsbankett: »Der Geist der Französischen Revolution war im gesellschaftlichen Leben unseres Landes immer präsent. □

Kirche

Die Amtskirche ohne Christus

Beat Christoph Baeschlin

Der Begriff »Kirche« hat heute keine verbindliche Bedeutung mehr. Jedoch haben diejenigen, die die Verfügungsgewalt über die »Kirchen« ausüben, ein Interesse daran, den Anschein zu erwecken, als ob es sich dabei immer noch um die Gemeinde Christi handelt.

Vorerst die Tatsache, daß es in Kirchen heute zum guten Ton gehört, jedes Abweichen von den grundlegenden Bekenntnissen und jede abwegige Phantasie-Auslegung der Heiligen Schrift zu tolerieren, sofern dadurch dem Marxismus gedient ist. Sozialismus und marxistische Weltanschauung werden ziemlich unverblümt als maßgebende Richtwerte kirchlichen Lehrauftrages und seelsorgerlicher Tätigkeit vorgeschoben. Im Gegensatz dazu kommt dem Haushalten über Gottes-Geheimnisse höchstens noch eine verklärende, public-relations-artige Rolle zu, um kirchensteuerzahlende Mitglieder bei der Stange zu halten.



Die kirchlichen Finanzströme



Unhaltbar ist im weiteren die dubiose Art und Weise, wie die kirchenleitenden Persönlichkeiten ausgewählt werden. Man glaubt sich in die geheimnisumwitterte, dumpfe Atmosphäre der Republik Venedig eingetaucht, sobald es um die Besetzung von Kirchenämtern geht, die wirkliche Entscheidungsbefugnisse beinhalten.

Besonders zwei Befugnisse sind entscheidend: Erstens, die Verfügungsgewalt über die enormen Einkünfte sowie über die riesigen Vermögenswerte der Landeskirchen; zweitens, die kirchliche Meinungsmache. Dazu gehört auch die Formulierung der Glaubensinhalte sowie die Stellungnahme zu Tagesfragen.

Es ist kein Geheimnis, daß die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ein Drittel des Haushaltes des Genfer Weltkirchenrates bestreitet. Es wird Jahr für Jahr bekanntgegeben, in welcher Höhe die EKD zudem noch besondere Programme der Genfer Ökumene finanziell mitträgt.

Ebenso wird genauestens Rechnung gelegt, welche hohen Beträge Jahr für Jahr zugunsten von Bestrebungen gespendet werden, wie zum Beispiel die Finanzhilfe an die Wehrdienstverweigerer und an bewußtseinsbildende Organe, wobei das »Be-

Kirche

Die Amtskirche ohne Christus

wußtsein« in der Regel nichts anderes als Marxismus-Freundlichkeit bedeutet.

Wie steht es mit der demokratischen Legitimation solcher Beschlüsse? Inwiefern hat »das Volk« auf die Wahl der zuständigen Kirchenbehörden Einfluß? Inwiefern hat »das Volk«, das da zur Kasse gebeten wird, irgendwelche Kontroll- oder irgendwelche Einflußmöglichkeiten bei der Lenkung dieser beträchtlichen Finanzströme?

Das Lehramt der Kirche

Seit 1945 ist es Mode geworden, daß die Kirchen sich unverdrossen und vorlaut zu politischen und weltanschaulichen Fragen vernehmen lassen und ungefragt ihre Meinung abgeben zu Anliegen, die mit keinem religiösen Mikroskop wahrnehmbar sind, andererseits jedoch sich in eisiges Schweigen hüllen, wenn vom religiösen Standpunkt aus eine klare und laute Stimme ertönen müßte, wie in der Frage des Schwangerschaftsabbruchesoder Menschenrechte in Osteuropa. Was da in den letzten Jahrzehnten von kirchlicher Seite zusammengeredet worden ist, ist inzwischen unüberschaubar.

Das Auffallendste an der Flut von angeblich aus dem Geiste des Evangeliums geborene Mini-Enzykliken ist deren ausgesprochener Linkstrend, politisch wie weltanschaulich. Es hieße, die Christen für sehr dumm zu verkaufen, wollte man behaupten, alle diese »Denkschriften« und kirchlichen Äußerungen seien vertiefte Erkenntnisse aus der Heiligen Schrift. So pompöse Redensarten sind absolut falsch am Platz, denn es geht häufig um rein prosaische Dinge.

Sagen wir es doch ganz einfach, wie es ist: die evangelischen Kirchen werden von gewissen politisch-ideologischen Gruppen dazu abgerichtet, ihren reinen Machtinteressen zu dienen. Und gehorsame Diener dieser politisch-ideologischen Gruppen haben im Inneren der Kirchen wichtige Schlüsselpositionen besetzt. Damit sind diese modernen Kirchenmänner in der Lage und willens, diesen Interessen gemäß zu schalten und zu walten.

Was die Nationalsozialisten geplant und geträumt haben, ist heute von den Internationalsozialisten in perfekter Weise verwirklicht worden: eine weltlichen Mächten dienstbare evangelische Kirche.

Die Internationalsozialisten sind aber umsichtiger vorgegangen als einst die Nationalsozialisten. Die Internationalsozialisten haben aus dem Kirchenkampf von 1933 bis 1945 gelernt. Es sollte nicht mehr vorkommen, daß es Märtyrer gab. Darum wurde vorerst und vorsorglich die »Theologie« den neuen Bedürfnissen, das heißt den neuen Machtstrukturen, angepaßt.

Das Wächteramt als Humbug

Die Amtskirchen spielen sich gerne auf, als wären sie berufen, ein Wächteramt gegenüber der Welt und der Obrigkeit auszuüben. Solange dies ohne jedes Risiko geschieht, wirft sich die Amtskirche in die Pose eines alttestamentlichen Propheten und läßt ihre Stimme erschallen. Aber ebensogut könnte Max und Moritz Wächteramt spielen. Denn woraus schöpft eine auf »Pluralismus« gegründete Kirche die Machtvollkommenheit, um Werturteile in die Welt zu schleudern?

Die »pluralistische« Kirche kann höchstens »his masters voice« sein, also im Auftrag der sie beherrschenden weltlichen Macht sprechen. Das sogenannte »Wächteramt« der Kirche ist solange reiner Humbug, als diese Kirche sich nicht glaubwürdig auf die Lehren Jesu und der Apostel und auf die Zehn Gebote berufen kann.

Wenn die Kirchen wirklich »Wächteramt« ausüben wollen, hätten sie das vorerst im Inneren ihrer Organisation tun müssen, indem sie vermieden hätten, daß aus ihrer Mitte »die Stimme eines Fremden« ertöne. Die Amtskirchen haben in sträflicher Weise versäumt, darüber zu wachen, daß nicht in ihrem Namen ganz beliebige Dinge verkündet und getadelt werden. Deshalb ist es nur noch ein makabrer Scherz, wenn diese innerlich vom Evangelium und von den Bekenntnissen der Reformatoren abrückenden Kirchen »Wächteramt« spielen – zum Beispiel auf den sogenannten Kirchentagen.

Auf den Trümmern des Christentums blüht der Marxismus

Professor Hahn hat in vorzüglicher Weise die Situation in und um die Kirchen dargelegt: »In fast allen Weltteilen ist in der Kirche Bewegung entstanden, die erklärt, das bisherige Christentum habe Jesus völlig verkannt, indem es sich auf den transzendentalen Gott ausrichtete. Vielmehr sei die Aufgabe der Christen, das Reich Gottes mittels einer Sozialrevolution auf dieser Erde zu verwirklichen . . . Nach dem Brasilianer Guiterez waren solche Schritte in Richtung auf das Reich Gottes die Französische Revolution, die russisch-bolschewistische Oktober-Revolution 1917 und Kuba 1959.«

Professor Hahn faßt zusammen: »Die Vertreter der politischen Theologie glauben alle, nur mit Hilfe des Marxismus die Welt retten zu können.«

Das heißt aus den Trümmern des Christentums wuchert die Giftpflanze des Marxismus hervor, eine geistige Perversion, die endlich wieder zu einer urmenschlichen Einrichtung zurückführt, nämlich der Sklaverei.

Die Komplizenschaft mit den Parteien

Mit eingeschüchterten Seelen und Seelchen holt man natürlich keine Siegeskränze. Denn man hat einen harten Gegner vor sich. Die Marxismus-freundlichen Männer und Frauen, die das kirchliche »Establishment« erobert haben, sind keineswegs gewillt, auf Anfrage hin ihre Pfründen abzugeben. Da braucht es ein hartes Ringen, um diese Leute abzulösen. Wer einmal die Schlüssel zu den Schatzkammern und Schatztruhen der Landeskirchen in der Hand hat, läßt sich seine Beute nicht gerne abjagen.

Ein weiteres ist zu bedenken: Die gegenwärtigen Inhaber der entscheidenden Posten in den Kirchenverwaltungen erfreuen sich der heimlichen Komplizenschaft aller etablierten Parteien sowie aller politischen Instanzen und vor allem der gesamten Meinungsmacher. Die bekennenden Christen stünden also so ziemlich allein auf dem Kampfgefild.

Es brauchte folglich ein großes Stehvermögen und eine ungewöhnliche Standhaftigkeit, um diesen Kampf einzuleiten. Das heißt: Die ersten, die als Sprengkandidaten anzutreten bereit wären, müßten schon eine dicke Haut haben, ganz besonders, wenn es dann gelänge, irgendwo irgend jemanden in ein solches Amt einzuschieben. Wenn sich einer auf das Barmer Bekenntnis beriefe, würde er unverzüglich als »Nazi« verschrieen – ja, so primitiv geht das zu –,und wenn einer einen freien Volksentscheid im Süden Afrikas verlangte, anstatt ANC- oder SWAPO-Terror, würde er sogleich als »Rassist« und »Feind der Demokratie« angebellt. Der Linken ist jedes Mittel des intellektuellen Terrors gut genug!

Aber die Deutschen haben sich schließlich als mutige Kämpfer vor allen anderen Völkern ausgezeichnet. Warum also würde man nicht auch mutige Kämpfer für die »Reconquista« unter ihnen finden? Denn der Kampf ist das einzige Mittel, um der aschgrauen Dekadenz im kirchlichen Sektor entgegenzutreten. Die billige Methode der Absonderung zur Gründung eines eigenen Kirchenklubs bringt nichts ein. Denn die Linken würden die ganze Organisation innerhalb kürzester Zeit mit ihren Techniken der Unterwanderung und Infiltrierung durchsetzen und ihren Zwecken dienstbar machen. Sie hätten auch genügend Leute zur Verfügung, die mit salbungsvollen Reden sich als Bekenner ausgäben, um dann von innen her Tür und Tor zu öffnen und den ganzen Betrieb zu totaler Wirkungslosigkeit und zu leerem Geschwätz auslaufen zu lassen. □

Bronchitis, Migräne, Wetterfühligkeit werden gebessert, Atemnot und Müdigkeit schwinden. Das Zauberwort heißt »negative Ionen« und wird unter Eingeweihten wie ein Geheimtip gehandelt. Gemeint sind damit elektrische Luftladungen, die negativ geladen sind.



Gesunde Luft in den Innenräumen ist ein gutes Mittel gegen Kopfschmerzen und Migräne.

GESUNDE LUFT DURCH IONEN

Die Gefahren der Luftverschmutzung werden oft unterschätzt. Schmutz und Giftpartikel von Heizungen, Autos und Industrie dringen durch Tür und Fenterritzen in die Räume ein und werden Tag und Nacht von den Bewohnern eingeatmet. Gefährlich ist die Luftverschmutzung, weil sie unspürbar, unsichtbar und oft auch geruchlos ist. Sie wird vom Menschen kaum beachtet oder zu spät. Hier kann der Vitar-Luftreiniger Abhilfe schaffen.

Ein Vergleich mit Vitaminen

Negative Ionen werden häufig mit Vitaminen verglichen. Es hat lange gebraucht, bis man die Existenz und Wirkungsweise der Vitamine einigermaßen erforscht hat. Wie bei den Vitaminen, gibt es auch bei den negativen Ionen viele verschiedene Auswirkungen und Mangelerscheinungen treten ebenfalls nicht sofort auf.

Der amerikanische Professor Dr. Krueger warnte daher vor einem länger anhaltenden Mangel an negativen Ionen. Mit der Schwächung der Widerstandskraft kommt es oft zu Erkrankungen, deren eigentliche Ursache unerkannt und damit unbehandelt bleibt.

Der Vergleich geht noch weiter: Wie der Kranke und Gestreßte einen erhöhten Vitaminbedarf hat, so hat er auch einen vermehrten Bedarf an negativen Ionen. Diese fünf Wirkungen können von einem Ionisator, einem Luftreiniger wie es der Vitar ist, erwartet werden:

Keimtötende Wirkung: Die luftgetragenen Krankheitskeime bekommen sozusagen einen »elektrischen Schlag«. Die Schockwirkung reicht aus, um die Keime, also auch Grippeviren, abzutöten, die Infektion wird dadurch verhindert. Krankenhäuser verwenden Ionisatoren in Krankenzimmern und Operationsräumen. In den Büros und in privaten Haushalten dienen sie dem gleichen Zweck.

Mehr Sauerstoff im Blut: Ein reichliches Angebot von negativen Ionen erleichtert das Eindringen von Sauerstoff ins Blut und das Heraus-Atmen des schädlichen Kohlendioxides. Am meisten profitieren davon Menschen mit Sauerstoffmangel, also auch viele Herzkranke.

Wirkung einer reichlichen Versorgung mit negativen Ionen

Asthmatiker und Bronchitiker erleben eine deutliche Besserung ihres Zustandes. Ihnen hilft eine weitere Eigenschaft der negativen Ionen: Die Flimmerbewegung des Flimmergewebes in den Bronchien wird gut angeregt, damit wird die Schleimabsonderung erleichtert.

Luftreinigende Wirkung: Feinste Staubteilchen in der Luft sind positiv geladen und können sich an positiv geladenen Flächen wie Wänden und Böden nicht absetzen, sie bleiben also in der Luft schwebend und gelangen in die Lungen. Deshalb auch die heute weitverbreitete Stauballergie.

Die allerkleinsten, lungengängigen Staubteilchen werden vom Vitar aus der Luft zum Teil entfernt. Gerüche werden vermindert, Stauballergiker und Bronchitiker haben weniger Beschwerden.

Stauballergiker haben weniger Beschwerden

Schmerzlinderung: Die Folge von zuviel positiven Ionen ist ein Ansteigen des Serotoningehaltes im Blut beziehungsweise im Gehirn. Das eine bewirkt eine erhöhte Embolie- beziehungsweise Trombosegefahr, das andere rasende Kopfschmerzen oder Migräne. Da Serotonin auch im Darm freigesetzt wird, können damit auch heftige Leibschmerzen verbunden sein. All dem kann man mit Medikamenten beikommen, doch sind damit auch häufig unerwünschte Nebenwirkungen zu erwarten.

Eine reichliche Versorgung mit negativen Ionen wirkt derart schmerzlindernd, daß zum Beispiel Frisch-Operierte und bei Verletzten die Wunden schneller und schöner verheilen, bei gleichzeitiger Senkung der chemischen Schmerzmittel auf etwa die Hälfte und weniger.

Ein bewährter Luftreiniger

Gute Wirkung hat der Vitar – weitere Informationen über das Vitar-Luftreinigungsverfahren sind beim Vital-Versand Tien, Bentheimerstraße 11, D-4460 Nordhorn, erhältlich – für Wetterfühlige. Das schwache elektrische Gleichfeld schirmt sozusagen störende Wetterfronten ab und ist ein Ersatz für das in den Räumen verlorene natürliche Gleichgewicht. Die unerwünschten Wirkungen des Föhns werden durch negative Ionisierung der Luft ausgeglichen.

Die negativen Ionen sind ein natürlicher Bestandteil der Atemluft. In den Innenräumen sind sie meist in zu geringer Menge vorhanden und müssen daher künstlich ersetzt werden. Nur so können Langzeitschäden vermieden werden. Schädliche Nebenwirkungen sind auch bei längerem Gebrauch nicht bekannt. □

Kay Vogel

USA

Ende der Monroe-Doktrin

Warren Hough und George Nicholas

Als im August die erste Vorhut des Militärkontingents der Vereinten Nationen in Honduras eintraf, gab die amerikanische Regierung unter George Bush die einzig ihr noch verbliebene Option gegen die Ausschwärmung von internationalen Streitkräften in Mittelamerika auf. Diese Option wäre ein Veto im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewesen.

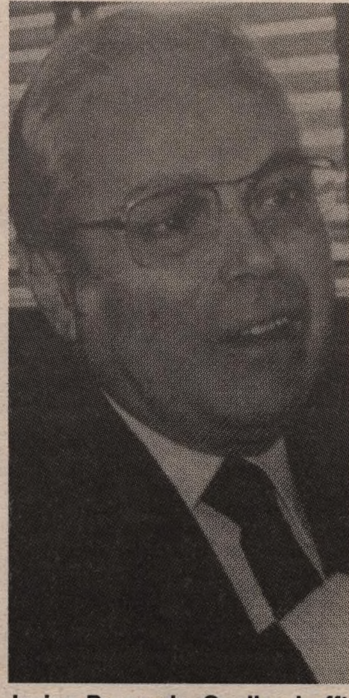
»Als Gegenleistung für eine sehr kleine Konzession – zwei Wörter – haben sich die Vereinigten Staaten damit einverstanden erklärt, bundesdeutschen, spanischen und niederländischen Streifen-Einheiten zu gestatten, in den fünf mittelamerikanischen Ländern Polizeidienste zu leisten«, berichtete ein Mitarbeiter des UN-Generalsekretärs Javier Perez de Cuellar. »Die Konzession: Die UN-Streitkräfte werden sich ›Beobachterkräfte‹ und nicht ›Friedenstruppen‹ nennen.«

Ein Schritt in die richtige Richtung?

Es wird jedoch erwartet, daß der Aufgabenbereich dieser Einheiten noch weit gefaßter ist als in anderen tropischen Krisenherden. Sie beobachten die örtlichen Grenzwachen und Polizeireviere, stoppen bewaffnete Auseinandersetzungen und stellen sicher, daß keine der fünf Regierungen in der Region »Aufständische« beherbergt oder bewaffnet, verlautet aus dieser gut informierten Quelle.

Der kubanische kommunistische Diktator Fidel Castro begrüßte die Entscheidung als »Schritt in die richtige Richtung – auf den Frieden und auf den Internationalismus unter unseren Schwesterrepubliken zu«.

Die Tatsache, daß die Ausschwärmung internationaler Truppen in Mittelamerika ein klarer Verstoß gegen die Monroe-Doktrin ist, wird in der amerikanischen Regierung außer Acht gelassen.



Javier Perez de Cuellar hofft mit UN-Truppen aus Europa die USA aus Lateinamerika zu vertreiben.

Die Präsidenten der mittelamerikanischen Staaten waren anscheinend mit ihrer Stellungnahme zu der Ankunft der UN-Truppen sehr zurückhaltend, als sie im August auf einem regionalen Gipfeltreffen zusammentrafen.

Eine Mannschaft von höheren Offizieren des UN-Militärkommandos, begleitet von zivilen Beratern und einer Vorausabteilung aus der Dienststelle des Generalsekretärs, flog vorher zu vorbereitenden Beratungen mit den mittelamerikanischen Führern nach Honduras.

Entwaffnung der Anti-Kommunisten

Tatsache ist, daß die erste Mission der UN-Truppen darin besteht, die antikommunistische nicaraguanische Legion, die unter dem Namen »Contras« bekannt ist, zu entwaffnen und in die Heimat zurückzuführen. Dies wird von UN-Kreisen bestätigt.

In einer Reihe von persönlichen Telefongesprächen drängte der amerikanische Präsident George Bush José Azcona, den Präsidenten von Honduras, und andere mittelamerikanische Staatschefs dazu, die Contras erst dann zu entwaffnen, wenn die kommunistischen Herrscher von Nicaragua ihr Versprechen wahrmachen, im kommenden Februar allgemeine Wahlen abzuhalten.

In Privatgesprächen räumten sogar UN-Kreise ein, daß Wahlen nach westlichem Stil in Nicaragua unwahrscheinlich sind.

»Stimmt, wir haben jetzt das unerwartete Beispiel, daß Kommunisten sich Wahlen unterwerfen – und verlieren, wie es in Polen geschah«, erklärte ein bundesdeutscher Delegierter in der Hauptgeschäftsstelle der Vereinten Nationen in New York. »Aber Nicaragua wird von bewaffneten fanatischen Marxisten-Leninisten beherrscht, die am harten Kurs von Castro festhalten. Sie glauben an Kugeln, nicht an Wahlzetteln.«

Der mexikanische Chefredakteur Procopio Villaverde, der Anfang der achtziger Jahre als UN-Delegierter diente und immer noch häufig New York besucht, um über die internationale Organisation zu berichten, meinte: »Die Ankunft dieser fremden Offiziere auf dem amerikanischen Festland stellt einen Wendepunkt in der Geschichte dar. Man sieht wie die amerikanische Macht dahinschwindet und durch den steigenden Einfluß eines vereinigten Europas ersetzt wird.

Die ersten die darunter leiden sind die militanten Antikommunisten. Ich zweifle nicht daran, daß die Vereinten Nationen eine Anstrengung unternehmen werden, um sie zu unterdrücken.«

Die Afrikanisierung Lateinamerikas

Andererseits wird das Eingreifen der UN von den linksradikalen Kräften begrüßt, verlautet aus den gleichen Kreisen. »UN-Friedenstruppen können wenig tun, um die kommunistischen Aufständischen in El Salvador, Guatemala oder Honduras zu entwaffnen«, sagt Villaverde. »Auch können sie diese armen, unruhigen Länder nicht europäisieren.

Ich befürchte, daß einige mittelamerikanische Länder den unglücklichen afrikanischen Ländern, die von Hunger, Armut und bewaffneten Banden von linksstehenden irregulären heimgesucht werden, bald sehr ähnlich sind.«

Nach Ansicht der meisten dieser Experten ist keines dieser Ereignisse bisher unvermeidlich. »Dieser Rückzug aus einer Region, wo der amerikanische Einfluß ein Jahrhundertlang beherrschend war, könnte gestoppt werden, wenn sich der US-Kongreß zu einem Eingriff in letzter Minute aufraffen könnte«, behauptete der Contra-Führer Adolfo Calero. »Aber wie die Dinge nun aussehen, scheint ein solcher Aufschub unwahrscheinlich zu sein.«

Über diese Niederlage der Vereinigten Staaten, die mit Aufgabe der wesentlichen Grundsätze bezüglich der Washingtoner Außenpolitik verbunden ist, schweigen die Medien des Establishments.

Marcos Almedia, ein antikommunistischer nicaraguanischer Journalist, faßt die Tatsache mit den Worten zusammen: »Die Amerikaner und die anderen westlichen Demokratien haben keine Ahnung von diesen tiefen Veränderungen südlich der US-Grenze. Ist es möglich, daß US-Präsident Bush sich dazu entschlossen hat, den amerikanischen Einfluß in Mittelamerika zu liquidieren und sich vollständig zurückzuziehen? Ich denke schon mit Schaudern an die langfristigen Konsequenzen, die dies haben wird.« □

Der Rückzug der USA

Warren Hough

»Die Ankunft der ›Friedenstruppe‹ der Vereinten Nationen in Mittelamerika wird weder ›Frieden‹ noch irgendeinen anderen Nutzen bringen, den ich mir vorstellen kann – nicht einmal ein breiteres internationales Verständnis für unsere Region«, das versicherte Adolfo Calero, der Führer des antikommunistischen Widerstandes in Nicaragua.

Adolfo Calero fügte hinzu: »Unter den großen Zeitungen des westlichen Establishments ist keine bereit, ihren Lesern zu sagen, was diese Maßnahmen wirklich bedeuten.«

Man geht von falschen Erwartungen aus

»Die Entscheidung der fünf mittelamerikanischen Präsidenten, die Contras – die bewaffneten Einheiten des nicaraguanischen Widerstands – unter der Oberaufsicht der Vereinten Nationen aufzulösen, wird nicht funktionieren. Man geht von falschen Erwartungen aus«, erklärte Calero. »Sie gehen davon aus, daß die Kommunisten, die jetzt über Nicaragua herrschen, sich in liberale Demokraten verwandeln werden. Das ist höflich ausgedrückt, bestenfalls eine Illusion.«

Calero, 58, studierte Betriebswirtschaftslehre an der Universität Notre Dame im US-Bundesstaat Indiana. Er ist altgedientes Mitglied des Nicaraguan Directorate, des zivilen Gremiums, das den militärischen und zivilen Kampf gegen die kommunistische Herrschaft in Nicaragua koordiniert.

»Wenn es nach dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan gegangen wäre, dann wäre Calero jetzt Präsident von Nicaragua«, sagt Richard Clement, ein amerikanischer Spezialist für die Niederschlagung von Aufständen, der an Einsätzen gegen Aufständische in Lateinamerika beteiligt war.



Fidel Castro (links) und Nicaraguas Diktator Ortega sind beide starre Marxisten-Leninisten, die Gorbatschows Reformen ablehnen.

Aber nach der auf den Gipfeltreffen der fünf mittelamerikanischen Präsidenten im August bekanntgegebenen Vereinbarung, die nach einer UN-Friedenstruppe verlangt, um die Streitkräfte des nicaraguanischen Widerstands aufzulösen, sind Caleros Hoffnungen auf eine kurz bevorstehende Befreiung seines Heimatlandes getrübt.

Die Kommunisten zeigen eine Schau der Mäßigung

»Dies ist für uns ein schwerer Rückschlag, und auch für die Vereinigten Staaten«, sagte Calero. »Aber wir werden unsere demokratischen Überzeugungen oder unseren Willen, dem Kommunismus zu widerstehen, nicht aufgeben, und ich bin sicher, daß es diese große Nation auch nicht tun wird. Nicaraguas kommunistische Herrscher ziehen zur Zeit ›eine Schau der Mäßigung‹ ab, weil ein zehnjähriges Mißmanagement die Wirtschaft Nicaraguas zerstört hat«, erklärte Calero.

»Eine Reihe von sinnlosen, linksradikalen Experimenten hat mein Land, das in den siebziger Jahren als fortschrittliches und sich schnell entwickelndes Land bekannt war, in eine wirtschaftliche Krebsstation verwandelt«, sagte Calero.

»Überall herrscht Hunger und Armut. Die Leute müssen den ganzen Tag lang Schlange stehen, um ein knappes Stück Seife oder ein Pfund Zucker zu ergattern. Wir haben Haiti als ärmstes Land in der amerikanischen Hemisphäre verdrängt. Haitis Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt belief sich im vergangenen Jahr auf 330 Dollar, das unsrige war weniger als 300 Dollar.«



Contra-Führer Adolfo Calero konnte die USA nicht dazu bringen, den antikommunistischen Widerstand weiterhin zu unterstützen.

Der innere Kreis der Trilateralen bestimmt

Calero räumte ein, daß, abgesehen von kommunistischen Intriganten, der innere Kreis der Trilateralen im US-Außenministerium bei dem Verrat an dem nicaraguanischen Widerstand eine Rolle gespielt hat.

»Das US-Außenministerium sieht wie Gorbatschow lächelt und möchte zurücklächeln, und antikommunistische Bewegungen wie die unsrige auflösen«, sagte Calero. »Aber die kommunistische Diktatur in Nicaragua ist gar nicht über Gorbatschows freundschaftliche Annäherung begeistert. Sie setzt sich aus marxistisch-leninistischen Starrköpfen zusammen, die den harten Kurs des kubanischen Diktators Fidel Castros verfolgen.

Ideologisch liegen sie mit den Vereinigten Staaten im Krieg und werden das immer tun, ganz gleich welche sanften Töne sie auch aus taktischen Gründen von sich geben mögen.«

»Unter diesen Umständen stellt die Zustimmung der US-Regierung zu den UN-Streitkräften in Mittelamerika unter dem Kommando europäischer Offiziere einen ›tragischen Rückzug‹ dar«, meint Calero.

»Er signalisiert einen dahinschwindenden amerikanischen Einfluß in einer Region, die stets nach Amerika blickte und von dort Führung erwartete«, warnte Calero. »Aber ob das amerikanische Außenministerium uns unterstützt oder fallenläßt, wir sind uns im Ziel mit dem wunderbaren amerikanischen Volk einig, das uns in unserem Kampf gegen den Kommunismus niemals im Stich lassen wird.« □

Geheimdienste

Zusammenarbeit im Drogenkartell

Warren Hough

Der Mossad, Israels Geheimdienst, ist seit über 40 Jahren »im internationalen Drogengeschäft« verwickelt. Dies behauptet Jaime Delgado Pelletier, ein alter Hase im kolumbianischen Drogengesetzesvollzug, der jetzt dem Planungsstab für Drogenbekämpfung des UN-Generalsekretärs Jaime Perez de Cuellar angehört.

In drei Tage dauernden Interviews mit Diplomaten und Mitarbeitern am Hauptsitz der Weltorganisation in New York stießen wir auf erstaunliche Beweise zur Erhärtung eines lange gehegten Verdachtes, nämlich, daß das weltweite Drogenkartell einen Großteil seines Einflusses und riesige Einnahmen geheimen Bündnissen verdankt, die es über die Jahre hinweg mit mächtigen Geheimdienstorganisationen abgeschlossen hat.

Die Spur führt zum CIA und Mossad

Diese versierten Beobachter legten neues Beweismaterial dafür vor, daß, zu dem Zeitpunkt als Schweizer Behörden Anfang dieses Jahres einen riesigen internationalen Drogenring hochgehen ließen, sie verdeckten Verbindungen sowohl zum CIA als auch zum Mossad auf die Spur kamen.

Als der Schweizer Vizepräsident Achille Casanova im April von Journalisten über diesen Skandal befragt wurde, gab er zu, daß »amerikanische und andere Geheimdienstorganisationen« in die Affäre verwickelt waren, die zur Entlassung von Elizabeth Ikle Kopp, der ehemaligen Schweizer Polizei- und Justizministerin, führte.

Jene Entlassung erfolgte als Berichte darüber laut wurden, daß die private Anwaltskanzlei, die Frau Kopp zusammen mit ihrem Ehemann gegründet hatte, als Fassade für die Drogenbande diente.

Die ehemalige Schweizer Innenministerin Elizabeth Kopp betrieb mit ihrem Ehemann eine Anwaltskanzlei, die als Fassade für Drogengeschäfte diente.

Pincas Meier, ein ehemaliger israelischer Konsulatsbeamter, wurde als geheimer Stationschef des Mossad in der Schweiz entlarvt und wegen seiner angeblichen Verwicklungen in das Drogenbankgeschäft ausgewiesen, erfuhren wir.

Der Fall des verschwundenen Israeli

Aber Schweizer Kreise und andere Drogenexperten am Hauptsitz der Vereinten Nationen beklagten sich in Privatgesprächen bitterlich darüber, daß sich die US-Behörden »taub und stumm« stellen, wenn sie aufgefordert werden bei Drogenermittlungen mitzuarbeiten, die israelische Interessen berühren.

Sie führten den Fall eines Schlüsselagenten des Mossad, Max Mermelstein, an, der 1987 festgenommen wurde, nachdem ein zum Informanten gewordener Dealer ihn als Angelpunkt der Drogenfinanzen im südlichen Florida identifiziert hatte.

»Wir waren begierig zu wissen, was dieser interessante Israeli über Drogen zu sagen hatte«, erinnerte sich ein französischer Drogenspezialist, der jetzt für die Vereinten Nationen arbeitet. »Aber nachdem er vom FBI verhaftet wurde, verschwand Mermelstein ganz einfach von der Bildfläche. Uns wurde lediglich mitgeteilt, er sei in Schutzhaft genommen worden.«

Jetzt, nachdem der angebliche israelische Drogenmagnat sogar vor Untersuchungsbeamten des US-Kongresses versteckt wurde, die ihn verhören wollten, stimmte das amerikanische Justizministerium zu, Mermelstein auf einer Vorstandssitzung des von Senator Joseph Biden geleiteten Senate Judiciary Committee (Justizausschuß des Senats) vorzuführen.

Obwohl seine Zeugenaussage noch nicht freigegeben worden ist, nahmen die mit dem Fall vertrauten Kreise mit den Senatoren einen »gelenkten Rundgang« durch die Drogengeschäfte vor, mit Dutzenden von Tonnen von Kokain, das in die Vereinigten Staaten geschmuggelt wurde und Milliarden an Bargeld, das gewaschen und später für die Drogenmagnate investiert wurde.

Innerhalb von Stunden nach diesen Enthüllungen strahlte NBC einen auf Videoband aufgenommenen Filmabschnitt aus, auf dem israelische Agenten bei der Ausbildung von Schlägertrupps für das kolumbianische Drogenkartell zu sehen waren.

Das Videoband, das der Reporter von NBC, Brian Ross, wie berichtet aus Kreisen der Drogenunterwelt bekam, enthielt Filmmeter, auf denen ein Kommando-Ausbilder zu sehen ist, der die kolumbianischen Mörderlehrlinge auf Hebräisch anbrüllt und ein neben ihm stehender Dolmetscher, der die hebräischen Sätze ins Spanische übersetzt.

Da sie nur wenige Tage, nachdem ein Drogenschlägertrupp sehr ähnlich wie die Revolverhelden auf den NBC-Aufnahmen, einen führenden kolumbianischen Präsidentschaftskandidaten niedergestreckt hatten, ausgestrahlt wurde, erweckte die Nachrichtensendung in Kreisen der amerikanischen Drogengesetzvollstreckung naturgemäß lebhaftes Interesse.

Aber altgediente Drogenexperten waren kaum überrascht. »Israelische Geheimagenten waren schon 1945 im Drogenhandel des Mittelmeergebietes verwickelt, also schon Jahre bevor ihr Netz offiziell als Mossad bekannt wurde«, sagt Delgado.

»Die Schwierigkeit liegt darin, daß der CIA, deren Hauptagent im Mittelmeergebiet in jenen Tagen James Angleton, ein lebenslanger Verbündeter Israels, war, auf ähnliche Weise in die geheimen Drogengeschäfte verwickelt wurde. Die Folge: Die Rolle solcher Geheimagenten im weltweiten Drogenkartell ist bis zum heutigen Tage vertuscht worden.«

Jetzt, wo Untersuchungsbeamte des Senats Mermelstein vernehmen, da Berichte über eine wachsende Drogenkrise in Kolumbien laut werden, könnte die amerikanische Öffentlichkeit vielleicht einen kleinen Einblick in die verdeckten Geheimdienstverbindungen gewinnen, die mitgeholfen haben, daß das Drogenkartell zu einem Geschäft mit einem jährlichen Bruttoeinkommen von über 100 Milliarden Dollar aus den Taschen der Drogenabhängigen auswuchern konnte. □

Hongkong

Die Einwohner zieht es nach Kanada

Peter Blackwood

Beamte in Vancouver, Britisch Columbien, wollen es nicht öffentlich zugeben, aber viele Einwohner Kanadas möchten es gerne wissen, ob eine Kampagne der kanadischen Regierung, die Einwanderung in ihr Land aus Asien zu verstärken, wirklich eine so gute Idee ist.

In den letzten Jahren hat sich die kanadische Provinz Britisch Columbien aggressiv um leichtfüßige Asiaten bemüht, damit die heimische Wirtschaft angekurbelt wird. Hierbei war man anscheinend erfolgreich, da die Grundstückspreise in die Höhe schnellten und die Produktion Konjunktur bekam.

Hongkong ist zum Untergang verurteilt

Jedoch sprechen jetzt etwa die Hälfte der Schüler der weiterbildenden Schulen Vancouvers Englisch als Zweitsprache. Aber ein Großteil dieser Schüler geben Chinesisch als ihre erstrangige Verständigungssprache an. Chinesisch sprechende Jugendliche machen bis zu 90 Prozent der Schülerschaft aus. Viele ihrer Klassenkameraden stammen aus Japan, Südkorea und – etwas überraschend – aus dem Iran.

Beschwerden von gebürtigen Einwohnern Vancouvers nehmen von Tag zu Tag zu, überall dort wo immer mehr Emigranten hereinströmen, vor allem aus der britischen Kronkolonie Hongkong.

Die Sintflut begann 1984 als Großbritannien sich damit einverstanden erklärte, Hongkong 1997 an die kommunistische Regierung auszuliefern. Die mehr als drei Millionen chinesischen Einwohner dort mit britschen Pässen suchen seitdem nach einem sicheren Hafen für den Fall, daß Rotchina sein Versprechen, den Kapitalismus in Hongkong weiterhin blühen zu lassen, nicht einhalten sollte.

Tausende von Hongkong-Chinesen sind nach Kanada und andere neue Heimstätten geströmt, weil sie befürchten, daß die chinesischen Kommunisten den freien Handel einschränken werden.

Die vorsichtigeren Familien schaffen sich zumindest fürs erste einfach ein neues Standbein im Ausland, im Falle eines Falles. Schließlich, so argumentieren viele der Finanzmagnaten von Hongkong, werfe die Stadt derzeit noch hohe Profite ab, und es bestehe daher kein Grund sie zu verlassen, bevor es unbedingt nötig ist.

Kanada hat es verhältnismäßig leicht gemacht und den Einwanderern Einreisegenehmigungen im Nettowert von 500 000 Millionen Dollar und einen von der Regierung gebilligten Plan angeboten, mindestens 150 000 Dollar in ein neues kanadisches Geschäft zu investieren. Diese reichen Personen können jedoch ihre weniger bemittelten Verwandten mitbringen.

Da Großbritannien es ablehnt, den Einwohnern von Hongkong Unterschlupf zu gewähren und die Vereinigten Staaten strenge Quoten auferlegt haben, ist Kanada für Orientalen sehr attraktiv geworden. Obwohl sich Asiaten in allen größeren städtischen Gebieten Kanadas niederlassen, scheint der höchste Prozentsatz von ihnen in Vancouver zu sein. Unter den 1,4 Millionen Einwohnern der Stadt leben schätzungsweise 200 000 Chinesen.

Viele Bürger Vancouvers geben ihrer Befürchtung Ausdruck, daß das Hereinströmen von Asiaten und deren Bargeld mehr tun wird, als die heimische Wirtschaft anzukurbeln; man ist darüber besorgt, daß Spekulanten aus Hongkong sich dutzendweise Wohngrundstücke unter den Nagel reißen und damit die Preise stark in die Höhe treiben werden. Das fängt bereits an, jetzt wo Vancouver schätzungsweise 60 Prozent der Grundstücksinvestitionen in Kanada aus Hongkong an sich zieht.

Als Folge davon ist der mittlere Verkaufspreis für Wohnungen in zahlreichen Wohnvierteln der Stadt im vergangenen Jahr um 50 Prozent auf etwa 300 000 US-Dollar gestiegen. Dies trieb auch die Grundstückssteuern für in der Nähe wohnende Hauseigentümer, die nicht so wohlhabend sind wie die Neuankömmlinge aus Hongkong und anderswo, in die Höhe.

Das überfüllte Hongkong soll 1997 an die kommunistische Regierung Rotchinas ausgeliefert werden.

Stärkung der asiatischen Vorherrschaft

In dieser Situation ist der Erwerb einer Wohnung für junge Kanadier fast unmöglich geworden.

Als größte Minderheitengruppe treten die Chinesen mit aggressiven Handelspraktiken am augenscheinlichsten hervor, und ihre Aktivitäten erstrecken sich vor allem auf kommerzielle Grundstücke. Wie berichtet, haben Finanzleute aus Hongkong mehr als zwei Milliarden Dollar in Bürotürme und Hotels sowie auch in Einkaufsviertel gesteckt.

Die Übernahme von Vancouver ist der letzte Schritt des sogenannten asiatischen Wirtschaftswunders, das durch gewaltige Ausgaben der amerikanischen Steuerzahler nach dem Zweiten Weltkrieg angeheizt wurde.

Bei dem völlig freien Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada, der den USA in den nächsten zehn Jahren ins Haus steht, könnten die noch nie dagewesenen Investitionen in kanadische Unternehmen zu einer Überflutung von Produkten aus dem Fernen Osten über Kanada in amerikanische Märkte führen, unter Umgehung jeder Handelsbeschränkung, und dadurch Asiens Vorherrschaft in der Weltwirtschaft vorantreiben.

Als Folge davon würden auch die derzeit anlaufenden begrenzten Versuche der amerikanischen Regierung, die steigenden Einfuhren aus Asien zu verlangsamen, völlig zunichte gemacht. □

Zweiter Weltkrieg

Wie London die USA zum Krieg drängte

Vivian Bird

Es wird die Öffentlichkeit interessieren zu erfahren, daß H. Montgomery Hyde im Alter von 81 Jahren verstorben ist. Hyde spielte eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung von Intrigen, um die Vereinigten Staaten in Großbritanniens Krieg gegen Deutschland hineinzuzerren und ist somit mitverantwortlich für den Tod zahlreicher Europäer und Amerikaner. Hyde, Rechtsanwalt von Beruf, war Mitglied des britischen Parlaments und auch Verfasser zahlreicher Bücher, von denen seine Biografien von so wohlbekannten Homosexuellen wie Oscar Wilde und Liberace die bekanntesten waren.

Als Mitglied der Howard League for Penal Reform (Liga für die Reformen des Strafgesetzes) war er aktiv an der Kampagne zur Abschaffung der Todesstrafe in Großbritannien beteiligt. Hyde spielte in den fünfziger Jahren eine entscheidende Rolle als die Regierung dazu gedrängt wurde, die Gesetze gegen die Homosexualität zu liberalisieren – besonders zur Annahme der Empfehlungen des »Wolfenden Reports«, in dem vorgeschlagen wurde, homosexuelle Beziehungen zwischen »einwilligenden Erwachsenen auf Privatebene« zu legalisieren.

Den Wähler gingen die Ansichten zu weit

Unterstützt durch eine große Anzahl von homosexuellen Parlamentsmitgliedern, wurde das Gesetz über die »einwilligenden Erwachsenen« schließlich zur Freude von Kampagnenführern wie Hyde verabschiedet.

Seine Ansichten waren unter den Wählern seines Wahlkreises in Ulster, wo er Unionist (Conservative) Parlamentsmitglied für Nord-Belfast wurde, nicht populär. Er empörte viele in der Unionist-Party, als er in Westminster seinen Sitz einnahm, indem er mitteilte, William of Orange (ein Held der britischen Einwohner von Nordirland, die sich Orangemen nennen) sei ein Homosexueller gewesen.

Trotz aufeinanderfolgender Mehrheiten bei den Wählern wurde Hyde schließlich vor den allgemeinen Wahlen von 1959 von der örtlichen Partei »abgewählt«. Seine Ansichten über die Homosexualität gingen den sparsamen und moralisch aufrechten Ulstermen denn doch zu weit, um sie tolerieren zu können.

Kriegserfahrungen im Geheimdienst

Nach seinem Ausscheiden aus dem Parlament bekleidete Hyde zahlreiche wichtige Stellungen, bevor er schließlich in den Ruhestand trat, um sich ausschließlich der Schriftstellerei zu widmen, wobei er sich in erster Linie auf berühmte homosexuelle Gestalten aus der britischen Geschichte konzentrierte, mit einigen bemerkenswerten Auslassungen aus jüngeren Zeiten wie den ehemaligen britischen Premierminister Anthony Eden.

Aber am bedeutendsten und aufschlußreichsten von allen war Hydes Studie über Sir William Stephenson »The Quiet Canadian«, in der Hyde viele seiner Kriegserfahrungen im britischen Geheimdienst verwertete. Sie beschreibt in allen Einzelheiten die Rolle einer Spionin namens Cynthia bei der Aufspürung deutscher Geheimnisse in den französischen und italienischen Botschaften in Washington.

Cynthia, eine attraktive englische Prostituierte der gehobenen Klasse, bot ihren Körper für ihr Land an, indem sie ihren sexuellen Liebreiz einsetzte, um die zum Ziel auserkorenen Diplomaten ins Bett zu locken.

Das Buch rief lebhaftes Interesse hervor, nicht zuletzt seitens der beiden ehemaligen Botschafter, die beide eine erfolgreiche Verleumdungsklage gegen Hyde erhoben. Der Fall wurde besonders lebhaft in Mailand verfolgt, wo Hyde zu 18 Monaten Haftstrafe und zu einer Geldstrafe von 150 000 Lire (zu jener Zeit 86 Pfund Sterling entsprechend) verurteilt wurde.

Als Stephenson Anfang dieses Jahres starb schrieb Hyde einige lobende Nachrufe, in denen er noch einmal ewigen Ruhm und Glanz für den »stillen Kanadier« beanspruchte. Sir William, selbst ein praktizierender Homosexueller, wurde loyal als Chef des Geheimdienstes porträtiert – mit dem Decknamen »Intrepid«, der ihm von Churchill zugeteilt wurde, der ihn 1941 nach Amerika schickte.

Stephensons geniale Fälschungen überstürzten Amerikas Eintritt in den Krieg im Jahre 1941, und er spielte auch eine lebenswichtige Rolle beim Knacken des deutschen militärischen Geheimschlüssels, in dem als Enigma bekannten Projekt.

Der britische Meisterspion Sir William Stephenson (rechts), Deckname »Intrepid«, wird von John M. Shaheen, dem Vorsitzenden des Office of Strategic Services, geehrt.

Der Streit um die Glaubwürdigkeit

Stephensons Glaubwürdigkeit wurde vor einigen Jahren ernsthaft in Zweifel gezogen durch den verstorbenen Sir John Colville, Churchills Privatsekretär, so daß um die von Hyde und Stephenson veröffentlichte Version der Ereignisse eine Kontroverse entstand.

Hyde konterte, indem er versicherte, daß die Memoiren des ältlichen Kanadiers zwar nicht unfehlbar seien, Colvilles Skepsis aber durch die Tatsache erklärt werden könnte, daß Churchill stets dann mit dem Spion zusammentraf, wenn sein Sekretär bereits zu Bett gegangen war.

In seinem Streit wurde Hyde von Hugh Trevor-Roper, jetzt Lord Dacre, dem »distinguierten« britischen Historiker unterstützt, der vor einigen Jahren einen ge-



Der britische Geheimdienst nahm auf einer deutschen Karte territoriale Veränderungen vor, die dann dem US-Präsidenten Roosevelt vorgelegt wurde.

wissen Bekanntheitsgrad erreichte, als er erklärte die offensichtlich gefälschten »Tagebücher« Adolf Hitlers seien echt.

Hyde, der homosexuelle Rechtsanwalt, arbeitete eng mit Stephenson zusammen bei der Fälschung der sogenannten »deutschen« Landkarte von Südamerika, auf der angeblich beabsichtigte deutsche Einflußsphären dargestellt wurden und mit der man den Zweck verfolgte, die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit für den Eintritt der USA in den Krieg wachzurütteln. Aber beide ergingen sich auch in zahlreiche andere Intrigen und Komplotts, um Amerika in den Zweiten Weltkrieg zu reizen. Dies wurde sehr durch das Aufschlüsseln amerikanischer Botschaften erleichtert.

Die Folge der britischen Spionage in den Vereinigten Staaten war, daß praktisch alle amerikanischen Pläne und offizielle Einstellungen Churchill und seiner Bande von Kriegstreibern schon lange vorher bekannt waren.

Es kann ohne etwas Falsches zu behaupten gesagt werden, daß ohne die Anwesenheit des »stillen Kanadiers« und seines britischen Gegenstücks in Washington in den ersten Jahren des Zweiten Weltkriegs Amerika nicht in einen Konflikt hineingezogen worden wäre, der die USA nichts anging und der in keiner Weise wirklich amerikanische Interessen bedrohte. Millionen von amerikanischen und anderen Menschenleben hätten somit gerettet werden können.

Jetzt wo der 50. Jahrestag des Ausbruchs des Krieges von 1939 hinter uns liegt, täte die Öffentlichkeit gut daran über die sanfte und giftige Arroganz solcher Männer wie Stephenson und Hyde nachzudenken. □

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR**, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 29. November 1989 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Indonesien

Die Sklaven der Amerikaner

Carl Freigang

Amerikanischen Kindern wird in der Schule beigebracht, daß die Sklaverei vor mehr als 100 Jahren endete, als Präsident Abraham Lincoln die Proklamation der Emanzipation verkündete. Aber Lincolns Edikt betraf nur die Sklaven in den Vereinigten Staaten und Teilstaaten, die immer noch uneroberte Gebiete der Südstaaten von Amerika waren, wo es natürlich keine Wirkung hatte, gesetzlich oder in anderer Weise, außer seinem Propaganda-Wert.

Diese Fakten werden nicht oft gelehrt. Und natürlich ging die Sklaverei in Ländern wie Brasilien bis 1988 weiter. Aber abgesehen von all dem, wurde die Praxis, andere Menschen in völliger Abhängigkeit zu halten, wirklich in den Mülleimer der Geschichte geworfen?

Man bekommt keine Antwort auf die Fragen

Man erhält auf diese Fragen unterschiedliche Antworten, je nach dem, wem man die Frage stellt. Wenn man die Spezialisten des amerikanischen Außenministeriums befragt, erhält man eine bestimmte Kategorie von Antworten. Die Antworten dieser Bürokraten zielen darauf ab, einem einzureden, die Sklaverei sei nur eine kleine, ziemlich unbedeutende Abart des großen Problems der Menschenrechtsverletzungen.

Dann wird einem gesagt, die heutigen bedeutendsten Menschenrechtsverletzungen gingen in Südafrika vor sich, wo die bestehende Apartheid der Mehrheit des dort lebenden Volkes wegen seiner Rasse das Wahlrecht verweigere.

Man bekommt zwar eine ganze Lektion erteilt, aber keine Antwort auf seine Fragen.

Stellt man jedoch die gleiche Frage in dem alten verfallenen Hauptsitz der ehrwürdigen Anti-Slavery Society in London, jetzt 150 Jahre alt, zum Beispiel Alan Whitaker, den Sprecher der Gesellschaft, dann erfährt man, daß »die Sklaverei in der einen oder anderen Form niemals aufgehört hat«.

Es gibt ein Wiederaufleben der »Leibeigenschaft« in Schwarz-Afrika und Nordafrika, besonders im südlichen Marokko und Mauretanien; in Indien, in Teilen der alten »Piratenküste«, später die »Waffenstillstandsküste« des Persischen Golfs; sowie in Südostasien, wo Menschen gewohnheitsgemäß gekauft und verkauft werden.

Sklaven von der altmodischen Sorte

Und die Sklaverei von Kindern und ganzen Familien wegen Schulden ist in der dritten Welt weit verbreitet.

In Indien, teilt die Gesellschaft mit, gibt es fünf Millionen »chronisch versklavte« Arbeiter, laut Neu-Delhi sind es 200 000. Die Gesellschaft sagt, es gebe Millionen von Kindern in Indien, die unter Bedingungen von ausgesprochener Sklaverei arbeiten. Neu-Delhi sagt, das sei Unsinn.

Versklavte Kinder bilden das Rückgrat von Thailands blühender Textilindustrie, sagt die Gesellschaft. »Quatsch«, antwortet Bangkok darauf.

Und so weiter, und so weiter, je nachdem, mit wem man spricht. Aber dann erfährt man doch hin und wieder von einer besonderen Situation, und weder das amerikanische Außenministerium noch die Vereinten Nationen kümmern sich darum, daß das veröffentlicht wird, und man ist erstaunt. Ein solcher Fall betrifft das Gebiet des Momoko-Flusses in Irian Barat (auch als Irian Jaya, Irian Joya, West Irian oder West-Neuguinea bekannt).

Der indonesische Präsident Suharto (links) erhält einen Preis für die erfolgreiche Durchführung eines Familien-Planungs-Programms.

Die Leute gehören der melanesisch-papuanischen Unterrasse der Negroiden an. Es sind Eingeborene der südlichen Sumpfgebiete von Irian Barat.

Tief im Inneren des Landes jagen sie immer noch mit vergifteten Pfeilen und schlafen auf den Schädeln ihrer Vorfahren, um deren Seelen festzuhalten.

Aber längst der Ufer des Momoko sind viele Veränderungen eingetreten. Die meisten Häuser haben Blechdächer, die Wälder sind gerodet worden und die Leute machen einen merkwürdig passiven Eindruck. Innerhalb des letzten Vierteljahrhunderts wurden die meisten Erwachsenen unter Schlägen und Todesdrohungen dazu gezwungen, das Holz für die Holzfirmen zu fällen. Sie sind Sklaven von der altmodischen Sorte.

Die Macht schafft Recht

Ihr Lebensverlauf änderte sich 1962 drastisch. Bis dahin wurde die westliche Hälfte von Neuguinea von den Niederländern verwaltet, die das Land auf eine Vereinigung mit der anderen Hälfte der Insel – Papua-Neuguinea, damals unter australischer Vormundschaft – vorbereiteten, um einen einzigen souveränen Staat zu gründen.

Indonesien beanspruchte jedoch alle alten niederländisch-indischen Gebiete für sich, und die Vereinigten Staaten, die seinerzeit eifrig darauf bedacht waren, die Djakarta-Regierung vom Pfade Vietnams wegzulocken, übten Druck auf die Niederlande aus, das Gebiet abzutreten.

Aber die Niederländer wiesen darauf hin, daß Indonesier, glatthaarig und relativ bleichgesichtig, weltweit von den Eingeborenen Neuguineas entfernt seien. Und Djakarta, die Hauptstadt Indonesiens, liegt 2500 Meilen entfernt. Auch Flora und Fauna sind hervorstechend verschieden. Aus diesem und anderen Gründen wird Indonesien von Geografen als Teil des asiatischen Kontinents angesehen, während Neuguinea als Anhängsel des australischen Kontinents gesehen wird.

Indonesien, so behaupteten die Niederländer, wolle das Gebiet nur wegen seiner Mineralien und wegen seiner strategisch günstigen Lage besitzen.

Jahre des Streits über das Gebiet gipfelten darin, daß Anfang 1962 indonesische Guerillas und Fallschirmtruppen dort landeten. Der US-Präsident John F. Kennedy, der über die Vereinten Nationen agierte, forcierte die Dinge und Indonesien nahm das Gebiet innerhalb eines Jahres in Besitz. Wenn es jemals so etwas gegeben hat, dann war dies ein glasklarer Fall von »Macht schafft Recht«. Für die Einwoh-

ner von Irian Barat bedeutete dies ein völlig neuer Lebensstil.

Ein heimlicher Völkermord

Es scheint, daß die Indonesier, wie die Niederländer vorausgesagt hatten, wenig Mitgefühl für die Menschen aufbrachten, die sie mit dem Land erworben hatten. 1963 verboten sie politische Parteien und räumten die Krankenhäuser und Fabriken aus, die die Niederländer hinterlassen hatten. Protestierende wurden zu Tode gefoltert.

1964 wurden die UN-Beobachter aus Irian Barat ausgewiesen und ein militärischer Vorhang wurde um den größten Teil der Provinz gezogen. Hinter dieser Absperrung hervor sickerten Gerüchte durch und erreichten den Westen über Flüchtlinge und die wenigen noch Ausgebürgerten. Sie beschrieben die Bombardierung und Beschießung der »unloyalen« Dörfer, völkermordartige Massenhinrichtungen in den Wäldern und die öffentliche Folterung von Stammeshäuptlingen.

Die einzigen Journalisten, die hereinkamen, wurden von der indonesischen Armee eskortiert und nur auf eine oder zwei befriedete Zonen gehalten. Irian Barat wurde für Nachrichten zum schwarzen Loch.

Fünfundzwanzig Jahre nach der Übergabe des Landes drangen zwei westliche Journalisten in die Provinz ein. Sie fanden heraus, daß in vielen Gebieten die Leute hartnäckig an ihren alten Stammessitten und -gebräuchen festhalten, ihre Schnürenhemden und Steinbeile beibehalten. Eine Rebellen-Armee, die nach der Unabhängigkeit strebt, die die Niederländer ihnen versprochen hatten, wird von den fast eine Million Eingeborenen passiv unterstützt, bekämpft die Indonesier aber immer noch mit Speeren und vergifteten Pfeilen. Die Indonesier haben versucht, die Einstellung der Leute zu ändern.

Umerziehung mit Folter und Mord

In den südlichen Sümpfen von Irian Barat, den größten der Welt, waren die von ihnen gewählten Methoden weniger empfindsam. Die traditionellen Langhäuser der Leute wurden niedergebrannt und durch lange Reihen von blechbedeckten Hütten ersetzt. Jagen und Tierhaltung sind eingestellt und die Dorfbewohner werden stattdessen gezwungen für die von der Armee geleiteten Firmen Bäume zu fällen.

Einige wurden für ihre Arbeit bezahlt, andere geschlagen. Die Polizei hielt Frage- und Anwortsitzungen ab, etwa von der Art: »Wer läuft nackt herum?«

»Tiere«.

Falsche Antworten werden mit Schlägen bestraft. Die Leute sind verstört und unterernährt, sitzen in apathischen Häuflein herum, ihrer in den ungestörten Teilen der Wälder so markanten Gemeinschaft beraubt.

Das Umerziehungsprogramm, zu dem Folterung und Mord gehört, war jedoch nicht sonderlich erfolgreich. Stattdessen hat es die Rebellenbewegung belebt, die ihrerseits den Abtransport von Mineralien und die Polizeistreifen an der Grenze zu Papua-Neuguinea behinderte.

Die westlichen Journalisten fanden heraus, daß die indonesische Regierung jetzt neue Mittel anwendet, um das Unabhängigkeitsbewußtsein und den Kulturstolz der Menschen in Irian Barat mit den Marksteinen einer »Endlösung« des ethnischen Problems anzugehen. Seit mehreren Jahren wurden durch das »Umsiedlungsprogramm« zahlreiche Bauern aus der übervölkerten indonesischen Insel heraus in die weniger bevölkerten Teile der Halbinsel umgesiedelt.

Jetzt liegt der Schwerpunkt des Programms auf Irian Barat. Nach allem, was man sah, scheint es so zu sein, daß der anfängliche vorgebliche Zweck – die Umverteilung der überbevölkerten Javanesen – pervertiert worden ist.

Briten und Sowjets taten das Gleiche

Die javanesischen Einwanderer werden in Gebiete verlegt, wo sie in vielen Fällen keinen Lebensunterhalt finden können. Das Land, das ihnen zur Beakkerung zugeteilt wurde, ist unfruchtbar und weit von den Märkten entfernt, die sie zu ihrem Lebensunterhalt benötigen. Im Süden hungern die javanesischen Bauern, unfähig entweder Getreide anzubauen oder ihren Weg heraus und zurück nach Java zu erkaufen. Der Grund dafür, so glauben britische Menschenrechtsgruppen wie Survival International, ist darin zu sehen, daß die Standorte eher zu politischen als zu landwirtschaftlichen Zwecken ausgewählt wurden.

Viele der 300 000 Einwanderer, die bisher von der indonesischen Regierung ermutigt wurden nach Irian Barat zu ziehen, sind an Stellen angesiedelt worden, wo die Einheimischen besonders hartnäckig und rebellisch sind. Umgeben von Außenseitern, ihrer Ländereien beraubt und gezwungen, sich einer fremden Kultur anzupassen, fühlen sich die Stammesleute abgeschnitten, verarmt und scharf beobachtet.

Survival International beschreibt dies als einen Versuch, »die Stammesleute zu indonesieren«. Die Melanesier könnten bald eine Minderheit in ihrem eigenen Lande sein.

Die Sowjetunion versuchte in den baltischen Staaten – Estland, Lettland und Litauen – nach dem Zweiten Weltkrieg ein ähnliches Programm durchzuführen. Die Sowjets haben tausende von Einheimischen verschleppt, sie nach Sibirien und anderswo in die UdSSR verfrachtet und von den meisten von ihnen, hat man nie wieder etwas gehört. Man siedelte dann gebürtige Russen, die Moskau treu ergeben waren, dort an. Erst jetzt werden diese Dinge offen zugegeben und in den Medien des Establishments veröffentlicht.

Das Schicksal der Einheimischen ist düster

Die Briten taten das Gleiche in Nordirland – bestehend aus der historischen Provinz Ulster – und siedelten dort Iren aus und Schotten an, die an der Seite Englands gestanden hatten als die Engländer mit Schottland Krieg führten.

Großbritannien »kennt die Besorgnisse wegen der Menschenrechtsverletzungen in Indonesien«, glaubt aber, daß sich die Lage bessert und sieht »keinen Grund sein Hilfsprogramm einzustellen«.

Die indonesische Regierung beabsichtigt, vier Millionen Außenseiter nach Irian Barat hereinzuholen. Das Schicksal der Einheimischen ist in der Tat düster.

Die Vorgeschichte dieser Geschichte über Sklaverei und Völkermord begann 1962, als das amerikanische Außenministerium Druck auf die niederländische Regierung ausübte, ihr souveränes Gebiet den Vereinten Nationen zum Zwecke der »Selbstbestimmung« zur Verfügung zu stellen. Die Vereinten Nationen lieferten das Gebiet dann zur Verwaltung an Indonesien aus, mit dem Versprechen eine Volksabstimmung abzuhalten, um die Wünsche und Interessen der Eingeborenen zu erforschen.

Von der Weltöffentlichkeit vergessen

Es gab jedoch eine Sprachbarriere. Im ehemaligen Niederländisch-Westindien werden etwa 500 Sprachen und Dialekte gesprochen, von denen keine bei den Vereinten Nationen gesprochen wird.

Die Schwierigkeit wurde dadurch umgangen, daß man eine Mannschaft von »Experten« in die Szene entsandte, um die Wünsche der Eingeborenen zu ermitteln. Die »Experten« beherrschten aber auch keine der einheimischen Mundarten.

Es war daher kaum überraschend, daß in dem Bericht, der von dort zurückkam, behauptet wurde, daß die Einheimischen – fast einstimmig – von Djakarta regiert werden möchten.

Als Folge davon haben die versklavten 1,2 Millionen Eingeborenen nun niemand mehr, an den sie sich um Hilfe wenden können, abgesehen davon, daß sie gelegentlich mit einen »verantwortungslosen« auf Besuch weilenden Journalisten reden können. □

Südafrika

Wiederholt sich die Kapitulation Rhodesiens

Carl Freigang

Die Wahlen in Südafrika sind vorüber. Die neue Regierung scheint vom Geist Ian Smith' geprägt, dem letzten Führer Rhodesiens. Smith beugte sich dem Druck des britischen Außenministeriums und des US-Außenministeriums und schloß mit den marxistischen Schwarzen einen Handel ab.

Rhodesien wurde »mit Mehrheitsbeschluß« zu Zimbabwe. Der Handel bestand darin, den Weißen eine gewisse Anzahl von Sitzen im Parlament zuzugestehen, und Smith wollte einen dieser Sitze einnehmen. Das Eigentum der Weißen sollte geschützt werden.

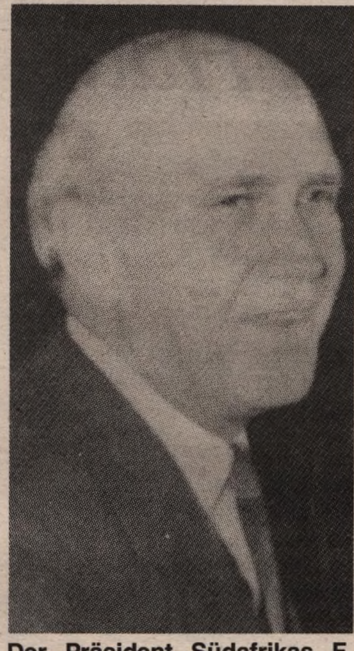
Drängt die Weißen aus dem Land

Kurz danach war Smith draußen, ebenso wie die anderen Weißen, die unverzüglich ihr Stimmrecht verloren.

Die Weißen in Südafrika beobachteten die Vorgänge in Rhodesien-Zimbabwe mit Bestürzung. Aber in letzter Zeit scheinen sich die Dinge, die jenseits der nördlichen Grenze geschahen, in Südafrika zu wiederholen.

Nur Wochen bevor die Südafrikaner zu den Wahlurnen eilen sollten, gab Zimbabwes Präsident, Robert Mugabe, bekannt, daß seine Regierung im kommenden Jahr die »Unabhängigkeits-Verfassung« des Landes ändern wird, um Zwangserwerb (Zwangsverkauf) von Land, das den Weißen gehört, wo »notwendig«, zuzulassen.

In drei Reden in einem Zeitraum von einer Woche sprang Mugabe auf den von Joshua Nkomo, seinem langjährigen politischen Rivalen und jetzigen Regierungskollegen, gestarteten Wahlpropagandawagen auf.



Der Präsident Südafrikas F. Willem de Klerk wird von den Internationalisten als anpassungsfähig beurteilt.

Nkomo, Führer des Flügels der Zimbabwe African People's Union (ZAPU) innerhalb der herrschenden Koalition, hat die weißen Farmer warnend darauf hingewiesen, daß sie den landlosen Kleinbauern mehr Land zur Verfügung stellen müssen, vor allem in seinem Heimatgebiet Matabeleland; ZAPU vertritt derzeit den Stamm der Matabelen.

Mugabe griff das Thema auf, das für eine Regierung, die in den vergangenen 18 Monaten einen enormen Verlust an Anhang in der Öffentlichkeit verloren hat und die sich noch vor Ende 1990 allgemeinen Wahlen stellen muß, politisch attraktiv ist.

Mugabe sagte, seine Regierung sei nicht zufrieden mit dem Landansiedlungsprogramm, mit dem bis heute nur 52 000 Familien von den vorgesehenen 162 000 umgesiedelt wurden, denen allen bis 1985 neues Land versprochen worden war. »Wir brauchen mehr Land und das Land muß von dem kommerziellen, das heißt weißen Sektor kommen«, sagte er.



Andries Treurnichts Konservative Partei hat die Aufgabe den Widerstand gegen die SWAPO zu verschärfen.

Auf der konstituierenden Konferenz im Lancaster House vor zehn Jahren war vereinbart worden, daß nur auf der Basis »williger Verkäufer, williger Käufer« Land erworben werden kann. Diese Politik wird im kommenden Jahr verschrottet werden, verkündete Mugabe.

Mugabes Erklärungen wirkten für die Weißen von Südafrika und besonders für die National Party und den amtierenden Präsidenten F. Willem de Klerk wie eine kalte Dusche und veranlaßten letzteren dazu, angesichts der derzeitigen Demonstrationen gegen die Weißen, die landesweit stattfanden, eine scharfe Rechtswendung vorzunehmen.

Durch Mugabes Erklärungen lieferten umgekehrt Dr. Andries Treurnicht, dem Vorsitzenden der Conservative Party of South Africa, zur rechten Zeit ein Argument. Dieser hatte de Klerk beschuldigt, hinterhältig zu sein und den Wählern eine geheime Tagesordnung vorzuenthalten, nach der mit jenen zusammengearbeitet werden soll, die ihre Rhodesien-Strategie mit den gleichen zu erwartenden Ergebnissen in Südafrika wiederholen wollen.

Es ist eine dokumentierte Tatsache, daß die amerikanische Botschaft in Kapstadt sich in der Ekke von de Klerk befand, als er und seine Kabinettskollegen sich erfolgreich bemühten, P. W. Botha zu stürzen.

Letzterer wurde in Washington in der Angelegenheit Südwestafrika/Namibia als unnachgiebiger angesehen. De Klerk wurde hingegen als »anpassungsfähiger« oder »wendiger« betrachtet, das heißt, man war der Ansicht, daß er den Anweisungen des US-Außenministeriums und der Vereinten Nationen eher Folge leisten würde als Botha.

Geld von den Vereinten Nationen

In dieser Sache benutzt das amerikanische Außenministerium die Vereinten Nationen dazu, die vom US-Kongreß beschlossenen Geldmittel zur Hilfeleistung an die Flüchtlinge aus Südwestafrika an Sam Nujoma, den marxistischen SWAPO-Führer, zu leiten, den die UN als legitimen Sprecher für Namibia ansehen.

Zu diesem Zweck beziffern die Vereinten Nationen die Zahl der Flüchtlinge auf 80 000, während deren Zahl sich nach der Londoner »Financial Times« nur auf die Hälfte belaufen soll. Nujoma verwendete das zusätzliche Bargeld zur Finanzierung der SWAPO-Guerillas in Angola und Südwestafrika.

Wenn de Klerk und die National Party an der Macht bleiben, wird man beobachten können, daß Südafrika in die Fußstapfen von Zimbabwe (Rhodesien) treten wird. Wenn Treurnicht und seine Conservative Party mehr Zuspruch erhalten, dann werden wir erleben, daß sich in Südafrika der Kurs verschärfen und der SWAPO erneut Widerstand geleistet wird. □

John Demjanjuk

Die Gerechtigkeit wird siegen

Der Schwiegersohn von John Demjanjuk gelobt, für die Gerechtigkeit zu kämpfen. Die Gerechtigkeit wird siegen, sagt Edward Nishnic. Sein Schwiegervater, John Demjanjuk, ein Automobilarbeiter aus Cleveland, wurde von der US-Regierung nach Israel abgeschoben, um sich dort vor Gericht zu verantworten, weil er während des Zweiten Weltkrieges angeblich »Iwan der Schreckliche«, ein berüchtigter Wachmann des Konzentrationslagers im polnischen Treblinka, gewesen sein soll. Demjanjuk wurde von einem israelischen Gericht verurteilt, und ihm droht der Tod durch Erhängen. Demjanjuk und seine Familie sowie Freunde in den Vereinigten Staaten bleiben dabei, daß es sich um eine Personenverwechslung handelt und daß das gegen ihn verwendete Beweismaterial vom sowjetischen KGB gefälscht wurde. Zu Demjanjuks Verteidigern in den Vereinigten Staaten gehören der Kongreß-Abgeordnete James Traficant und der für mehrere Zeitungen schreibende Journalist Patrick Buchanan.

Was ist das für ein Gefühl zu wissen, daß Ihr Schwiegervater in einem fremden Land im Gefängnis sitzt, nachdem er buchstäblich aus seiner Wohnung gezerrt wurde und nun dem Tod ins Auge schaut?

Nishnic: Es ist etwas, von dem ich wünsche, daß es niemand erleben soll. Es gibt wirklich keine Worte dafür. Es gab einmal eine Fernsehschau mit dem Titel »The Twilight Zone« (»Die Dämmerzone«). Wir haben das Gefühl, daß wir auch in so etwas verfangen sind. Es ist völlig unbegreiflich und es ist Unrecht.

Ihm wurde kein fairer Prozeß zuteil

Mr. Demjanjuk steht vor einem Todesurteil für Verbrechen, die er niemals beging. Er ist niemals in Treblinka gewesen. Er hat auch niemandem irgendwo etwas zuleide getan. Und nun sitzt er durch die Übereifrigkeit der Unterabteilung des amerikanischen Justizministeriums, des Office for Special Investigations, OSI (Amt für Sonderermittlungen), in Israel und wurde zum Tode verurteilt. Es ist ein sehr bedrückendes Gefühl, aber wir müssen damit fertig werden.

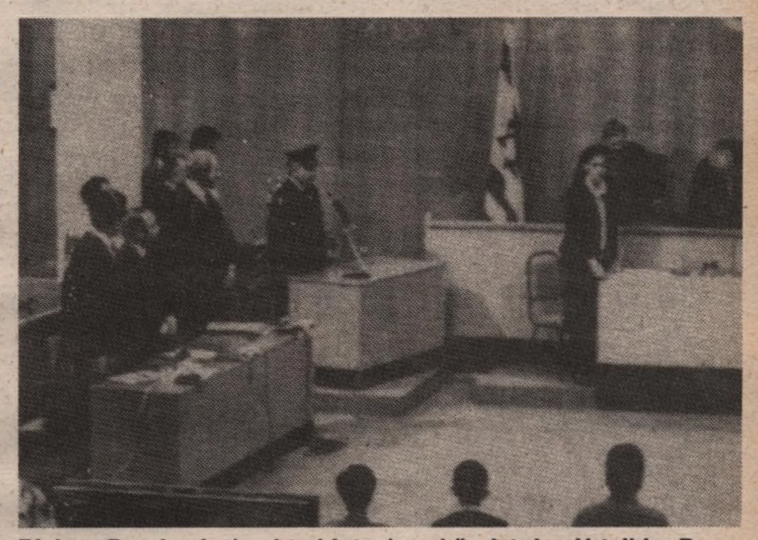


Edward Nishnic, Schwiegersohn von John Demjanjuk, erhebt schwere Vorwürfe gegen das US-Justizministerium.

Wie ist Ihre Familie damit fertiggeworden. Wie lange geht das schon so?

Nishnic: Es geht schon seit zwölf Jahren so – konstante Nonstop-Verfolgung und Prozesse. Mr. Demjanjuk wurde hier in den Vereinigten Staaten niemals ein fairer Prozeß zuteil wie unsere Verfassung garantiert. Er wurde mit einer Strafanzeige gegen ihn vor ein Zivilgericht gebracht, und man zwang ihn dazu, sich vor einem Zivilgericht zu verteidigen. Wir waren dieser »Nazijagenden Behörde« (OSI) auf Gnade und Barmherzigkeit ausgeliefert.

Jetzt, nachdem ich gegen das amerikanische Justizministerium Strafantrag gestellt habe, erfuhren wir, daß sie kein ehrliches Spiel mit uns getrieben haben, als sie uns mit den Informationen versorgten, die sie verwendeten, um ihre Anklage vorzubereiten. Sie haben kritische, entlastende Dokumente unterschlagen, die in aller Wahrscheinlichkeit Mr. Demjanjuks Ausweisung nach Israel verhindert hätten.



Richter Dov Levin (rechts hinten) verkündet das Urteil im Demjanjuk-Prozeß in einem Kino.

In Israel stehen wir vor einer völlig neuen Situation. Mr. Demjanjuk wurde tatsächlich dort hingebracht und in einem Kinotheater abgeurteilt, das man in einen Gerichtssaal verwandelt hatte – 250 000 Menschen wurden mit Bussen herangekarrt. Dieser »Gerichtssaal« war während des ganzen Prozesses für die breite Öffentlichkeit zugänglich, mit Ausnahme von zwei Tagen, und das waren die Tage, an denen der Schuldspruch und das Todesurteil verlesen wurden. An diesen Tagen wurden auf Einladung nur »Holocaust-Überlebende« und Parlamentsmitglieder der israelischen Knesset zugelassen.

Ich glaube, das war solch eine emotionelle Qual für diese Leute, daß es gar nicht darauf ankam, ob Mr. Demjanjuk nun »Iwan der Schreckliche« war oder nicht. Es kam ihnen nur darauf an, daß die jemand hatten, von dem sie glaubten, daß er ein Nazi war, und sie vollzogen diese Verurteilung wirklich mit.

Es ist interessant, daß Sie von dem legendären »Iwan dem Schrecklichen« sprechen. Ist es nicht eine Tatsache, daß einer der Zeugen, der gegen Mr. Demjanjuk aussagte, und der sagte, dieser sei der berüchtigte »Iwan«, früher in einem anderen Fall ausgesagt hat, »Iwan« sei bei einem Häftlingsaufstand getötet worden. Wer lügt denn nun?

Nishnic: Der betreffende Zeuge ist ein gewisser Elihu Rosenberg. Er gab 1947, als er nach Israel auswanderte, eine eidesstattliche Erklärung ab, in der er behauptete, »Iwan« sei bei einer Lagerrevolte getötet worden. Er wurde darüber im Laufe des Prozesses in Jerusalem befragt und sagte, seine Aussage habe nur auf Gerüchten beruht. Er habe nicht gesagt, daß er etwas mit der Tötung zu tun gehabt hätte. Das Ganze war nur Hörensagen.

Mal sind es Gerüchte, mal die Wahrheit

Nachdem die Anklage ihren Fall vorgetragen hatte, reiste ich nach Polen, um herauszufinden, ob eine Möglichkeit bestünde, weitere Unterlagen zu bekommen, um Mr. Demjanjuk verteidigen zu können. Und siehe da,

John Demjanjuk

Die Gerechtigkeit wird siegen

ich grub eine 68seitige Aussage in jiddischer Sprache aus, die 1945, also nur zwei Jahre, nachdem in Treblinka die Grausamkeiten begangen wurden, handschriftlich von dem gleichen Rosenberg niedergelegt wurde. Und in dieser 68seitigen Aussage behauptete Rosenberg an der Tötung von »Iwan« beteiligt gewesen zu sein.

Wir brachten Mr. Rosenberg in den Zeugenstand zurück, und dieser sagte nun, er habe das alles nur gerüchteweise gehört und nicht die Wahrheit gesagt, als er aussagte, er sei daran beteiligt gewesen, und jetzt, 40 Jahre später, sage er die Wahrheit und »Iwan der Schreckliche« könne ja nicht tot sein, weil er jetzt John Demjanjuk ist und vor ihm in einem Gerichtssaal sitzt.

Und die Richter glaubten diesem Mr. Rosenberg.

Ist es richtig zu sagen, daß zu dem Zeitpunkt, als sie Mr. Demjanjuks Tochter heirateten, Sie nicht dachten, daß Sie jemals nach Polen reisen würden, um zu beweisen, daß Ihr Schwiegervater kein »berüchtigter Nazi-Kriegsverbrecher« ist?

Nishnic: Ich kann sagen, daß ich in meinen wildesten Träumen niemals damit gerechnet habe, etwas Derartiges zu erleben. Ich möchte sein wie jeder andere Bürger in diesem Lande, ein bequemes Leben führen, für meinen Lebensunterhalt arbeiten und eine nette Familie haben. Und unsere Regierung – durch das OSI – hat mir dies genommen. Und jetzt bin ich entschlossener als je zuvor, Mr. Demjanjuk zu entlasten.

Demjanjuk war nie in Treblinka

Ich werde bis ans Ende der Erde reisen, um sicherzugehen, daß die Wahrheit herauskommt. Und ich werde die Wahrheit ans Tageslicht bringen, früher oder später, sei es zu Mr. Demjanjuks Lebenszeit oder danach.



John Demjanjuk wird nach der Verkündigung des Todesurteils aus dem Gerichtssaal in Jerusalem geführt.

Dies ist eine Sache, von der ich niemals lassen werde.

Wir wissen, daß er unschuldig ist. Er hat niemals den Boden von Treblinka betreten. Er hat niemals jemand getötet.

Ich glaube, daß das israelische Gericht, das den Prozeß geführt hat, dies auch weiß, und ich bin völlig sicher, daß das OSI dies schon vor 1979 wußte. Und wir werden diesen Fall bis an das Ende aller Tage weiterverfolgen.

Ich habe zwei Kinder, die ich jetzt nicht sehr oft sehe, weil ich soviel unterwegs bin.

Und es ist ihr Großvater, dem nun in Israel ein Todesurteil bevorsteht?

Nishnic: Das ist richtig. Ich werde dies nicht zulassen, daß meine Kinder in der Schule erfahren, ihre Großvater habe kaltblütig 900 000 Menschen ermordet. Ich weiß es besser.

Da gab es den geheimnisvollen Tod eines israelischen Anwalts, der an die Unschuld Ihres Schwiegervaters glaubte. Können Sie uns etwas darüber sagen?

Nishnic: Ich darf vielleicht zuerst erwähnen, daß es eigentlich ein israelischer Anwalt namens Yoram Sheftel ist, der die Verteidigung meines Schwiegervaters in Händen hat. Er arbeitet unermüdlich, um dafür zu sorgen, daß John eines Tages wieder in Freiheit leben kann.

Was den geheimnisvollen Tod betrifft: Sie beziehen sich da auf Dov Eitan, einen ehemaligen israelischen Richter, der jüngste Jurist, der jemals in Israel zum Richter ernannt wurde. Mr. Eitan war über die Prozeßführung in dieser Sache entsetzt. Er fühlte, daß dies nicht ein Spiegelbild der israelischen Justiz war und auch nicht als ein solches betrachtet werden sollte.

Ein Fall, der zu den Akten gelegt wurde

Und so entschloß er sich, fünf Tage bevor die Berufung gegen Mr. Demjanjuks Verurteilung beginnen sollte, dem Prozeß beizutreten. Mr. Eitan war über diesen Fall sehr erregt. Er wußte, daß John unschuldig ist, und er sagte es ihm von Angesicht zu Angesicht: »Ich weiß, daß Sie unschuldig sind.«

Mr. Eitan konnte es gar nicht abwarten, in den Gerichtssaal zu gelangen. Am Tage seines Todes nahm er um 7.30 Uhr mit seiner Frau das Frühstück ein. Er sagte zu seiner Frau: »Ich möchte am Eröffnungstag der Berufung gut aussehen. Warte auf mich um 11 Uhr am Kaufhaus, und dann kannst du mir beim Kauf eines neuen Anzugs helfen.«

Eine Stunde später war Mr. Eitan tot.

Die israelische Polizei behauptet, daß Mr. Eitan – seine Seele ruhe mit Gott – in ein 15stöckiges Gebäude ging und sich dann in guter Laune dazu entschlossen habe, aus einem Fenster zu springen, sich umzubringen und seinen Körper vor den Augen der ganzen Jerusalemer Innenstadt auf die Straße platschen zu lassen.

Die israelische Polizei kam innerhalb von zwei Stunden zu der Schlußfolgerung, es sei »100 Prozent Selbstmord« gewesen.

Keine Obduktion, Keine Blutproben. Und der Fall wurde zu den Akten gelegt.

Wir haben hier über nichts anderes als über Tragödien geredet. Aber da gibt es doch zu all diesen Dingen eine positive Seite. Bitte erzählen Sie uns, was Sie getan haben hier in Washington, um Ihren Schwiegervater zu entlasten.

»Wir werden das Problem lösen«

Nishnic: Wir haben uns mit Kongreßmitgliedern in Verbindung gesetzt und ihnen erklärt, nicht was in Israel geschah, sondern was hier in den Vereinigten Staaten passiert ist. Ich glaube fest daran, daß wir nach all den schrecklichen Erfahrungen, die wir im Bezirksgericht in Israel machen mußten, bei der Berufung vor dem Obersten Gericht immer noch eine Chance haben.

Ich begründe meine Zuversicht mit dem, was Mr. Eitan uns gesagt hat. Er glaubte, daß das Oberste Gericht in dieser Sache unabhängig entscheiden würde.

Ich glaube, unser ganzer Fall geht auf das OSI in unserem Lande zurück. Es ist sehr, sehr seltsam, daß diese entlastenden Dokumente, von denen ich sprach, nicht nur der Verteidigung, sondern auch der israelischen Staatsanwaltschaft beim Prozeß im Bezirksgericht vorenthalten wurden.

Fast wäre der Prozeß eine Farce

Ich glaube, man hat den Israelis ein paar Schriftstücke untergeschoben unter der Bedingung, daß die erwähnten Dokumente erst dann auftauchen sollten, wenn Mr. Demjanjuk schon lange nicht mehr unter den Lebenden weilt. Wir haben große Anstrengungen unternommen, um in den Besitz der Dokumente zu gelangen.

So haben wir zu den Kongreßleuten gesagt: »Machen Sie sich keine Gedanken darüber, was in Israel passiert ist. Wir werden das Problem schon lösen. Leiten Sie jedoch eine Untersuchung gegen das OSI ein. Es ist zu einem bösartigen, außerhalb der Herde lebenden Elefanten geworden, der außer Kontrolle geraten ist und auf niemanden mehr hören will.«

Es gibt mindestens einen Kongreßmann, Jim Traficant, der in dieser Sache wirklich kein Blatt vor den Mund genommen hat.

Nishnic: Mr. Traficant hat uns sehr geholfen. Ich muß erwähnen, daß er gegenüber den Fragen um diese Kriegsverbrecherprozesse herum sehr empfindsam ist. Und er glaubt, daß Leute, die an irgendwelchen Greueltaten beteiligt waren, bestraft werden sollten. Nachdem er jedoch das Beweismaterial im Falle Demjanjuk gründlich durchgesehen hatte, kam er zu dem Schluß, daß etwas faul ist.

Könnten Sie uns etwas über dieses Beweismaterial sagen?

Nishnic: Es waren alles Aussagen von »Augenzeugen«. Es gibt keine Dokumente, die diese untermauern. Das Beweismaterial, das wir seitdem ausfindig gemacht haben – Material, das weder vom israelischen Gericht noch von amerikanischen Gerichten bisher gesichtet worden ist –, besteht aus sowjetischen Vernehmungen und Berichten über diese Vernehmungen, die das US-Justizministerium zurückgehalten hat, weil sie mit der hier in Amerika gegen Mr. Demjanjuk vorgebrachten Anklagen nicht übereinstimmen.

Ein niederländisch-jüdischer Professor, Leiter der Sektion für experimentale Psychologie an der Universität von Leyden, hat ein Buch geschrieben mit dem Titel »Identifying Ivan«, das von Harvard Press herausgebracht wurde. Darin heißt es, daß 37 von 42 Regeln der Identifizierung durch die israelischen Strafverfolgungsbehörden übertreten wurden.

Jeder kann in diesem Fall helfen

Der Verfasser schreibt: »Ich will nicht so weit gehen, den Prozeß eine Farce zu nennen, aber wenn nur noch ganz wenige Regeln mehr verletzt worden wären, dann wäre er eine vollkommene Farce.«

Alles weist auf jene Einrichtung hin, die sich Office of Special Investigations nennt. Ich höre immer, daß das OSI behauptet, jeder sei darauf aus, es zu schließen. Dem ist nicht so. Ich sage vor der Öffentlichkeit, daß ich nicht danach strebe, daß das Amt geschlossen wird. Mir geht es nicht darum, es daran zu hindern, nach wirklichen Nazi-Kriegsverbrechern zu forschen.

Ich bin jedoch der Überzeugung, daß man durch Unterdrückung von Beweismaterial, Fehlverhalten, Tricks und Betrug Mr. Demjanjuk zu etwas gemacht hat, was er niemals war. Sie haben unser Leben zerstört – als amerikanische Bürger. Sie haben das Leben der Demjanjuks zerstört.

Aber wir werden uns nicht unterkriegen lassen. Wir kämpfen für die Wahrheit. Schließlich leben wir in einem freien Land, und wenn man uns nicht hört, dann ist etwas nicht in Ordnung. Ich würde dann alle unsere Freiheiten in Frage stellen.

Können unsere Leser John Demjanjuk helfen?

Nishnic: Jeder sollte an einen amerikanischen Abgeordneten schreiben und ihn bitten, uns zu helfen, jetzt sofort eine Untersuchung gegen das OSI einzuleiten, soweit es den Fall Demjanjuk betrifft. Es gibt viele ernsthafte Fragen und schwerwiegendes Beweismaterial um darzulegen, daß hier Rechtsbeugung stattgefunden hat.

Finanziell liegen wir total am Boden. Wir haben 130 000 Dollar Schulden. Wir wissen noch nicht einmal, wie es morgen weitergehen soll. Aber wir verlassen uns auf den guten Willen der Menschen, die finanziell in der Lage sind, uns zu helfen.

Gibt es eine Adresse, wohin man schreiben kann?

Nishnic: Ja, sie lautet: The John Demjanjuk Defense Fund, P.O. Box 92819, Cleveland, Ohio 44192, USA. Wir haben das mit einer Bank in Cleveland vereinbart, und wir werden den Eingang bestätigen und den Spendern als Anerkennung Informationsmaterial zusenden.

Wir sind buchstäblich nur eine Familie hier, die ganz allein gegen drei Supermächte kämpft, und wenn es nicht die Großzügigkeit der Menschen draußen gäbe, dann würde ich sagen, daß wir es niemals schaffen werden. □

Naher Osten

Waffen und nochmals Waffen

Victor Marchetti

Drei Waffenverkäufe an Saudi-Arabien in einer Gesamthöhe von 850 Millionen Dollar wurden in den letzten Monaten von der amerikanischen Bush-Regierung durch den Kongreß geschleust und es erhob sich kaum ein Murmeln des Protestes seitens der gewöhnlich wachsamen Aufpasser des Staates Israel. Zu den Verkäufen gehörten Ausrüstungsteile zur Modernisierung von F-5- und F-15-Düsenjägern, die zu einem früheren Zeitpunkt an das arabische Königreich verkauft worden waren.

Als Folge von diesem Vorgehen beklagen sich jetzt Abgeordnete darüber, daß der amerikanische Außenminister James Baker dem bei solchen Verkäufen üblichen Beratungs- und Zustimmungsverfahren durch den Kongreß dadurch ausgewichen sei, daß er die Gesetzesmacher nicht früh genug in Kenntnis gesetzt habe, damit diese gegen die anstehenden Abmachungen Opposition einlegen konnten. Der Kongreß hat 30 Tage nach Mitteilung der Regierung über einen geplanten Waffenverkauf Zeit, um eine Resolution zur Abblockung des Handels zu erlassen. Wenn keine Resolution ergeht, dann ist der Waffenhandel automatisch abgeschlossen.

Auf einer Anhörung des House Foreign Affairs Committee (Ausschuß des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten) sagte Baker, die Regierung habe die Absicht, in den kommenden Monaten weitere Waffenverkäufe an die arabischen Länder vorzuschlagen. Er sagte dabei jedoch nichts zu den derzeit verhandelten Abmachungen.

In einem Schreiben an Baker, das nach der Ausschußsitzung verfaßt wurde, erhob der Abgeordnete Levine den Vorwurf, daß über die vorgeschlagenen Waffenverkäufe an den Nahen Osten zwischen der Regierung und dem Kongreß »kein ausreichender Dialog stattgefunden hat«. Und er beschuldigte Baker, »die rücksichtslose Waffenverkaufspolitik der vergangenen Regierung« weiterzubetreiben. Dies wird für Ronald Reagan und George Shultz eine Überraschung sein.

Levine forderte Baker auf, sich in Zukunft »viel früher« mit dem Kongreß über beabsichtigte Waffenverkäufe zu beraten, und er forderte eine Auflistung von unmittelbar bevorstehenden Handelsabschlüssen an.

Einer der Gründe, warum Israels selbstgesalbte Wächter die jüngsten Waffenverkäufe an Saudi-Arabien verpaßten, ist darin zu sehen, daß sie sich darauf konzentriert hatten, Waffen-Geschenke an ihren Lieblings-Wohltätigkeitsempfänger durchzusetzen. In dem soeben verabschiedeten Defense Authorization Bill (Gesetz zur Genehmigung von Verteidigungsausgaben) für die Steuerjahre 1990–91 sind mehr als 400 Millionen Dollar enthalten, die für zusätzliche Militärhilfe an und Käufe aus Israel vorgesehen sind.

Ein fairer Interessenausgleich

Die Vereinigten Staaten werden weiterhin das Arrow-Programm der antitaktischen ballistischen Raketen (65,2 Millionen Dollar) finanzieren und israelische Popeye-Luft-Boden-Raketen (24,7 Millionen Dollar), SINCGARS-Fernmeldeeinrichtungen (290,7 Millionen Dollar) und anderes Gerät im Wert von mindestens 35 Millionen Dollar anschaffen.

Diese »Verbesserung der strategischen Zusammenarbeit« zwischen den Vereinigten Staaten und Israel läuft außer den 1,8 Milliarden Dollar an militärischer Hilfeleistung, die der zionistischen Regierung obendrein gewährt wird. Außerdem leisten die USA jährlich 1,2 Milliarden Dollar Wirtschaftshilfe an Israel.

»Es wird oft gesagt, daß der Kongreß Hinz beraubt, um Kunz zu bezahlen«, bemerkte ein Mitarbeiter des Kongresses treffend, »aber in diesem Falle kann man sagen, daß wir an die Araber verkaufen, um es den Zionisten zu schenken. Wenn man alles berücksichtigt, ist es ein fairer Interessenaustausch.« □

Weltkontrolle

Aspekte der islamischen Revolution

Zweiter Teil und Schluß

Ivor Benson

Den zornigen jungen Männern des Ayatollah Khomeini, die nach der Revolution die amerikanische Botschaft besetzten, entging nicht, daß viele der vielsagendsten Polizei-Direktiven vom US-Außenministerium in Washington eine völlig andere Tonlage hatten als die Berichte und Auslegungen der Männer an Ort und Stelle, jener armen Teufel, die hinterher der vollen Wucht der leidenschaftlichen iranischen Feindseligkeiten ausgesetzt waren. Angehörige der amerikanischen Botschaft, schreibt Amir Taheri, begriffen allmählich, daß sie nicht das berichten sollten, was sie sahen, sondern vielmehr sehen sollten, was sie auf Washingtons Verlangen berichten sollten.

Dies bedeutete, daß eine großartige Strategie und taktisches System in die Tat umgesetzt werden sollten, um die nur eine kleine Minderheit von Politikmachern an der Spitze wußte, wodurch eine Umgebung geschaffen wurde, in der äußerst geheime Zwecke mit einer Zurschaustellung von harmlosen und wohlwollenden Absichten maskiert wurden. Die Auswirkung davon war eine äußerst verwirrende Mischung von widersprüchlichen Äußerungen und Handlungen.

Der große Plan und die Gegenrevolution

Amir Taheri formulierte das so: »Das in Teheran, Washington, Jerusalem, London, Kairo und einem Dutzender anderer Städte hinter den Kulissen inszenierte Drama spiegelte die Realitäten einer Geheimwelt wider, die nur wenigen Regeln entweder internationalen Verhaltens oder individueller Moralität gehorchte. In diesem breiteren Zusammenhang konnte man das Irangate-Fiasko vielleicht richtig verstehen.«

Diese Höllenküche der Geheimhaltung und Intrige außerhalb des Irans hatte ein Äquivalent innerhalb des Landes. In den Nachwehen der Revolution wurden alle Freimaurerlogen im Iran geschlossen und ihre Archive beschlagnahmt, wodurch das eintrat, was viele vermutet hatten. Viele von ihnen wurden von Juden oder Bahais jüdischen Ursprungs geleitet und stellten einen weiteren Kanal der geheimen Kommunikation mit Israel und dem Zionismus im allgemeinen dar.

Der letzte Schah von Persien mit seiner Familie. Er war ein enger Verbündeter Israels und der grausamste Tyrann dieses Jahrhunderts.

Wie kam nun der Vorsitzende der Amerikanischen Kommunistischen Partei dazu, in groben Umrissen ein ehrgeiziges Programm für die Entwicklung der dritten Welt darzulegen, das später mit hohen Kosten durch die Vereinigten Staaten und ein breites Netzwerk von internationalen Agenturen durchgeführt werden sollte? Wie geschah es und wie war es möglich, daß Armand Hammer, Sohn von Julius Hammer, einer der Gründer der Amerikanischen Kommunistischen Partei, sich unmittelbar nach der bolschewistischen Revolution nach Rußland begeben und sofort damit beginnen konnte, eine umfangreiche Verlagerung von Geldern, Industrieausrüstungen und Technologie aus dem kapitalistischen Westen zu dessen mutmaßlichem Feind, dem kommunistischen Osten zu organisieren?

Die kurze Antwort auf beide Fragen findet man in den Aufzeichnungen, die der deutsche Historiker Oswald Spengler unmittelbar nach der bolschewistischen Revolution zu Papier brachte: »Es gibt keine proletarische Bewegung, nicht einmal eine kommunistische, die nicht im Interesse des Geldes, in der von Geld geprägten Richtung und für den vom Geld bestimmten Zeitraum operiert, und dies alles, ohne daß der Idealist in ihren Reihen auch nur den geringsten Argwohn über diese Tatsache hegt.«

Alles wird vom Geld bestimmt

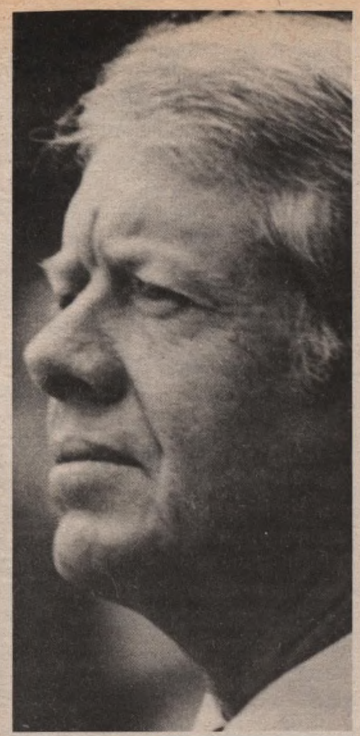
Diejenigen, die in das Geheimnis der unheimlich doppelwertigen Beziehungen zwischen Hochfinanz und Kommunismus eingedrungen sind, werden nicht überrascht sein, zu erfahren, daß die Sowjetunion dem Schah bis zum Ende die Stange gehalten hat, und daß Artikel in der »Prawda« über die Ereignisse im Iran in Ton und Inhalt fast die gleichen waren wie die in der »New York Times«.

Wenn man von der sich entfaltenden Geschichte unseres Jahrhunderts sagen kann, sie sei das Produkt einer Allianz zwischen Geld und Verstand – was könnte sie sonst sein? –, war es die Aufgabe von Earl Browder und sehr vielen Figuren seiner Art, von denen nur wenige als Kommunisten identifiziert werden können, sich um die intellektuelle Hälfte dieser Allianz zu kümmern.

Professor Hamid Algar schreibt hierzu: »Die Rückkehr des Schahs im Jahre 1953 leitete die angespannte Periode eines Vierteljahrhunderts eines nie dagewesenen Massakers und Unterdrückung, die intensive Ausbeutung der natürlichen Hilfsquellen des iranischen Volkes durch die Imperialismen des Ostens und Westens ein, und das westliche Lager wurde damals eher von den Vereinigten Staaten als von Großbritannien angeführt.«

Auseinandersetzung zwischen feindlichen Hierarchien

Dies also war der neue Imperialismus, amerikanisch und israelisch in der äußeren Erscheinung, aber international und kosmopolitisch in seinem Charakter, der machtausübende Elemente aus allen früheren staatlichen Imperialismen, finanzielle, politische und intellektuelle, in seine Umlaufbahn hineinzog. Die iranische Ölindustrie, bis dahin ein britisches Monopol, wurde »internationalisiert«, das nominelle Staatsei-



US-Präsident Jimmy Carter gratuliert dem Schah persönlich, nach dem großen Massaker in Teheran bei dem schätzungsweise 4000 Menschen getötet wurden.

gentum beibehalten, aber das Management wurde einem Konsortium anvertraut, dessen Eigentümer die AIOC, in British Petroleum (40 Prozent) umbenannt, acht amerikanische Konzerne (40 Prozent), Shell (14 Prozent) und French Petroleum (6 Prozent) sind.

Wir müssen jetzt versuchen, in diese Folge von Gespenstererscheinungen und scheinbar widersprüchlichen Tatsachen, die sich aus den kurz darauf folgenden Auseinandersetzungen zwischen dem Schah und seinem Volk ergeben, etwas Sinn hineinzubringen.

Man kann sich den gesamten iranischen Kampf nach Ende des Zweiten Weltkrieges im breitesten Sinne als eine Auseinandersetzung zwischen sich gegenseitig feindlich gegenüberstehenden Hierarchien von Ideen, Werten und Machtstrudeln, die tatsächlich oder potentiell vorhanden sind, vorstellen. Die eine davon gehört zum Westen und die andere zum Osten. Die eine sieht in Amerika das Symbol für menschlichen Fortschritt und die andere das Erzsymbol der politischen Unrechtmäßigkeit, also den »großen Satan«.

Und der Schah? Weil er sich keine Zukunft für Iran außer einer, die nach den industriellen Werten geformt war, vorstellen konnte, und weil auch er die religiöse Klasse seines Landes als das größte Hindernis für den Fortschritt in diese Richtung ansah, ließ er es zu, daß er in jeder Hinsicht zum Hauptwerkzeug der fremden Macht wurde.

Zusammenarbeit mit der außerstaatlichen Macht

Wie Taheri berichtet, entstand nach 1953 eine große Vielfalt von ideologischen Kräften, die die Diktatur des Schahs und seine Untertänigkeit gegenüber den fremden Mächten bekämpfen wollten. Aber hinter allen von ihnen war zunehmend der religiöse Einfluß erkennbar; so deutlich, daß sogar der Sozialismus, eine vom Westen ausgeliehene weltliche Ideologie, im Iran als »die Bewegung der gottesfürchtigen Sozialisten« wieder auftauchte.

Der wachsende religiöse Einfluß kam 1963 zu einem Höhepunkt, als der Ayatollah Khomeini plötzlich in den Vordergrund trat, der in der Revolution eine Rolle spielen sollte, die in vieler Hinsicht der des Propheten Mohammed im siebten Jahrhundert ähnelte, in der die Funktionen eines Religionsführers mit der eines weltlichen Führers auf bemerkenswerte Weise kombiniert wurden.

Eine übermäßige Steigerung der Macht des Schahs, um der Bevölkerung seinen Willen aufzuzwingen, prallte auf eine entsprechende Erhöhung der Macht und des Einflusses einer religiösen Klasse, die den Willen und Instinkt der Masse des Volkes symbolisierte. So konnten alle sehen, was dargeboten wurde, und sie wollten es nicht haben.

Es gab zwei Möglichkeiten, mit denen die Macht des Schahs, seinen Willen durchzusetzen, enorm gesteigert wurde: Erstens, eine Erhöhung der zu seiner Verfügung stehenden Geldsumme, als die Ölproduktion wieder aufgenommen wurde und noch einmal, als der Ölpreis in die Höhe schoß; und zweitens eine enge Zusammenarbeit mit der außerstaatlichen Macht, besonders mit ihrer israelischen Komponente, beim ausgeklügelten Gebrauch der Geheimpolizei und der Gefängnisse als Instrumente des Terrors und des Zwangs.

Das scharfe Schwert der Macht

Sogar eine gemäßigte Opposition nach 1963 wurde mit Exil, Gefängnishaft, Folter und Mord unterdrückt, und die Armee wurde eingesetzt, um die vom Ulema in Teheran und anderen Städten organisierten Massendemonstrationen zu zerschlagen, wobei Tausende von Menschen getötet wurden. Im Jahr 1975 bezeichnete der Leiter der britischen Sektion von Amnesty International den Iran als »Weltführer« in Folterungen, Hinrichtungen nach Schwindelprozessen und weitverbreiteter Inhaftierung aus politischen Gründen.

Das scharfe Schwert der Macht, die der Schah auf seine inneren Gegner ausüben konnte, wurde ihm fast gänzlich von seinen beiden Hauptunterstützern im Ausland, den Vereinigten Staaten und Isreal, zur Verfügung gestellt; diese waren jedoch niemals wirklich separat, sondern lediglich zwei Aspekte der gleichen weltrevolutionären Kraft.

Tatsächlich waren der amerikanische und der israelische Einfluß zu jeder Zeit untrennbar. Professor Algar sagt, daß nach dem Putsch von 1953, bei dem Mossadegh gestürzt wurde, auf allen Ebenen, besonders bei der Arbeit der Geheim- und Sicherheitsdienste, eine Zusammenarbeit bestand. Er schreibt weiter:

»Nach einem gewissen Punkt hat es den Anschein, daß die Besetzung des Savak vom Mossad, dem israelischen Sicherheitsdienst, und vom CIA übernommen wurde, obwohl der CIA sich stets das Recht der Überwachung der Operationen des Savak vorbehielt. Ich weiß von vielen Leuten, die berichten, sie seien von Israelis verhört und gefoltert worden, während sie sich im Gewahrsam des Savak befanden.«

Algar fährt fort: »Es gab eine überwältigende Ähnlichkeit zwischen den beiden völlig von den Vereinigten Staaten abhängigen Geheimdiensten. Israel ist kaum unabhängig von den Vereinigten Staaten – oder vielmehr, die Dinge liegen umgekehrt – verfügt Israel sicherlich über mehr Stimmen im US-Senat als das Weiße Haus.«

Das Zeitalter des Konflikts

Die Karriere des Schahs Mohammed Resa veranschaulicht Lord Actons Maxime, daß »Macht korrumpiert und absolute Macht absolut korrumpiert« bis zur Perfektion. Durch den Prozeß des ungezügelten persönlichen Ehrgeizes wurde der Schah seinem eigenen Volk völlig entfremdet – die Korruption der Führung in ihrer letzten Form. Er glaubte an das, was er tat, genoß die Unterstützung der größten Machtkonzentration außerhalb seines Landes und war in der Lage, so viel Vermögen aus seiner Ölindustrie herauszuziehen, daß er von seinem Volk nichts benötigte außer seiner Unterwerfung. Von 1970 an konnte er sogar seine Macht im Ausland ausdehnen, indem er riesige Geldsummen vergab, nachdem er seinem Land zu einer Machtstellung und zu einem Einfluß verholfen hatte, die seit Jahrhunderten ohne Parallele sind.

Tahere schreibt: »Zwischen 1968 und 1978 nahm der Iran mehr als 100 000 Millionen (1 000 000 000 000) Dollar durch Ölexporte ein. Mehr als zehn Prozent davon wurden in Form von Darlehen oder direkten Geschenken an befreundete Länder verwendet. Das Vereinigte Königreich erhielt 1200 Millionen Dollar an Darlehen. In der Bundesrepublik Deutschland kaufte der Iran beträchtliche Anteile an Krupp und Mercedes-Benz, um ihnen aus finanziellen Schwierigkeiten herauszuhelfen . . . mehr als siebenhundert ›Schlüsselpersönlichkeiten‹ standen ab 1979 auf der geheimen Gehaltsliste des Iran.«

Irans galoppierende Rüstungsausgaben im Kielwasser des steigenden Ölpreises von 1973 bis 1974 half den westlichen Wirtschaften, eine Flaute zu vermeiden. Gleichzeitig wurde der Iran nach der Nixon-Kissinger-Doktrin als die regionale Macht angesehen, die im Persischen Golf und Indischen Ozean westliche Interessen als Polizist verteidigen würde.

Weltkontrolle

Aspekte der islamischen Revolution

Der Schah hatte sich selbst eine Rolle in der Geschichte zugeteilt, die in seiner Vorstellung nur mit dem Gründer des Persischen Reiches im Jahre 600 vor Christus vergleichbar war. Davon machte er der Welt im Oktober 1971 Mitteilung, als er sich mit seinen Generalen an der Seite vor dem Grab des großen Monarchen, das jetzt wenig mehr als ein Haufen Steine in einer großen trockenen Ebene ist, aufstellte und feierlich eine Lobrede verlas, die mit den Worten begann: »Ruhe in Frieden, Kyros, denn wir sind wach!«

Auswüchse des Größenwahns des Schahs

Darauf fand zwischen den grandiosen Ruinen bei Persepolis eine große Gesellschaft statt, der mehr als fünfhundert Würdenträger beiwohnten, darunter Könige, Präsidenten und Premierminister aus 60 Ländern. All dies, so sagte der Schah seinerzeit, sollte ein Markstein für »die Wiedergeburt des Persischen Reiches und Irans Rückkehr in den Vordergrund der menschlichen Erfahrung« sein.

Andere Auswüchse des schahschen Größenwahns waren die vorgeschlagene 1200 englische Morgen große phantastische architektonische Komposition Shahestan-e-Pahlawi bei Teheran und 20 Kernkraftanlagen. Diese Art von Entwicklung begünstigte westliche Wirtschaften und Vertragspartner, die sich den Schmaus mit einer neuen Klasse von iranischen Monopolherren und Technokraten teilten, aber wenig oder gar nichts für die iranische Wirtschaft als Ganzes taten.

Von seinem Traum von nationaler Größe davongetragen, war der Schah anscheinend unfähig zu begreifen, daß die Rolle, die er sich selbst zugeteilt hatte, einer anderen völlig untergeordnet war, die ihm von jenen zugeteilt worden war, die ihn in seinen Ambitionen ermutigten. Mit anderen Worten, daß das iranische nationale Drama, so eindrucksvoll es auch war, wenn man es für sich betrachtete, dazu ausersehen war, nichts weiter als eine Episode in einem unerhört größeren weltpolitischen Drama zu sein.

Israel mit Amerika gleichsetzen

Es ist das gleiche Motivations-System, entworfen von Henry Kissinger – während der längsten Zeit der siebziger Jahre der engste Freund und zuverlässigste Berater des Schahs –, das einer näheren Betrachtung bedarf. Wie und zu welchen Zwecken versuchten diese mächtigen Einzelpersonen den Schah zu benutzen?

Eine kurze aber unzureichende Antwort besteht darin, daß der neue internationale kosmopolitische Imperialismus, mit Israel als Vorausabteilung, die arabische Welt und ihre islamischen Religionen inzwischen als das größte Hindernis auf dem Wege zu ihrem großen Ziel betrachteten: Eine-Welt-Regierung, die er auf allen Ebenen beherrschen würde; und der Iran mit seiner beträchtlichen nicht-arabischen Bevölkerung und seinem riesigen Ölreichtum wurde als mögliche Ausgleichskraft angesehen, die gegen die arabische Welt eingesetzt werden konnte.

Der erste Schritt bestand darin, Israel in der Wirtschaftshilfe auf allen Gebieten praktisch mit Amerika gleichzusetzen und dann den Schah in stetigem Fortschritt mit einem Mittel zu versorgen, jegliche Opposition im Inneren seines Landes zu unterdrücken.

Tatsächlich wurden die Sicherheitskräfte des Schahs praktisch von den Israelis übernommen und mit nicht-islamischem Personal verstärkt, das weitgehend aus nicht-moslemischen Bevölkerungsteilen angeworben wurde, vor allem aus der Volksgruppe der Bahais, die sich aus Menschen weitgehend jüdischer Abstammung zusammensetzt, die jedoch die jüdische Religion nicht mehr praktizieren. Dies gab ein Instrument in die Hand, das mit äußerster Gnadenlosigkeit gegen die Bevölkerung und insbesondere gegen die religiöse Klasse eingesetzt werden konnte.

Professor Algar beschreibt die Lage genau: »Wir finden, daß unmittelbar nach dem großen Massaker in Teheran am 8. September 1978, als schätzungsweise 4000 Menschen getötet wurden, Carter seine humanitären Bemühungen im Namen eines sogenannten Friedens in Camp David unterbrach, um eine persönliche Botschaft zur Unterstützung des Schahs vom Stapel zu lassen. Es ist bemerkenswert, daß Sadat und Begin sowie die anderen, die an diesen humanitären Bemühungen in Camp David Beteiligten, sich ebenfalls die Zeit nahmen, um dem Schah kurz nach dem Massaker per Telefon ihre besten Wünsche zu übermitteln. Angesichts des Timing von Carters Gefühlsausdruck der Unterstützung für den Schah können wir nicht umhin, seinen Besuch in Teheran und seine Proklamation der Unterstützung – Anfang 1978 – als ausdrückliche Erklärung des Einverständnisses mit dem Schah und allen seinen Taten des Massakers und der Unterdrückung, die er im Jahr der Revolution beging, anzusehen. Es war nicht nur ein Aufstand, der darauf angelegt war, die Tyrannenherrschaft des Monarchen zu erschüttern und zu beseitigen, es war gleichzeitig in einem realen Sinne ein Unabhängigkeitskrieg, der gegen eine Macht geführt wurde, die den Iran erfolgreich in einen Militärstützpunkt verwandelt hatte, und der den militärischen Unterdrückungsapparat jenes anderen Landes in sein eigenes strategisches System eingegliedert hatte.«

Die beherrschende Bedeutung, die dem Iran als Figur auf dem Schachbrett der weltweiten Machtpolitik beigemessen wurde, wurde kurz nach dem Sturz des Schahs unterstrichen, als beide Seiten des sogenannten »Eisernen Vorhangs« dem Irak ihre Unterstützung zuteilwerden ließen, und als die flagrantesten Verstöße gegen das Völkerrecht durch den Irak, darunter die ersten Angriffe auf die neutrale Schiffahrt und sogar der Einsatz von Giftgas unbeachtet blieben oder entschuldigt wurden. Die außenstehenden Mächte, darunter die UdSSR, weigerten sich auch hartnäckig, den Irak als Angreifer namentlich zu nennen.

Als dann klar wurde, daß der Irak nicht gewinnen konnte, mußten die vereinten Bemühungen der außenstehenden Mächte eingesetzt werden, um einen Sieg des Irans zu verhindern – eine Übung, die schließlich eines direkten Militäreinsatzes der Amerikaner im Persischen Golf bedurfte.

Das Schlachtfeld der Gedanken

Der iranische Kampf wurde auf dem Schlachtfeld der Gedanken gewonnen und verloren.

Es stellte sich heraus, daß alle Gedanken, die der Schah zugunsten der sichtbaren Vorzüge des westlichen Gesellschaftsmodells vortragen konnte, unterstützt durch eine maximale Anwendung von Gewalt und Terror, einem System von Gedanken, von den Mullahs gefördert, das das Volk wie nie zuvor vereinte und ihm einen todesverachtenden Mut einflößte, nicht gewachsen waren.

Dies war etwas, was der Schah nie verstehen konnte: Eine unbesiegbare Einheit des Volkes, die die Alten und die Jungen, die Ungebildeten und die Gebildeten, einschließlich sogar derjenigen, die ihre Schulausbildung im Westen erhalten hatten, umfaßte. So erfahren wir, daß der letzte Besuch des Schahs in Washington auf Einladung von Präsident Carter im November 1977 von noch nie dagewesenen Demonstrationen durch iranische Studenten gestört wurde, und daß das von der Polizei eingesetzte Tränengas über den Rasen des Weißen Hauses abtrieb und den Schah dazu zwang, ein paar Tränen zu vergießen.

Zum Zweck des Studiums und der Diskussion kann man dieses Ideensystem unter zwei Überschriften betrachten: Populismus und Religion. Die Verwendung des Begriffs Populismus bedarf jedoch einer erklärenden Anmerkung: Er bedeutet das, was Demokratie zu bedeuten pflegte und mutmaßlich immer noch bedeutet – nämlich Regierung durch das Volk, direkt oder repräsentativ. Da jedoch der Begriff Demokratie jetzt fast weltweit auf Staaten angewendet wird, die keine Demokratien, wie in den Wörterbüchern definiert sind, kann nur gesagt wer-

den, daß es aufgehört hat, »gesetzliches Zahlungsmittel« zu sein.

Entweder Plutokratien oder Oligarchien

Die Staaten des Westens sind tatsächlich Plutokratien oder Oligarchien mit besonderen Interessen, die viel von dem Schmuck der Demokratie – politische Parteien, die Wahlurne und alles übrige – tragen.

Das Wort Populist wird jetzt in allen englischsprechenden Ländern verwendet, um die Volksbewegungen zu bezeichnen, die den Scheindemokratien Widerstand entgegensetzen. Das Konzept des Populismus schafft somit Übereinstimmungen zwischen politischen Aktivisten, die vom Schah verfolgt wurden, und jenen im Westen, die jetzt als »Rechtsextreme«, »Neonazis« oder »Faschisten« verfolgt und verflucht werden, wobei jedes Gespräch mit ihnen absolut verboten ist.

Alle diese populistischen Bewegungen haben ihren Ursprung in einem tiefverwurzelten Instinkt, einem sozialen oder politischen Instinkt, der die Menschen dazu anregt, negativ auf jede Herrschaft zu reagieren, von der sie glauben, daß sie, gemessen an ihren Erfolgen, nicht wirklich die ihre ist. Primitive Gesellschaften, die durch alle Zeitalter hindurch bestanden haben, können als Vorbilder der gesetzmäßigen Herrschaft und als Beispiel für die gewaltigen ausgeklügelten Gesellschaften der modernen Welt, in denen der Faktor Rechtmäßigkeit immer schwammiger wird, angesehen werden.

Die Demoralisierung der Kirche

Das eigentliche System spielt fast keine Rolle: Es könnte eine Monarchie oder eine Diktatur, oder eine Oligarchie oder eine herkömmliche Demokratie sein. Es gibt kein Herrschaftssystem, von dem nicht bekannt ist, daß es zur Zufriedenheit derjenigen, die beherrscht werden, funktioniert hat; jede Regierungsform ist akzeptabel, vorausgesetzt, daß sie von denen eingesetzt wird, die als rechtmäßige Vertreter derer, die beherrscht werden, angesehen werden können, als Führer, die ein Empfinden für die Gefühle, Werte, Überzeugungen und Gruppenerinnerungen der Beherrschten haben.

Amir Taheri, ein westlich orientierter iranischer Journalist und kein Freund der Mullahs, sagte 1976 über den Schah:

»Er brauchte die Menschen nicht wegen ihrer Stimmen in einer allgemeinen Wahl. Er befand sich dort, wo er war, durch göttliches Recht, und parlamentarische Wahlen, die alle vier Jahre abgehalten wurden, waren kaum mehr als rituale Übungen in Wehrlosigkeit.«

Und der Schah hatte seine Gewohnheit, im Lande umherzureisen und hautnahen Kontakt mit seinem Volk aufzunehmen, längst aufgegeben.

Andere populistische Bewegungen im Iran seit vor der Jahrhundertwende, von denen einige nach dem Vorbild ähnlicher Bewegungen im Westen ausgerichtet waren, waren alle in gewisser Weise von religiösen Klassen beeinflußt, aber die eine, die schließlich triumphierte, war durch und durch religiös, inspiriert von einem großen Religionsführer und ganz und gar vom Ulema geführt.

Aus all diesen Dingen scheint zu folgen, daß es für den Westen mit allen seinen Scheindemokratien und seiner Kirche, die immer mehr in Auflösung und Demoralisierung verfällt, von der Rolle, die die Religion als Mobilisator massen-politischer Aktionen spielt und über Politik im allgemeinen, noch viel zu lernen gibt.

Die Rolle der Religion

Jeder Betrachtung der Rolle der Religion im Iran – eine Rolle, die heute im Westen undenkbar ist – müssen ein paar Gedanken über die Rolle der Religion im allgemeinen vorausgeschickt werden, nicht diese oder jene Offenbarung von ihr, sondern die Religion als ein Faktor von beherrschender Bedeutung in menschlichen Dingen überall und zu allen Zeiten, über die wir Aufzeichnungen besitzen.

Man kann bei der Religion von zwei hauptsächlichen Gesichtspunkten ausgehen: den persönlichen und den gesellschaftlichen. Religion kann eine ausgesprochen persönliche Erscheinung sein, verbunden mit oder gänzlich unabhängig von irgendwelcher vorherrschenden Orthodoxie oder Doktrin. Eine gesunde Einstellung gegenüber der Gesamtheit des Seins, eine Unterwerfung des Willens unter ein System des kosmischen Gesetzes, das außerhalb des Verstandes liegt und diesem überlegen ist, – all das wird benötigt für das, was C. G. Jung als »eine religiöse Einstellung zum Leben« oder Zustand des körperlichen Wohlbefindens bezeichnet. Für die meisten Menschen in allen Zeiten hat eine Religion, die einem von den Lehrern beigebracht wurde, den bequemsten Zugang zu einer solchen Einstellung ermöglicht, und der einzig nötige Beweis dafür ist, daß es funktioniert.

Die Religion kann daher auch ein gesellschaftliches Phänomen sein, ein System des übereinstimmenden Glaubens, das seinen Ursprung in irgendeinem Propheten hat und einer ganzen Gemeinde, ja sogar einer Epoche ein gewisses Maß an schöpferischer Erlösung darbietet. Übereinstimmende Religionen sind, wie alle anderen menschlichen Kunsterzeugnisse, den Wechselfällen der Zeit und der Veränderung ausgesetzt und neigen somit dazu, etwas von ihrer guten alten Wirksamkeit, ihrer Macht, den Zweck zu erfüllen, zu dem sie entstanden sind, zu realisieren.

Eine Gesellschaft auf Kurs halten

Was ist nun der Zweck einer übereinstimmenden Religion, wenn überhaupt, abgesehen davon, den Einzelnen zu einer psychischen Orientierung zu verhelfen?

Eine einfache, aber natürlich unvollkommene Antwort darauf ist, daß die übereinstimmende Religion als Aufbewahrungsort für Werte und als System der erprobten Erkenntnis dessen, was in menschlichen Beziehungen »Recht« und »Unrecht« ist, dient. Dies schließt stillschweigend ein, daß kosmische Gesetze in bezug auf das, was die Menschen tun oder was ihnen angetan wird, in menschliche Natur verschlüsselt werden, nicht als fix und fertige Ideen, sondern lediglich als instinktmäßige Bezeugungen, die dann begrifflich festgelegt und in Worten ausgedrückt werden müssen, als Ideen, die weitergetragen und diskutiert werden können.

Diese Gesetze stufen wir als »moralisch« oder »metaphysisch« ein, als Gesetze einer höchst unbestimmten und schwer definierbaren Art, die leicht verloren gehen und ständig neu entdeckt und auf neue Weise in Worte gekleidet werden müssen. Und diese Gesetze, die, wenn sie befolgt und in ganz gleich welcher Form angewendet werden, halten eine Gesellschaft sozusagen »auf Kurs« und schützen sie gegen Verfall und Unordnung.

Islam und Christentum

Nur blindes Vorurteil kann jemanden, der sich die Mühe gemacht hat, auch nur eine Zusammenfassung des Inhalts des Koran zu studieren, daran hindern, sich darüber klar zu werden, daß Mohammed, der Prophet, ein moralisches Genie war, eine Person, die unter dem Druck einer persönlichen Krise des Geistes einen ziemlich außergewöhnlichen Einblick in jene metaphysischen Gesetze gewann, die so schwer zu begreifen sind und die unerbittlich im menschlichen Gedächtnis und in den menschlichen Beziehungen vorherrschen.

Und es waren die damals vorherrschenden Zustände, die es möglich, ja sogar unvermeidlich machten, daß der Durchbruch eines Mannes zu einem seltenen Stand der Aufklärung sich schnell zu einer übereinstimmenden Religion erweitern würde, die dazu bestimmt war, sich sehr schnell über den größten Teil der damals bekannten Welt auszubreiten.

Mohammed, wie Jesus Christus etwa 600 Jahre früher, lebte in einer Epoche, die man als »Endzeit« bezeichnen kann – fast so wie die Zustände in der westlichen Welt von heute –, wenn Gesellschaften, die sich nicht mehr ausreichend im Takt mit

Weltkontrolle

Aspekte der islamischen Revolution

den unveränderlichen Realitäten der menschlichen Natur befinden, sich aufzulösen beginnen. Die gesellschaftliche Existenz degeneriert zu einem furchtbaren Gerangel um das persönliche Überleben, da die Menschen aufhören, in ihrer Gesellschaftsgruppe einen Sinn der gemeinsamen Sicherheit und gegenseitiger Verpflichtung und Pflicht zu sehen; viele beginnen, seelisch darunter zu leiden.

Das Bemerkenswerteste daran ist, daß die Kirche im Westen zusammen mit allem anderen auseinanderfällt und sich eher mit dem Verfallsprozeß abfindet als ihm entgegenzuwirken.

Das Versagen der Kirche im Westen

Hier muß eine deutliche Unterscheidung zwischen den beiden Gesichtspunkten des Christentums als übereinstimmende Religion gemacht werden, nämlich zwischen der noch vorhandenen und der unsichtbaren Kirche; der Kirche als große besitzende und machtorientierte Institution und der Kirche in ihrer ureigensten Form als Botschaft der persönlichen Befreiung. Sowohl das Christentum als auch der Islam entspringen den gleichen Einsichten und haben mit dem früheren Judentum die gleiche und sogar noch ältere monotheistische sinnbildliche Darstellung gemeinsam.

Der Koran lehrt: »Jesus, der Messias, der Sohn der Maria, war ein Botschafter Gottes, Seines Wortes, das Er in Maria legte, und Seines Geistes« [IV. 171]. Es gab somit keinen grundlegenden Widerstreit zwischen dem Islam und dem Christentum.

Der große Unterschied zwischen den beiden Religionen besteht darin, daß der Islam keine Kirche oder deren Äquivalent schuf, und daß die christliche Kirche, gehorsam gegenüber den Gesetzen des menschlichen Wachstums, überall geneigt war, mit den Zentren der weltlichen Macht gemeinsame Sache zu machen.

Das Versagen der Kirche im Westen wird zusammengefaßt in Balzacs durchdringender Bemerkung, daß es »keine universale Anwendung des Christentums geben kann, bis das Geldproblem gelöst ist«. Aber leider ist sich die Kirche niemals für lange Zeit uneins mit dem »Kaiser« in der ultimativen Gestalt als konzentrierte Finanzmacht gewesen.

Hauptsächlich aus diesen Gründen wird der Islam mit seinem unnachgiebigen Verbot des Wuchers heute als eine Hauptbedrohung einer ausgedehnten Machtstruktur im Westen angesehen, der die moralischen Fundamente, auf denen sie aufgebaut wurde, in Frage stellt.

Die Probleme mit dem Wucher

Der Verhaltenskodex, sowohl für die herrschenden als auch für die Beherrschten, klar ausgedrückt in der Sharia des Islams, kam weitgehend in den Grundlehren des Christentums zum Ausdruck (»Behandele andere so, wie Du selbst behandelt werden möchtest.« »Was Du nicht willst, das man Dir tue, das füg' auch keinem anderen zu«). Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Religionen ergab sich aus der Tatsache, daß Mohammed durch die Umstände seiner Zeit gezwungen wurde, ein politischer Führer, Verwalter und Soldat ebenso wie ein Religionsführer zu werden. Die Bedeutungen, die einem »Reich, das nicht von dieser Welt ist«, zugrunde liegen, wurden somit in engen Zusammenhang mit Bedeutungen gebracht, die eher für die unvermeidlichen Gegebenheiten »dieser Welt« relevant sind.

Die vielleicht bedeutsamste Tatsache von allen im Zusammenhang mit der derzeitigen Weltlage ist, daß der Islam im klaren Überblick die moralische Gestaltung des Wirtschaftsmenschen darbietet: Arbeiter, Eigentümer, Händler in den Produkten der Arbeit, seiner Pflichten, Verpflichtungen und Rechte. Die dringende Einschärfung des Islam zum Thema Wucher mag vielleicht nicht so ganz wichtig erschienen sein zu der Zeit, als wenige, wenn überhaupt einige der Anhänger des Propheten am Geldverleih interessiert gewesen sein mögen.

Aber heute ist Wucher die Lünse, ohne die die größte Konzentration weltlicher Macht, die jemals da war, auseinanderfallen würde.

Der Jahrhunderte währende Widerstreit zwischen der christlichen und moslemischen Lehre kann auf eine Vielfalt von Ursachen zurückgeführt werden, aber eine seiner Hauptauswirkungen bestand, wie wir nun klarer erkennen können, darin, daß die Menschen des Westens daran gehindert wurden, einen verderblichen Grundsatz, den man mitten unter sie gepflanzt hatte, zu erkennen und zu bewältigen.

Schiismus: Religion der Revolution

Für eine Erklärung der iranischen Revolution ist es nicht der Islam im allgemeinen, sondern eine besondere Version von ihm, Schiismus genannt, der näher untersucht werden muß. Es ist eine Art Fundamentalismus, der, abgesehen davon, daß er den Iran zum leidenschaftlichen Gegner der westlichen Welt gemacht hat, auch die Auswirkung hatte, den Iran in die Isolation, getrennt auch von der übrigen islamischen Welt, zu treiben.

Professor Algar scheibt zu diesem Thema: »Die Revolution im Iran und die Gründung der islamischen Republik ist die Kulmination einer Reihe von Ereignissen, die im sechzehnten Jahrhundert des christlichen Zeitalters mit der Anhänglichkeit der Mehrheit des iranischen Volkes an der Schii-Gedankenschule des Islam begann. In der Tat, einer der bedeutenden Faktoren, der die iranische Revolution von allen anderen revolutionären Unruhen des gegenwärtigen Jahrhunderts unterscheidet, ist seine tiefe Verwurzelung in der geschichtlichen Vergangenheit.«

Es ist jedoch nicht notwendig, den Unterschied zwischen dem Schiismus und anderen Schulen des islamischen Gedankens zu erforschen, weil dieser Unterschied zur relativen Bedeutungslosigkeit verblaßt, wenn man ihn mit der Veränderung vergleicht, die im Schiismus selbst nach seiner Einführung durch den türkischen Eroberer und Errichtung der Safawi-Dynastie im Jahre 1502 eintrat. Daher ist es eher das, was die Perser aus den Schiismus gemacht haben, als das, was sie empfingen, was ihn jetzt scharf von anderen Schulen des islamischen Gedankens unterscheidet.

Dynastien sind gekommen und gegangen

Was geschah, kann mit wenigen Worten gesagt werden: Der Schiismus hat das in schärferen und deutlicheren Konturen dargeboten, was wir den politischen Menschen nennen könnten. Dies zog die Politisierung des Ulema und seine Verwicklung in öffentliche Angelegenheiten in einem Ausmaß nach sich, für den es nirgendwo außerhalb des Irans eine Parallele gibt. Die Führer der anderen islamischen Staaten, wenn sie auch ihre tiefe Besorgnis über die von den westlichen Mächten in Nahen Osten durchgeführte Politik mit dem Iran teilen, sehen das, was im Iran geschehen ist, als Ursurpation seitens der religiösen Klasse an, die ihre eigenen Regime in Gefahr bringen könnte.

Der Verfall der politischen Autorität

Diese Verwicklung der religiösen Klasse in die Politik hat tiefe Wurzeln in der Geschichte und wird mit beträchtlicher Gelehrsamkeit unterstützt. Professor Algar schreibt:

»Mit der späten Einsicht, die uns die islamische Revolution verschafft hat, wird es angemessener sein, die iranische Geschichte der letzten drei oder vier Jahrhunderte nicht so sehr nach Dynastien als vielmehr nach der Entwicklung des iranischen Ulema zu schreiben. Dynastien sind gekommen und gegangen und hinterließen in vielen Fällen wenig mehr als ein paar Kunstgegenstände, um ihr Vorhandensein nachzuweisen, aber es gab eine sich fortsetzende Entwicklung der Klasse des Schii-Ulema im Iran, der sonstwo in der islamischen Welt völlig ohne Beispiel war.«

Professor Algar erklärt kurz, wie die Lasten des Staates auf die Schultern der religiösen Gelehrten gelegt wurden, und wie sie es gelernt haben, damit fertigzuwerden:

»Mit dem Niedergang der Safawi-Dynastie im Jahre 1724 setzte im Iran ein Zeitabschnitt der Anarchie ein. An einem Punkt innerhalb des 18. Jahrhunderts finden wir nicht weniger als 13 verschiedene Anwärter auf den Thron, die gegeneinander kämpfen. Der totale Verfall der politischen Authorität beschleunigt den Prozeß der Trennung zwischen den religiösen Institutionen und der Monarchie. Wir können sagen, daß in Abwesenheit einer funktionierenden zentralisierten Monarchie durch das ganze 18.Jahrhundert hindurch der Ulema auf praktische Weise die Rolle der örtlichen Gouverneure, Schiedsrichter, Gesetzesvollstrecker übernahm.«

Diese Erfahrung über einen längeren Zeitraum hinweg führte eine Veränderung im Schiismus herbei, denn es mußte in der Theorie und in der Gelehrtenschaft eine Veränderung erfolgen, um sich einem ausgedehnten Bereich von Pflichten und geistiger Tätigkeit anpassen zu können. Und so erhob sich eine große Debatte über die Pflichten des religiösen Gelehrten, ob sie sich auf die Sichtung der Lehren des Propheten und ihrer Auslegungen beschränken sollte, oder ob es zulässig war, daß er sich in eine unabhängige Erörterung in bezug auf rechtliche Fragen einließ. Die erstere Einstellung erhielt den arabischen Namen Akhbari und die andere den Namen Usuli.

Khomeini hatte die Macht des Volkes hinter sich

Es wäre schwer, die Tiefgründigkeit und die weitreichenden Folgen dieser Debatte zu übertreiben. Die anstehende Frage lautet, ob eine übereinstimmende Religion für irgendeine Gesellschaft ein »totaler Lebensweg« sein kann, es sei denn, ihre Gelehrten und Lehrer seien auch Fachleute in der Rechtsprechung und in anderen Angelegenheiten des Staates und wären ausgebildet worden, um ihren Verstand in weltlichen sowohl als auch in religiösen Dingen zu gebrauchen und sich dabei die Fähigkeit anzuzeignen, die Leistung der Herrschenden zu überwachen.

Wäre es nicht um den Triumph der Usuli-Position im 18. Jahrhundert gegangen, dann hätten sich die Religionsführer auf eine Position am äußersten Rande der Gesellschaft beschränken müssen und die iranische Revolution von 1978 wäre unmöglich gewesen. Die ganze Bedeutung des Ayatollah Khomeini ergibt sich aus der Tatsache, daß er die lebendige Verkörperung dieser aktivistischen Tradition war, der Vollgenuß einer langjährigen politischen, geistigen und intellektuellen Entwicklung.

Da die Masse der iranischen Bevölkerung instinktiv von den Lebensbedingungen, die im Namen der Verwestlichung und des Fortschritts geschaffen wurden, abgestoßen war, und nachdem die vielen Versuche verschiedener Volksbewegungen, wie Mossadeghs Nationale Front, der diktatorischen Macht des Schahs Einhalt zu bieten, fehlgeschlagen waren, wandten sich alle an das Priestertum (den Ulema), akzeptierten es vorbehaltlos als einzige rechtmäßige Autorität und gehorchten von da ab automatisch seinen Befehlen. Khomeini konnte sich daher in der Erkenntnis sicher fühlen, die Macht hinter sich zu haben, als er Anfang 1963 mit einer Reihe von öffentlichen Erklärungen in Qum praktisch den Startschuß für die Revolution abfeuerte.

Unterwürfigkeit des Schahs gegenüber dem Westen

In diesen Erklärungen beschuldigte er den Schah, gegen die Verfassung und gegen den von ihm bei seiner Inthronisierung geleisteten Eid, den Islam zu schützen, verstoßen zu haben. Er griff den Schah auch wegen seiner Unterwürfigkeit gegenüber den fremden Mächten an und nannte dabei die Vereinigten Staaten und Israel. Die Geheimpolizei hatte zwar eine eingeschränkte Kritik an Amerika zugelassen, hatte aber zu jeder Zeit unerbittlich die Regel erzwungen, daß nicht einnmal der Name Israels jemals in einer öffentlichen Diskussion erwähnt werden dürfe.

Nach einer dieser Ansprachen wurde Khomeinis Zentrum in Qum von Fallschirmjägern und Angehörigen der Savak gestürmt, einige Menschen wurden getötet und der Ayatollah verhaftet. Ein paar Tage später freigelassen, setzte dieser seine Angriffe auf den Schah fort mit der Folge, daß am 5. Juni 1963 in vielen iranischen Städten ein gewaltiger Aufstand losbrach.

Dieser wurde mit großer Gewaltanwendung zerschlagen, und es wurde geschätzt, daß innerhalb von wenigen Tagen mindestens 15 000 Menschen bei der vom Schah befohlenen Schießerei getötet wurden. Khomeini wurde erneut festgenommen und in die Türkei ins Exil verbannt, von wo er später nach Irak und dann nach Paris ging.

Zwei herausragende Merkmale der nachfolgenden Revolution, die gegen Ende 1978 schließlich in eine Explosion des Volkszorns gipfelte, verlangen nach besonderer Aufmerksamkeit: Das bedeutendste von ihnen war der Faktor des Märtyrertums, das heißt Widerstand von einer Art, der sich nicht von der Todesfurcht abschrecken läßt. Das andere war der Faktor der Gedankenvermittlung durch Wort und Schrift, die scheinbare Magik, mit der der Führer der Revolution sogar aus dem entfernten Paris eine weitverstreute Bevölkerung mit Informationen und Anweisungen erreichen konnte.

Die Botschaften aus Paris

Der Faktor der Gedankenvermittlung läßt sich leichter erklären: Der Ulema stellte ein landesweites Nachrichtennetz dar, mit seinen Moscheen, seinen Mullahs und seinen Studenten, weit ausgedehnt und beschleunigt mit Hilfe von zwei Produkten der modernen Technologie, dem Telefon und dem Tonband. Eine Erklärung des Ayatollahs, in Paris in ein Telefon gesprochen, wurde in Teheran oder einer anderen iranischen Stadt aufgezeichnet, kopiert und in andere Teile des Landes weitergeleitet, wo der Vorgang wiederholt wurde, bis die Botschaft innerhalb von wenigen Stunden auch die kleinsten und weit abgelegenen Dörfer erreicht hatte.

All dies war jedoch nur möglich durch die Vernunft, das angesammelte Wissen und durch Vorbereitungsarbeit von vier Jahrhunderten, die den Ulema für eine solche Rolle befähigt hatten, so daß alle genau wußten, was man von ihnen erwartete und warum – ein seltener Zustand in einer Gesellschaft. Dieses Nachrichtensystem, das völlig abhängig von der eifrigen Teilnahme von tausenden von Einzelpersonen war, erwies sich letztendlich einer mächtigen Presse, Rundfunk und Fernsehen, die alle vehement das Regime des Schahs unterstützten, mehr als gewachsen.

Israel als Verbündeter des Schahs

Alles, was über den äußerst schwer verständlichen Faktor des Märtyrertums gesagt werden muß, ist, daß dieses Konzept im Schiismus als Hauptbestandteil des islamischen Glaubens gründlicher herausgearbeitet worden ist. Es ist etwas Allgegenwärtiges im Bewußtsein der Iraner. Daher die Maxime des Schiismus: »Jeder Tag ist Ashura und jeder Ort ist Karbala« – wobei auf das Märtyrertum des Imam Hussain Bezug genommen wird.

Es war dieser Faktor, der der massenpolitischen Aktion im Iran, vor allem durch das Jahr 1978 hindurch, eine diamantenartige Härte verlieh, die sich gegenüber der geballten grausamen und ausgeklügelten pysischen Gewalt, die der Schah und sein enger Verbündeter Israel dagegensetzen konnten, als überlegen erwies. In den ersten Dezembertagen von 1978 gingen sehr viele Leute in Teheran und anderen Städten in Tüchern verhüllt, auf Märtyrertum gefaßt, auf die Straßen und unbewaffnet gegen die Reihen von Maschinengewehren vor, die im Anschlag lagen, um ihre tödliche Ladung abzufeuern.

Mit keinem anderen Mittel hätte das iranische Volk einen der mächtigsten und grausamsten Tyrannen des 20. Jahrhunderts stürzen können. □



Der Fatah-Kongreß

Wird Jassir Arafat gezwungen werden, den militanteren Palästinensern sein »Machen Sie weiter!« zuzurufen, um die Einigkeit zu bewahren und um seine Führungsrolle weiter spielen zu können? Dies war eine der Fragen, die nach der kürzlich beendeten Konferenz der 1200 Mitglieder von Arafats »Hauptstrom«-Bewegung Al Fatah gestellt wurde.

Arafat und seine Spitzenleute wurden auf dem Kongreß – hinter verschlossenen Türen – einer ärgerlichen Revolte durch Militärkommandeure und Guerillakämpfer unterworfen. Sie sind der Ansicht, die Führung hätte an Israel und die Vereinigten Staaten zu viele Konzessionen gemacht und nichts dafür bekommen.

Die sozusagen an der »Hauptkampflinie« stehenden Verbände glauben, daß Zugeständisse, wie Arafats Anerkennung von Israels Recht zu bestehen und der Verzicht der PLO auf militärische Angriffe auf das nördliche Israel und eine Bereitschaft über den israelischen Vorschlag zu Wahlen in den besetzten Gebieten zu reden, sie ihrem Ziel des israelischen Abzugs aus der West Bank und dem Gaza-Streifen und eines unabhängigen palästinensischen Heimatlandes nicht näher gebracht habe.

In einem Interview in Tunis beklagte sich der PLO-Sprecher Jamil Hilal darüber, daß nach acht Monaten Gespräche die Vereinigten Staaten sich weigern, den Palästinensern klar und deutlich zu eröffnen, was das amerikanische Außenministerium mit »palästinensischen nationalen Rechten« meint. Er sagte: »Wir und die Vereinigten Staaten befinden uns mehr oder weniger immer noch im Planquadrat eins.«

Um die Macht behalten zu können, kann es durchaus sein, daß Arafat sich stärker denen zuneigen muß, die die Wucht der israelischen Besetzung ertragen müssen. Das Gelöbnis der PLO, ihre Ziele mit friedlichen Mitteln zu verfolgen, kann nicht bedingungslos sein, meinten einige Teilnehmer an der Konferenz. Ein Fatah-Führer, der darum bat, nicht namentlich genannt zu werden, sagte: »Wir mußten das Versprechen abgeben, daß wir zum bewaffneten Kampf zurückkehren werden, wenn es bei dem Friedensvorstoß keine Fortschritte gibt.«

Ihrerseits beharrte die PLO-Führung fest darauf, keine Wahlen oder Verhandlungen zuzulassen ohne die Gewährleistung, daß diese auch zur Selbstbestimmung für Palästinenser in einem unabhängigen Staat an der Seite Israels führen werden – ein Gedanke, dem sich die israelischen Politiker wiedersetzen und der, wie amerikanische Regierungsbeamte glauben, unrealistisch ist.

Indessen glauben eine beträchtliche Anzahl von Palästinensern, daß der Staat Israel zum Zusammenbruch verurteilt ist, unterminiert durch die Auswanderung von Juden nach Europa und in die Vereinigten Staaten sowie durch eine hohe palästinensische Geburtenquote. Sie sagen: »Warum machen wir jetzt Zugeständnisse, wenn das in 50 oder 60 Jahren keine Rolle mehr spielt.«

Am Ende faßte die Konferenz den Beschluß, daß »die Friedensinitiative immer noch die Hauptstrategie ist«, während die PLO nach Methoden strebt, um den Druck auf Tel Aviv und Washington zu erhöhen. »Wir müssen ernsthaft über Möglichkeiten nachdenken, die Vereinigten Staaten und Israel in eine Lage zu bringen, in der sie die Intifada (Aufstand) nicht mehr übersehen können«, meinte Khalid Hassan, ein Gründungsmitglied der Al Fatah. Er wollte nicht dazu Stellung nehmen, was dieser Druck mit sich bringen würde. □

Israelische Repressalien

Die israelische Regierung ist nicht die einzige Nutznießerin des Tourismus ins Heilige Land. Nicht stimmberechtigte Araber – meist Palästinenser – können ihre mageren Einkünfte mit Verkäufen an die Besucher aufbessern. So wurde eine Gruppe von Touristen in einem palästinensischen Bezirk von Bethlehem willkommen geheißen. Dann zogen einige der »Touristen« ihre Waffen und begannen eine Schießerei, wobei einige Araber verwundet wurden. Die Revolerhelden wurden als Angehörige der israelischen Streitkräfte identifiziert.

Bei einem anderen Zwischenfall verschwand kürzlich an einem Mittwochabend ein vierzehn Jahre alter palästinensischer Junge – der zufällig die amerikanische Staatsbürgerschaft besaß. Das letzte Mal, daß seine Mutter ihn sah, war als er sich auf dem Weg zu einer Moschee befand, um dort zu beten. Augenzeugen eines Tumults am späten Abend des gleichen Tages an der Moschee sahen Amjad Hussein Jibril in einem Jeep der israelischen Armee.

Zwei Tage später wurde die Leiche des Jungen »furchtbar gefoltert« aufgefunden. Laut Dr. Walid Tawil, einem Kriegsveteran aus Vietnam, der ebenfalls die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt, wurden Amjads Zähne eingeschlagen, er erlitt einen Schädelbruch, sein Körper war mit Brennstellen von Zigaretten übersät und sein rechtes Auge fehlte. Er starb durch einen Schuß ins Herz.

Wegen der Staatsbürgerschaft des Jungen verlangte die amerikanische Regierung eine Untersuchung durch die israelische Regierung. Ein nicht identifizierter Sprecher der israelischen Armee sagte, der Junge sei von Arabern gefoltert und getötet worden, um das Ansehen der israelischen Besatzungsstreitkräfte zu »beeinträchtigen«.

Diese beiden Zwischenfälle sind die jüngsten in einer Reihe von Schritten seitens der israelischen Regierung als Reaktion auf die Intifada, den palästinensischen heiligen Krieg um Unabhängigkeit, der in den besetzten Gebieten des Gaza-Streifens und der West Bank geführt wird.

Und die Palästinenser haben es mit mehr als den israelischen Besatzungsstreitkräften zu tun. Eine zweite – und immer gefährlicher werdende – Kraft setzt sich aus bewaffneten jüdischen Siedlern zusammen. Diese Siedler haben eine Reihe von Progromen in palästinensischen Städten und Flüchtlingslagern durchgeführt und ihr Wachdienst – so wird befürchtet – könnte zu Massakern eskalieren.

In den letzten Monaten fielen bewaffnete jüdische Siedler in Scharen über palästinensische Städte und Flüchtlingslager her und führten Feldzüge des Terrors, Beschießungen von Wohnungen, Zerstörungen von geparkten Autos sowie Niederbrennen von Getreide durch. In den meisten Fällen standen israelische Soldaten dabei und beobachten die Vorgänge ohne einzugreifen.

In einem bekannt gewordenen Fall in der Stadt Azariyeh bei Jerusalem halfen israelische Soldaten den Siedlern dadurch, daß sie ihre Scheinwerfer einsetzten, um das Gebiet zu beleuchten, während sich die Siedler an ihr Zerstörungswerk machten. Man erinnert sich dabei an vergangene Schrecken als israelische Truppen Scheinwerfen einsetzten, um den Tätern der Massaker in Sabra und Shatila in Beirut, Libanon, im September 1982 Hilfestellung zu geben.

Manchmal begehen die Siedler Gewalttaten, um Aufmerksamkeit zu erregen, um die Armee zu zwingen härter gegen die Palästinenser vorzugehen oder um die Möglichkeiten für eine ausgehandelte politische Regelung auf der Grundlage des Austauches von Land gegen Frieden zu untergraben. »Wenn man keinen arabischen Wagen in Flammen setzt«, sagte ein Siedler der »Jerusalem Post«, »dann bekommt man keine Story im Fernsehen.«

Im Dorf Kifl Harrith bei Nablus töteten bewaffnete Siedler ein dreizehnjähriges Mädchen. In der Stadt Sinjil, an der Straße von Nablus nach Ramallah, verwüsteten und verbrannten sie Bäume und Erntevorräte. Die Einwohner von Sinjil wandten sich an die Vereinten Nationen und baten um Schutz – bislang geschah noch nichts.

Wie in dem Schreiben an die Vereinten Nationen berichtet wird, haben jüdische Siedler Getreide verbrannt, Bäume entwurzelt, das Trinkwasser verseucht, Wasserreservoirs zerstört, sie brachen in Häuser ein, zerschmetterten Autos und Möbel, schossen auf die Einwohner, um sie in Angst und Schrecken zu versetzen und sie daran zu

hindern auf ihren Feldern zu arbeiten. Die Siedler taten diese Dinge, so heißt es in dem Schreiben, »unter dem wachsamen Auge der israelischen Soldaten«.

Die »Jerusalem Post« berichtete, daß die israelische Armee dabei geholfen habe, örtliche »Einsatzkräfte« unter den Siedlern zu organisieren und daß solche Siedler sich aktiv an dem sogenannten Wachdienst in den besetzten Gebieten beteiligt hätten.

Der amerikanische Kongreß wurde über die Tätlichkeiten gegen die Palästinenser, auch über die Schießerei durch »Touristen« und die Folterung sowie den Mord an dem palästinensisch-amerikanischen Schüler unterrichtet. Kein Kongreßabgeordneter legte jedoch einen Gesetzentwurf vor, um Auslandshilfe mit humaner Behandlung der Palästinenser zu verknüpfen. Das wird auch angesichts des Drucks der Pro-Israel-Lobby kaum jemand tun. □

Kein Ende der Intifada in Sicht

Trotz der besten Bemühungen der israelischen Regierung und der Unterstützung durch die amerikanischen Medien will der palästinensische Kampf um die Unabhängigkeit nicht aufhören. Die Intifada wurde in den amerikanischen Medien häufig genannt, aber für die Palästinenser bedeutet sie nur eine Schlacht um die grundlegenden Menschenrechte und Selbstbestimmung.

Die Intifada ist nicht ein zufälliges Unternehmen einiger mürrischer Fanatiker, wie einige der Öffentlichkeit glauben machen wollen. Es ist ein Massenkampf. Er umfaßt Streiks, bürgerlichen Ungehorsam, Steinwürfe, Molotow-Cocktails – eine mit Benzin gefüllte Flasche, in die ein Lappen hineingestopft und angezündet wird – sowie passiven Widerstand gegenüber der israelischen Herrschaft.

Diese Taktik ist nicht neu. Sie gehört zu einem palästinensischen Erbe, das fast ein Jahrhundert zurückgeht.

Die Intifada begann nicht erst vor anderthalb Jahren. Sie begann vor dem Zweiten Weltkrieg, lange bevor Israel ein unabhängiger Staat wurde. Palästinensische Bauern begannen mit ihrem Widerstand schon um die Jahrhundertwende, als die zionistischen Kolonisatoren in das Land einzufallen begannen. Es gab seitdem viele arabische Revolutionen und den längsten landesweiten Streik in der neueren Geschichte – den im Jahr 1936, der sechs Monate währte.

»Mit Stolz in unserem langen nationalen Kampf wurde der Stein das erste Werkzeug dieser Revolution«, sagte die palästinensische Schriftstellerin Nabila Quaddoumi, »und unsere Kinder wurden zum Zünder der Revolution.«

Frau Quaddoumi ist Mitglied des Palästinensischen Nationalrats und Ehefrau von Farouq Quaddoumi (Abu Lutof), Chef der politischen Abteilung des Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).

Diese Generation von vertriebenen Palästinensern ist unter der israelischen Besatzung aufgewachsen, viele von ihnen in Flüchtlingslagern, und weiß, daß »ein politischer Schritt ohne Macht dahinter keine Besatzung beendet, die Selbstbestimmung herbeiführen und den palästinensischen Staat errichten kann«, sagt Frau Quaddoumi. Die Intifada ist gut organisiert und verschanzt. Man kann sie mit dem organisierten Kampf der Juden während des britischen Mandats zur Schaffung eines unabhängigen israelischen Staates vergleichen.

Die täglichen Angelegenheiten des Kampfes werden von der UNLU, der United National Leadership of the Uprising (Vereinigte Landesführung des Aufstandes), koordiniert, die Flugblätter mit Anweisungen herausgibt. Auf diesen Flugblättern werden Streiktage angegeben und Stunden der Handelstätigkeit sowie Zeiten des Sit-in und der Zusammenstöße mit den Besatzungsstreitkräften bestimmt.

Volksausschüsse wurden gebildet, um die Angelegenheiten der Städte, Universitäten und Flüchtlingslager zu regeln. Es gibt auch Ausschüsse, die sich um die Angelegenheiten der Kaufleute kümmern und Preise sowie Verbrauchsgüter überwachen. Bildungsausschüsse entstanden, um volksbewußte Schulen in Wohnungen zu arrangieren, in dem Bemühen, der Entscheidung der israelischen Militärbehörden, Bildungseinrichtungen zu schließen, entgegenzutreten.

Es gibt auch Wohlfahrtsausschüsse, die Gelder aufbringen und in die belagerten und heimgesuchten Gebiete Hilfe schikken. Politische Ausschüsse untersuchen und bewerten die politischen Entwicklungen.

Es wurden sogar Landwirtschaftsausschüsse gegründet, um die Bauern zu unterstützen und sie anzuleiten, jeden Zoll bebaubares Land einschließlich Hinterhofgärten zu bestellen.

Diese Volksausschüsse sind zur realen alternativen Behörde im besetzten Palästina geworden. Die Intifada wird nicht verschwinden. Die Palästinenser sind entschlossen, ungeachtet der brutalen und blutigen Vorgehensweise seitens der Israelis, den Kampf weiterzuführen. □

Rabbis sagen »Nein« zum Frieden

Israels Rat der Rabbiner unterstützte vor einigen Wochen einstimmig den Beschluß der Oberrabbiner Avraham Shapira und Mordechai Eliahu, daß die Thora verbiete, irgendeinen Teil von Großisrael aufzugeben. So wäre es nach Meinung des Rates eine Sünde, wenn die israelische Regierung an das palästinensische Volk territoriale Zugeständnisse machen würde. □

ADL fordert den Papst heraus

Die Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith-Loge kritisierte kürzlich in einem Schreiben an den Vatikan die Auslegung der Bibel durch Papst Johannes Paul II. Die ADL behauptet, der Papst habe das Exklusiv-Abkommen der Juden mit Gott bestritten, als er sagte, daß wegen der »vielen Vorfälle von Israels Untreue . . . Gott die Propheten als Botschafter entsandte, um die Menschen zur Umkehr zu bewegen, sie wegen ihrer verhärteten Herzen zu warnen und ein neues Abkommen (mit Jesus) vorauszusagen, das noch kommen werde.« □

»Frieden-jetzt«-Bewegung verlegt Hauptsitz nach Tel Aviv

»Frieden jetzt«, eine israelische Organisation mit Zweigstellen in Europa und in den Vereinigten Staaten, richtet zum ersten Mal in ihrer 16jährigen Geschichte ihren Hauptsitz in Tel Aviv ein. Nach Jahren des Zögerns bereitet sich die Bewegung »Frieden jetzt« darauf vor, regelmäßig als Lobby in der Knesseth aufzutreten und ihre Tätigkeit außerhalb der größeren Städte Israels auszudehnen. Wie ein Sprecher mitteilte, war die Bewegung niemals so geeint wie jetzt nach ihrem Beschluß, direkte Gespräche zwischen den Israelis und der PLO zu fördern. □

Freie Unternehmenszonen in der Sowjetunion

»Freie Unternehmenszonen für gemeinsame Ost-West-Projekte in den nordwestlichen Regionen der Sowjetunion sind einer Überlegung wert«, schrieb die sowjetische Propaganda-Wochenzeitung »New Times«. »Es würde sich sicherlich bezahlt machen, eine Kette von besonderen Wirtschaftszonen einzurichten, die sich von der Barentssee bis zur Ostsee erstrecken.

Die auf der Halbinsel Kola abgebauten Mineralien werden nach Vyborg bei Leningrad gebracht und dort zu Produkten verarbeitet, mit denen das Fundament für hochtechnologische Industrien in Lettland, Estland und Litauen gelegt wird. Tallinns neuer Hafen wird einen freien Status bekommen und ein Ausgangstor für unsere Exporte werden. Leningrad wird einen Großteil der Forschungs- und Entwicklungsarbeit für Kunden in der Sowjetunion und im Ausland übernehmen.« □

Revisionismus

Lügner und Feiglinge

David Irving

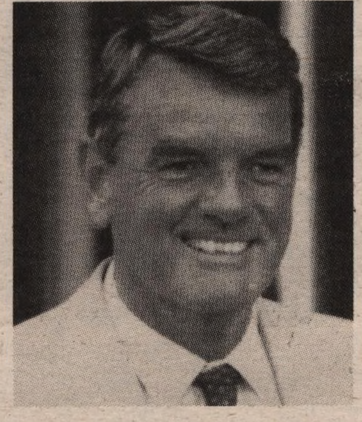
Als Dr. Wilfried Rott vom Sender Freies Berlin (SFB) sein an mich gerichtetes Schreiben am 15. August dieses Jahres verfaßte, tat er dies zweifellos in der Absicht, mich als Gast für seine »Live«-Sendung »Berliner Salon« am 3. Oktober zu gewinnen. Aus seiner Einladung konnte ich entnehmen, daß er als verantwortlicher Redakteur mit namhaften Historikern über Bücher zum Zweiten Weltkrieg diskutieren wollte. Über meine Teilnahme an seiner Sendung »würde er sich ganz besonders freuen«, versicherte er mir an exponierter Stelle seines Einladungsschreibens. Alle weiteren Einzelheiten – weitere Gäste und Anreise – seien am besten mündlich zu erörtern, meinte Dr. Rott und beendete seinen Brief mit dem Wunsch, ich möge mich bitte telefonisch bei ihm melden.

Seinem Wunsch folgend, meldete ich mich drei Tage später am 18. August, um 9.45 Uhr, fernmündlich bei ihm. Nachdem wir alle Einzelheiten besprochen hatten, erwähnte Herr Rott, er habe von dem in England erscheinenden Leuchter-Gutachten und von meinem damit im Zusammenhang stehenden Vorwort gehört. Dr. Rott bat mich, ihm ein weiteres Exemplar des Leuchtner-Gutachtens zuzuschicken und verlieh zum Schluß des Telefons seiner Freude Ausdruck, mich am 3. Oktober eine Stunde vor Sendebeginn begrüßen zu dürfen. Ein weiteres Gutachten gab ich sogleich in die Post und buchte meine Flüge nach Berlin. Am nächsten Tag erhielt ich von Herrn Rott nochmals ein Telegramm, worin er die am Tag zuvor ausgesprochene Einladung schriftlich bestätigte.

Er hat unter Druck gehandelt

Kaum eine Woche später wurde mir überraschenderweise durch Telegramm die Ausladung zur gleichnamigen Sendung zugestellt, weshalb ich Herrn Rott im Sender anrief und ihn bat, sich zu erklären.

Er klang beschämt und antwortete sehr verunsichert. Er beteuerte, daß die Ausladung kein böser Wille seinerseits sei. Vielmehr hätte er unter Druck gehandelt. Die bereits eingeladenen Historiker Jäckel, Mayer, Rosendorfer und Schneider hätten es abgelehnt, mit mir an einem Tisch zu diskutieren. Sofern diese Herren ihre Drohung wahrmachen und die Sendung durch Fernbleiben boykottieren würden, wäre seine Sendung geplatzt. Und das könne er sich nicht leisten, gab er mir entschuldigend zu verstehen.



David Irving sieht die Zeit gekommen, um revisionistische Probleme mit den etablierten Historikern zu diskutieren.

Ich hielt ihm vor, daß BBC-Produzenten sich niemals vorschreiben lassen würden, wen sie zu einer Diskussion einzuladen hätten und machte ihm den Vorschlag, auf feige Historiker zu verzichten. Stattdessen möge er Hans Mommsen, Bernd Martin, Hans-Adolf Jacobsen oder Martin Broszat einladen, da diese höchst wahrscheinlich bereit wären, mit mir zu diskutieren. Vergeblich. Herr Rott zog es vor, an seinen Einladungen festzuhalten und mich hingegen zu »opfern«. Er versicherte mir, daß ihm absolut nicht wohl dabei sei und daß er diese Entwicklung zutiefst bedauere, allerdings außerstande sei, noch etwas zu ändern.

Auf jeden Fall aber wollte er in seiner Einleitung zur Sendung diesen beschämenden Vorgang zur Sprache bringen und mit den übrigen Herren darüber diskutieren. Ich erklärte ihm, daß diese Regelung keineswegs befriedigend und meinerseits abzulehnen sei. Ich machte deutlich, daß es wissenschaftlichen Gebräuchen zuwiderläuft, über jemanden zu sprechen, womöglich zu urteilen, ohne daß dem Betroffenen die Möglichkeit eingeräumt wird, selbst zu entgegnen. Den genannten Herren wäre aufgrund meiner Abwesenheit die Möglichkeit gegeben, mich vor den Zuschauern zu diffamieren, ohne daß ich mich faktisch dagegen wehren könnte.

Was mögen wohl die Beweggründe sein, die beispielsweise einen Herrn Jäckel dazu treiben, sich vor einer Debatte mit mir zu fürchten? Ich erinnere mich noch gut an die vom Nachrichtenmagazin »Stern« im April 1983 einberufene Pressekonferenz in Hamburg. Das Magazin platzte mit der Sensation heraus, es seien bislang unentdeckt gebliebene Hitler-Tagebücher gefunden worden. Die Folge sei, so resümierten die »Stern«-Leute, daß die Geschichte des Dritten Reiches in weiten Teilen neu geschrieben werden müßte.

Kein seriöses Nachrichtenmagazin, auch der »Stern« nicht, läßt geschichtsrevisionsfähige Enthüllungen »aus dem Sack«, ohne sie vorher von Historikern auf Echtheit überprüfen zu lassen. Einer der vom »Stern« zur Prüfung der Tagebücher beauftragten Historiker war kein geringerer als Herr Jäckel. Herr Jäckel bewertete nicht nur die besagten Hitler-Tagebücher als authentisch, sondern er veröffentlichte in seinem DVA-Dokumentationsband 78 weitere Kujau-Fälschungen.

Kurzum, es war nicht Jäckel, der auf der »sensationellen« Pressekonferenz des »Stern« im April 1983 die dort vorgestellten Hitler-Tagebücher als Fälschung entlarvte. Ganz im Gegenteil. Ich war es. Ich erlaubte mir diese »Ungeheuerlichkeit« und wurde im gleißenden Scheinwerferlicht des anwesenden Fernsehens von den »Stern«-Leuten gezwungen, die Pressekonferenz zu verlassen.

Die selbstherrlich sich gebärdenden Historiker

Fürchtete sich Herr Jäckel am 3. Oktober wieder einmal vor der Wahrheit? Sorgte er sich etwa um einen weiteren Jäckel-Geschichtsmythos, den ich in dieser Fernsehsendung erneut zu Fall hätte bringen können?

Die so selbstherrlich sich gebärdenden Historiker Jäckel, Mayer, Rosendorfer und Schneider maßen sich an, im Fernsehen über Zeitgeschichte zu diskutieren, obgleich meines Wissens nicht einer von ihnen jemals im Nationalarchiv Washington, im Hooverarchiv Kalifornien, im Public-Record-Office London und ähnlichen ausländischen Dokumentationszentren recherchiert hat.

Im Gegensatz zu Herrn Jäckel und den meisten anderen teilnehmenden Historikern wurden meine mehr als 30 Bücher über die Ära des Dritten Reiches von den namhaftesten internationalen Verlagen publiziert. Selbst in der DDR und der UdSSR werden meine Bücher verlegt. Wer von diesen Herren kann das von seinen Veröffentlichungen behaupten?

Von meinen mehr als 30 Werken über das Dritte Reich möchte ich an dieser Stelle nur beispielhaft den Widerhall auf meine Göring-Biographie anführen, um den Unterschied zwischen abschreibenden und recherchierenden Historikern deutlich zu machen.

Keiner der Gäste des »Berliner Salons« am 3. Oktober kann von sich behaupten, daß beispielsweise »Der Spiegel« eine siebenseitige Rezension über auch nur eines seiner Bücher veröffentlicht hätte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ich als der ekkige Außenseiter, als der ewige Quertreiber, als der unbequeme Geschichtsschreiber gelte. Nicht so die anderen Herren. Diese

haben ihre, egal was sie über das Dritte Reich schreiben, Vorschußlorbeeren sicher. Das sind die Annehmlichkeiten eines angepaßten und gleichgeschalteten Historikers. Dennoch spendete gerade »Der Spiegel« meiner Göring-Biographie auf sieben Seiten Beifall.

Im März dieses Jahres erschien selbige Biographie in den USA und erfreute sich dort eines übergroßen Interesses. In England veröffentlichte ab Mitte August dieses Jahres Britanniens größter Verleger Macmillan unter fast tosendem Beifall mein Göring-Buch.

»David Irving, der wohl meisttalentierteste und lesenswerteste Historiker«, attestierte Norman Cook am 3. August in der Provinzzeitung »The Daily Post«, »veröffentlichte einen neuen Selbstläufer (Göring-Biographie). Zugute kamen ihm dabei sein umfassendes Wissen über Aufstieg und Fall Nazideutschlands sowie sein in den Archiven neu entdecktes enthüllendes Material.«

Nie leichtfertig ein Dokument oder eine Aussage verarbeitet

Professor Hugh Trevor-Roper von »The Sunday Telegraph« bemerkte am 20. August zum selben Buch: »Sein Leben (das von Göring) ist lückenlos niedergeschrieben und David Irving, ein bemerkenswerter Forscher, ein brillanter Entdecker von Dokumenten und ein äußerst talentierter Schreiber, erzählt diese Lebensgeschichte vortrefflich. Seine Sympathien sind hinreichend bekannt, jedoch vermeidet er es mit Geschick, sie dem Leser aggressiv aufzudrängen. Er verarbeitet sein Material meisterhaft, und verfaßt eine lesenswerte Biographie . . . Herr Irving ist entschlossen, seinem Buch eine Note des Triumphs anzuhängen! So sehen wir Göring, ›diesen Löwen von einem Mann‹, in die Geschichte eingehendes ideologisches Gedankengut wortgewaltig und verachtend seinen Häschern des Willkürtribunals in Nürnberg entgegenschleudern in dieser letzten Schlacht für sein Land.«

»David Irving ist einer der unbeliebtesten und der am meisten verfluchten Geschichtsschreiber Britanniens«, urteilt Professor Donald Cameron Watt in seiner eineinhalbseitigen Rezension in »The Sunday Times« am 13. August. »Viele glauben, das Irving mit jedem neuen Buch der veröffentlichten Meinung einen Schock versetzt. Das macht ihn zum gefürchtetsten Gegner der angepaßten Geschichtsschreiber. Er erforscht wie kein anderer, im Rahmen seiner linguistischen Fähigkeiten, emsig und hartnäckig, die heutzutage zur Verfügung stehenden Dokumente . . . Was immer man von Irvings literarischer Konstruktion halten mag, die nachvollziehbaren Einzelheiten sind faszinierend.«

Ich möchte mit diesen Beispielen von Bücherbesprechungen namhafter Zeitungen der Diktatur von Unwissenheit und selbstherrlicher Arroganz beweisen, daß ich zeitgeschichtliche Kompetenz entgegenzusetzen vermag.

Ich habe mir das Forschen nie einfach gemacht. Niemals habe ich leichtfertig ein Dokument oder eine Aussage verarbeitet. Immer mußte sich eine weitere Bestätigung dafür finden. Wie oft habe ich gefälschte Dokumente entlarvt. Neben den Kujau'schen Hitler-Tagebüchern enthüllte ich unter anderem Teile der Tagebücher von Wilhelm Canaris als Fälschung.

An meinem bisher größten Werk, der Hitler-Biographie »Führer und Reichskanzler« (Adolf Hitler 1933 bis 1945) schuftete ich 13 Jahre. Ich habe versucht, die Ereignisse vom Schreibtisch Hitlers aus zu beschreiben, jede Begebenheit gleichsam mit seinen Augen zu sehen. Meines Wissens hat das bisher niemand unternommen. Ich habe in diesem Buch den Beweis angetreten, daß es niemals einen Führerbefehl zur Ausrottung der Juden gegeben hat.

Ein Aufschrei unter den Historikern

Die meisten meiner Kritiker haben sich auf unzulängliche und historisch nicht stichhaltige Beweise gestützt. So legen sie beispielsweise gewitzte abwegige Deutungen von Äußerungen Hitlers in seinen Reden vor – offenbar war dann die Liquidierung so geheim, als daß er einen Befehl unterzeichnet hätte, aber wieder nicht so geheim, daß er in seinen öffentlichen Reden nicht damit geprahlt hätte – und Zitate aus einzelnen Dokumenten, die allerdings von ernst zu nehmenden Historikern schon längst als Fälschungen verworfen worden sind, wie der Gerstein-Bericht oder die sogenannten Bunkergespräche.

Professor Martin Broszat, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, sah sich letzten Endes zu dem Zugeständnis gezwungen: »David Irving hat einen Umstand richtig gesehen, wenn er nämlich schreibt, daß nach seiner Auffassung die Tötung der Juden zum Teil eine Verlegenheitslösung war, der ›Ausweg aus einem peinlichen Dilemma‹.«

Broszats Folgerung, es habe für diese Maßnahme keinen direkten Befehl Hitlers gegeben, löste einen Aufschrei unter den Historikern in aller Welt aus, einen, man könnte sagen »Historikerkrieg«, der nicht auf eine nur politische Kontroverse zwischen rechts und links beschränkt blieb.

Neuerdings stützt sich der jüdische Princeton-Professor Arno Mayer gleichsam auf meine Forschungsarbeiten im Zusammenhang mit meiner Hitler-Biographie. In seinem kürzlich erschienenen Buch »Why Heavens Did Not Darken?« (»Warum hat sich der Himmel nicht verdunkelt?«) macht er das Nichtvorhandensein eines Generalplanes zur Ausrottung der europäischen Juden zu seiner zentralen These. Mayer trägt vor, daß Mordtaten an Juden nicht Teil eines staatlichen Programms waren. Er weist vielmehr nach, daß an Juden begangene Verbrechen meist als Produkt widriger Umstände zustande kamen. Als eine Konsequenz anderer Vorkommnisse definiert Mayer jene Ereignisse.

Die Nazis, so Mayer, sollen mehr an der Ausbeutung der jüdischen Arbeitskraft, als an deren Tötung interessiert gewesen sein. Speziell in Auschwitz seien mehr Juden eines natürlichen als eines unnatürlichen Todes gestorben. Professor Mayer hat sich also meinen Ansichten genähert.

Lehnte er deshalb meine Teilnahme an der Diskussion am 3. Oktober im Berliner Fernsehen ab? Weil er dann meine Forschungsarbeiten als »seine Quellen« zu seinem aufsehenerregenden Buch preisgeben müßte? Meine Hitler-Biographie ist bereits zur Pflichtlektüre für Offiziere der Militärakademie von Sandhurst bis Westpoint und Carlisle geworden. Sie hat Beifall von Experten hinter dem Eisernen Vorhang gefunden, aber auch von Angehörigen des äußersten rechten Flügels.

Dafür mußte ich erleben, daß meine Wohnung von Gangstern in Stücke geschlagen, meine Familie terrorisiert, mein Name in den Schmutz gezogen und meine Verleger mit Brandsätzen beworfen wurden. Ich entschuldige mich nicht dafür, daß ich die bestehenden Ansichten über Adolf Hitler revidiert habe.

Ich habe versucht, ihm die gleiche Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die ihm von einem englischen Gericht zuteil geworden wäre, wo die normalen Regeln der Wahrheitsfindung Gültigkeit besitzen, aber ein gewisses Maß an Verständnis statthaft ist.

Auch in der Bundesrepublik macht dieses Buch seit April dieses Jahres durch reißenden Absatz von sich reden und es sieht ganz danach aus, als stünde im Ullstein-Verlag bereits jetzt eine Neuauflage an.

Ich habe mich von der ersten laborwissenschaftlichen Untersuchung der Konzentrationslager Auschwitz, Birkenau und Majdanek nunmehr davon überzeugen lassen, daß es dort keine Massentötungen durch Giftgas gegeben hat. Diese Erkenntnisse werden durch die von mir entdeckten Dokumente aus dem Amt für psychologische Kriegsführung (PWE) gestützt. Diese Schriftstücke beweisen zwingend, daß die Gaskammerpropaganda den brillanten Köpfen jener englischen Abteilung für psychologische Kriegsführung entsprungen ist. Ich fordere die deutschen Historiker auf, sich endlich dieser längst überfälligen Diskussion zu stellen. Falls sie sich weiter weigern, kann ich nicht anders, als sie Lügner und Feiglinge zu nennen. □

Revisionismus

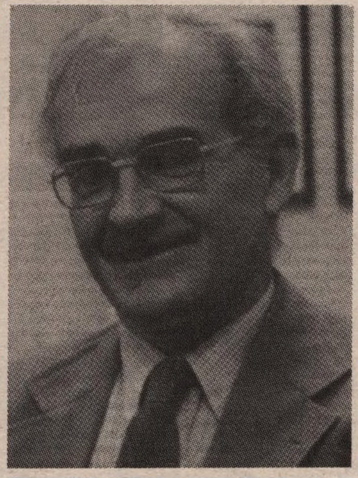
Mein Leben als Revisionist

Erster Teil

Robert Faurisson

Was gewöhnlich die »Affäre Faurisson« genannt wird, begann am 16. November 1978 mit der Veröffentlichung eines Artikels über Robert Faurisson in der Zeitung »Le Matin de Paris«. Faurisson war schon seit Jahren klargeworden, daß ihm ein Sturm des Widerstandes ins Gesicht blasen würde, sobald die Presse seine Ansichten über den Revisionismus veröffentlichte.

Von seiner Natur her kann der Revisionismus nur die öffentliche Ordnung stören; wo Gewißheiten ruhig herrschen, stellt der Geist der freien Forschung einen Eingriff dar und schockiert die Öffentlichkeit. Die erste Pflicht der Gerichte besteht nicht so sehr darin, die Gerechtigkeit zu verteidigen, als vielmehr Gesetz und Ordnung zu bewahren. Die Wahrheit in dem Sinne, wie ich das Wort verstehe – das heißt, das, was überprüfbar ist –, interessiert die Richter nur, wenn sie Gesetz und Ordnung nicht stört. Ich hatte niemals irgendwelche Illusionen: Man würde mich vor Gericht zerren, ich würde verurteilt werden und es würden auch tätliche Angriffe, Pressekampagnen und eine ziemliche Umwälzung in meinem persönlichen Leben, meinem Familienleben und in meinem Berufsleben erfolgen.



Der französische Professor Dr. Robert Faurisson ist einer der entschiedenen Wegbereiter des Revisionismus.

Ein ernsthafter Geschichtsforscher

Die Zeit zwischen 1979 und 1983 war gekennzeichnet durch den Einsatz von juristischen Waffen gegen den Revisionismus, die Zeit von 1983 bis 1987 von einem Nachlassen dieser Tätigkeit. In Frankreich waren die zionistischen Organisationen, die rechtliche Schritte gegen uns einleiteten, enttäuscht und sogar in furchtbarer Aufregung über die verhältnismäßige Milde meiner Verurteilung im April 1983. Sie hatten von den französischen Gerichten mehr erwartet. Sie wollten mein Fell, bekamen aber nur ein Pfund Fleisch. Sie hatten gehofft, daß die Richter sagen würden: »Faurisson ist ein Geschichtsfälscher; seine Arbeit über die Gaskammern ist voller Oberflächlichkeiten, Nachlässigkeiten, willkürliches Übersehen (von Beweisen) und Lügen; Faurisson ist böswillig und gefährlich.«

Aber am 26. April 1983 verkündeten die Richter der Ersten Kammer des Pariser Berufungsgerichts sinngemäß: »Faurisson ist ein ernsthafter Forscher; wir haben keine Oberflächlichkeit, Nachlässigkeit, willkürliches Übersehen oder Lügen in seinen Niederschriften über die Gaskammern festgestellt; aber vielleicht ist er böswillig und gewiß ist er gefährlich; wir verurteilen ihn wegen seiner wahrscheinlichen Böswilligkeit und der Gefahr, die er darstellt, aber wir verurteilen nicht seine Arbeit über die Gaskammern, die ist seriös. Im Gegenteil, weil seine Arbeit seriös ist, garantieren wir jedem Franzosen das Recht zu sagen, wenn er diese Meinung vertritt, daß es keine Gaskammern gab.«

Der Revisionismus ist nicht aufzuhalten

Was die zionistischen Verbände in Frankreich in der Zeit von 1979 bis 1983 nicht erreichen konnten, das versuchten sie in anderen Ländern zu vollbringen, vor allem mit dem langen Prozeß gegen Ernst Zündel in Kanada. 1984 und 1985 nahm ich aktiv an Zündels Verteidigung teil. Der Revisionismus ist heute so gewaltig, daß ihn nichts mehr aufhalten wird; wir brauchen das Übergehen mit Stillschweigen nicht mehr zu befürchten. Es ist möglich, daß wir uns in einigen Ländern auf eine Art Untergrundtätigkeit gefaßt machen müssen, denn wir sehen uns politischen und juristischen Gefahren gegenüber und unsere finanziellen Mittel schwinden dahin.

Das Jahr 1985 ist ein großes Datum in der Geschichte des Revisionismus. Man wird sich daran erinnern als das Jahr des Zündel-Prozesses – oder genauer gesagt, des ersten Zündel-Prozesses, denn ein zweiter Zündel-Prozeß fand 1988 statt.

Der Prozeß gegen Ernst Zündel

Ich glaube, ich kenne Ernst Zündel ziemlich gut. Ich traf ihn zum ersten Mal 1979 in Los Angeles auf der ersten Konferenz des Institute für Historical Review. Wir haben seitdem ein gutes Einvernehmen miteinander. Im Juni 1983 flog ich nach Toronto, wo er zu Hause ist, um ihm bei seinen »Voruntersuchungsverfahren« zu helfen. »Voruntersuchung« ist die Zeit, in der ein kanadischer Richter entscheidet, ob im vorliegenden Fall vor einem Richter und einem Geschworenengericht verhandelt werden soll oder nicht.

Ich kehrte im Januar 1985 nach Toronto zurück, wo ich während fast der ganzen sieben Wochen seines Prozesses Ernst Zündel abermals half. Ich werde ihn auch in der Zukunft soweit unterstützen, wie ich das kann. Er ist eine außergewöhnliche Persönlichkeit.

Bis zu diesem Prozeß war er als Grafiker und Publizist tätig. Er ist 50 Jahre alt. 1938 in Deutschland geboren, hat er seine deutsche Staatsbürgerschaft auch in Kanada weiterbehalten. Sein Leben war von schweren Umwälzungen gekennzeichnet seit den Tagen, als er Anfang der achtziger Jahre damit begann, Richard Harwoods revisionistische Schrift: »Did Six Million Really Die?« (»Starben wirklich sechs Millionen?«) zu vertreiben. Die Schrift, die 1974 zum ersten Mal in Großbritannien veröffentlicht wurde, rief im darauffolgenden Jahr in dem britischen Magazin »Books and Bookmen« eine lange Kontroverse hervor. Auf Betreiben der jüdischen Gemeinde von Südafrika wurde Harwoods Schrift dort verbannt.

1984 in Kanada organisierte Sabina Citron, Vorsitzende der Holocaust Remembrance Association, gewaltsame Demonstrationen gegen Zündel. An seinem Haus explodierte eine Bombe. Die kanadische Post, die revisionistische Literatur in einen Topf mit Pornografie warf, verweigerte Ernst Zündel das Recht, Post zu versenden und zu empfangen; er erhielt seine Postrechte erst nach einem Jahr des juristischen Gerangels wieder zurück.

Inzwischen gingen seine Geschäfte trotz seines ausgezeichneten Rufs in professionellen Kreisen zurück. Auf Betreiben von Frau Sabina Citron erhob der Generalstaatsanwalt der Provinz Ontario Anklage wegen Veröffentlichung einer falschen Aussage, Erzählung oder Nachricht, die geeignet ist, das öffentliche Interesse zu gefährden.

Paragraph 177 des Kanadischen Strafgesetzbuches besagt: »Wer absichtlich eine Aussage, Erzählung oder Nachricht veröffentlicht, von der er weiß, daß sie falsch ist und die das öffentliche Interesse gefährdet oder gefährden könnte, macht sich einer strafbaren Handlung schuldig und kann mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft werden.«

Die Anklage gegen Zündel ging nach folgender Argumentation vor: Der Angeklagte hat sein Recht zur freien Meinungsäußerung mißbraucht; durch den Vertrieb der Harwood-Broschüre verbreitete er eine Geschichte, von der er wußte, daß sie falsch war; ihm hätte doch nicht unbekannt sein können, daß der »Völkermord an den Juden« und die »Gaskammern« feststehende Tatsachen waren, hieß es. Durch seine Handlungen könne er »den gesellschaftlichen und rassischen Frieden in der kanadischen Gemeinde beeinträchtigen« (Prozeß-Niederschrift, S. 1682).

Zündel wurde auch angeklagt, persönlich ein Flugblatt mit dem Titel »The West, the War and Islam« verfaßt und versandt zu haben, in dem er die gleichen Gedankengänge wie die in der Harwood-Schrift zum Ausdruck gebracht habe.

Zündel errang einen Mediensieg

Richter Hugh Locke hatte den Vorsitz; der Staatsanwalt war Peter Griffiths. Ernst Zündel wurde von dem Anwalt Douglas Christie aus British Columbia, assistiert von Keltie Zubko, verteidigt. Das Geschworenengericht setzte sich aus zwölf Personen zusammen. Die englischsprachigen Medien berichteten ausführlich über den Prozeß.

Es sollte in diesem Zusammenhang gesagt werden, daß die Kosten für den Prozeß vom kanadischen Steuerzahler und nicht etwa von der Holocaust Remembrance Association von Sabina Citron aufgebracht wurden.

Das Geschworenengericht sprach Zündel wegen der Verbreitung der Harwood-Schrift, jedoch nicht wegen der Abfassung des Flugblattes schuldig. Richter Locke verurteilte ihn zu fünfzehn Monaten Freiheitsentzug und verbot ihm, über den Holocaust zu reden oder zu schreiben. Das deutsche Konsulat in Toronto entzog ihm den Paß. Die kanadische Regierung leitete ein Ausbürgerungsverfahren gegen ihn ein. Vorher hatten die westdeutschen Behörden an einem einzigen Tage massive koordinierte Polizeirazzien auf alle Anhänger Zündels in der ganzen Bundesrepublik Deutschland in Szene gesetzt.

Aber Zündel hatte einen Mediensieg errungen. Trotz ihrer offensichtlichen Feindseligkeit hatten die Medien im allgemeinen und das Fernsehen im besonderen der englischsprechenden kanadischen Öffentlichkeit dargelegt, daß die Revisionisten über Dokumente und Argumente von höchster Qualität verfügen, während die Verfechter der Vernichtungsthese mit schweren Problemen zu kämpfen hätten.

Man berief sich auf den Nürnberger Prozeß

In den vierzig Jahren, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen sind, hat sich eine neue Religion entwickelt: die Religion des Holocaust. Sie entstand während des Nürnberger Prozesses, dem viele andere derartigen Prozesse folgten, von denen einige heute noch fortgeführt werden.

Zahlreiche Historiker haben mit dieser Religion Karriere gemacht: der berühmteste unter ihnen ist zweifellos Raul Hilberg. Ein Schwarm von Zeugen, oder sogenannten Zeugen, strömten in die Zeugenstände der Gerichte, um den Völkermord an den Juden und den Einsatz von Gaskammern zur Menschentötung zu beweisen, einer der wichtigsten von ihnen war ein gewisser Rudolf Vrba.

1985 beim Zündel-Prozeß berief sich die Anklage vor allem auf den Nürnberger Prozeß und sorgte für das Erscheinen sowohl von Hilberg als auch von Vrba vor Gericht. Zündel sagte voraus, daß sein Prozeß »den Nürnberger Prozeß vor Gericht bringen würde« und das »Stalingrad der Verfechter der Vernichtungsthese« sein würde.

Die Ereignisse sollten ihm Recht geben. Die Rechtlosigkeit des Nürnberger Prozesses wurde offensichtlich. Hilberg wurde als unfähiger Historiker entlarvt, und Vrba als Hochstapler.

Ich möchte nicht über die anderen Zeugen sprechen, die von Staatsanwalt Griffiths in den Zeugenstand gerufen wurden, am wenigsten über Arnold Friedmann, der als Zeuge für die Vergasungen in Auschwitz aufgeboten wurde. Von den Fragen des Anwalts Doug Christie in die Enge getrieben, gab Friedmann schließlich zu, daß er, obwohl er in Auschwitz-Birkenau war – wo er nur einmal zur Arbeit gezwungen wurde beim Abladen von Kartoffeln –, über die angeblichen Vergasungen nichts als Hörensagen berichten könne.

Das Unrecht des Nürnberger Prozesses

»Internationaler Militärgerichtshof«: Leute haben festgestellt, daß dieser Begriff drei Lügen enthält: Dieser »Gerichtshof« war kein Gericht im üblichen Sinne des Wortes, sondern vielmehr eine Vereinigung von Eroberern, die beabsichtigten, mit den Besiegten nach dem Grundsatz zu verfahren, daß Macht vor Recht geht. Er war nicht »militärisch«, da von den acht Richtern, die ihm vorsaßen – zwei Amerikaner, zwei Briten, zwei Franzosen und zwei Sowjets –, nur die beiden Sowjets Militärrichter waren, von denen der bedeutendste I. T. Nikischenko, ein prominenter Stalinist war, der den Vorsitz über die berüchtigten Prozesse von 1936 bis 1937 geführt hatte.

Der »Gerichtshof« war nicht »international«, sondern interalliiert. Er basierte auf dem Londoner Abkommen, das Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden (Vorbereitung und Beginn eines Angriffskrieges) und Verbrechen gegen die Menschlichkeit festgelegt hatte. Das Londoner Abkommen trug das Datum vom 8. August 1945, was bedeutet, daß es erst zwei Tage vor der Auslöschung Hiroshimas und gerade 14 Stunden vor der Zerstörung von Nagasaki abgeschlossen wurde, während auf den Tag genau am 8. August die Sowjetunion einen Angriffskrieg gegen Japan begann.

Die Atombombe war ursprünglich mit der Absicht entwickelt worden, sie gegen die Städte Deutschlands einzusetzen; wenn das geschehen wäre, dann hätte man sicher gerne wissen wollen, welche moralische Lektion die Alliierten vorgegeben hätten, um sie den Deutschen zu erteilen. Wie man auch gerne wissen möchte, mit welchem Recht ein anderer »Internationaler Militärgerichtshof« über die Japaner in Tokio Gericht gehalten hat.

Der Gerichtshof griff auf ex-post-facto-Gesetze und eine Theorie über Kollektivschuld zurück. Er urteilte ohne die Möglichkeit der Berufung, was bedeutete, daß er willkürlich vorgehen konnte, ohne befürchten zu müssen, daß sein Urteil umgestoßen oder überstimmt werden konnte. Es war ein Strafverfahren, aber es gab kein Geschworenengericht.

Die Anklage hatte beträchtliche Mittel zu ihrer Verfügung, vor allem durch ihre Kontrolle über das erbeutete Kriegsarchiv des Feindes. Die Verteidigung verfügte nur über lächerliche Hilfsmittel; sie wurde in dem, was sie tun konnte, schwer behindert und stand unter sorgfältiger Überwachung. Zum Beispiel konnte die Verteidigung nicht den Vertrag von Versailles zur Sprache bringen, um darzulegen, daß sich der Nationalsozialismus teilweise als Reaktion auf die Auswirkungen des Vertrages entwickelt hatte.

Arroganz und Zynismus der Alliierten

Die Artikel 19 und 21 der Charta des Internationalen Militärgerichtshofes besagten: »Der Gerichtshof ist nicht an technische Regeln der Beweisführung gebunden . . . (und) bedarf keinerlei Beweise für Tatsachen, die allgemein bekannt sind, sondern wird diese von Gerichts wegen zur Kenntnis nehmen.«

Schlimmer noch, der gleiche Artikel 21 verlieh gewissermaßen den Berichten, der von den Alliierten ins Leben gerufenen Ausschüssen für Kriegsverbrechen, Gesetzeskraft.

Der Nürnberger Prozeß regt mich zu folgender Analogie an: Am Ende eines Boxkampfes, der mit einem K.o. endet, sehen sich der Riese, der immer noch auf den Füßen steht, als Gewinner, und sein auf der Matte liegendes blutiges Opfer, der Verlierer, gegenseitig an. Der Riese hilft seinem Opfer auf die Beine und sagt zu ihm: »Glaube ja nicht, daß der Kampf vorüber ist! Zunächst begebe ich mich in den Umkleideraum. Wenn ich zurückkomme, werde ich in der Robe eines Richters gekleidet sein, um Dich nach meinem Gesetz abzuurteilen. Du wirst jeden Schlag, den Du mir versetzt

Revisionismus

Mein Leben als Revisionist

hast, erklären müssen, aber bringe ja nicht die Schläge zur Sprache, die ich Dir versetzt habe, denn du hast kein Recht sie zu erwähnen – es sei denn, ich befände mich in äußerst guter Laune und entschlösse mich dazu, das Gerede darüber zu dulden.«

Indem sie so 1945 handelten, gingen die Alliierten auf dem falschen Fuß vor. Sie behandelten die Besiegten mit Arroganz und Zynismus. Sie erlaubten sich völlige Freiheit zu erfinden und zu lügen, aber vor allem waren sie nachlässig. Sie hätten versuchen müssen, ihre Anschuldigungen mit einer gesunden gerichtlichen Verfahrensweise zu beweisen. Es gab und gibt immer noch festgesetzte Methoden, um dies zu tun.

Zum Beispiel, wenn die Deutschen tatsächlich die Tötung aller Juden geplant und befohlen hätten, dann wäre es für die Alliierten zwingend erforderlich gewesen, das Vorhandensein eines solchen Befehls oder Planes festzustellen; mit anderen Worten, es wäre notwendig gewesen, den strafrechtlichen Vorsatz nachzuweisen.

Wenn die Deutschen tatsächlich riesige Todesfabriken, das heißt Gaskammern, verwendet hätten, dann war es zwingend notwendig, das Vorhandensein dieser Gastötungsanlagen nachzuweisen. Mit anderen Worten: Die Alliierten hätten die Tatwaffe untersuchen müssen; man hätte Gutachten darüber anfordern müssen. Wenn die Deutschen tatsächlich diese Waffe benutzt hätten, dann oblag es den Alliierten, nachzuweisen, daß Lagerinsassen mit Giftgas getötet wurden; und dazu wären Obduktionsberichte erforderlich gewesen.

Aber weder während des Nürnberger Prozesses, noch in all den späteren Prozessen ähnlicher Art, haben die Eroberer auch nur einen einzigen Beweis für den strafrechtlichen Vorsatz noch ein einziges Gutachten über die bei der Tat verwendete Waffe angefordert oder vorgelegt. Hier haben wir es mit einem angeblichen Verbrechen gigantischen Ausmaßes zu tun, und doch anscheinend besteht kein strafrechtlicher Vorsatz, keine Waffe oder auch nur eine einzige mit Gift getötete Leiche kann nachgewiesen werden. Die Sieger begnügten sich mit unüberprüften Geständnissen und Zeugenaussagen, ohne Kreuzverhör über die physikalische Natur der Fakten.

Die Rückkehr zu den Fakten

Das Charisma von Ernst Zündel liegt in seinem Verständnis begründet, daß die Historiker der revisionistischen Schule recht haben, wenn sie behaupten, daß sie, um die Wahrheit über den Holocaust herauszufinden, nur zu den traditionellen Methoden sowohl der Juristen als auch der Historiker zurückzukehren brauchen.

Zündels Genius bestand darin, einfach und direkt in einer Sache vorzugehen, in der vierzig Jahre lang alle Anwälte oder Verteidiger von Personen, die wegen sogenannter »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« angeklagt waren, auf verschlungenen Wegen taktisch vorgehen zu müssen glaubten.

Seit 1945 bis einschließlich des Falles Barbie im Jahre 1987 hat es nämlich kein einziger Anwalt gewagt, den Stier bei den Hörnern zu packen. Nicht einer von ihnen verlangte, daß die Staatsanwaltschaft die Realität des Völkermords und die Gaskammern unter Beweis stellen möge. Alle Anwälte der Verteidigung wandten Verzögerungstaktiken an. Im allgemeinen plädierten sie dahingehend, daß ihr Mandant nicht persönlich in ein derartiges Verbrechen verwickelt war; ihr Mandant, so pflegten sie zu sagen, sei nicht am Tatort gewesen oder wirklich weit davon entfernt, um eine klare Erkenntnis darüber zu haben oder überhaupt etwas davon gewußt zu haben.

Sogar Jacques Vergès, Barbies Verteidiger, plädierte dahingehend, daß sein Mandant nach der traditionellen Formel »nichts gewußt haben kann«. Diese mehr als subtile Formel bedeutet, daß, nach Vergès, die Vernichtung der Juden zwar in Auschwitz oder sonstwo in Polen stattgefunden hat, daß aber der Untersturmführer Barbie, der in Lyon in Frankreich lebte, darüber nichts gewußt haben kann.

Wilhelm Stäglich beschreibt in seinem Buch »Der Auschwitz-Mythos« recht überzeugend, wie im Frankfurter Auschwitz-Prozeß (1963 bis 1965) die Verteidiger die Staatsanwaltschaft auf diese Weise unterstützten; sie akzeptierten schlichtweg den Mythos der planmäßigen Judenvernichtung. Die Motive für ein solches Verhalten konnten entweder die innere Überzeugung sowohl bei den Verteidigern als auch bei einigen der Angeklagten sein, daß das schreckliche Verbrechen tatsächlich begangen worden sei, oder sie hätten unter der Befürchtung leben können, einen Skandal heraufzubeschwören, indem sie einfach eine Klärung hinsichtlich der Realität des Verbrechens verlangt hätten.

Für fast alle Beteiligten wäre es geradezu gotteslästerlich gewesen, Achtung für die herkömmlichen Rechtsverfahrensweisen auch im Prozeß gegen einen »Nazi« zu verlangen; es versteht sich, daß ein »Nazi« eben kein Mensch »wie andere« ist, und daß folglich kein Raum dafür vorhanden ist, ihn »wie andere Menschen« zu beurteilen.

Meine persönliche Erfahrung mit Anwälten in Prozessen dieser Art veranlaßt mich, zu glauben, daß viele von ihnen auch wegen ihrer Inkompetenz im historischen oder wissenschaftlichen Bereich eingeschüchtert sind. Sie haben den Eindruck gewonnen, daß es unmöglich ist, auf die Argumente der Verfechter der Vernichtungsthese zu antworten, und es ist daher sehr schwierig für sie, sich auch nur vorzustellen, wie man es anfangen soll, die Argumente der Revisionisten vor Gericht darzulegen.

Ein Prozeß wie ein Alptraum

In Douglas Cristie fand Zündel einen Anwalt, der mehr als mutig, ja sogar heldenhaft war. Aus diesem Grunde war ich bereit, Doug Cristie Tag für Tag zu unterstützen, als dieser sich auf seine Aufgabe vorbereitete und sie ausführte. Ich muß hinzufügen, daß wir ohne seine Assistentin Keltie Zubko im Prozeß von 1985 nicht so erfolgreich gewesen wären.

Im Nachhinein kommt uns dieser Prozeß wie ein Alptraum vor. Die im Gerichtssaal herrschende Atmosphäre war beinahe unerträglich, vor allem wegen der Haltung des Richters Hugh Locke. Ich selbst habe vielen Prozessen in meinem Leben beigewohnt, darunter denen in Frankreich während der großen »Epuration«, der Säuberung Frankreichs von sogenannten »Kollaborateuren«. Niemals begegnete ich jedoch einem Richter, der so vorurteilsvoll, autokratisch und ausfallend war wie Richter Locke.

Das angelsächsische Gesetz bietet zwar viel mehr Garantien als das französische Gesetz, aber es gehört nur ein Mann dazu, um das Beste der Rechtssysteme zu pervertieren. Richter Locke war dieser Mann. Ich erinnere mich daran, wie Richter Locke mich anschrie: »Shut up!« (Ruhe!), als ich ohne ein Wort zu sagen dem Verteidiger Doug Cristie ein Dokument übergab (Ausrufe wie diese und andere sind natürlich nicht in den Prozeßniederschriften wiedergegeben).

Unter den zahlreichen Ausfällen des Richters wurde einer von dem Begriff . . . Quadratmeter provoziert. Um dem Richter verständlich zu machen, daß es unmöglich sei, 28 bis 32 Personen auf einem Quadratmeter zusammenzudrängen – was der ehemalige SS-Offizier Kurt Gertein nach seinen eigenen Aussagen gesehen haben will –, brachten wir vier Stöcke von jeweils einem Meter Länge mit in den Gerichtssaal, aus denen wir einen Quadratmeter formten. Wir wollten dann 28 bis 32 Leute aufrufen und sie bitten, sich dort hineinzustellen. Der Richter schoß in die Höhe, schrie uns an, dieses Verfahren erscheine ihm unwürdig, und er verbot uns, es anzuwenden. Um das Maß vollzumachen, setzte er eine Bemerkung hinzu, die es wert ist, für die Nachwelt festgehalten zu werden:

»Bevor ich dem Geschworenengericht gestatte, einen Quadratmeter zu akzeptieren, müßte ich (in Abwesenheit der Geschworenen) viele Zeugen anhören, die das abgemessen haben« (Prozeßniederschrift, S. 912).

Zündels Methode beunruhigte die Richter

Unsere Methode beunruhigte unsere Gegner ebenso wie den Richter, denn sie war entschieden sachlich. Wir verfügten über viele Karten und Zeichnungen von Konzentrationslagern, darunter Luftaufnahmen, die während des Krieges von den Alliierten gemacht wurden. Uns standen zahlreiche Fotografien zur Verfügung, von denen wir die meisten dem schwedischen Forscher Ditlieb Felderer verdanken, der sich in den verstecktesten Ecken und Kanten der Lager Auschwitz und Majdanek auskennt. Wir besaßen viele technische Unterlagen über Leichenverbrennungen unter freiem Himmel oder in Krematorien, über Zyklon B, über Entwesungskammern. Ich selbst hatte fünf Koffer voller Bücher und Dokumente mit nach Toronto gebracht, aber ich war nur einer von den Forschern, die Zündel aus allen Teilen der Welt um sich geschart hatte.

Locke versuchte, unsere Bemühungen zu neutralisieren. Er sprach mir zum Beispiel das Recht ab, über Zyklon B, über Luftaufnahmen und über Gebäude zu sprechen, von denen behauptet wird, sie enthielten Gaskammern zur Menschentötung. Und doch war ich der erste in der Welt gewesen, der die Zeichnungen dieser Gebäude veröffentlichte und damit gleichzeitig bewies, daß diese »Gaskammern« in Wirklichkeit nur Aufbewahrungsorte für Leichen (Leichenhalle oder Leichenkeller) waren.

Auf der Grundlage dieser Zeichnungen hatte Zündel maßstabsgerechte Modelle anfertigen lassen, um diese den Geschworenen zur Veranschaulichung der Örtlichkeiten vorzuführen, aber der Richter schritt wiederum ein und untersagte uns, diese präofessionell angefertigten Modelle zu verwenden. Und was noch wichtiger ist, Locke untersagte uns, über die in den Vereinigten Staaten zur Hinrichtung verwendeten Gaskammern zu sprechen, indem er schlichtweg behauptetet, er sehe hier keine Relevanz.

In Wirklichkeit haben die amerikanischen Gaskammern sehr wohl einen Bezug zu den angeblichen Gaskammern in den KZ.

Die Amerikaner benutzen nämlich Zyanwasserstoffgas zur Hinrichtung, und Zyklon B, mit dem die Deutschen, wie behauptet wird, Millionen von Häftlingen töteten, besteht im wesentlichen aus Zyanwasserstoffgas.

Jeder, der die Hauptwaffe untersuchen möchte, die angeblich von den Deutschen zur Ausübung ihres Verbrechens benutzt wurde, müßte daher meiner Meinung nach die amerikanischen Gaskammern untersuchen. Und das hatte ich bereits getan und war von dieser Studie aus zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die den Deutschen zugeschriebenen Vergasungen physikalisch und chemisch völlig unmöglich waren.

Nichtsdestoweniger gelang es uns – Doug Christie und mir – trotz der Anordnungen Lockes den Gutachter Raul Hilberg und die Zeugenaussagen eines anderen »Experten«, Rudolf Vrba, völlig auseinanderzunehmen.

Die Unfähigkeit ihres Experten Nummer Eins

Raul Hilberg wurde 1926 als Sohn jüdischer Eltern in Wien geboren, ihm wurde 1955 ein Doktortitel in »Staatsrecht und Geschichte« verliehen. Wie die große Mehrheit der Autoren, sowohl unter den Verfechtern der Vernichtungsthese als auch unter den Revisionisten, die über den Holocaust geschrieben haben, ist er kein ausgebildeter Historiker. Er wurde von Jimmy Carter zum Mitglied des Holocaust Memorial Council ernannt. Er ist auch Mitglied der Jewish Studies Association (Gesellschaft für Jüdische Studien). Er ist Verfasser eines Standardwerks »The Desctuction of the European Jews«, das 1961 herauskam. Eine zweite – »revidierte und endgültige« – Auflage dieses Buches wurde 1985, nur wenige Monate nach der Zeugenaussage des Verfassers im Zündel-Prozeß veröffentlicht. Dieser Punkt ist wichtig. Ich werde später darauf zurückkommen.

Raul Hilberg trug den Titel Sachverständiger. Er kam mit seinem Prestige ummantelt nach Toronto, ohne Bücher, ohne Notizen, ohne Dokumente, anscheinend seiner selbst sicher, ein Mann, der in zahlreichen Prozessen gegen »Kriegsverbrecher« seine Aussagen gemacht hatte. Er sagte im Zündel-Prozeß zu einem Stundensatz von wahrscheinlich 150 Dollar aus. Befragt vom Staatsanwalt Griffiths, trug Hilberg seine These über die Judenvernichtung vor: Nach seiner Aussage gab Hitler Befehle zur Judenvernichtung; die Deutschen gingen planmäßig vor; sie benutzten Gaskammern; die Gesamtzahl der jüdischen Verluste habe 5 100 000 betragen. Hilberg hatte keine Hemmung sich selbst als Empiriker zu bezeichnen, der sich nach beweiserheblichem Material umsieht (Prozeßniederschrift, Seite 687).

Sobald aber das Kreuzverhör begann, verlor Hilberg den Boden unter den Füßen. Zum ersten Male hatte er es mit einem Angeklagten zu tun, der entschlossen war sich zu verteidigen und auch fähig war dies zu tun. Doug Christie, dem ich zur Seite saß, nahm Hilberg zwei Tage lang unbarmherzig ins Kreuzverhör. Seine Fragen waren gezielt, präzise und unnachgiebig. Bis dahin hatte ich noch einen gewissen Respekt vor Hilberg wegen der Quantität, nicht der Qualität seines Werkes; jedenfalls stand er kopfhoch über den Poliakovs, Wellers, Klarsfelds und den übrigen. Als er aussagte, wich meine verhältnismäßige Wertschätzung einem Gefühl des Ärgers und des Mitleids: Ärger, weil Hilberg sich fortlaufend in Ausweichmanöver erging, und Mitleid, weil Christie ihm fast jedesmal einen Schlag versetzte.

Niemals die Örtlichkeiten überprüft

Auf jeden Fall wurde hier deutlich, daß Hilberg in keiner Weise der »Empiriker war, der sich nach beweiserheblichem Material umsieht«. Er war genau das Gegenteil; ein Mann, der sich in den Wolken seiner Gedanken verloren hatte, eine Art Theologe, der für sich selbst ein geistiges Universum aufgebaut hat, in dem die physikalischen Aspekte der Tatsachen keinen Raum haben. Er war ein allzu akademischer Professor, ein »Papier-Historiker« wie Vidal-Naquet.

Bei der ersten Frage geriet er schon ins Wanken. Doug Christie verkündete, daß er ihm eine Aufstellung von Konzentrationslagern verlesen und ihn dann fragen werde, welches von ihnen er untersucht und wie oft er das getan habe. Daraufhin räumte Hilberg ein, daß er weder vor Veröffentlichung der ersten Auflage seines Hauptwerks im Jahre 1961 noch danach, auch nicht vor der Veröffentlichung der »endgültigen« Ausgabe im Jahre 1985, auch nur eines dieser Lager untersucht habe. Da er aber seine Erforschung der Geschichte des Holocaust schon 1948 begonnen hatte, hatten wir es hier mit einem Mann zu tun, der sich den Ruhm, auf seinem eigenen Forschungsgebiet der erstrangige Historiker der Welt zu sein, erworben hatte, ohne in 37 Jahren auch nur einmal ein einziges KZ untersucht zu haben. Er hatte lediglich 1979 zwei Lager besucht, Auschwitz und Treblinka – »Einen Tag in Treblinka und vielleicht einen halben Tag in Auschwitz und einen halben Tag in Birkenau« (Prozeßniederschrift, Seite 779 –; aber selbst diese Besuche erfolgten nur, um einer Feier beizuwohnen. Er besaß nicht die Neugier, entweder die Anlagen selbst oder das Auschwitz-Archiv in Augenschein zu nehmen. Er hat niemals die Bereiche inspiziert, die als »Gaskammern« bezeichnet werden – Prozeßniederschrift, Seite 771–773 und 822–823 –.

Als er gebeten wurde, die Zeichnungen, Fotografien und grafischen Darstellungen der Krematorien zu erläutern, lehnte Hilberg dies ab und sagte: »Wenn Sie mir Baupläne, Fotos, grafische Darstellungen zeigen wollen, bin ich nicht so kompetent wie bei Dokumenten, die sich in Worten ausdrücken« (Prozeßniederschrift, Seite 826). Er schätze, daß mehr als eine Million Juden und »vielleicht 300 000 Nichtjuden in Auschwitz umgekommen sind« – Prozeßniederschrift, Seite 826 –, erklärte aber nicht, wie er zu diesen Schätzungen gekommen ist, und auch nicht warum die Polen und Sowjets zu einer Gesamt-

Mein Leben als Revisionist

zahl von vier Millionen gekommen sind, eine Zahl, die auf dem Denkmal in Birkenau zu lesen ist – Prozeßniederschrift, Seite 826 –.

Doug Christie befragte Hilberg dann über die Lager, die angeblich über Gaskammern zur Menschentötung verfügten. Er verlas die Namen der Lager und fragte Hilberg jedesmal, ob das Lager eine oder mehrere solcher Gaskammern enthielt oder nicht. Für einen derart eminenten Spezialisten müßte diese Frage doch eigentlich sehr leicht zu beantworten sein, aber auch hier verlor Hilberg völlig den Boden unter den Füßen. Neben den Lagern »mit« und den Lagern »ohne« Gaskammern schuf er improvisierend und ungeschickt noch zwei weitere Kategorien von Lagern: jene, die »vielleicht« eine Gaskammer hatten – Dachau, Flossenbürg, Neuengamme, Sachsenhausen – und jene, die eine »ganz kleine Gaskammer« hatten – zum Beispiel Struthof-Natzweiler im Elsaß –, so klein, daß er sich frage, ob es überhaupt wert sei darüber zu reden – Prozeßniederschrift, S. 896 –. Er ließ uns jedoch im unklaren über seine Kriterien zur Unterscheidung, unter jenen vier Kategorien von Lagern.

Zweifel an den Gerstein-Geständnissen

Dann wurde Hilberg befragt, ob er etwas von einem Sachverständigen-Gutachten wisse, in dem festgestellt wird, daß die erwähnten Einrichtungen tatsächlich Gaskammern zur Menschentötung waren. Zunächst stellte er sich taub, griff dann auf ausweichende Antworten zurück und wiederholte die unpassendsten Antworten. Seine Verzögerungstaktik wurde so offensichtlich, daß Richter Locke, der im allgemeinen schnell bei der Hand war, um der Anklage zuhelfen, sich verpflichtet fühlte, zu unterbrechen und eine klare Antwort zu verlangen. Erst dann antwortete Hilberg ohne Ausflüchte, daß er nichts von einem derartigen Gutachten wisse. Die Prozeßniederschrift umfaßt 14 Seiten (Seite 968–981) von dem Augenblick an, als ihm diese für ihn peinliche Frage gestellt wurde bis zu dem Augenblick als er sie schließlich beantwortete.

Wußte Hilberg etwas von einem Obduktionsbericht, aus dem hervorgeht, daß die eine oder andere Leiche eines Häftlings der Körper von jemandem war, der mit Giftgas getötet wurde? Die Antwort war wiederum »Nein« – Prozeßniederschrift Seite 983–984 –.

Da Hilberg jedoch andererseits so viele Wert auf Zeugenaussagen legt, wurde er über die Aussage des Kurt Gerstein befragt. Er behauptete, er habe die Geständnisse dieses SS-Offiziers in seinem Buch kaum verarbeitet. Darauf erwiderte Christie, daß der Name Gerstein in dem Buch »The Destruction of the European Jews« 23mal vorkommt, und daß das Dokument PS-1553, eine angebliche Aussage des gleichen Gerstein, darin 14mal zitiert wird. Dann wurden Bruchstücke jener Geständnisse in verschiedener Form vor den Geschworenen verlesen. Hilberg räumte schließlich ein, daß gewisse Teile der Geständnisse des Kurt Gerstein »purer Unsinn« seien – Prozeßniederschrift Seite 904 –.

Das gleiche gschah bei den Geständnisen von Rudolf Höss (einer der Kommandanten des Lagers Auschwitz; der Übers.). Der aus der Fassung gebrachte Hilberg mußte in einem Fall zugeben: »Es ist furchtbar« – Prozeßniederschrift, Seite 1076 –.

Bezüglich eines der wichtigsten von Höss unterzeichneten »Geständnisse« (PS-3868) gab er zu, daß wir es hier mit einem Mann zu tun hätten, der eine Aussage macht in einer Sprache (Englisch), die nicht seine eigene war, eine völlig unmögliche Aussage, die »eine Zusammenfassung dessen zu sein scheint, was er gesagt oder gesagt haben könnte oder geglaubt haben könnte gesagt zu haben, als ihm jemand eine Zusammenfassung vorlegte und er diese unterschrieb, was zu bedauern ist« – Prozeßniederschrift, Seite 1230 –.

Über den Punkt, daß laut diesem »Geständnis« 2 500 000 Menschen in Auschwitz vergast worden sein sollen, ging Hilberg so weit zu sagen, dies sei »eine offensichtlich unüberprüfte, völlig übertriebene Ziffer, eine die sehr wohl bekannt geworden oder in Umlauf gebracht worden sein könnte als Ergebnis von fehlerhaften Erkenntnissen einer polnischen Untersuchungskommission in Auschwitz« – Prozeßniederschrift, Seite 1087.

Plötzlich änderte der Zeuge die Taktik

Da er nun spürte, daß die Zeit für ihn gekommen war, etwas Ballast über Bord zu werfen, hatte Hilberg keine Probleme, mit Christie darin übereinzustimmen, daß einige »Historiker« wie William Shirer keinen Wert haben – Prozeßniederschrift, Seite 1202. Er wurde gefragt, ob er von der Zeugenaussage des Filip Müller, Verfasser des Buches »Eyewitness Auschwitz – Three Years in the Gas Chambers« halte.

Einige Passagen aus diesem Buch, voll mit dem reinsten Sex-Shop-Antinazismus, wurden ihm vorgelesen, und Christie demonstrierte vor dem Geschworerengericht, dank einer Analyse des Revisionisten Carlo Mattogno, daß Filip Müller oder sein Ghostwriter Helmut Freitag sich ganz einfach des Plagiats, des literarischen Diebstahls, schuldig gemacht haben, indem sie eine ganze Episode praktisch wortwörtlich aus »Doctor at Auschwitz«, der falschen Darstellung unter dem Namen eines Miklos Nyisli entnommen haben.

An dieser Stelle änderte Hilberg plötzlich seine Taktik; er heuchelte eine Gefühlsaufwallung vor und erklärte mit einem pathetischen Tonfall, daß die Zeugenaussage des Filip Müller viel zu bewegend sei, als daß irgend jemand seine Aufrichtigkeit in Zweifel ziehen könne – Prozeßniederschrift, Seite 1151–1152.

Aber alles an diesem neuen Hilberg klang verlogen, denn bis dahin hatte er sich in einem monotonen Tonfall und mit der Umsicht einer Katze, die Angst hatte, der glühenden Kohle eines Feuers nahezukommen, artikuliert. Christie hielt es daher nicht für sinnvoll, diesen Punkt auszuschlachten.

Bei zwei Fragen mußte Hilberg wirklich leiden: Erstens, in bezug auf die angeblichen Befehle Hitlers zur Ausrottung der Juden und dann bezüglich dessen, was ich persönlich den »Grundpfeiler der Hilbergthese« nenne. Auf Seite 177 seines Buches (Ausgabe von 1961) befaßt sich Hilberg endlich mit dem Kern seines Themas, der Judenvernichtungspolitik. Auf einer Seite, die als allgemeine Einführung dient, erläutert er die Grundlage dessen, was er beweisen will.

Für Hilberg begann alles mit zwei aufeinanderfolgenden Befehlen Hitlers. Der erste Befehl rief dazu auf, die Juden an Ort und Stelle, vor allem in Rußland zu töten – den Einsatzgruppen sei diese Aufgabe übertragen worden; im zweiten sei befohlen worden, die Juden zu ergreifen und in die Vernichtungslager zu bringen – dies sei die Rolle Eichmanns und seiner Leute gewesen.

Hilberg gab weder das genaue Datum noch seine Quelle für diese beiden Befehle an; andererseits gab er ein genaues Datum (25. November 1944) und einen Bezug (Dokument PS-3762) für einen Befehl an, den, wie er sagte, Himmler erteilt habe, um die Judenvernichtung zu beenden, als er spürte, daß die Niederlage kurz bevorstand (»The Destruction of the European Jews«, Seite 631).

Der Streit um die Hitler-Befehle

Es wäre ja nichts falsch an der These Hilbergs, wenn es wahr wäre, daß es diese Befehle gegeben hat. Aber keiner der drei Befehle – die beiden Hitler-Befehle und der Himmler-Befehl – ist jemals erteilt worden; Hilbergs gesamte These beruhte auf einer geistigen Konstruktion.

Aber Christie mußte buchstäblich einen Belagerungskrieg führen, bevor Hilberg seine Aussage schließlich berichtigte und zugab, daß er diese Befehle nicht vorlegen könne. Es waren 31 Seiten Prozeßniederschrift erforderlich (Seite 826–858) von der Stelle, an der Hilberg gefragt

wird, wo diese Befehle sind, bis er schließlich nach verlorener Schlacht einräumt, daß es keine »Spuren« davon gibt. Christie erinnerte Hilberg auch an einige Aussagen, die dieser im Februar 1983 in der Avery Fisher Hall in New York City gemacht hatte. Dort entwickelte Hilberg selbst eine These, die kaum mit dem Vorhandensein eines Befehls zur Judenvernichtung in Einklang gebracht werden kann. Er sagte seinerzeit:

»Aber was 1941 begann, war ein Prozeß der Vernichtung, der nicht im voraus geplant, nicht zentral von irgendeiner Stelle organisiert worden war. Es gab keine Blaupause und kein Budget für Vernichtungsmaßnahmen. Sie wurden Schritt für Schritt getroffen, ein Schritt nach dem anderen. So kam nicht so sehr ein Plan zur Ausführung, sondern vielmehr ein unglaubliches Zusammentreffen von Gedanken, ein Konsensus im Gedankenlesen (a consensus mind reading) durch eine weit ausgedehnte Bürokratie zustande« (»Newsday«, Long Island, New York, 23. Februar 1983, Abschnitt II, Seite 3).

Diese verschlungene Erklärung stürzt uns in das Dickicht der Theologie und der Parapsychologie. Die Judenverbrennung – ein gigantisches Unternehmen – wurde also durchgeführt, ohne irgendeinen Plan, ohne eine Zentralstelle, ohne Blaupause, ohne Haushaltsplanung, aber mit einem übereinstimmenden Gedankenlesen einer weit verstreuten Bürokratie, einer Bürokratie, die eine Maschinerie darstellt, von der man meiner Meinung nach alles andere als Gedankenlesen und Gedankenübertragung erwarten sollte.

Was den Himmler-Befehl betrifft, so gab Hilberg ebenfalls zu, daß es »keine Spur« davon gibt – Prozeßniederschrift, Seite 860 –; der »Bezug«, den er angegeben hatte, ebenso wie das genaue Datum, erwiesen sich somit als nichts anderes als ein Versuch, den Leser einzuschüchtern.

Ein deutsches Wörterbuch mußte klären

Aber was wäre über den »Grundpfeiler seiner These« zu sagen? In »The Hoax of the Twentieth Century« schrieb Arthur R. Butz klar und deutlich:

»Hilbergs Buch erreichte, was die gegnerische Literatur – die revisionistische Literatur – niemals erreicht haben könnte. Ich wurde nicht nur davon überzeugt, daß die Legende von den sechs Millionen vergasten Juden ein Schwindel sein muß, sondern ich entwickelte etwas, was sich als ziemlich zuverlässiges ›Gefühl‹ für die bemerkenswert kabalistische Mentalität herausstellte, die der Lüge ihre spezifische Form verliehen hatte (wer wie ich das ziemlich ›rüde Erwachen‹ erleben möchte, mag an dieser Stelle innehalten und die Seiten 567–571 von Hilbergs Buch zu Rate ziehen« (»Hoax, Seite 7).

A. R. Butz verweist somit – unter bezug auf die Seiten 567–571 von Hilbergs Buch – auf das, was den Mittelpunkt der These Hilbergs darstellt. Ich wollte meinerseits »das Herzstück dieses Mittelpunktes«, sozusagen den »Grundpfeiler« jener kabalistischen geistigen Konstruktion erforschen. Ich glaube diesen oben auf der Seite 570 gefunden zu haben, wo wir folgendes lesen:

»Die durch Auschwitz benötigten Mengen an (Zyklon) waren nicht groß, aber sie waren merklich. Fast die gesamte Auschwitz-Lieferung wurde zur Vergasung der Menschen benötigt; nur sehr wenig zur Begasung. Die Lagerverwaltung selbst kaufte das Gas nicht ein. Der Einkäufer war Obersturmführer Gerstein, Chefdesinfektionsoffizier in der Dienststelle des Gesundheitschefs der Waffen-SS (Mugrowsky). In der Regel gingen alle Befehle durch die Hände von Testa, Degesch und Dessau. Aus den Dessauer Werken gingen die Lieferungen direkt zur Ausschwitz Extermination and Fumigation Division (Abteilung Entwesung und Entseuchung).«

In dieser Passage seines Buches sagt Hilberg klar und deutlich, daß es zwei Verwendungszwekke für Zyklon gab: zur Vergasung von Menschen und zur Begasung von Objekten. Eine einzige Dienststelle leitete diese beiden Tätigkeiten: die eine war krimineller und die andere sanitärer Natur. Diese Dienststelle hatte sogar nur einen Namen: »Abteilung Entwesung und Entseuchung«, was Hilberg mit »Extermination and Fumigation Division« übersetzt.

Mit anderen Worten, die Deutschen machten kein Geheimnis aus der Menschenvernichtung mit Gas, denn es gab ja in diesem Lager eine Dienststelle, die ordnungsgemäß und klar erkennbar für diese kriminelle Tätigkeit vorgesehen war. Nur gab es da ein Problem für Hilberg: »Entwesung« heißt »Vertilgung von Ungeziefer« und nicht »Vernichtung« von Menschen, und »Entseuchung« heißt »Entkeimung« (Desinfektion), das heißt Beseitigung der Seuchengefahr und nichts anderes.

Mit diesen Beweisen konfrontiert, was mit Hilfe von Wörterbüchern geschah, machte Hilberg den Fehler, seine eigene Übersetzung zu belegen zu versuchen, und während seines erneuten Kreuzverhörs durch Mr. Griffiths legte er ein deutsches Wörterbuch vor, um zu beweisen, daß sich der Begriff »Entwesung« aus »ent-«, das heißt Trennung und »Wesen«, das heißt »Lebewesen« (being) zusammensetze – Prozeßniederschrift Seite 1237. Er tat dies – oder versuchte um seiner Sache willen –, um Ethymologie und Bedeutung durcheinanderzubringen. Selbst der Staatsanwalt Griffiths schien durch die angestrengten Ausflüchte seines Sachverständigen verärgert zu sein. War Hilberg doch so weitgegangen, ein deutsches Wörterbuch zu wählen, in dem der Begriff »Entwesung« nicht aufgeführt ist, sondern nur das Wort »Wesen«.

Der Fehlschlag eines Lebens

Kurze Zeit nach dem Prozeß stellte ich fest, daß Hilberg einen Meineid begangen hatte. Als er noch unter Eid stand, den er im Januar 1985 abgelegt hatte, wagte es Hilberg vor dem Richter auszusagen, daß er in der Neuauflage seines Buches, das sich zu dem Zeitpunkt im Druck befand, das Vorhandensein jener Befehle von Hitler, von denen er soeben zugegeben hatte, daß keine Spur davon zu finden sei, immer noch aufrechterhalte – Prozeßniederschrift, Seite 852.

Aber er log. In der Neuauflage, deren Vorwort vom September 1984 datiert ist – Hilberg sagte unter Eid aus – ist jeder Hinweis auf einen Hitler-Befehl automatisch weggelassen worden; sein Kollege und Freund, Christopher Browning, wies in einem Überblick mit dem Titel »The Revised Hilberg« (»Simon Wiesenthal Center Annual«, 1988, Seite 294) wie folgt darauf hin:

»In der Neuauflage wurden alle Hinweise im Text auf eine Entscheidung oder Befehl Hitlers zur ›Endlösung‹ systematisch ausgemerzt. Am Schluß einer einzigen Fußnote vergraben steht der einsame Hinweis: ›Chronologie und Umstände weisen auf eine Entscheidung Hitlers vor dem Ende des Sommers (von 1941) hin.‹ In der Neuauflage wurden keine Entscheidungen getroffen und keine Befehle erteilt.«

Diese Tatsache ist wichtig. Sie beweist, daß, um sicherzugehen, damit Ernst Zündel verurteilt wird – dessen These besagt, daß es niemals einen Befehl von Hitler oder einer anderen Person gab, die Juden zu vernichten –, ein Universitätsprofessor nicht davor zurückschreckte, auf Lüge und Meineid zurückzugreifen. So eine Person ist dieser Raul Hilberg, ein Professor und Forscher, der in den kommenden Jahren mit »dem Fehlschlag seines Lebens« fertigwerden muß – Prozeßniederschrift, Seite 948.

□



Zitate

Geschichte

Theodor Waigel, CSU-Vorsitzender und Bundesfinanzminister: »Diese Gesamtschau ist gerade der jungen Generation und gegenüber kommenden Generationen geboten, weil eine einseitige Geschichtsbetrachtung mit der Schlußfolgerung, daß nur die Deutschen Schuld auf sich geladen hätten, auf Dauer unerträglich wäre und zu gefährlichen Verwerfungen führen müßte.«

Sowjetunion

Michail Gorbatschow, sowjetischer Staats- und Parteichef: »Es gibt Kritiken von rechts und von links, einige sind offen antisozialistisch. Einige Stimmen sprechen von Chaos, Staatsstreich, ja sogar Bürgerkrieg und versuchen Unruhe zu verbreiten. Es fällt schwer, nicht zu glauben, daß jemand daran ein Interesse hat.«

Krise

Boris Jelzin, sowjetischer Reformer: »Unsere Wirtschaft ist in einer Krise, unsere Finanzen stecken in einer Krise, die Partei befindet sich in einer Krise und die verschiedenen Nationalitäten sind in einer Krise.«

CDU

Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Landesvorsitzender der CDU: Wir müssen uns stärker auf die Werte besinnen, aus denen heraus sich eine breite Konsenspolitik entwickelt. Und dabei müssen wir auf die Sensibilität unterschiedlicher Generationen achten. Die ältere Generation, die noch den Krieg und die schwere Zeit danach in Erinnerung hat, denkt anders. Sie ist jedenfalls zufrieden unter dem Aspekt: Die Verhältnisse sind stabil, die Wirtschaft funktioniert, die Renten sind sicher. Diese Generation beschäftigt sich dann intensiv mit den ›kleineren Ungerechtigkeiten‹. Sie ärgert sich, wenn Aussiedler früher als ihre Kinder Wohnungen bekommen oder wenn Aussiedler Renten erhalten, obwohl sie bei uns nicht gearbeitet haben. Die junge Generation hingegen sucht einen neuen Aufbruch, sie sucht mehr Ideale in der Politik. Die jungen Leute beschäftigen sich zunehmend mehr mit den ›großen Ungerechtigkeiten‹ in dieser Welt – Reichtum und Armut, Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen. Die Debatten über den Tropenwald und das Ozonloch sind symptomatisch dafür. Das heißt, die CDU muß hier sensibler werden, auch den ›großen Ungerechtigkeiten‹ in ihren Entwürfen Rechnung tragen. Sie muß im Konsens mit den Interessen verschiedener Generationen handeln.«

Kirche

Joachim Kardinal Meisner, Erzbischof von Köln: »Meine größte Sorge ist, daß die Kirche eines Tages verschwindet – und vielleicht merken wir es gar nicht.«

Geschichte

Allan Bullock, britischer Historiker: »Ein Satz, den man oft in Zeitungsartikeln lesen kann, lautet: Die Geschichte wird es beweisen. Das ist eine törichte Aussage. Es gibt kein endgültiges Urteil der Geschichte. Geschichte ist ein Mittelding zwischen Wissenschaft und Kunst. Wir sind in der Geschichtsschreibung nicht frei zu erfinden, aber wir sind auch nicht in der Lage, die ›einzig gültige‹ Antwort zu geben. Die ganze Geschichte ist revisionistisch. Jede Generation ist gehalten, sich ihr eigenes Urteil zu bilden.«

Grenzfrage

Professor Krzystof Skubiszewski, Völkerrechtler und neuer polnischer Außenminister: »Aus polnischer und gleichzeitig juristischer Sicht war der Vertrag über die Westgrenze ein Abkommen zwischen den Siegermächten zugunsten Polens (Abkommen zugunsten eines Dritten, pactum in favorem tertii). Die Akzeptierung und Verwirklichung des Abkommens durch Polen hatte also zur Folge, daß die Siegermächte ohne Polens Einverständnis nicht mehr davon abrücken konnten, was sie im Potsdamer Abkommen beschlossen hatten. Das Potsdamer Abkommen spricht von einer Unterstellung dieser Gebiete, die es übrigens als ›frühere deutsche Gebiete‹ bezeichnet, unter die ›Verwaltung (administration) des polnischen Staates‹. Das Wort administration hat beziehungsweise kann in der britischen und amerikanischen Terminologie verschiedene Bedeutungen haben, so auch eine umfassendere als der polnische Sinn von ›Verwaltung‹. In der polnischen, insbesondere der juristischen Sprache ist die Verwaltung nur ein Teil der Staatlichkeit; neben der Verwaltung existieren auch die Legislative und die Judikative. Jedoch die Gebiete, die Polen kraft des Potsdamer Abkommens zugewiesen worden sind, unterlagen nicht nur seiner Verwaltung im engeren Sinne, sondern seiner Staatsgewalt im vollem Umfang. Zwar bedienen sich die Besatzungsmächte in einigen Dokumenten aus den Jahren 1944 und 1945 des Begriffs ›Deutschland in den Grenzen von 1937‹, doch die Besetzung durch die Siegermächte erstreckte sich ausschließlich auf Deutschland in den Potsdamer Grenzen; aus dem an Polen abgetretenen Territorium hatten die Siegermächte nie eine fünfte Besatzungszone gemacht. Die Siegermächte garantierten keine deutschen Grenzen nach dem Stand von 1937, und nach der Gründung der Bundesrepublik und der DDR hatten sie auch nie behauptet, daß die Machtbefugnisse irgendeiner der beiden deutschen Regierungen sich auf das durch die Grenzen von 1937 abgesteckte Territorium erstrekken dürften. Die Siegermächte hatten die Absicht, eine Revision der deutsch-polnischen Vorkriegsgrenze herbeizuführen, und das Abkommen von Potsdam war nichts anderes als eine Grundsatzentscheidung, die diese Absicht in die Tat umgesetzt hat.«

Tabus

Elisabeth Noelle-Neumann, Meinungsforscherin: »Wenn gewisse Parteien glauben, daß man bestimmte Themen als Tabu-Themen behandeln kann, dann greifen andere Kräfte diese Themen auf. Recht und Ordnung sind zum Beispiel heute berühmte Tabu-Themen.«

Drogen

Peter Gauweiler, Staatssekretär im bayerischen Innenministerium: »Die Drogenbosse setzen mit der Verbreitung der Sucht Tausende von Menschen außer Gefecht. Die Drogenhändler bedrohen unsere Zivilisation wie die Sklavenhändler im 19. Jahrhundert. Damals rafften sich die europäischen Mächte zu einem international verpflichtenden Abkommen – dem Quintupelvertrag des Jahres 1842 – auf, der ihnen sogar gegenseitig das Recht zur Durchsuchung ihrer Schiffe einräumte. Eine gleiche Kraftanstrengung wie damals gegen die Sklaverei ist heute gegen den Drogenhandel nötig. Überall auf der Welt, wo sich der Drogenhandel zeigt und wo die entsprechende Regierung allein nicht zu seiner Bekämpfung in der Lage ist, sind die zivilisierten Länder gefordert, zur Verfügung zu stehen.«

Kriegsausbruch

Ernst Freiherr von Weizsäcker, Staatsekretär im Auswärtigen Amt in den Jahren 1938 bis 1943 und SS-General: »Damit ist die Saat der Männer aufgegangen, die in England seit Jahren Vernichtung Deutschlands predigen. Dieser Verlauf zeigt klar volle Verantwortlichkeit Englands für Kriegsausbruch.«

Rückblick

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident: »Die NS-Führung hat den Krieg voller Mißachtung der Menschlichkeit, des Völkerrechts und des Verständigungsgebots vom Zaun gebrochen.«

Politik

Reinhard Löw, Professor für Philosophie: »Ernst Albrecht sagte unlängst, daß die Misere der Politik-Kultur damit zusammenhänge, daß es immer weniger politisch Engagierte aus den verschiedenen Parteien gäbe, die noch die Diktatur, die gemeinsame Not erlebt haben, vielleicht zusammen im Gefängnis gesessen sind. Männerfreundschaft-Wanderungen oder Treffen im Bonner Politik-Yuppie-Bistro scheinen kein Ersatz dafür zu sein. Der Wiedergewinn des Vertrauens in Politik, übrigens auch die Zukunft der Volksparteien, wird maßgeblich davon abhängen, ob es den Verantwortlichen gelingt, die Ernsthaftigkeit ihres persönlichen Ethos und der sie prägenden anthropologischen Überzeugungen den Menschen unseres Landes zu vermitteln.« □

Gefahren durch Hochspannungs-Freileitungen

Werner Berends

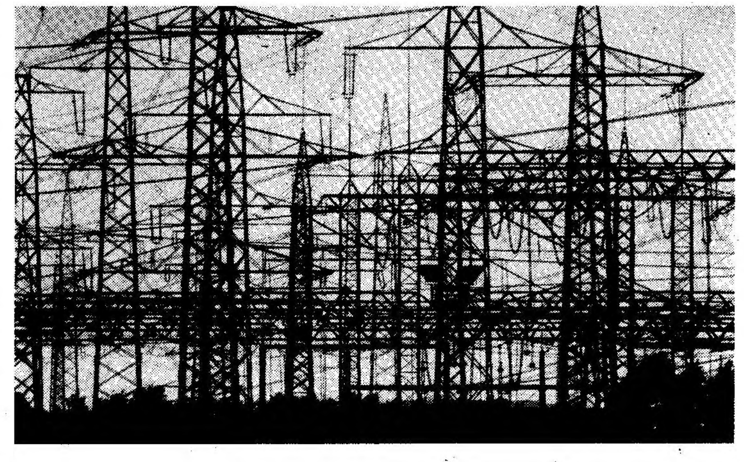
»Neuartiges Waldsterben«, folgenschwere Erkrankungen von Mensch und Tier, Zerstörung wertvoller Bausubstanz, Versauerung der Atmosphäre, des Bodens, der Seen und des Trinkwassers sowie eine erhebliche Verschwendung elektrischer Energie vor allem durch Hochspannungs-Freileitungen.

Freileitungen zur elektrischen Energieübertragung sind schon seit vielen Jahrzehnten in allen Industrieländern ein großes Ärgernis. Gewaltige Stromschienen mit riesigen Gittermasten durchziehen das Land in den Wäldern, in Naturschutzgebieten und besonders in den Ballungsräumen. Die weltweit zunehmenden Forderungen nach einer unterirdischen Verkabelung werden von der international verflochtenen Elektrizitätswirtschaft mit unsachlichen Argumenten bezüglich der großen Gefahrenspotentiale von Freileitungen und mit nachweislich falschen Aussagen in bezug auf die seit zwei Jahrzehnten bekannte, in Großversuchen erprobte und seitdem im Einsatz befindliche technisch optimale Lösung des Problems durch ein neuartiges Kabelsystem grundsätzlich abgelehnt.

Ein Übeltäter für das Waldsterben

Aufgrund von systematischen Schadenserhebungen in den Wäldern der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz können Waldschäden durch Freileitungstrassen für 110, 220 und besonders 380 kV nicht mehr in Abrede gestellt werden. In den »VDI-Nachrichten« vom 5. Februar 1988 ist zu lesen, daß ein neues Verfahren zum Nachweis von Salpetersäure in der Luft entwickelt wurde und Wissenschaftler vermuten, »daß gerade diese Säure in der Luft einer der Übeltäter ist, der für Waldsterben, Versauerung der Seen und Schäden an Bauwerken und Denkmälern verantwortlich sei, weil sie im Wasser leicht löslich ist«.

»Der neue Brockhaus« zeigt auf, daß eine Zeitlang die »Luftverbrennung« durch starke elektrische Entladung – Birkeland-Eyde-Verfahren – Grundlage der Salpetersäure-Gewinnung war. Glimmentladungen werden für eine wirtschaftliche Ozonproduktion in entsprechenden Anlagen ebenso verwendet, wie sie an Freileitungen zur Gewährleistung der Betriebssicherheit notwendig sind.



Besonders gefährliche Salpetersäure entsteht an den Freileitungstrassen bei Nebel und Regen.

Eine Versauerung enormen Ausmaßes

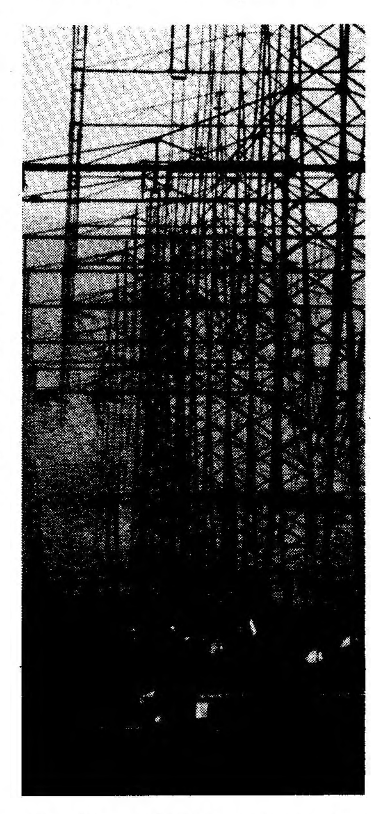
Die besonders gefährliche Salpetersäure entsteht an den Leitungen bei Nebel und Regen auch in den sogenannten Reinluftgebieten, ohne daß weitere Emittenden wie Kraftwerke und Kraftfahrzeuge mitwirken müssen.

Die an besonders heißen Sommertagen gelegentlich und nur kurzfristig überhöhten Ozonwerte in Reinluftgebieten sind weder für die menschliche Gesundheit, noch für den Wald von besonderer Bedeutung. Das meist in Schüben oder sogar schlagartig auftretende »neuartige Waldsterben« erfolgt vor allem im Spätherbst und immer

Bei feuchter Witterung und dadurch bedingten starken Koronaentladungen an diesen Systemen werden also nach bewährten technischen Verfahren gleichzeitig Stickoxyde, Ozon, Radikale und weitere Schadgase hergestellt. In den Tröpfchen werden um mehrere Größenordnungen stärkere Säurekonzentrationen gemessen als im Regenniederschlag.

In Höhe der Baumkronen entsteht dabei vor allem Salpetersäure und nur bei Anwesenheit von Schwefeldioxyd auch Schwefelsäure. Das Leitungsozon fungiert dabei als Leitsubstanz für Oxydationsprozesse, weshalb auch bei sehr starken Koronaentladungen kaum höhere Ozonwerte als bei trockener Witterung gemessen werden können.

nur bei dichtem Nebel- oder Nieselwetter. Besonders in Bergregionen kann dabei schon mit Minustemperaturen gerechnet werden, bei denen die Bäume weniger resistent sind.



Die Strom-Lobby scheut die hohen Investitionen für eine Verkabelung der Freileitungen.

Der seit vielen Jahren sogenannte »saure Regen« hat nach verschiedenen Quellenangaben einen ph-Mittelwert von 4,5 und kann deshalb für das Waldsterben nicht verantwortlich sein. Nachweislich gibt es auf Waldböden mit einem ph-Wert 3 einen völlig gesunden Baumbestand. Obwohl erst bei einem ph-Wert unterhalb 5 das Fischsterben beginnt, gab es bereits zu Beginn der achtziger Jahre in Skandinavien Zigtausende von Seen, die keine Fische mehr enthielten.

Auf der kürzlich durchgeführten Dahlem-Konferenz in Berlin stellten international führende Wissenschaftler fest, daß derzeit Bäche, Flüsse, Seen auf der nördlichen Erdhalbkugel von Kanada bis Skandinavien eine Versauerung enormen Ausmaßes erleben.

Über die Medien war ebenfalls kürzlich zu erfahren, daß wegen der Versauerung von Stauseen

im Harz unsere Trinkwasserversorgung gefährdet ist. Tatsächlich wurden dort jetzt ph-Werte bis zu 1,7 gemessen. Für diese extrem niedrigen Werte gibt es nur eine plausible Erklärung: In den schwer geschädigten Wäldern oberhalb und um die Seen herum, wird der hohe Schadstoffkonzentrationen tragende Bodennebel gründlich ausgekämmt, da es sich hier um die Nebeleinzugstäler in den Harz hinein handelt. Die von den kranken Bäumen dann abtropfenden Säuren sammeln sich wie der Regenniederschlag in den Trinkwasserstaubecken.

Die Gefahren, die im Nebel lauern

Es ist bemerkenswert, daß erst 1987 im Laboratorium für Aerosol- und Filtertechnik des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KFK) erste Experimente mit einem Aerosolreaktor begannen und schon im selben Jahr Ergebnisse über die Bildung von Schwefelsäure-Aerosole bekannt wurden, angeblich wesentlicher Bestandteil von Smog und saurem Regen.

So bildet sich aus Wasserdampf und Ozon das Hydroxylradikal, das wiederum mit Schwefeldioxyd zu Schwefelsäure reagiert. Die Wirkung von Stickoxyden sind den Expertenangaben zufolge Gegenstand des weiteren Versuchsprogramms. Nach Auskunft der KFK haben die ersten Ergebnisse gezeigt, daß entgegen bisherigen Modellvorstellungen eine unerwartete und noch nicht erklärbare Wachstumsgeschwindigkeit festgestellt wurde.

Die KFK-Wissenschaftler schließen daraus, daß selbst in Reinluftgebieten mit geringen SO_2-Konzentrationen mit einem erheblichen Größenwachstum der sauren Aerosole zu rechnen ist. Außerdem soll mit den gewonnenen Daten der Einfluß von Schadgasen analysiert und die damit möglicherweise verbundenen klimatischen Veränderungen experimentell erfaßt werden.

Es ist jedoch allgemein bekannt, daß Säure nicht verdunsten kann und deshalb stark säurehaltiger Nebel sich auch bei kräftiger Sonneneinstrahlung nicht aufgelöst, sondern eine restlose Ablagerung am Boden beziehungsweise der Vegetation erfolgen muß. Darum wird in diversen Veröffentlichungen über das Waldsterben auf die großen Gefahren hingewiesen, die im Nebel lauern.

Es ist nicht verwunderlich, daß in der KFK ausschließlich Sonnenenergie für die beschriebenen Prozesse verantwortlich gemacht wird, doch wird man dort wissen, daß an Freileitungssystemen vor allem bei Nebel die gleichen Vorgänge ablaufen und die für Koronaentladungen benötigte elektrische Energie bis zu 100 kW pro Systemkilometer dafür ausreicht. Auch hierbei entsteht das Hydroxylradikal, welches selbst äußerst pflanzenschädigend und praktisch unausrottbar ist, da bei Oxydationsprozessen eine ständige Neubildung erfolgt und damit eine katalysatorische Funktion erfüllt wird.

Dem Leitungsplan des Europäischen Verbundnetzes der U.C.P.T.E. ist zu entnehmen, daß strömender Bodennebel überall auf dem Kontinent ionisiert wird, wodurch die Tröpfen gerade in Reinluftgebieten mit Salpetersäure angereichert und bis in den Millionenvoltbereich elektrisch abwechselnd positiv und negativ aufgeladen werden. Befindet sich in den Tröpfchen bereits SO_2, so wird es auch zur Bildung von Schwefelsäure beziehungsweise auch zu einer Mischung aus beiden Wald- und Wassergiften kommen. Von der KFK wird man nach mehrjähriger Aerosolforschung wohl bald eine erschöpfende Auskunft über dieses lebenswichtige Problem erwarten können.

Die elektrische Aufladung der Umwelt

Wird bei uns im Land Smog-Alarm gegeben, so heißt es dabei grundsätzlich, daß SO_2-verseuchte Luft aus der DDR die Ursache ist, obwohl an solchen Tagen meist Windstille herrscht. Es kann sich hier also nur um hausgemachte Salpeter- und eventuell Schwefelsäure-Aerosole handeln, die für Atemwegserkrankungen bis hin zum Lungenkrebs verantwortlich sind. Darum sollen Kinder, alte Leute und Kranke im Haus bleiben und wird der Kraftfahrzeugverkehr weitgehend stillgelegt.

Es ist bezeichnend, daß bei der vor kurzem bekanntgegebenen Waldschadenserhebung in Ost und West die DDR besser abschneidet als die Bundesrepublik, wo drüben doch zweifellos pro Flächeneinheit erheblich mehr Schwefeldioxyd emittiert wird. Auf dem U.C.P.T.E.-Leitungsplan ist jedoch klar zu erkennen, daß in der DDR bedeutend weniger Freileitungen für die Höchstspannungsebene existieren.

Neben den vorstehend beschriebenen unabsehbaren Gefahren für alle Lebensvorgänge auf der Erde durch elektrochemische Prozesse an Freileitungssystemen gibt es natürlich auch die Gefahr der direkten Einwirkung elektromagnetischer Felder, Wellen und Strahlen auf Mensch, Tier und Pflanze. Wie nicht anders zu erwarten ist, werden auch diese Gefahren von den Verursachern bagatellisiert.

Dabei gibt es inzwischen eine erschlagende Anhäufung von Beweisen über die krankmachenden Wirkungen elektrotechnischer Einrichtungen. Allein in den USA werden derzeit jährlich 300 bis 400 Forschungsberichte zum Thema Elektrosmog veröffentlicht mit dem Erfolg, daß sich dort zunehmender Bürgerprotest gegen die sich immer verhängnisvoller auswirkende elektrische Aufladung der Umwelt ballt. Der Bau einiger Starkstromtrassen wurde bereits durch Gerichtsbeschlüsse verboten, und ein kanadisches Elektrizitätswerk sieht sich zur Zeit gezwungen, alle Grundstücke entlang einer 90 Meilen langen Hochspannungsleitung aufzukaufen, um den Aufruhr im Zaum zu halten.

Bürgerinitiativen und sogar Widerstandsbewegungen haben weltweit durch ihre Forderungen nach Erdverkabelung die mächtigste Lobby jetzt derart in Bedrängnis gebracht, daß die seit eineinhalb Jahrzehnten betriebene Polemik gegen die eingangs erwähnte neue Kabeltechnik jetzt völlig neue Formen angenommen hat.

Um den gegenwärtigen gigantischen Ausbau des Freileitungsnetzes auf der Höchstspannungsebene, der durch den gemeinsamen Markt in Europa noch beschleunigt wird, ungestört weiterzutreiben, wurde die auf sieben unterschiedlichen Hypothesen basierende FCKW-Story erfunden. Mit dem in auffälliger Einigkeit geforderten weltweiten, totalen Produktionsverbot für FCKW wird eine Verkabelung der Höchstspannungsebene absolut unmöglich gemacht, weil das neuartige Rohrgaskabel ohne dieses in geschlossenen Zellen des Polyurethan-Hartschaums befindliche Gas nicht funktionsfähig ist.

Die Herrschaft der Strom-Lobby

Freileitungen auf der 400-kV-Ebene haben schon im normalen Betriebsfall bis zu einem Megawatt Verluste pro Systemkilometer und im praktizierten Überlastungsfall bei Spitzenlast bis zu zwei MW. Der durch zahlreiche weitere Trassen jetzt in Vorbereitung befindliche Stromaustausch zwischen Ost- und Westeuropa zum Ausgleich der Spitzenlastfälle infolge der Zeitdifferenz, wird zum Stromtransport über Tausende von Kilometern mit gewaltigen Verlusten führen.

Mit dem PUR-Rohrgaskabel werden diese Verluste bei gleicher Übertragungsleistung um 90 Prozent vermindert, das heißt auf nur noch zehn Prozent reduziert. Gerade der in jeder Hinsicht unwirtschaftliche Spitzenlastbedarf könnte dadurch entsprechend abgebaut und eine Vielzahl von Großkraftwerken wäre damit überflüssig.

Weil der die Welt beherrschende Strom-Staat jedoch hohe Investitionskosten scheut, einen noch größeren Stromüberhang und damit einen geringeren Stromverkauf befürchtet, wird die profitable Umweltvernichtung mit noch weiter zunehmendem Freileitungsbau fortgesetzt.

Bezüglich des neuartigen Kabelsystems gibt es ein sehr umfangreiches Schrifttum, auf das hier im einzelnen nicht eingegangen werden kann. Es soll deshalb nur auf die amerikanische EPRI-Studie EL-532 vom April 1977 hingewiesen werden, die bei jeder Technischen Hochschule angefordert werden kann. □

Vertrauliches

Israel

Diplomatie und die Bombe

Ein Rätsel: Wann hat ein Land, das über Kernkraft verfügt – das heißt »die Bombe«, keine Kernkraft? Antwort: Wenn das Land Israel ist. Nicht begriffen? Nun, vielleicht sind Sie über die Doppelzüngigkeit und die internationale Diplomatie nicht auf dem neuesten Stand.

Der Trick besteht darin, über Kernkraft zu verfügen, mit der man seine Feinde bedrohen kann, es aber abzustreiten sie zu besitzen, um nicht gegen das Nichtverbreitungs-Abkommen für Atomwaffen der Vereinten Nationen (Nuclear Nonproliferation Treaty) zu verstoßen und somit immer noch zur Auslandshilfe aus den Vereinigten Staaten berechtigt zu sein.

Kurz gesagt, die Sowjetunion und Großbritannien haben sich zusammengesetzt und entschieden, daß ein Land mit Kernkraft, das diese an ein Land weiter gibt, das vorher keine hat, oder ein Land, das die Atombombe auf eigene Faust bekommen hat, von der Völkergemeinschaft geächtet werden soll.

Frankreich, eine Atommacht, weigerte sich mitzuspielen. Der Hintergedanke war natürlich, daß kein Land Atomwaffen in die Hand bekommen sollte, außer den »Hauptmächten«. Auf diese Weise hätten sich die Großmächte nur darüber zu beunruhigen brauchen, gegenseitig mit Atomwaffen beharkt zu werden und nicht von einem kleinen Land mit einer eigenen politischen Tagesordnung. Man kann kaum Abkommen über Atomwaffen treffen, wenn es Atommächte gibt, die solchen Abkommen nicht beigetreten sind.

Da Israel Kernwaffen besitzt – eine glaubhafte Abschreckung gegen eine arabische Invasion –, sollte man meinen, es benötige keine amerikanische Militärhilfe mehr.

Der amerikanische Kongreß beschloß dann, dem UN-Dokument Zähne zu verleihen durch den Beschluß, daß Amerika mit keinem Land Geschäfte treiben wird, das die Bombe ohne die Zustimmung durch die großen Atommächte – USA, UdSSR und Großbritannien – erworben hat. Und deswegen bestreitet Israel, daß es eine streng geheime Atomwaffenfabrik in Dimona in der Negev-Wüste hat und die Vereinigten Staaten machen dieses Spiel mit.

Und dann kam Mordechai Vanunu, ein Techniker in der Fabrik von Dimona, die schwerwiegende Personalprobleme hat. Er verließ Israeli 1986, begann zu reisen und landete schließlich in Sidney. Dort enthüllte Vanunun in einer Kirchenversammlung, daß Israel im Reaktor von Dimona Atomsprengköpfe hat, und er zeigte Fotografien herum, um dies zu beweisen. Es dauerte nicht lange bis die britische Presse die Geschichte aufgriff.

Die Sache »wirbelte Staub auf« und kam auf die erste Seite der Londoner »Sunday Times«, einschließlich eines dreiseitigen Exposés mit einem Schema des Gebäudes am Reaktor, wo Plutonium-Sprengköpfe hergestellt werden. Und jetzt? Wie können Israels Freunde – an allererster Stelle die Vereinigten Staaten – weiterhin abstreiten, daß Israel die Atombombe hat, obwohl der Beweis dafür ans Tageslicht gezerrt worden ist?

Und dies führt zu einigen anderen Fragen. Wenn Israel die Bombe hat, warum braucht es dann solche fortschrittlichen herkömmlichen Waffen, wie sie fortlaufend durch den amerikanischen Kongreß gedrückt werden? Und was ist mit jenen arabischen Staaten, die zu den Vereinigteh Staaten kommen und sich dort nach konventionellen Waffen umschauen? Wenn sie darauf hinweisen, daß Israel die Bombe hat und sie nicht, dann bekommt der Begriff militärische Gleichberechtigung eine ganz neue Bedeutung.

Die Bombe bedeutet Sicherheit ohne amerikanische Hilfe. Und Sicherheit ohne US-Hilfe bedeutet, daß Israel seine militärische Strategie völlig umkrempeln muß. Ein Land mit Atompotential hat es nicht nötig in Nachbarländern – wie Libanon – aus »Sicherheitsgründen« einzufallen. Ein Land, das die Atombombe besitzt, braucht die West Bank und den Gaza-Streifen nicht als »Pufferzone« gegen seine Feinde.

Deswegen darf Israel eben keine Atombombe haben – auch wenn es sie schon hat. Deswegen müssen die Vereinigten Staaten so tun als habe Israel keine Atombomben, obwohl sogar die amerikanische Öffentlichkeit verspätet einzuräumen beginnt, daß Israel »wahrscheinlich« die Atombombe hat. Darum mußte Vanunu zum Schweigen gebracht werden und möglichst rasch. Vanununs Enthülluingen bedeuteten, daß Israel sich nicht an eine der grundsätzlichen Regeln der internationalen Diplomatie gehalten hat, nämlich stets eine plausible Möglichkeit zur Bestreitung dieser Tatsache zu bewahren.

Jetzt mußte die Welt der Tatsache ins Auge sehen, daß Israel die Bombe besitzt – aber tut sie das? Israel handelte schnell. Es entsandte zunächst Propaganda-Experten um Vanunu unglaubwürdig zu machen, hauptsächlich in Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Dann plante es seine Entführung mit Hilfe des Mossad, des israelischen Geheimdienstes, wie kürzlich im südlichen Libanon bewiesen wurde.

Vanunu kam nach London, wie er geplant hatte, in der Absicht, sich dort mit gewissen Zeitungsleuten zu treffen. Aber das geplante Gespräch kam niemals zustande. Er wurde aus seinem Hotel gelockt, ergriffen und nach Israel gebracht, wo er als Verräter vor Gericht gestellt wurde. Nach seiner Verurteilung wurde Vanunu an einem Ort eingesperrt, wo er mit niemandem in Verbindung treten kann. Die Medien, vor allem in den Vereinigten Staaten, »vergaßen« Vanunu pflichtgemäß und er verschwand in der Gedächtnislücke.

Ergebnis: Kein Vanunu und daher kein israelisches Atompotential. Jeder in der Völkergemeinschaft nickte zustimmend und der amerikanische Kongreß wurde erneut mit Forderungen nach neuen konventionellen Waffen für seinen besten Verbündeten bombardiert. Alles war wieder normal. Aber wie lange wird das so bleiben? □

Niederlande

Philippinische Terroristen aufgespürt

Bis zu 28 der 35 von der philippinischen Regierung gesuchten, führenden, aufrührerischen Terroristen leben nach niederländischen Presseberichten in den Niederlanden.

Unter ihnen befinden sich Luis Jalandoni, internationaler Repräsentant der National Democratic Front, die in der Stadt Utrecht eine Geschäftsstelle unterhält; José Maria Sisson, Gründer der New People's Army; seine Frau Juliette Sisson und Sixtos Carlos. Sie operieren alle von der Dienststelle der NDF in Utrecht aus.

Die niederländische Presse berichtet auch, daß auf den Philippinen Plakate erschienen sind, auf denen eine Million Pesos (50 000 Dollar) für die obengenannten Vier »lebendig oder tot« angeboten werden. Ein Sprecher des niederländischen Außenministeriums sagte, die Story sei eine Erfindung der Presse und die philippinische Regierung setze die Belohnung nur für Mitteilungen aus, die »zu ihrer Ergreifung beitragen«. Es wird angenommen, daß Jalandoni diese Falschmeldung selbst angestiftet hat, um Polizeischutz zu bekommen, der auch gewährt wurde.

Philippinische Behörden führen zur Zeit eine Razzia auf Mitglieder der Kommunistischen Partei der Philippinen durch. Saturnino Ocampo, ein Mitglied des Politbüros, und seine Frau Carolina Malay wurden bereits festgenommen. □

USA

Die Wandlungen des George Bush

Die amerikanische Regierung unter George Bush hat eine der bemerkenswertesten politischen Wandlungen der letzten Jahre vollzogen. Während des Wahl-

kampfes im Jahr 1988 traten der Präsidentschaftskandidat George Bush und der angehende Außenminister James Baker wie Karrikaturen willfähriger Politiker auf, wenn es um die Frage Israels und der pro-israelischen Gemeinde ging. Aber seitdem sie im Amt sind, bildet sich die amerikanische Regierung in Sachen Naher Osten als eine der unparteilichsten Regierungen seit den Tagen Dwight D. Eisenhower heraus.

Worauf ist diese Wandlung von Unterwürfigkeit zu einer harten Haltung zurückzuführen? Es gab vor der Wahl nur einige wenige Hinweise darauf, daß Bush und seine Männer nicht so auf Israel eingeschworen sein würden wie die vorherige Regierung, die mit Sicherheit in ihrer sklavischen Hingabe zu Israel den Rekord aller Zeiten aufgestellt hatte.

Sogar zu dem Zeitpunkt als Bush sich während des Wahlkampfes noch am stärksten anschmeichelte, gab es bereits Stimmen in der jüdischen Gemeinde, die das, was er sagte, nicht für bare Münze nahmen. Wie wir bereits im September 1988 feststellten, berichtete die Washingtoner »Jewish Week« über Bushs Auftreten auf dem Nationalkonvent der Republikaner in New Orleans im September 1988 wie folgt:

»Vom Parteiprogramm mit seinem Gepränge von pro-israelischen Erklärungen und Gelübden bis zu dem Spektakel der angehenden First Lady, Barbara Bush, die vor einer jüdischen Zuhörerschaft Liebe für Israel ausströmte, ergoß sich ein israelfreundlicher Schauer über die kleine Abordnung jüdischer Delegierter.«

Aber die jüdische Presse berichtete darüber so, was man als »kaum verhüllten Hohn« bezeichnen könnte. Man traute Bush nicht so recht, und selbst seine Frau fühlte sich verpflichtet zu erklären: »George Bush hat keine Schattenseite.« Man kann dies auch als »Anspielung darauf verstehen, daß verschiedene Handlungen und Stellungnahmen seitens des Vizepräsidenten während seiner Dienstzeit unter Reagan dem jüdischen Staat gegenüber nicht gerade freundlich waren«.

Es gab bereits vor der Wahl Anzeichen dafür, daß eine Bush-Präsidentschaft der Wendepunkt in den amerikanisch-israelischen Beziehungen sein würde. Diese Anzeichen wurden nach der Wahl sogar noch augenscheinlicher. Die schockierendste Handlung, die Bush vornahm, war die Ernennung des ehemaligen Gouverneurs von New Hampshire, John Sununu, zum Stabschef des Weißen Hauses. Sununu wurde von der amerikanisch-jüdischen Gemeinde als anti-israelisch angesehen; man hatte ihm niemals seine Proklamation als Gouverneur zum Gedächtnis an die 34 Mannschaftsmitglieder der »USS Liberty«, die 1967 bei einem provozierten hinterhältigen Angriff der Israelis ums Leben kamen, verziehen.

Da war auch noch die Tatsache, daß Sununu teilweise Libanese ist, ein nicht unerheblicher zu berücksichtigender Beweggrund angesichts der Bedeutung, die der Nationalität, Volkszugehörigkeit und Religion in Fragen des Nahen Osten beigemessen wird.

Dann ernannte Bush eine Nahost-Mannschaft im Außenministerium, die weitgehend als äußerst freundlich gegenüber den Interessen Israels angesehen wird – darunter Lawrence Eagleburger als stellvertretender Außenminister und Dennis Ross, ein loyaler Israelfreund, als Chef des Politik-Planungsstabes. Die Israel-Lobby war über die Geste der Zusicherung erfreut. Aber kaum hatte der neue Präsident dies getan, als sein Außenminister auch schon als Ein-Mann-Kapelle in Fragen des Nahen Ostens zu spielen begann. In der Tat beklagten sich die auf der unteren Stufe Ernannten bald öffentlich darüber, daß sie »aus dem Rennen geworfen« und vor wichtigen politischen Entscheidungen oder Erklärungen nicht zu Rate gezogen worden sind.

Im Mai dieses Jahres trat jedoch etwas ein, was allem die Krone aufsetzte, und zwar auf dem 30. Jahreskonvent der AIPAC in Washington. Es handelt sich um die Affäre bei der Baker seine jetzt berühmte Warnung an die zionistischen Aktivisten aussprach: »Für Israel ist jetzt die Zeit gekommen, die unrealistische Vision eines ›Großisrael‹ ein für allemal beiseitezulegen.«

Alle diese Ereignisse trugen zu der Beobachtung bei, daß die Winde der Veränderung endlich durch die oberen Etagen des Washingtoner Beamtentums wehen, und daß ein neues Zeitalter der Ausgewogenheit und was noch wichtiger ist, eine Neubewertung und neue Betonung auf amerikanische Interessen im Nahost-Konflikt eingetreten ist.

Die Israelis und ihre Freunde in den USA konnten die fortlaufenden Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der PLO in Tunis, trotz schrill klingender Verurteilung und schmutziger und grober Tricks in Israel, nicht zum Entgleisen bringen, Bemühungen innerhalb des US-Kongresses, dem Umfang der Gespräche enge Grenzen aufzuerlegen, schlugen fehl.

Darüber hinaus erhielt die Pro-Israel-Lobby keinerlei »Zusicherung« von der amerikanischen Regierung, daß sie das, was sie gesagt hat, etwa nicht wirklich meint. Auch nicht, daß die harten Worte von Baker und Bush lediglich eine Beschwichtigung gegenüber den Arabern und den Palästinensern sei, oder daß die Vereinigten Staaten nicht beabsichtigen Israel auf einem knapperen Niveau zu halten.

Und es scheint, daß die »Unnachgiebigkeit« der US-Regierung, die sich bislang trotz des pro-israelischen Drucks als standhaft erwiesen hat, sich nun einer Gegenoffensive seitens der Israel-Lobby gegenübersieht. Anzeichen hierfür sind unter anderen in der amerikanisch-jüdischen Presse zu finden, die in letzter Zeit einen Tonfall angenommen hat, als ob man die Notwendigkeit spüre, Leidenschaften unter der Leserschaft zu entfachen, um die Ernsthaftigkeit der Situation zu dramatisieren.

Offensichtlich haben die Zionisten allerlei Gründe, um mürrisch zu sein. Es gibt mehr Segmente der amerikanischen Gesellschaft als nur die Bush-Regierung, die zu einer Neubewertung der besonderen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Israel aufrufen.

So hat zum Beispiel keine geringere Bastion des Establishments als der Council on Foreign Relations (CFR) ein Buch über den Nahen Osten von einem Professor am Dartmouth College, Ian Lustick, mit dem Titel »For the Land and the Lord« herausgebracht, in dem ein düsteres Bild über die Zukunft Israels gezeichnet wird. Das Buch enthält die ernste Warnung: »Wir sollten kristallklar machen, daß die Vereinigten Staaten das von den Fundamentalisten angepeilte ›Großisrael‹ als nicht zu verwirklichen erachten.«

Für die Kritiker Israels ist es ein weiterer Hoffnungsstrahl, daß Amerika sich langsam auf eine vernünftige Nahostpolitik zubewegt. Für die Israel-Freunde kann das Buch nur als Warnung angesehen werden, daß sich die Stimmung der amerikanischen Politikplaner verschlechtert – zumindest in bezug auf Israels zionistische territoriale Ambitionen.

Die Ereignisse das ganze Jahr 1989 hindurch haben dieser Einschätzung der Lage mehr Substanz und weitere Beweise dafür geliefert. Wenn auch der Fortschritt in Richtung auf eine Nahostpolitik, die in allererster Linie amerikanische Interessen wahrnimmt, langsam ist, so ist er unter der neuen amerikanischen Regierung immerhin beständig. □

Hongkong

Kardinal ruft zur Hilfe auf

Der römisch-katholische Bischof von Hongkong, Kardinal John Baptist Wu Chengchung, rief in einem Schreiben an über 2000 Kardinäle zum internationalen Druck auf Großbritannien auf, das »Recht auf Wohnsitz« für die Menschen in Hongkong sicherzustellen.

Öffentliches Mißtrauen über die zukünftige Politik Pekings und der Kommunistischen Partei Chinas hat zu einem Massenauszug von talentierten Kräften geführt, der nicht nur große wirtschaftliche Verluste, sondern auch Zerrüttungen von Familien mit sich gebracht hat, warnte der Kardinal Wu, und Großbritannien habe die verfassungsmäßige und moralische Verpflichtung das Problem Hongkong zu lösen. □

Briefe

Betr.: US-Dollar »Der Untergang einer Weltmacht«, Nr. 9/89

Den meisten Menschen im westlichen Währungsgebiet ist unser zur Zeit gültiges Geldsystem ein Buch mit sieben Siegeln, denn was darüber bekannt ist, ist wenig, und was darüber veröffentlicht wird, soll nicht klärend, sondern verschleiernd wirken.

Dabei ist dieses – uns und anderen Völkern seit langem aufgezwungene – Geldsystem keine Geheimwissenschaft, sondern nur ein raffinierter Plan, ganze Volkswirtschaften, ja, die ganze Weltwirtschaft einer Gruppe von Menschen zu unterwerfen und uns in Abhängigkeit zu bringen und zu halten.

Wenn man in die Geschichte des Handels kurz zurückschaut, stellt man schnell fest, daß immer nur Ware mit Ware bezahlt wurde, bevor das Geld erstmals als Verrechnungsfaktor (unter Krösus) auftauchte.

Es ist verständlich, daß in einer komplizierter werdenden (Handels)-Welt, das System des Warentausches teilweise ein Hemmnis sein mußte – obwohl es auch heute noch Staaten gibt (man denke an die DDR und den Ostblock) – die in diesem Tausch-System eine Möglichkeit sehen, sich vor einer Verschuldung – westlicher Prägung – zu bewahren.

Die Erfindung des Talers (= Dollar), des Joachimsthalers, des Geldes als anonyme, neutrale und einfache Verrechnungseinheit, lag somit nahe. Die Herstellungsrechte dieses Tauschmittels und das Recht, dieses erstellte Tauschmittel in Umlauf zu bringen, wurde schnell eines der begehrtesten Rechte und so mancher Krieg um dieses »Münzrecht« – wie man es früher nannte – wurde in den vergangenen Jahren ausgetragen.

Bei uns hat dieses Recht heute die Bundesbank. Sie druckt unsere Geldscheine. Die Münzen werden von den bundeseigenen Prägeanstalten hergestellt, dürfen aber nicht von der Bundesregierung in Umlauf gebracht werden, sondern werden bedauerlicherweise von der Bundesbank käuflich übernommen und dann auch nur von dieser Bank in Umlauf gebracht.

Aber hier liegt – weltweit – für »unser« Geldsystem die Ungeheuerlichkeit. Die Bundesbank, die Bank von England und wie die »Institute« in anderen Ländern heißen mögen, stellen dieses – eigentlich – wertlose Papier (zuzüglich Münzen), das Tauschmittel Geld, weder uns Bürgern, noch dem Handel, ja, nicht einmal den Banken kostenlos zur Verfügung, sondern bringen dieses Geld »nur« in Form von Krediten in »Umlauf«, ». . . in Pension«.

Dieser Umstand trifft auch für die Bundesregierung zu, die sich, im Falle des Geldbedarfes, nur in Form von Krediten benötigte Zahlungsmittel beschaffen kann (darf). Ein direkter Zugriff auf »unser« Geld, ist also auch der Bundesregierung – systembedingt – unmöglich.

Der Zinssatz, der »Leihsatz«, für »unser« derzeitig in Umlauf befindlichen Geldes liegt in der Bundesrepublik bei 3,50 Prozent. Der Preis für unser Geld steigt, wenn die Wirtschaft floriert.

Raffinierterweise bleibt die Bundesbank also immer Eigentümerin des »Tauschmittels Geld« (da es immer zurückgezahlt werden muß) und kassiert außerdem auch noch laufend Gebühren, pardon, Zinsen.

Man könnte auch sagen: Das bloße Vorhandensein unseres Geldes, müssen wir bezahlen, oder: Der Umlauf des Geldes wird heimlich – aber unheimlich besteuert.

Durch die Gewißheit, daß das Tauschmittel Geld immer wieder in die Hände der Bundesbank zurückkommen muß, steigt die Macht dieser »Bundesbank« ins Unermeßliche. Denn der Zeitraum, über den diese »Wertpapierpensionsgeschäfte« abgeschlossen werden, beträgt im allgemeinen nur 35 Tage.

So kommt es, daß auch für das Geld, das wir als »unser« scheinbares Eigentum ansehen und in unserer Tasche tragen, irgendein armer Schlucker – beziehungsweise die gesamte Volkswirtschaft – Zinsen zahlen muß.

Hierher paßt der Ausspruch des Bankiers Warburg, der sich wie folgt geäußert hat: »Was interessieren mich die Gesetze eines Landes . . . wenn mir seine Währung gehört!«

Wir stellen also fest: Was uns mangelt, ist nicht die Möglichkeit zu produzieren (Menschen, die arbeitswillig und Aufgaben für diese Menschen sind genügend vorhanden), was uns fehlt, ist das Tauschmittel Geld, das nicht entsprechend den Vorstellungen der Menschen – der Produzenten wie der Käufer – zur Verfügung gestellt wird.

Hier liegt ein Grund unserer derzeitigen Misere. Ein anderer Grund liegt in den zu teuer erzeugten Produkten, die ja künstlich – mit dem Pensionspreis des Geldes in Höhe von rund 3,50 Prozent – (wie schon erwähnt) belastet sind.

Da die Bundesbank praktisch unkontrollierbar ist (angeblich hat dieses System Verfassungsrang), ist diese »Bank« – die Bank der Banken – die wahre Herrscherin der Republik!

Dieses perfide System haben Deutsche nicht erfunden. Der Volksmund nennt das Ergebnis eines derartig abartigen Geldsystems: Zinsknechtschaft! Denn je höher die Investitionen einer Volkswirtschaft werden, um so höher werden die Schulden und damit die Zinsen, die eine Volkswirtschaft – wir – zu tragen haben.

Eine Ablösung der Schulden und damit der Zinsen, ist nach diesem System nicht möglich, da das Geld zur Ware an sich gemacht worden ist und das Geld für eine Ablösung der Kredite ja auch wiederum erst neu, als Kredit aufgenommen, »erkauft« werden müßte. Die Abhängigkeit bleibt also immer »gewährleistet«!

Die so derzeitig von der deutschen Volkswirtschaft – von uns allen – aufgenommene Kreditsumme nähert sich – allein bei der Öffentlichen Hand (Bund, Länder, Gemeinden) der Billionengrenze (1 000 Milliarden DM). Für diese Summe haben wir heute schon je Sekunde 1 000 DM aufzubringen. Kreditgeber: die Bundesbank. Denn ihr gehört ja das Geld.

Der Zinsgewinn der Bundesbank geht – das Bundesbankgesetz ermöglicht es – in »verlustreiche Außenhandelsunternehmungen« wie zum Beispiel im Herbst 1987, als die Bundesbank es für nötig hielt, für 26 Milliarden DM wertlose US-Dollar zu kaufen oder anders ausgedrückt: unsere Währung zu verkaufen und auszuliefern.

Wir stützen also täglich grundlos die Währung unserer wirtschaftlichen und politischen Gegner, die Besatzer.

Erhard Kemper, Münster

Betr.: China »Der Verrat begann vor Jahrzehnten«, Nr. 9/89

In diesem Beitrag wird auf Owen Lattimore hingewiesen. Gewissermaßen als Haupt-Lobbyist der Kommunisten. In dem Buch »Listen – Lügen – Lobbies« von Felix Greene, Darmstadt 1966, werden aber noch weitere Personen genannt, die zur »pro-sowjetischen Gruppe« gehören. In dem Buch heißt es:

Eines der eifrigsten amerikanischen Mitglieder der China-Lobby war der inzwischen verstorbene Alfred Kohlberg. Er war der Chef einer erfolgreichen Firma mit einem Jahresumsatz von einer Million Dollar, die Textilien aus China importierte. Kohlberg wurde zur rechten Zeit eine wichtige Figur in der China-Lobby. Auch er verhalf Politikern zu den »richtigen« Ansichten über Tschiang.

In einer Sondernummer von »Congressional Quarterly« wird berichtet, daß er 1948 einen großen Beitrag zur Wahlkampagne von Styles Bridges leistete. Kohlberg finanzierte eine Zeitschrift mit Namen »Plain Talk«, durch die er das Institute of Pacific Relations, obwohl er dort Mitglied war, die »prosowjetische Gruppe« in der China-Abteilung des Außenministeriums General Marshall, Owen Lattimore, General Stilwell, Henry Wallace und andere attackierte.

Es waren also noch mehr führende Amerikaner eifrig dabei den Kommunisten zu helfen. Ein erneutes Zeichen, wie wenig die USA überhaupt die Weltprobleme kannten.

Seit 1917 stand Europa, insbesondere das Deutsche Reich unter Beschuß der Bolschewisten. Wer Deutschland hat, hat zugleich Europa, so Lenin. Daß was Moskau als Faschismus kennzeichnete, war doch eine ganz natürliche Abwehrbewegung der europäischen Staaten. Naturgemäß war sie in Deutschland, dem Hauptangriffspunkt am ausgeprägtesten. »Ohne Bolschewismus, kein Faschismus«.

Herbert Bolz, Regensburg

Betr.: Richard von Weizsäcker »Verzicht auf deutsche Ost-Gebiete«, Nr. 9/89

Der amerikanische Botschafter in Bonn warnt vor der Verletzung der Gefühlsbindungen an die USA. – Unsere Gefühlsbindungen an die durch westliche Atomwaffen bedrohten Menschen in der DDR sollten stärker sein als die an die USA!

Unmenschlich haben sich die Staatsführungen verhalten, die Menschen anderer Staaten wie Ungeziefer mit Atomwaffen bedrohen. Wir Deutschen haben diese Unmenschlichkeit gekrönt, als wir der atomaren Bedrohung von Menschen des gleichen Volkes zugestimmt haben.

Sich christlich nennende Menschen sind Heuchler, wenn sie bereit sind, am aktiven Kriegsgeschehen Unbeteiligte atomar zu vernichten oder solcher Vernichtung zuzustimmen.

Unterstellt, es gibt keinen Krieg, dann bei Fortdauer der gegenwärtigen Geisteshaltung ein jahrzehnte- oder jahrhundertelanges Wettrüsten ohne Krieg; denn scheinbare oder wirkliche Fenster der Verwundbarkeit lassen sich immer entdecken. Solches Wettrüsten wäre absurd, wenn auch weit weniger als der Krieg.

Ähnlich Tag und Nacht haben im Zeitalter der konventionellen Bewaffnung Krieg und Frieden gewechselt. Motor ist wesentlich die Bevölkerungsentwicklung gewesen. Man muß auf diesen Faktor achten, sollen auch im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel der Krieg sowie sonstige Mittel der Bevölkerungsdezimierung ausbleiben.

Herr Bundespräsident Richard von Weizsäcker irrt, wenn er meint, Verteidigungsbemühungen, auch mit zum Angriff geeigneten Atomraketen beziehungsweise deren Billigung und militärischer Schutz durch konventionelle Waffen ergänzten die Entspannung. Angriffswaffen erregen Mißtrauen und begründen oder vergrößern die Spannungen, die zum Krieg führen können. Aufgabe von uns Deutschen in beiden Staaten ist die Bemühung um Aussöhnung der beiden Supermächte.

Gottfried Jahn, Siegen

